Notizen zum Ukraine-Krieg

Februar 2022 bis September 2023

Lutz Brangsch

Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Berlin, November 2023

25.02.2022

Krieg dem Krieg!

Bereits vor dem Einmarsch russischer Truppen hatten linke Organisationen und andere Kriegsgegner*innen in Russland und der Ukraine konsequent die Forderung nach einer friedlichen Lösung der Konflikte in der Region erhoben. Nach dem Überfall wurde der Protest auf vielfältige Weise fortgesetzt. In 50 Städten Russlands fanden Friedensdemonstrationen statt, bei denen 1500 Menschen verhaftet wurden. Die im Netz kursierenden Berichte und die Zahl der Verhafteten legen nahe, dass die Proteste ein für Russland ungewöhnliches Ausmaß erreichen. (https://t.me/rsd_tg/3518) Neben diesen Demonstrationen gibt es viele Aktionen von Einzelpersonen, oft als „тихий пикет“, etwa im Sinne einer Mahnwache. (direkt übersetzt „stiller Streikposten“) Die Person stellt sich dabei an einen öffentlichen Ort und hält still eine Losung, so dass sie (wenigstens theoretisch) nicht wegen Tätlichkeiten oder einer nichtangemeldeten Kundgebung belangt werden kann, aber im öffentlichen Raum sichtbar ist.

Obwohl Putin meint, dass die Mehrheit seiner Landsleute seinen Kurs mittragen, zeigen auch diese Aktionen, dass diese Zustimmung keinesfalls so sicher ist. Das Land ist gespalten. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Levada vor dem Krieg zeigt, dass sich das Verhältnis der Befragten zur Ukraine in den letzten Monaten zwar verschlechtert hat, das bedeutet aber auch, dass 43 Prozent sich positiv äußerten. Eine Einbeziehungen der Separatistengebiete in die Russische Föderation befürworten nur 25 Prozent. Vor allem die Jüngeren zwischen 18 und 24 Jahren (33 Prozent) fordern eine innerukrainische Lösung der Probleme der Region. (https://www.levada.ru/2022/02/24/ukraina-i-donbass-2/) Ilya Matveev und Ilya Budraitskis verweisen in ihrer Analyse für Jacobin (https://portside.org/2022-02-24/ordinary-russians-dont-want-war) auf eine andere Befragung, der zufolge 40 Prozent die Anerkennung der Separatistengebiete durch Russland ablehnen.

Die Breite der Ablehnung des Regierungskurses ist deshalb so wichtig, weil die russländische Linke schwach und gespalten ist. Gleiches gilt für die bürgerliche Opposition, deren bekannteste Figur im Westen Alexej Navalny ist. Die Möglichkeiten, den Protest zu artikulieren und zu organisieren sind begrenzt. Facebook und telegram, z.T. youtube spielen als Kommunikationskanäle eine große Rolle, weil sie dem Behördenzugriff weitgehend entzogen sind.

Die konsequentesten Erklärungen kamen in den letzten Stunden aus dem linksradikalen Spektrum. Die anarchistische bzw. trotzkistische Tradition läßt sie konsequent internationalistische Positionen einnehmen. Schon nach der Anerkennung der Separatistengebiete und der Entscheidung der Entsendung von Truppen dort hin erklärte der **Linke Block**, dass es in derartigen imperialistischen Kriegen keine gute Seite gäbe und verurteilte den Mißbrauch des Leidens der Menschen als Instrument der Politik der Oligarchien. Die Russische Föderation sei der Aggressor. Abschließend fordern sie ein Programm zur Wiederherstellung des Donbass, das von den russischen Oligarchen zu finanzieren sei. (https://www.facebook.com/Leftbloc/posts/255304990114086) Auf der Plattform **Alternative Linke** (https://altleft.org/) wird betont, dass nur eine „russlandweite Antikriegs-Mobilisierung“ der Krieg stoppen könne. Dieser Aufruf schließt mit dem Satz „Für eine unabhängige Ukraine und ein freies Russland!“ (https://t.me/altleft_org/611) In dem gleichen Sinne fordert die

Autonome Aktion (https://avtonom.org/news/rossiyskie-anarhisty-protiv-voyny-putinskogo-rezhima-s-ukrainoy) dazu auf, an Antikriegs-Aktionen teilzunehmen und eine Petition zu unterschreiben, in der die Beendigung des Krieges gefordert und zur Schaffung einer breiten Bewegung in Russland gegen den Krieg aufgerufen wird. (https://www.change.org/p/%D0%BE%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD%D0%BE%D0%B2%D0%B8%D1%82%D1%8C-%D0%B2%D0%BE%D0%B9%D0%BD%D1%83-%D1%81-%D1%83%D0%BA%D1%80%D0%B0%D0%B8%D0%BD%D0%BE%D0%B9-2ce0a2d7-b957-4e23-981a-c67a26e2b0b7) Bisher haben schon über 500 Tsd. Menschen diese Petition unterschrieben.

In ähnlichem Sinne haben 5.000 Studierende einen Brief an den Präsidenten unterschrieben, in dem sie einen Abbruch des Krieges in der Ukraine fordern. (https://docs.google.com/document/d/1pPrCAyTzYRRx5kaPn3jB_nfHJqBpFXkYH3z1YoaI6uQ/edit)

Die **Russländische sozialistische Bewegung** (http:/www.anticapitalist.ru) stellt neben den Protest gegen den Krieg und die Forderung nach sofortigem Abzug der Truppen aus der Ukraine den Versuch, die zersplitterte Linke in der Friedensfrage zu einen. In einem Aufruf richtet sich diese Bewegung an die Mitglieder der KPRF und ihrer Bündnispartner im Rahmen des „linkspatriotischen“ Blockes den Appell, gegen die von der Duma-Fraktion und der Parteiführung verfolgte Politik der Unterstützung der Regierungspolitik und gemeinsam mit anderen Friedenskräften aktiv zu werden. Sie stellt ihnen die Frage, ob sie wirklich wollen, „dass unsere Schwestern und Brüder in den Schützengräben sterben, während die Sjuganovs [der Vorsitzende der KPRF] und Taysaevs [Sekretär des ZK und Stellvertretender Vorsitzender eines Duma-Ausschusses] in ihren bequemen Sesseln in der Staatsduma sitzen?“ (https://t.me/rsd_tg/3500)

Zwei der bemerkenswertesten und sichtbarsten Protestaktionen der letzten Stunden kommen aus dem Medienbereich. Die Zeitung **Novaja Gazeta** (https://novayagazeta.ru/) , eines der letzten unabhängigen Blätter, erschien heute gegen den Strom in Schwarz, um den Protest zum Ausdruck zu bringen. Bereits gestern hatte die Redaktion durch ihren Chefredakteur Dmitri Muratov das Entsetzen über den Verlauf der Dinge zum Ausdruck gebracht und die Zeitung zweisprachig in russisch und ukrainisch drucken lassen. Die ukrainische Sprache sei für sie nicht die Sprache des Feindes, heißt es in der Erklärung Muratovs. Angesichts der atomaren Bedrohung könne nur das aktive Handeln der Russen gegen den Krieg das Leben auf diesem Planeten retten. (https://novayagazeta.ru/articles/2022/02/24/novaia-gazeta-protiv-voiny)

Die oppositionelle Medienplattform **Meduza** (https://meduza.io/) wählte am 24. Februar für ihren Hauptbeitrag den Titel „Der schrecklichste Morgen in meinem Leben“. Knapp 50 Journalist*innen, Wissenschaftler*innen, Künstler*innen und Politiker*innen brachten z.T. sehr emotional ihre Gefühle angesichts des Kriegsausbruchs zum Ausdruck. Darunter auch mit M. Chodokovski und(dieser aber nur indirekt mit einem Zitat aus einer Rede vor Gericht) A. Navalny Exponenten der neoliberalen Opposition.

Man sieht also, dass das Spektrum, dass sich unter der Losung „Gegen den Krieg“ zusammenfinden kann, sehr breit ist. Auf dem Russländischen Sozialforum 2018 in St. Petersburg forderte ein Teilnehmer, dass die im weitesten Sinne demokratischen Kräfte eine „Bruderschaft des Rings“ bilden, das scheinbar Unvereinbare vereinen müßten. Dies gilt heute um so mehr.

Die KPRF und der Krieg

Um jeglichen Vereinfachungen der Hintergründe des gegenwärtigen Krieges entgegenzuwirken, sollte man schon genauer hinschauen. Dazu gehört, die Aktionen der sich kommunistisch nennenden Organisationen zu verstehen – mehr noch deren innere Zerrissenheit. Die KP der Russischen Föderation ist die stärkte Opposition zu Putin – wenigstens bis zum Kriegsausbruch. Jetzt fordert sie – von außen gesehen völlig weltfremd – das Ergreifen sozialistischer Maßregeln, um das Überleben „des Volkes" zu sichern.
Vielleicht ist euch aufgefallen, dass in den Darstellungen zu den politischen Entscheidungsprozessen in Russland kommentarlos angemerkt wurde, dass die KPRF der Anerkennung der Separatistengebiete im Donbass rückhaltlos zugestimmt hatte. Auch wenn es scheint, als ob das für die westeuropäische Linke unerheblich wäre und damit ohnehin bestehende Vorbehalte gegenüber der KPRF bestätigt werden, muss man sich die Sache doch näher ansehen. Nicht zuletzt, weil das Attribut kommunistisch hier geeignet ist, eine politische Richtung und eine Richtung theoretischen Denkens vollends zu diskreditieren. Die Tiefe des Problems zeigen die Stellungnahmen der DKP.
Dabei sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung. Das relativ starke Wahlergebnis der KPRF bei den Wahlen zum Parlament (der Duma) beruhte auf einem Bündnis, das sich als links- patriotisch bezeichnet. Der Haken ist, dass wahrscheinlich viele Aktivist*innen gehofft hatten, trotz dieser nationalistischen Note die KPRF-Fraktion auf einen tatsächlich linken Weg zu drängen. Das scheint gescheitert.
Die Haltung der Parteiführung zum Krieg im Donbass macht deutlich, dass es sich dabei nicht um eine taktische Formulierung gehandelt hat, sondern dass dahinter ein langfristiger Prozess steht. Tatsächlich sind bereits seit Anfang der Neunzigerjahre nationalistische Töne beim Parteivorsitzenden Zjuganow integrales Moment der Rhetorik. Um 1993 trat der er mit einer Broschüre in die Öffentlichkeit, die die nationale Größe Russlands mit Stalin und einer wie auch immer zu betrachtenden Mission verband. Darüber kann an anderer Stelle mehr gesagt werden. Leider war das nicht eine aus der Krise erwachsende Frustration, sondern verstetigte sich zu Identität. Der Flirt mit nationalistischen Auffassungen führt immer in den Abgrund. Und hier liegt die Problematik auch der deutschen Linken – wenn sie sich auch nicht in einer nationalen, sondern einer „westlichen" Werte-Mission entäußert. Wahrscheinlich ist das schon passiert.
Im Moment ist auch unter dem Gesichtspunkt der Selbstreflexion interessanter, warum sich die Abgeordneten der kommunistischen Duma-Fraktion entschieden haben, die sog. Volksrepubliken anzuerkennen. Einige Abgeordnete haben nach dem Beginn des Krieges sich deutlich von dem Krieg distanziert. Es geht dabei um eine Grenzziehung zwischen der Anerkennung der Volksrepubliken als Akt der Anerkennung der nationalen Selbstbestimmung und dem Krieg gegen die Ukraine. Man sollte das nicht leichtfertig verwerfen, wenn man die Vorgeschichte ab 2014 in Rechnung stellt.

Zu diesen Abgeordneten gehört unter anderem **Oleg Smolin**, der als parteiloser Kandidat auf der Liste der kommunistischen Partei schon viele Jahre lang das Mandat in Omsk errungen hat. Er ist vor allem als profilierter Sozialpolitiker (selber blind) bekannt und war auch immer Partner der Stiftung. Am 25. Februar veröffentlichte er eine Stellungnahme zu seiner Entscheidung, der Anerkennung der Volksrepubliken im Donbass zuzustimmen. Dabei verweist er auf die Umstände der Auflösung der UdSSR, die ein Projekt der extrem-neoliberal gewendeten Eliten der Sowjetunion war.

Er schrieb:
https://vk.com/deputat_smolin?w=wall146212305_19094%2Fall

> *„Ich habe mich in meiner Prognose geirrt.*
> *Über viele Jahre lang habe ich mich in meinen Arbeiten zu langfristigen Prognosen praktisch nie geirrt. In kurzfristigen Prognosen irrte ich mich zweimal: im Jahr 1993 glaubte ich nicht, dass Jelzin den Staatsstreich verüben würde, und im Jahr 2022 darin, dass Russland eine umfangreiche kriegerische Operation in der Ukraine beginnen würde.*

1. Ich konnte nicht gegen die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk stimmen, ohne mich zu verbiegen. Ich war immer ein kategorischer Feind der Zerstörung der Sowjetunion, ich unterstützte nicht die Deklaration über die staatliche Souveränität der RSFSR und auch nicht den (nicht offiziellen) Vertrag über die Auflösung der Sowjetunion. Auf den Tagungen der Volksdeputierten Russlands 1990 und 1991 war ich gegen Veränderungen [der Verfassung] die auf folgendes hinausliefen:
als Anhänger der Volksmacht müssen wir das Recht der Völker auf nationale Republiken und auf Selbstbestimmung anerkennen, bis hin zur Abspaltung von der Union;
aber als Anhänger derselben Volksmacht müssen wir genauso das Recht auf Autonomie der Regionen im Rahmen dieser Republiken achten, im Bestand der Sowjetunion zu verbleiben oder sich Russland anzuschließen, wenn sie das wollen.

Darum unterstützte ich die Anerkennung von Südossetien, Abchasien, die Wiedervereinigung der Krim mit Russland. Die Veränderung meiner Position zu DNR und LNR war für mich, vorsichtig ausgedrückt, spät.

2. So war ich überzeugt, dass im Donbass sich die abchasische oder südossetische Variante wiederholen würde: unsere Streitkräfte würden an der Konfliktlinien stehen und die Bevölkerung der Republiken vor dem Beschuss und der Bedrohung der Besetzung ihrer Territorien seitens der ukrainischen Nationalisten verteidigen. Gleichzeitig würde das an die Aufnahme der Ukrainer in die NATO wegen der ungeklärten Frage ihrer Grenzen erschweren. So dachte ich nicht allein, auch Präsident Zelenski glaubte nicht an eine große kriegerische Operation seitens Russlands. Das macht es aber nicht leichter.

3. Ich war davon erschüttert als ich erfuhr, dass die umfangreiche kriegerische Aktion gegenüber der Ukraine begonnen hatte. Ich kann bis jetzt mir selbst einige Fragen noch nicht beantworten.
1. Ich bin als russländische Intellektueller überzeugt, dass militärische Gewalt in der Politik nur in einem Extremfall angewandt werden kann. Früher oder später hätten ukrainische Radikale versucht, den betreffenden Teil des Donbass und wahrscheinlich auch die Krim zurückzuholen. Aber befinden wir uns in einem solchen Extremfall, dass ein anderer Ausweg nicht existiert, das ist die große Frage. Eine Antwort darauf werden wir nicht mehr erhalten, da die Geschichte kein „was wäre wenn“ kennt.
2. Es ist nicht klar, ob mit dem Krieg das Ziel der Demilitarisierung der Ukrainer erreicht werden kann. Ihre Besetzung ist durch Putin nicht deklariert und sie ist auch nicht realistisch. Wenn jetzt auf irgend einem Weg ein Vertrag über die Neutralität der Ukrainer geschlossen wird, ist keinesfalls gesagt, dass nach einiger Zeit eine neue Regierung diesen Vertrag nicht bricht.
3. Es ist völlig unklar, wie viele Jahre, oder besser Jahrzehnte, vergehen werden, bis wieder freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern erreicht werden können. Die Erfahrung in Bezug auf die Tschechoslowakei ist dafür ein Beispiel. Es ist kein Zufall, dass das Vorgehen in der Ukraine vom tschechischen Präsidenten Seemann verurteilt wurde, der immer als prorussisch betrachtet wurde.
4. Die wirtschaftlichen Sanktionen werden mit Sicherheit nicht einfach die russisch-londoner Oligarchen treffen. Sie werden dem Land einige Vorteile bringen, weil ein Teil des Geldes nach Russland zurückfließt. Die Probleme werden die einfachen Bürger treffen. Und das, wenigstens, für einige Jahre. Wenn die kriegerische Operation in der Ukraine ihre gestellten Ziele nicht erreicht, wird das Volk für diese Entscheidung außerordentlich viel zu zahlen haben.

Bei Bulat Okudschava [ein in der Sowjetunion sehr populärer Liedermacher] finden sich folgende Zeilen:
wenn man einmal einen Fehler gemacht hat,
macht man den nicht zum zweiten Mal.

Ich möchte nicht noch einmal einen Fehler machen. Von weiteren Prognosen werde ich absehen.

PS. Man fragt mich, was passiert, wenn irgendwelche Republiken sich von Russland trennen wollen.
Ich antworte: in den neunziger Jahren trat ich gegen den Krieg in Tschetschenien auf; ich meinte, dass wir uns verständigen sollten. In der ersten Legislatur des Föderationsrates 1994-1995 bereitete ich gemeinsam mit Elena Mizulina und Ramazon Abdulatipov eine Entschließung vor, die vorschlug, die Frage der Amtsenthebung von Boris Jelzin wegen des Tschetschenien-Krieges zu diskutieren. Dieses Projekt wurde verhindert.
In dieser Frage war meine Position immer konsequent. Ich war und bleibe ein Gegner des Zerfalls der UdSSR, das Problem der Gegenwart ist eine Folge dieser Tragödie."

Soweit Smolin.

01.03.2022

Krieg dem Krieg! II

Die Reaktionen der Linken auf den Krieg in der Ukraine wirken im Moment als Stimmengewirr, dabei vor allem für sich genommen kleiner und unbedeutend scheinender Gruppen. Grundsätzlich sind sich aber die Linken in den verschiedenen europäischen Ländern in ihrer Mehrheit in der Ablehnung des Krieges einig. Humanitäre Aktionen sind wahrscheinlich das stärkste Bindeglied https://en.connection-ev.org/article:conscientious-objectors-and-deserters-need-support-no-to-war-in-ukraine?fbclid=IwAR1RyWZTe1kUGvJwhN8uvzllBxLPqRAHe5uHhNB2m0l_kLo2rqb5LqNKizQ dabei. Die größte Gefahr besteht darin, dass sich Menschen an den Krieg gewöhnen, je länger er sich hinzieht. Und dass diese Gewöhnung mit einer Brutalisierung der dabei bestehenden unterschiedlichen Sichten auf die Ursachen des Krieges verbunden ist. Das Spektrum der Meinungen reicht bereits jetzt von streng pazifistischen Aussagen bis hin zu Forderungen nach einer schärfstmöglichen Sanktionspolitik und massiven Waffenlieferungen an die Ukraine sowie der Stärkung der NATO.

So fordert die Ukrainische Pazifistische Bewegung in einem Beitrag vom 27. Februar zu Verhandlungen auf und verurteilt alle Arten militärischer Aktion. Der Artikel beginnt mit einem Blick auf die Wirklichkeit des Krieges, jenseits der ideologischen Schleier und der geopolitischen Überlegungen. Die allgemeine Verrohung auf beiden Seiten, die innerhalb weniger Stunden begonnen hat, bewegt besonders. Frieden könne nur auf einem gewaltlosen Weg erreicht werden. Daher können sie keinen Krieg unterstützen und werden alles tun, um die Ursachen des Krieges zu beseitigen. https://worldbeyondwar.org/putin-and-zelenskyy-talk-to-each-other/

Aus einem anderen Blickwinkel versucht Taras Bilous von der ukrainischen Bewegung Spil'ne (Commons) sich und anderen die Situation zu erklären und sein Handeln zu begründen. In einem Brief an die Linke des Westens vom 25. Februar https://commons.com.ua/uk/letter-western-left-kyiv/ unterzieht er die Positionen eines Teils derselben einer Kritik. Diese richtet sich vor allem gegen einseitige Sichten, die zwar das Agieren der NATO und den Rechtsextremismus in der Ukraine in den Blick nehmen, aber nicht den Rechtsextremismus in den Separatistengebieten, die konservative,

nationalistische und autoritäre Politik Putins und die Verstöße seitens Russlands und der Separatisten gegen das Minsker Abkommen. Er schließt mit den Worten:

“In den vergangenen Jahren habe ich über den Friedensprozess und die zivilen Opfer beider Seiten im Krieg im Donbas geschrieben. Ich versuchte, einen Dialog zu befördern. Das hat sich alles in Rauch aufgelöst. Es wird keinen Kompromiss geben. Putin kann planen, was er will, aber auch wenn Russland Kiev erobert und ein Okkupationsregime installiert, werden wir widerstehen. Der Kampf wird andauern, bis Russland die Ukraine verlässt und für alle Opfer und Zerstörungen bezahlt.“

In Teilen der Linken in angrenzenden EU-Ländern wird noch radikaler Position bezogen. So trat die kleine linke Partei Razem aus Polen jetzt aus DIEM25 und der Progressiven Internationale aus, da diese sich nach Auffassung der Organisation nicht eindeutig auf eine Anerkennung der Souveränität der Ukraine und eine eindeutige Verurteilung des russischen Überfalls festgelegt hätten. https://partiarazem.pl/2022/03/konczymy-wspolprace-z-diem25-i-progressive-international/?fbclid=IwAR0_XqMOVpXccksagmcj07mplYGY_zFlktw7Bv_DxN3_7qVK6b_2g9X-oJk In einer Erklärung vom 25. Februar https://partiarazem.pl/2022/02/stanowisko-razem-ws-napasci-rosji-na-ukraine/ hatte die Partei bereits die Forderungen nach umfangreichen Sanktionen, die allseitige Unterstützung der Ukraine und die Stärkung der NATO in den Mittelpunkt gestellt.

Demgegenüber positioniert sich das Kollektiv der Plattform Lefteast, die dem Krieg nicht weniger ablehnend gegenübersteht, bedeutend differenzierter. https://lefteast.org/lefteast-condemns-putins-imperial-war-against-ukraine/ Es verurteilt die “kriminelle Aggression” und fordert den Rückzug der Truppen. Weiter heißt es: “Auch wenn wir die Verantwortung der USA, der NATO und ihrer Verbündeten nicht vergessen, ist Russlands politische und wirtschaftliche Elite hier klar der Aggressor.“ In Solidarität mit den Völkern der Ukraine, Russlands und der Region überhaupt sagen sie “Nein!” heute zu Moskau “Nein!” zu der falschen Wahl zwischen Moskau und der NATO in der Zukunft. In ähnlicher Weise erklärt der Sprecher der Plattform Solidarität aus Serbien Milos Bakovic Jadzic, dass Russland sofort die Kampfhandlungen einstellen und sich aus der Ukraine zurückziehen müsse. Man müsse zur Diplomatie zurückkehren. Dazu gehöre auch, dass die NATO ihren Expansionsprozess stoppen müsse. https://solidarnost.net/bakovic-jadzic-rusija-da-zaustavi-vojna-dejstva-nato-da-zaustavi-sirenje-na-istok/

Die Initiative „Stand with Ukraine“, bestehend aus verschiedenen ukrainischen NGO, geht einen anderen Weg und versucht die Antikriegsaktionen mit dem Kampf für eine Energiewende zu verbinden. Sie ruft dazu auf, Importe von Öl, Gas und Kohle aus Russland zu boykottieren und gleichzeitig die Energieversorgung auf eine neue Basis zu stellen. https://www.with-ukraine.org/?fbclid=IwAR3M-_6ykUAs_G7cQ_pIxzLoQcI-zKzn5SROSTellbM5FgdjtJH3pde_oN8

In Russland gehen die Proteste inzwischen weiter. https://t.me/altleft_org/654 Die Russländischen Sozialistischen Bewegung konstatiert am Morgen des 1. März, dass sie offensichtlich nicht zu unterdrücken sind. Die Welle werde zu einem „Tsunami“. https://t.me/rsd_tg/3604 Über den telegram-Kanal verbreitet die Organisation Vorschläge für Aktionen gegen den Krieg. https://t.me/rsd_tg/3608 Eine Liste von Erklärungen und Protestaktionen (https://docs.google.com/document/u/0/d/14KcR0Px_ILTe4mcMbTTN6udi_si44j6QIa-AMe4vAEQ/mobilebasic) zeigt, dass die Ablehnung des Krieges eine breite Grundlage hat. Und dies trotz immer stärker werdender Repression. So wird gerade ein Gesetz vorbereitet, dass die Verbreitung von „Falschmeldungen“ über den Krieg unter Strafe stellt. Zudem darf der Krieg nicht Krieg und der Angriff nicht Angriff genannt werden.

Unter den Parteien es ist vor allem die bürgerliche Jabloko, in den 1990er Jahren einflussreich, nun aber fast aus der Wahrnehmung verschwunden, die versucht, lautstark gegen den Krieg mobil zu

machen. In einer Erklärung bezeichnet sie den Krieg in der Ukraine als ein schwerstes Verbrechen (https://www.yabloko.ru/reshenija_politicheskogo_komiteta/2022/02/24) Sie fordert ihre Mitglieder auf, an Antikriegsaktionen teilzunehmen https://www.yabloko.ru/cat-news/2022/02/25-0 und betreibt bereits seit dem 13. Februar eine eigene Unterschriftensammlung. https://www.yabloko.ru/stop-war

Die Positionen der Führung der KPRF sind weiter umstritten. Bereits am 26. Februar wurde über einen Runden Tisch von Mitgliedern der KPRF, der Linken Front, der Revolutionären Arbeiterpartei, der Russländischen Sozialistischen Bewegung und der Linkssozialistischen Aktion berichtet. https://sovross.ru/articles/2235/56062 In einer Resolution verurteilten sie das Eindringen der russischen Truppen in die Ukraine und fordern den sofortigen Abbruch der Aggression. Inzwischen haben sich mehrere Abgeordnete der Duma-Fraktion der KPRF gegen den Krieg und damit gegen ihre Führung gewandt. https://t.me/rsd_tg/3601 Auslöser war die Unterschrift des Abgeordneten Evgenij Stupin unter einer Antikriegs-Erklärung. Die Parteiführung forderte ihn daraufhin auf „sich zu erklären“. Als Unterstützer Stupins werden die Abgeordneten Oleg Smolin, Vjacheslav Marchaev und Michail Matveev genannt.

Neben den Protest tritt nun auch die die Analyse. https://t.me/kagarlitsky/930 . Der unabhängige Politikwissenschaftler Boris Kagarlitzky sieht in dem Angriff auf die Ukraine den Versuch des Kreises um Putin, die in Russland angestauten Probleme mit einem Schlag in den Griff zu bekommen und eigentlich notwendige tiefgehende Reformen zu vermeiden. Es sei nie um die Menschen in den Separatistengebieten oder die russischen Ukrainer gegangen. Er sieht im Verlauf des Krieges ein Scheitern der Vorstellungen von einem schnellen Sieg, die aus einer völligen Fehleischätzung der ukrainischen Gesellschaft resultierten. Aus seiner Sicht bedeutet der Krieg und sein bisheriger Verlauf den Bankrott der Politik der letzten 30 Jahre. Notwendig seien Reformen in einem Maßstab, der nur mit denen nach der Niederlage Russlands im Krimkrieg (1853-1856) vergleichbar seien. Entweder man komme zu Gesprächen, in deren Rahmen eine Lösung gefunden wird, oder es komme zu einer atomaren Apokalypse, die wohl andere Völker, aber nicht die Russen überleben würden.

06.03.2022

Protest

In den nur noch schwer nachprüfbaren Umfragen wird behauptet, dass 70 Prozent der Bevölkerung den Krieg unterstützen. Ob es 70 oder 50 Prozent sind, ist allerdings auch unerheblich – richtig dürfte sein, dass eine Mehrheit ihn wenigstens hinnimmt. Das würde auch mit allen anderen früheren Umfragen aus relativ verlässlichen Quellen übereinstimmen.
Da also nicht der Aufstand der Massen zu erwarten ist, ist eine Solidarisierung mit der russländischen Friedensbewegung um so wichtiger.
Trotz der Abschaltung so gut wie aller oppositioneller Medien und der Kriminalisierung von Friedensforderungen setzen sich die Proteste mit nicht unbedingt zu erwartender Heftigkeit fort. Den Rahmen bilden an diesem Wochenende die traditionellen Spaziergänge und Feierlichkeiten zum Frühlingsanfang (Masleniza). Wie in anderen Ländern auch ist das mit dem Brauch verbunden, die Wintergeister durch Verbrennen und Feste zu vertreiben. Demonstrationen als Spaziergänge zu tarnen, hat inzwischen in Russland Tradition – und ist inzwischen auch verboten. Auf den telegram-Kanal der Russländischen Sozialistischen Bewegung (RSB) wird auf eine Übersicht zu bevorstehenden

Aktionen verwiesen[1]:
https://docs.google.com/document/d/1ORNwogIX1qVRDwi91vVRLBerdrSEWs7QpaeRYxCXAg4/edit
Das Portal AltLelft verbreitet ebenfalls einen entsprechenden Aufruf zu Aktionen in der Zeit vom 6. bis 8. März (https://t.me/altleft_org/683), kombiniert mit Verhaltensempfehlungen (Pass mitnehmen, Handy von kompromitierenden Inhalten befreien, bei Festnahme Aussage verweigern und Anwälte informieren…) Sie empfehlen die Partisanentaktik „Protestieren, verschwinden, umgruppieren". Auf dem Kanal findet ihr auch immer wieder Bilder von Aktionen.
Die RSD empfiehlt, um Zeit für Aktionen gegen den Krieg zu haben, den „Antikriegs-Krankenschein" – also Wege, wie man sich schnell und ohne Problem krankschreiben lassen kann (https://t.me/rsd_tg/3646) - und dadurch Zeit hat, z.B. Flugblätter wie diese http://левые.opr/%D0%BD%D0%B5%D1%82%D0%B2%D0%BE%D0%B9%D0%BD%D0%B5/ zu verbreiten …
Folgt man den Bildern, sind es vor allem jüngere Menschen, die die Aktionen tragen – aber die beiden hier berücksichtigten Quellen sind eben auch solche, die von Aktivist*innen der jüngeren Generation betrieben werden.
Wie weit dabei die Rolle Navalnys und der bürgerlichen Opposition in (weitgehend verbotenen) Medienlandschaften (die z.T. über telegram weiterarbeiten), von Künstler*innen, Akademiker*innen usw. reicht, ist momentan schwer zu sagen. Ein studentisches Projekt, seit 2020 aktiv, hatte vor einigen Tagen einen Aufruf Nawalnys (oder mit seinem Namen versehen), sich jeden Tag um 14 Uhr zu Protesten zu treffen, so auch dieser Tage. Sie konzentrieren sich auf die Entwicklung im akademischen Raum (https://news.doxajournal.ru/novosti/)
Auch die Soldatenmütter könnten angesichts der dilettantischen Informationspolitik der Regierung wachsende Bedeutung erlangen.
Die Führung der KPRF hält strikt zum Präsidenten – und ehrte gestern (05.03.2022) Stalin aus Anlaß seines Todestages (https://kprf.ru/party-live/cknews/208985.html) Diese Entwicklung ist dramatisch, hatten doch viele gehofft, dass nach den Ergebnissen der Duma-Wahlen und unter dem Einfluss der Bündnispartner (über die viele jüngere Aktivist*innen in die Nähe der Partei gekommen waren) der Einfluss der konservativen Parteielite zurückgedrängt werden könnte. Abgesehen von einigen Abgeordneten (dazu werde ich extra noch was schreiben, da es für uns nicht ganz unwichtig ist) hat die Friedensbewegung damit keine Präsenz in der Duma. Im Gegenteil – das Parlament wird eine wichtige Stütze der Regierung bleiben und das Verhalten von KPRF und Gerechtes Russland die Bewegung eher spalten. Wenn es einen Putsch geben wird, wie es jetzt verschiedentlich spekuliert wird, aus dem Parlament wird er nicht kommen.
Von den Gewerkschaften hört man derzeit wenig. Die Konföderation der Arbeit hat sich schon am 25.Februar gegen den Krieg erklärt (http://ktr.su/content/news/detail.php?ID=7383) Inwieweit Gewerkschafter*innen in den Protesten eine Rolle spielen, habe ich noch nicht ermitteln können. Mithin bleibt der Hinweis von Kerstin Kaiser, dass die Friedensbewegung in Russland eher ein Stimmgewirr denn ein Chor ist, gültig.

07.03.2023

Auf meinem Notizzettel steht:

Ein Krieg, den alle vorbereitet haben, den niemand wollte, den alle brauchten, den alle für ihre Zwecke ausschlachten werden, und von dem niemand weiß, wie man aus ihm zivilisiert raus kommt.

Von den langfristigen Folgen mal abgesehen – man wird die Russ*innen auf Jahrzehnte dafür hassen – auch wenn jetzt alle behaupten, sie könnten zwischen dem Volk und der Gruppe um Putin unterscheiden. Ich höre aus unserem „Volk" anderes. Genauso gefährlich ist die

1 Ein Teil der Links aus den ersten Kriegswochen ist nicht mehr erreichbar.

Rückwärtslegitimierung der Politik von NATO usw. Die Diskussion, besser gesagt die Verkündungslinien, unter den Linken polarisieren ja zwischen – „das hätte ich nicht erwartet“ und „wir haben es ja immer gesagt“, abgesehen von denen, wie die DKP, die das für verständlich im Sinne von akzeptabel halten. Die Dynamik (man könnte auch sagen lebendige Dialektik) der Entwicklung wird gar nicht in den Blick genommen. Natürlich hat der Putin-Block (es geht hier nicht um ihn als Person) immer in Szenarien gearbeitet, wie das auch die USA tun. Der Krieg war nicht unabwendbar. Erklären und Verstehen wird (übrigens auch im eignen Haus) als Rechtfertigung verstanden. Insofern ist das Betonen der Antikriegsstimmung in Russland ziemlich wichtig, da ist der einzige Ansatzpunkt. Für die Linke, vor allem ihre akademische und intellektuelle Flanke, kann das alles der Todesstoß werden. Der Rest wird schon überwintern, der hängt nicht von uns ab. Wenn der Kreis um R. Desai titelt: “The Revanche of the loosers of WWII. Germans and other Europeans against Russia, for WWIII!” und danach über Frankreich, die Slowakei usw. spricht, fällt mir dazu nichts mehr ein. (http://www.defenddemocracy.press/the-revanche-of-the-loosers-of-wwii-germans-and-other-europeans-against-russia-for-wwiii/) Auf der Gegenseite ist der Hitler-Vergleich ebenso wenig hilfreich.
Jedenfalls wird die Sache zu guter Letzt die Reste der wohlfahrtstaatlichen und liberalen Ära begraben.

In unserer Argumentation müssen wir vielleicht noch folgende Dinge bedenken und vielleicht auch noch stärker in den Vordergrund schieben: Das militärische Denken und die Realität der Bewaffnung (damit der militärischen Taktik) ist heute ein völlig anderes als in den 1970ern und 1980ern. Es ist sicher richtig, dass die Bundeswehr anders als in den Jahren vor 1990 nicht mehr für eine „Feldschlacht“ geeignet ist. Sie ist eine Unterstützungsarmee für die kollektive Verteidigung von Interessen in begrenzten Interventionen, wie in Afghanistan, Mali, vor Somalia usw. Das ist hinreichend schlimm, aber nun sie wieder zu einer „Armee der Feldschlacht“, sprich zu einer Massenarmee, machen zu wollen, ist noch schlimmer – und nicht mit 100 Mrd. zu machen. Wenn nun wieder über die Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht gesprochen wird, geht es letztlich darum. Mithin steht hinter dieser Anhebung der Militärausgaben in erster Linie das Konzept der qualitativen Rüstung, das Gebiet, auf dem „der Westen“ eine Überlegenheit gegenüber Russland, wenn auch vielleicht nicht mehr gegenüber China besitzen könnte. Das Konzept geht auf die 1980er zurück (erste Ansätze in den späten 1970ern) und schloss damals das heute bereits Realität gewordenen Konzepts der „Sternenkriegs“ und die Neutronenbombe mit ein. Die Qualität ist heute eine noch viel brutalere – man denke nur an die Folgen des laufenden Drohnenkrieges der USA gegen alle möglichen Feinde in Westasien – sowohl die Fehler mit ihren Folgen, wie auch die Traumatisierungen derjenigen, die die Drohnen steuern. Man müßte sich unter diesem Gesichtspunkt die aktuelle Militärstrategie der NATO und das russländischen Sicherheitskonzept (wird alle paar Jahre erneuert) ansehen – dann verstehen wir, was auf beiden Seiten jeder Euro oder Rubel an Rüstungsausgaben bedeutet. Hier scheint mir das zentrale Problem zu liegen. Diese neue Art Krieg ist nicht beherrschbar und führt in eine Clanisierung aller Gesellschaften.

Weichenstellungen für lange Zeit …

https://www.solidarnost.org/news/profsoyuznye-experty-otsenili-mery-podderzhki-zanyatosti-rossiyan-na-fone-sanktsiy.html
https://www.solidarnost.org/news/natsionalizirovat-zarubezhnye-kompanii-predlozhili-v-fnpr.html

Gut, ich habe mich geirrt, Weichenstellung für SEHR lange Zeit:

https://www.vedomosti.ru/politics/news/2022/03/07/912528-nedruzhestvennih-stran?utm_source=facebook.com&utm_medium=social&utm_campaign=v-rossii-utverzhden-perechen-nedruzhestve&fbclid=IwAR1v8-Vh-Cl9HoEuKnJ6uzxZfDedPZ_u8KLJ254b_ywy6df250rabqEckt8

10.03.2023

Nach allem, was ich so sehe. Ist meine Formel zu modifizieren: ein Krieg, den alle vorbereiteten, den keiner wollte, von dem alle profitieren bzw. für ihre Zwecke ausschlachten können und von dem niemand weiß, wie man wieder rauskommt. Positiv gesehen zeigen die Umfragen in Russland bei einer Minderheit starken Friedenswillen, negativ gesehen ist die Zustimmung zum Krieg groß. Entspannungspolitik dürfte für Jahrzehnte diskreditiert sein. Da hilft es auch nicht, wenn Desai, Freeman und Co. den US-Imperialismus geißeln und die Erzählung der Rettung der Ukraine vor dem Faschismus durch Russland verbreiten. Die Vehemenz, mit der die unterschiedlichen Sichten auf den Hintergrund vorgetragen werden wird in eine umfassende Spaltung der Linken münden. Auch darüber werden sich US-, EU- und russländische Oligarchien gemeinsam, wenn auch getrennt freuen dürfen.

Wir sind jetzt zudem mit einem Problem konfrontiert. Nicht nur, dass Erklären der Situation so oder so als Apologie einer der Seiten erscheint, sondern auch, dass in Russland jedes Erklären, das notwendig die Widersprüche in der russländischen Gesellschaft zum Gegenstand haben muss, als antirussisch und Einmischung in innere Angelegenheiten betrachtet wird und damit unser Büro in Bedrängnis kommt.
Sergej Obuchov, einer der Köpfe der KPRF vermerkt als eine jetzt zu lösende Aufgabe:
„13. So oder so, die Säuberung von der „fünften Kolonne“ in Moskau wird jetzt, wie wir das verstehen, eine außerordentlich wichtige Aufgabe, und geb’s Gott, dass der gesunde Teil des Kreml diesen Schritt ohne fatale Verzögerung tun werde“ https://t.me/obuhovpro/6480

In einer Reihe von Beiträgen strategischer Natur wird der Kurs der derzeit dominierenden Fraktion der russländischen Oligarchie mit dem Ziel der Absicherung einer weitgehend autarken Entwicklung charakterisiert. Die Frage ist, ob eine solche überhaupt möglich ist. Zu den damit verbundenen Illusionen über eigene Fähigkeiten und die Bereitschaft Chinas, auf Augenhöhe mit Russland zu handeln, wäre noch an anderer Stelle einzugehen.

Boris Kagarlitzki hat sich gestern zu diesem Thema mit einem Podcast auf YouTube zu Wort gemeldet. (https://www.youtube.com/watch?v=JxcaxnCx3uA) Das Interessante an seinen Ausführungen ist, dass er versucht, nicht nur die politischen Aspekte zu betrachten, sondern den Zusammenhang zwischen Politik, Ökonomie und Sozialem. Wahrscheinlich wird es eine Reihe von Aktivist*innen geben, die seiner Analyse nicht zustimmen, trotzdem spricht er mit Sicherheit einige wichtige Punkte an.

Der Kern seiner Analysen findet sich auch in schriftlicher Form auf telegram. (https://t.me/kagarlitsky/936, https://t.me/kagarlitsky/934) Er sagte bzw. schrieb unter anderem:

> *„Vor dem Hintergrund der sich ausweitenden Sanktionen beruhigen uns kremlorientierte Blogger und marktwirtschaftlich orientierte Ökonomen, einschließlich einiger Oppositioneller, damit, dass die Importsubstitution und das freie Unternehmertum die Probleme lösen, werden. Diese Leute sind einfach nicht bereit, den Maßstab und den systemischen Charakter der sich nähernden Krise zu verstehen.*
>
> *Stellen wir uns für eine Minute vor, dass die Importsubstitution erfolgreich verläuft, und die Marktstimuli ungeachtet der sinkenden Nachfrage funktionieren. Selbst in diesem Falle werden diese Maßnahmen irgendwelche Früchte im günstigsten Fall nach 3-5 Jahren tragen (wobei wir die Probleme mit der Technologie, den Investitionen, den Kader und der Zeit, die notwendig ist um die Produktion aufzunehmen, zu berücksichtigen haben). Außerdem wird*

Massenarbeitslosigkeit und der Zerfall der wirtschaftlichen Beziehungen schon nach 2-3 Monaten Realität werden, in einigen Sektoren nach 2-3 Wochen. Wir haben es mit einem Dominoeffekt zu tun. Wenn Fabriken geschlossen werden, wird auch das Café daneben ruiniert, wohin die Beschäftigten gingen. Wenn in einem Einkaufszentrum viele Geschäfte geschlossen werden, werden nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen, sondern es sinkt auch die Zahl der Besucher in den verbleibenden Geschäften. Und die übrig gebliebenen hoffen, dass der große russische Markt Investoren anzieht-von außen wie von innen. Mit dem Wachsen der Arbeitslosigkeit und der sinkenden Nachfrage schrumpft auch der Markt, verliert seine Attraktivität. Viele Firmen verlassen Russland, nicht nur, weil sie mit der Politik Putins nicht einverstanden sind, sondern auch deshalb, weil hier nichts mehr zu verdienen ist. Es hat keinen Sinn Geschäfte zu unterhalten, wo niemand etwas kauft.

Die Macht reagiert auf die Vorgänge in zwei Arten; sie führt gegen Sanktionen ein, die es einigen wenigen russischen Unternehmen ermöglichen soll, ihre Produktion noch im Ausland absetzen zu können, und sie erhöht den Leitzins der Zentralbank auf 20 %, was den inneren Kredit unzugänglich verteuert, und die wirtschaftliche Tätigkeit senkt. Den Rubel kann man so nicht retten, insofern sein Fall von Ursachen ausgelöst ist, die jenseits der Kompetenz der Zentralbank liegen.

Wie absurd in der entstandenen Situation die Orientierung auf den freien Markt ist, wird sich in nächster Zeit zeigen. Man sollte sich an den Ersten Weltkrieg erinnern als die scharfe Veränderung der Bedingungen der wirtschaftlichen Tätigkeit alle Regierungen zwang, Maßnahmen zu ergreifen, die die Bezeichnung „Kriegssozialismus“ erhielten. In Russland, wo aus politischen und sozialen Gründen die herrschenden Klassen 1916 und 1917 sich nicht entschlossen, solche Maßnahmen mit hinreichender Konsequenz zu ergreifen, endete das mit einem noch härteren „Kriegskommunismus“. Und das war nicht mit ideologischen Postulaten der Bolschewiki verbunden. Im Gegenteil, die Bolschewiki konnten die Macht erringen und sie behaupten gerade deshalb, weil ihre Ideologie in höchstem Maße der Situation entsprach: die entstandene Katastrophe forderte außerordentliche Maßnahmen.

Unter den Bedingungen, dass die Nachfrage kontinuierlich fällt und das Geld sich entwertet, kann eine Marktwirtschaft im Prinzip nicht arbeiten. Und wir haben genau eine solche Situation. Und ja, der gegenwärtige Konflikt bringt auch dem kollektiven Westen Schaden. Allerdings befinden sich dort nicht nur mehr und verfügbare Ressourcen, sondern auch eine höhere Bereitschaft quasi sozialistische Methoden anzuwenden (davon konnten sich unsere Oberliga reichen und Propagandisten überzeugen, die Opfer von Nationalisierung [gemeint ist die Beschlagnahme von Immobilien, Jachten usw.] geworden sind).

Man muss sich jetzt darüber Rechenschaft ablegen, dass unabhängig vom Ausgang der Kämpfe in der Ukraine für die Überwindung des ökonomischen Schadens, den Russland in diesen zwei Wochen erlitten hat, nicht weniger als fünf Jahre notwendig sind. Und das in dem Falle, dass die Krise, die durch den Zerfall der wirtschaftlichen Beziehungen hervorgerufen wurde, sich nicht vertieft.

Das alles erinnert daran, was nach dem nach der Liquidierung der UdSSR passierte. Damals wurde die treibende Kraft der ökonomischen Desintegration die Zerstörung der Logistik, die im Rahmen der unionsweiten Planwirtschaft bestand. Das Problem löste sich durch die Ersetzung der bisherigen Lieferanten durch neue, die durch die Öffnung zum Weltmarkt hin möglich war. Betriebe, die keine Möglichkeit fanden, ihre Probleme in diesem Rahmen zu lösen, wurden geschlossen, und ja, auch viele von denen, die das schafften, wurden liquidiert, da sie der globalen Konkurrenz nicht gewachsen waren. Das nicht nur deshalb, wie man oft glaubt,

wegen Problemen mit der Arbeitsproduktivität, der Qualität der Waren oder ihrer Preise, sondern weil sie keine Investitionen erhalten konnten und in der Konkurrenz um mobiles Kapital verloren.

Aber dieses Mal werden die Verbindung zu den globalen Märkten und die in diesem Rahmen entstandenen Beziehungen zerstört. Theoretisch kann der Staat die Unternehmen mit Investitionen versorgen, aber der Fall des Rubel macht ein solches Szenario unwahrscheinlich für die nächsten Jahre (für die Stabilisierung und Wiederherstellung des Vertrauens zur Währung ist ernsthafte Arbeit nötig, wobei diese nur dann effektiv sein kann, wenn in der Realökonomie ein Gleichgewicht erreicht ist). Aber wenn das Geld wertlos ist, stellt sich die Frage-wo er Ausrüstungen, Technologien und Kader nehmen?

Die sowjetische Industrialisierung 1929-1935 vollzog sich keinesfalls unter Bedingungen ökonomischer Isolierung. Im Gegenteil, die Industrie der UdSSR stieg durch die Heranziehung von Ausrüstungen und Spezialisten aus westlichen Staaten auf. Kann China nun diese Rolle spielen? Das ist mindestens eine offene Frage.

Zur Nationalisierung ausländischer Unternehmen. Das ist reine Demagogie. Denn was ist zu rationalisieren? Leere Gebäude? Nicht bediente Verpflichtungen? Zerstörte Logistik? Und vor allem-wer wird es tun? In der Geschichte gibt es nicht wenige Beispiele, dass Beschäftigte von Unternehmen, die durch den Eigentümer in den Bankrott getrieben wurden, manchmal sie übernahmen und neue Partner fanden. Aber jetzt geht es nicht um Arbeiterkontrolle, sondern darum, den Bürokraten die Möglichkeit zu geben, das zu plündern, was nach dem Abzug des ausländischen Kapitals übrigbleibt.

Wie wird sich unter den Bedingungen der uns nun angebotenen Unfreiheit und patriotischen selbst Isolierung Wissenschaft und Bildung entwickeln, wie werden Spezialisten ausgebildet, wie sollen die die es gibt motiviert werden? Dabei braucht man nicht auf die stalinistische Zeit verweisen. Die Ideologie der stalinschen Diktatur war eine modernistische und progressistische, das System bei all seiner Härte öffnete den Massen Wege sozialer Mobilität. Die heutige Ideologie ist eine antiprogressistische, das System blockiert jedwede Möglichkeit sozialen Fortschritts für die Mehrheit der Bevölkerung.

Die Kader entscheiden alles sagte Stalin. Aber mit der Entstehung neuer Aufgaben muss man die Kader wechseln. Natürlich schlage ich nicht vor, dass mit den Methoden zu machen mit denen das der Autor des angeführten Aphorismus tat (obwohl beim Anblick einiger Abgeordneter, Oligarchen und Bürokraten kommen mir doch schlechte Gedanken). Die bestehende Machts hat nicht zufällig alle Versuche der Importablösung und der Re-Industrialisierung blockiert. Nun muss man das wichtigste verstehen: die regulierenden und politischen Institutionen des modernen russischen Staates sind dem Prinzip nach unvereinbar mit irgendeiner Modernisierung.

Leider gibt sich weder die Regierung noch die Opposition darüber Rechenschaft, wie ernst die Situation ist. Putin besteht darauf, die Probleme auf der Grundlage der Prinzipien des freien Marktes zu lösen. Das bedeutet, sie werden überhaupt nicht gelöst. Und es ist völlig klar, dass sowohl das vorhandene politische Personal, als auch das Topmanagement prinzipiell nicht fähig sind, unter neuen Bedingungen zu arbeiten. Bis dahin, solange wie sie auf ihren Plätzen sitzen, wird sich die Krise bloß vertiefen."

Soweit die Texte aus dem telegram-Kanal. In seinen Darlegungen auf YouTube setzte er noch Erfahrungen seiner Reise nach Irkutsk und nach Jakutien hinzu, die seine Thesen bestätigten. Niemand ist auf die konkreten Folgen des Krieges und der Sanktionen eingestellt.

13.03.2022

Während die Kommunikationsbehörde Roskomnadzor jeden Tag weitere Webseiten von oppositionellen Organisationen abschaltet, versuchen Aktivist*innen, durch eigene Mailinglisten und Tips zur Umgehung von Blockaden und Abhöraktionen die Informationsflüsse weiter aufrecht zu erhalten. Dies im Moment im Hinblick darauf, dass für den Sonntag wieder Aktionen vorbereitet werden. Die Plattform „Gefahrloser Repost“ auf telegram fordert dazu auf, sich über die Ziele der Aktionen zu verständigen. (https://t.me/bezopasnyirepost/5) Sie formuliert drei Ziele der morgigen Aktionen:

1. Gegen die Vorstellung in der übrigen Welt, dass es in Russland nur eine schwachen Antikriegsbewegung gäbe
2. Sich gegenseitig unterstützen und zeigen, dass die Kriegsgegner*innen nicht allein sind und das es viele davon gibt [auch wenn es keine Mehrheit ist – LB]
3. Und das vielleicht wichtigste: All denen, die Angst haben, an Aktionen teilzunehmen zu zeigen, dass das nicht so schlimm ist, wie es scheint. Jede erfolgreiche Aktion erhöht die Zahl derer, die das nächste Mal teilnehmen.

Das mag klein wirken, aber angesichts der Repressionswelle und der auf den Krieg eingeschworenen Medien ist das das, was momentan möglich ist.
Aus Bildungseinrichtungen wird berichtet, dass der Druck auf Studierende wächst, nicht an Protestaktionen teilzunehmen. Gleichzeitig wird von Seiten der Leitungen und seitens regierungstreuer Studierender versucht, mit Vorlesungen bzw. symbolischen Aktionen der Unterstützung des Krieges „Gehirnwäsche“ (wie es in einem post heißt) zu betreiben. (https://news.doxajournal.ru/novosti/vuzy-okazyvayut-davlenie-na-studentov-iz-za-vojny-s-ukrainoj-hronika/?utm_source=tg&utm_medium=soc&utm_campaign=v-tomskom-gosudarstvennom-universitete-s&utm_content=60018938)

Auch die Russländische Sozialistische Bewegung RSD ruft zu Aktionen am Sonntag um 14 Uhr (12 Uhr MEZ) auf. Gleichzeitig widerspricht sie einer in den Medien und von Putin bediente Gleichsetzung von Russland und UdSSR. (https://t.me/rsd_tg/3728) Auch setzt sie sich mit dem chauvinistischen Charakter der gegenwärtigen Politik und Ideologie auseinander. https://t.me/rsd_tg/3722

Man sollte sich aber keine Illusionen über die gesellschaftliche Situation machen. Sowohl in der Ukraine als auch in Russland ist die Akzeptanz der Politik des jeweiligen Präsidenten erheblich gestiegen. In Russland betrifft das auch das Ansehen der Partei Einiges Russland. Anders gesagt, es protestieren in Russland mehr, als im Ausland wahrgenommen wird, aber es bleibt eine Minderheit, das gesellschaftliche Klima ist nicht auf Veränderung gepolt. Auch für die Ukraine bedeutet das alles letztlich, dass die Dinge so bleiben, wie sie sind – egal, wie der Konflikt jetzt ausgeht. Man schart sich um die Präsidenten – die für Linke fürchterlichste Situation.

Mehr Demokratie e.V. veranstaltet am 15.3. eine online-Veranstaltung unter dem Titel „Hat die Demokratie noch eine Chance? Perspektiven aus der Ukraine und Russland“. Hier wird auch ein Abgeordneter aus Moskau teilnehmen, der eine Antikriegs-Initiative gestartet hat. Hier der link zur Ankündigung: https://www.mehr-demokratie.de/service-beratung/seminare-mehr-demokratie-im-gespraech (...das schlecht vorbereitet war, einseitig)

Ich hatte ja gestern die Ankündigung weiterer Proteste für den heutigen Tag geteilt. Sie scheinen dem Niveau der vorigen Woche zu entsprechen – aber eben auch nicht mehr. Das Maß an Repression scheint hingegen zu wachsen. Auch die eigenen sozialen Netzwerke wie vkontakte, stehen zunehmend unter Militärzensur. Damit verliert die Opposition egal welcher Richtung immer mehr an Bewegungsfähigkeit. Die Grundkonstellation ändert sich nicht. Im Rahmen einer facebook-Diskussion verwies ein Russe noch einmal auf den Umstand, dass die Arbeiter*innen und die Bewohner*innen der normalen Städte (das sind nach deutschen Maßstäben Großstädte) nicht Teil der Proteste sind. Zusammen mit der Unterstützung des Krieges durch den Block um die KPRF (der immer noch an Putin appelliert, die Oligarch*innen zu enteignen und von einer 5. Kolonne des Westens unter ihnen spricht) haben wir eine Konstellation, die die Spaltung der russländischen Gesellschaft vertieft, aber auch die Verhältnisse stabilisiert. Aus dem Konflikt erwächst kein positiver Stimulus der Entwicklungen in Russland. Resultante könnte eine subalterne Stellung gegenüber China sein – die aber ideologisch nicht hinnehmbar sein dürfte.

15.03.2022

Der Krieg wurde von allen Seiten vorbereitet, aber niemand hat ihn gewollt - das ist das Absurde der Situation und aus meiner Sicht der Hintergrund des militärisch gescheiterten Vorgehens Russlands. Offensichtlich hatte man die politische Wirkung auf die ukrainische Bevölkerung völlig falsch eingeschätzt. Das ist verwunderlich, da die Beziehungen auf allen Ebenen sehr eng waren. Der Versuch, mit einem relativ kleinen und offensichtlich von den anderen Teilen der Armee getrennten, aus einer Manöversituation heraus agierenden Kontingent schnell vorzustoßen, ist gescheitert. Zumal offensichtlich Teile der Truppen nicht auf das, was man von ihnen erwarten würde, vorbereitet waren. Es ist die eine Seite, sie zur Befreiung bzw. Verteidigung der beiden Separatistenrepubliken zu schicken, eine ganz andere, auf breiter Front zu Kriegshandlungen, in denen unklar ist, auf wenn man eigentlich schießt - es könnten Verwandte sein. Diese Ausgangspositionen erklären auch die Schwierigkeiten des Nachschubs, die sich potenzieren, wenn die kämpfenden Truppen nicht in erforderlichem Maße und der erforderlichen Geschwindigkeit rotiert werden können. Die Grenze der Einsatzdauer der ersten Truppen ist schon erreicht - die Frage ist, ob neue in dem erforderlichen Maße herangeführt werden können und wie deren Moral aussieht. Wenn man damit nicht gerechnet hat, ist das schon eine halbe Niederlage. Darüber kann auch die geballte und in ihrer Unsinnigkeit beeindruckende Propaganda nicht hinwegtäuschen. Und da könnte ein zweites Problem liegen - das Kriegsziel. Folgt man einem der wissenschaftlichen Köpfe der Kriegspartei (Karaganov) geht es um das Einsammeln der nicht lebensfähigen postsowjetischen Staaten. Wenigstens unter den Intellektuellen hat aber die Vorstellung, dass diese Zeit vorbei sei, die gegenwärtigen Generationen kaum noch aus der Nähe zu Russland und das Sowjetische ihre Identität ziehen, wahrscheinlich das gleiche Gewicht. Zumal Russland ja selbst ein schwacher Staat ist, der seine Existenz auf innerer Trägheit, nicht auf überschäumender Innovation stützt. Russland kann mit einer zerstörten Ukraine nichts anfangen - und ebenso nichts mit irgendwelchen anderen einzusammelnden Staaten. Darum ist Russland für China kein gleichberechtigter Partner, sondern Manövriermasse.
Damit kommen wir noch mal zu den Kriegszielen. Das wichtigste ist der Versuch, Vorentscheidungen für die Jahre 2024 (Präsidentschaftswahlen) und 2026 (Parlamentswahlen) zu treffen - und damit die Beständigkeit des russländischen Akkumulationsregimes und der damit sich verbindenden sozialen Pyramide zu sichern. Die KPRF, die sich bei den letzten Wahlen als ernst zu nehmender Rivale gezeigt hat, dürfte (gemeinsam mit einem Teil des ehrlich-linken Spektrums, das sie unterstützt) eingefangen und ruhig gestellt sein. Die Gruppe um Putin weiß, dass die Ziele, die noch vor wenigen Jahren auf einen Umbau der Wirtschaftsstruktur gerichtet waren, nicht zu erreichen sind. Wären diese "nationalen Projekte" erfolgreich gewesen, wären wir jetzt wahrscheinlich in einer anderen Situation,

sieht man vom Agieren der EU und der NATO ab. Das wäre in diesem Falle aber auch ein anderes gewesen.

21.03.2022

Eine in der Zeit vom 11. bis 14. März in Moskau durchgeführte Straßenbefragung zum Krieg in der Ukraine (https://t.me/levoradikal/862) ergab, dass nur 31 Prozent der 18-29-Jährigen den Krieg unterstützen, während das bei den über 60-Jährigen zu 71 Prozent der Fall ist. Generell sprachen sich 54 Prozent für den Krieg aus. Weitere Befunde deuten darauf hin, dass mit steigendem Einkommen die Zustimmung zum Krieg steigt. Dabei erwarten lediglich 24 Prozent der Befragten, dass durch den Krieg ihr Leben besser werden würde. Der Autor unterstreicht, dass der acht Jahre im Donbass anhaltende Bürgerkrieg der entscheidende moralische Faktor ist, der Zustimmung schafft. Die Wirkungen dieses Bürgerkrieges sind im Westen, auch unter den Linken, mit der Begrenzung auf die Rolle Russlands in der Auseinandersetzung, völlig unterschätzt worden.
Dieser Krieg traf auf einen zweiten Faktor – den russischen Chauvinismus bzw. Nationalismus. Auf diesen Sachverhalt macht in einer aktuellen Analyse https://levoradikal.ru/archives/17379 Vladimir Kinzhalov vom Projekt Levoradikal (Linksradikal) aufmerksam. Der Nationalismus sei das „Opium des Volkes“ angesichts der sozialen Situation in Russland. Die soziale Unzufriedenheit werde von der russländischen Führung durch den Chauvinismus in die für diese günstigen Gleise gelenkt. Er sieht hier aber auch die Aufgabe und Chance der russländischen Linken, ähnlich wie die Bolschewiki „den chauvinistischen Knüppel, der das russländische Volk zur Zeit in den Händen der russländischen Bürokratie und Bourgeoisie ist, in das Schwert des kommenden revolutionären Klassenkrieges zu verwandeln.“
Vorerst ist aber der Nationalismus, gestützt auf die Ressourcen der Regierung, in der Offensive. Damit werden die Bedingungen, unter denen die Proteste gegen den Krieg organisiert und durchgeführt werden müssen, immer härter. Mit der Rede Putins am 16.03.2022 (eine englischsprachige Zusammenfassung https://meduza.io/en/feature/2022/03/18/the-purification-of-society-will-only-strengthen-the-country) und den Feierlichkeiten zum Jahrestag der „Wiedervereinigung mit der Krim“ ist eine neue Etappe in der Innen- wie auch Außenpolitik Russlands eingeleitet. Die Novaja Gazeta stellte den Bericht über das Ereignis in Moskau, an dem zehntausende Menschen teilnahmen, durchaus zurecht unter die Überschrift „Die Epoche Z beginnt“. Sie schließt den Artikel so: „Direkt unter unseren Augen wird der Kanon der Epoche Z geboren. Ein bisher noch nicht dagewesenes Land, neue Aufgaben, neue Helden.“ (https://novayagazeta.ru/articles/2022/03/18/prishestvie-epokhi-z) Auch wenn ein Teil der Teilnehmer*innen von ihren Chefs dorthin geschickt wurden – die Zustimmung zum Kurs des Präsidenten ist groß. Die Richtung markiert eine Initiative der extrem rechten Liberaldemokratischen Partei, die die Wiedereinführung der Todesstrafe durch eine Volksabstimmung erreichen will. (https://www.kommersant.ru/doc/5260542) In der Rede Putins selbst ist der zentrale Punkt die Postulierung einer **„Reinigung der Gesellschaft von Verrätern“**. Dabei ist der Kontext, den er in seinen Aussagen herstellt, bedeutungsvoll. Er verurteile keinesfalls Menschen, die eine Villa in Miami oder an der französischen Riviera hätten, die nicht sein können ohne Stopfleber, Austern oder sogenannte Gender-Freiheit. Das Problem bestünde darin, dass viele (!) von denen mental „dort“(?) seien, und nicht hier, nicht mit „unserem Volk“, nicht mit Russland. Ihrer Meinung sei dies(?) Zeichen der Zugehörigkeit zu einer höheren Kaste, einer höheren Rasse. Derartige Leute seien bereit, auch ihre Mutter zu verkaufen. Der Westen wolle mit einer „5. Kolonne“ Russland zerstören. Aber, so setzt er fort, jedes Volk, umso mehr(!) das russländische, könne immer echte Patrioten von Verrätern unterscheiden und letztere ausspucken wie eine Mücke, die versehentlich in den Mund geflogen sei. Die intensive Anrufung von Nationalismus und insbesondere auch die negative Konnotation mit der Geschlechterfrage deuten, gemeinsam mit der Suggestion einer ob der realen sozialen Verhältnisse abstrusen klassenübergreifenden Einheit, gehen weit über das hinaus, was bisher an Repression

realisiert wurde. Es dürfte in bestimmten Kreisen als Aufruf zum Handeln verstanden werden. Irgendwo stand im Internet, dass damit ein Bürgerkrieg erklärt sei. Dazu passt die Ankündigung, dass die Bestimmungen zur Bestrafung von „fakenews“ in Bezug auf die Streitkräfte auf solche zu jeglichen im Ausland aktiven staatlichen Organe erweitert werden sollen. https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2022/03/18/914181-nakazanie-za-feiki?

Dem gegenüber ist der Protest beharrlich, obwohl er offensichtlich immer stärker unterdrückt wird. Während am Wochenende von 12./13. März eine ganze Reihe von Berichten über Protestaktionen vorlagen, ist das für dieses Wochenende nicht der Fall. Zentral waren Aktionen der „Frauen in Schwarz“ (der Aufruf, auch in englischer Sprache https://t.me/femagainstwar/542). Als Zeichen des Protestes legten Frauen in Schwarz gekleidet an Denkmäler Blumen nieder oder zeigten Plakate mit Texten gegen den Krieg. (https://t.me/femagainstwar/634 und https://t.me/femagainstwar/635) Überhaupt sind Frauen in stärkerem Maße als früher an den Protesten beteiligt und dementsprechend auch von Festnahmen oder anderen Repressionen betroffen. (https://t.me/levoradikal/865)
Aus dem akademischen Feld wird berichtet, dass der Druck auf Studierende und Personal weiter wächst. (https://news.doxajournal.ru/novosti/) In Schulen und anderen Bildungseinrichtungen protestieren Eltern dagegen, dass die Kinder in Kriegspropaganda („Briefe an unsere Soldaten“, Arbeit mit dem Zeichen des Krieges, dem Buchstaben Z) einbezogen werden – nach russländischem Recht ist derartige politische Arbeit mit Kindern verboten.

23.3.22

Gestern hat der Chef der KPRF Zjuganov in der Duma wieder einmal den Mythos eines sozialistischen Umbruchs durch Kampf gegen die Sanktionen des Westens beschworen. https://kprf.ru/party-live/cknews/209352.html Bezugspunkt dabei ist weiter der Kampf gegen Nazismus und Faschismus in der Ukraine, der „bis zum Ende“ zu führen sei. Den anderen Abgeordneten sei ein Material übergeben worden, das die Erfahrungen mit der Entnazifizierung im Nachkriegsdeutschland und in Finnland auswerten soll. (dazu in Umrissen https://kprf.ru/tv/209356.html ab Minute 3:08) Zentral in der Agitation ist gerade das Bedrohungsszenario durch eine Kette von (vermuteten) US-amerikanischen Biowaffen-Laboratorien in den an Russland grenzenden Staaten. Er nimmt an anderer Stelle (https://kprf.ru/tv/209356.html etwa ab Minute 1:37) für Russland in Anspruch, die Völker Europas vor dem drohenden Faschismus bzw. der Bedrohung durch Biowaffen zu schützen. Außerdem fordert er eine Prüfung der Lehrmaterialien in den Schulen auf ihren patriotischen Gehalt. Nikolai Kolomejcev, Stellvertretender Vorsitzender der Duma-Fraktion, fordert faktisch die Einführung einer Kriegswirtschaft (Mobilisierungsökonomie, wie er sagt, die aber real immer in diese Richtung tendiert). https://kprf.ru/dep/gosduma/activities/209360.html Innenpolitisch konstatiert Zjuganov in diesem Zusammenhang, dass die Regierung ein Kaderproblem habe, das Personal nicht geeignet sei, den außerordentlichen Umständen Rechnung zu tragen.
Gleichzeitig suggeriert die Partei, dass die Linken und die Kommunist*innen der Welt hinter Putin bzw. der KPRF stünden und einhellig die Abwehr der Aggression seitens der NATO begrüßen. Auf der Presseseite der KP werden die Grußadressen einiger Parteien dokumentiert, während die Gegenstimmen nicht erwähnt werden. Unter anderem auch deshalb ist es äußerst wichtig, dass die Bewertungen der Parteien, die den Krieg verurteilen, ohne dabei unterkomplex zu sein, auch in Russland bekannt werden. Über telegram-Kanäle wird eine Übersicht (https://telegra.ph/Levye-vo-vsem-mire--protiv-agressii-RF-v-Ukraine-03-21-2) verbreitet, in der die Positionen der Organisationen in aller Welt zusammengestellt sind, die sich gegen die Politik der russländischen Regierung aussprechen, auch die Linke wird erwähnt. Das Katastrophale der Politik der KPRF ist, dass sie Russland derzeit eben als Speerspitze im Kampf gegen den Imperialismus sieht. Und sie ist eben immer noch eine Partei mit Masseneinfluss.

Das ist keine triviale Angelegenheit, daher komme ich ein zweites Mal darauf. Die Analyse von Zjuganov, Putin oder Lavrov ist bezüglich der Konfliktlagen in der Welt in Teilen nicht falsch, auch die Charakteristik der Politik von NATO und EU ist für sich genommen teilweise zutreffend – der Haken liegt in der völligen Fehlwahrnehmung oder Verleugnung der eigenen Rolle und der realen Kräfteverhältnisse, die wiederum in der Analyse zu Absurditäten führt. Den gleichen Weg sehe ich in Meinungsäußerungen aus der Linken, nur eben anders herum.
Die Kriegsgegner*innen versuchen derweil, über die verschiedenen verbliebenen Kommunikationskanäle Materialen und Verhaltensratschläge zu teilen. (https://www.mediapartisans.org/плакаты) Im Mittelpunkt stehen kleinräumige Aktionen, wie Einzelaktionen mit Plakaten, Verkleben von Stickern u.ä. Die Rolle der Gewerkschaften ist unklar. Dieser Tage wurde der Journalist Aleksandr Nevzarov wegen seiner Berichterstattung zu einem Angriff auf ein Krankenhaus in Mariopol gemaßregelt. Dazu erklärte die Kovorsitzende der Gewerkschaft der Journalisten Sofia Rusova, dass die Gesetzgebung nun alle Journalist*innen und Blogger*innen, die bisher noch nicht als Extremist*innen betrachtet wurden, gefährdet. Der politische Druck sei darauf gerichtet, zu verhindern, dass irgend eine alternative Berichterstattung die Massen erreicht. Demgegenüber betrachtet der Chef des Journalistenverbandes, voll auf Linie, Nevzarov als einen Fall für den Psychiater. (https://www.kommersant.ru/doc/5271002)

Putin erklärt derweil, dass sich Russland an die Sanktionen „anpasse“. Im Moment sind die Konkretisierungen eher vage. Das einzige Handgreifliche ist erstens die „Nationalisierung“ von Unternehmen, die Russland verlassen haben. Bürgermeister fordern nun, dass sie daran beteiligt werden. (https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2022/03/22/914724-meriya-glavam-subektov) Zweitens sind die rechtlichen Bedingungen geschaffen worden, damit Leasingnehmer (Auslöser war der Fakt, dass ein Teil der russländischen Flugzeugflotte geleast ist) und andere, die mit Rechten, Patenten usw. aus dem Ausland arbeiten, diese Rechte auf sich eintragen lassen können oder auch ohne Erlaubnis der ausländischen Rechteinhaber*innen weiter damit arbeiten dürfen. Sollte der WTO-Austritt kommen, bedeutet das, dass die wirtschaftsrechtliche Ordnung in der Welt zu bröckeln beginnt. Die heutige Entscheidung, Gas nur noch gegen Rubel zu verkaufen (https://www.kommersant.ru/doc/5271384) , wird diesen Prozess beschleunigen.
Das wird in Russland so gesehen und mit der Überwindung der westlichen Vorherrschaft auf den Weltmärkten, des westlichen Modells der Globalisierung begründet. Momentan wird dieser Kurs offensichtlich breit getragen. Das bedeutet aber auch, dass die Sanktionen eher dazu führen, dass sich die Kriegsbefürworter*innen bestätigt sehen: die Sanktionen werden als Mittel gesehen, Russland unselbständig zu machen. Man muss immer beachten, dass die Bevölkerung vom Krieg keine Verbesserung der materiellen Lage erwartet – wie auch vom Frieden nicht. Die Frage der Sanktionen wird auch in der oppositionellen Öffentlichkeit kontrovers diskutiert – da sie eben nicht (mehr) die Oligarch*innen treffen. Insofern mag es zwar mutig klingen, vom „Sturz Putins“ zu reden – aber zeugt auch von völliger Unkenntnis der Gegebenheiten. Das ist momentan keine realistische Option – es sei denn, die Vertreter*innen dieser Auffassung benennen das Wie. Eine Palastrevolte ist immer denkbar – aber wer kommt dann nach oben? Die bürgerliche Opposition ist in der Defensive. Anatolij Chubais, der gemeinsam mit Egor Gaidar zu den Exponenten der Schocktherapie gehörte (und mithin Verantwortung für den Zustand, wie er ist, mitträgt) hat seine Funktion als Beauftragter des Präsidenten für Verbindungen mit internationalen Organisationen bei der Erreichung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung aufgegeben und soll das Land verlassen haben. (https://www.kommersant.ru/doc/5271374) Unklar ist, wie sich die neue Generation jenseits der Jahrgänge von Chubais, Kudrin oder Navalny (die alle noch sowjetisch sozialisiert und Täter der ersten Jahre sind) nun verhalten wird.
Momentan arbeiten beide Seiten mit verteilten Rollen, um ihre jeweiligen Ziele zu erreichen, nicht, um den Krieg zu beenden. Jede Sanktion gegen Russland nützt der Putin-Fraktion, jede Kontersanktion der NATO-Erweiterungs- und Rüstungsfraktion. Die Bevölkerung der Ukraine und die Kriegsgegner*innen in Russland und auch hier werden dazwischen regelrecht zerquetscht. Für beide Seiten (unter Einschluss Chinas) gilt: es sollen die Fronten eindeutig geklärt und damit die

Neuabgrenzung von Interessensphären möglich werden. Beide Seiten testen aus, was die andere kann. Beide haben ein Interesse daran, sich damit freie Hand für „kleine Kriege“, wie sie seit Anfang der 90er Jahre ohnehin schon immer wieder geführt werden, zu sichern.
Wie es in Russland wichtig ist, die Positionen der Linken aus dem Rest der Welt gegen den Krieg zu verbreiten, ist es wichtig, die Aktionen der russländischen Kriegsgegner*innen bekannt zu machen – und die sind vor allem im studentischen und akademischen Feld, bei den Anarchist*innen, Trotzkist*innen und bei den Feminst*innen zu finden. Auch wenn die linken Bewegungen hier und dort auf kurze Sicht die Dinge nicht maßgeblich beeinflussen können ist auf mittelfristige Sicht die Schaffung von Beziehungen zwischen beiden (und natürlich unter Einschluss der ukrainischen Bewegungen) zentral.

28.03.22

Für den 2. April kursieren nun Aufrufe für einen weiteren Protesttag gegen den Krieg in der Ukraine. Mit zahlreichen Hinweisen zur Vorbereitung versuchen Aktivist*innen, die repressiven Maßnahmen der Staatsgewalt umgehen zu helfen. In der letzten Woche ist es ungeachtet der immer engeren rechtlichen Spielräume zu vielen kleineren Aktionen gekommen. So blockierten Frauen eine Brücke, um Auskunft über das Schicksal von Verwandten in der Ukraine zu erzwingen. (https://t.me/levoradikal/880) Berichtet wird auch, dass es in regionalen Parlamenten zu Protestaktionen komme, auch sollen sich Angehörige der Nationalgarde geweigert haben, in die Ukraine verlegt zu werden. Nachdem Wladimir Medinskij, ein Mitarbeiter aus dem Stab des Präsidenten, gefordert hatte, dass die Schultage mit „Gebeten zum Ruhme Russlands“ (in Anlehnung an US-amerikanische Praxis) begonnen werden sollten, hat das Bildungsministerium der Region Transbaikal dagegen Protest eingelegt. (https://mailchi.mp/doxajournal/antiwarletter-25?e=4b185284fe) Die hohe Zahl von Verfahren wegen „Diskreditierung der Streitkräfte“ legt nahe, dass diese kleinen Proteste immer noch durchaus nennenswerten Umfang haben. Aber, wie schon gesagt, die Spielräume werden immer kleiner. Die Menschenrechtsorganisationen Agora und Netzfreiheit sprechen davon, dass in Russland faktisch der Kriegszustand eingeführt sei. (https://news.doxajournal.ru/novosti/agora-i-setevye-svobody-zayavili-o-fakticheskom-vvedenii-voennogo-polozheniya-v-rossii/)
Die Meinung der Russ*innen dazu, soweit seriös zu ermitteln, ist uneindeutig. Generell wird konstatiert, dass das Regime härter geworden ist. Die Hälfte der Befragten meint, dass die Repressionen gegen die „liberalen“ Massenmedien gerechtfertigt seien, aber für alle die gleichen Regeln herrschen müßten und es nicht nur eine Meinung geben dürfe. Allerdings könne daraus keine Unterstützung für Zensur usw. abgeleitet werden. Auch wenn die Gründe für die Zensur verstanden werden, meint ein großer Teil der Befragten doch, dass für die, die es wünschen, alternative Wege der Information und Kommunikation vorhanden sein müssen. Ein großer Teil der Bevölkerung sei nicht bereit zu protestieren, weil dann der Staat die Strafen verschärfen würde. [Общественные настроения в России на фоне событий на Украине (март 2022 г.) Телеграм-канал НЕЗЫГАРЬ]
Zur gleichen Zeit wird nicht nur eine Diskussion zu der zukünftigen Stellung Russlands in der Welt, sondern auch zur Zukunft des russländischen Parteiensystems geführt. (https://t.me/russica2/45067) Insbesondere wird festgestellt, dass die KPRF, Gerechtes Russland (SR) und die (rechtsextremen) Liberaldemokraten ihre Funktion verlieren würden. Da sie sich im Krieg nicht als Opposition darstellen, aber auch keine mobilisierende Rolle spielten, würden sie aus dem Bewußtsein verschwinden. Bei aller an anderer Stelle schon ausführlich dargestellten Problematik von KPRF und SR würde sich damit die Lage der Linken weiter verschärfen, da die letzten parlamentarischen und begrenzt öffentlichen Räume für alternatives Denken verschwinden würden. Dabei geht es nicht um die Parteiführer*innen, sondern um die Mitglieder der Parteien, die teilweise wichtige Arbeit an der Basis leisten.

Von der „liberalen“ Opposition ist wenig konkretes zu hören. Zwar hatte sich unter Chodokowski, Kasparow u.a. ein Antikriegskomitee gebildet, Leute, wie Ljubov Sobol aus dem Stab Navalny oder das Projekt Meduza verbreiten Informationen und Kommentare über die Lage in Russland – ob und inwieweit daraus eine tatsächlich handelnde Opposition wird, ist von hier aus nicht zu sagen. Ob der Rückzug und die Ausreise von Anatolij Chubais ggf. für Konsequenzen für die Ausrichtung der liberalen Opposition in- und außerhalb Russlands hat, ist offen.
Risse (oder Sollbruchstellen?) in den Herrschaftsstrukturen werden allemal sichtbar. Auf der Website der Akademie der Wissenschaften steht eine Erklärung ihres Präsidiums, in der von einem „острый военный конфликт“, also einem scharfen **kriegerischen** Konflikt, die Rede ist – eine Formulierung, die das K-Wort enthält und eigentlich so nicht zulässig ist. (auch auf Englisch http://www.ras.ru/news/shownews.aspx?id=3fdf08dd-1efb-4817-9087-69b642c59660) In den ersten beiden Wochen nach Ausbruch des Krieges hatten sich viele Studierende und Wissenschaftler*innen gegen diesen ausgesprochen – worauf in den Hochschulen und Universitäten zu repressiven Maßnahmen gegriffen wurde. Hier wird ein Widerspruch sichtbar, dessen Bedeutung im Moment nur schwer einzuschätzen ist. Auf jeden Fall radikalisiert sich der Kriegs- und chauvinistische Flügel. In den Mittelpunkt tritt mehr und mehr die Meinung, dass der Westen die Beziehungen zu Russland gar nicht beenden könne, da anders der Rohstoff- und Energiebedarf nicht zu decken sei. (https://www.mk.ru/politics/2022/03/23/zaglyanut-v-plany-putina-chego-kreml-dobilsya-za-mesyac-specoperacii.html) Bezugspunkte sind dabei die erfolglosen Sanktionspolitiken des Westens gegen den Iran und die Hoffnung, dass die nichtwestliche Welt weiter Russland unterstützen werde. In den Diskussionen wird für das Ende des Krieges ein Szenario, wie im Falle der Kaschmir-Kriege, anvisiert – im Kern also wieder eine Konservierung des Konfliktes.

29.03.2022

Heute soll nur auf einen Aspekt verwiesen werden. Nachdem ein polnischer General Ansprüche auf das Kaliningrader Gebiet angemeldet haben soll (https://t.me/rian_ru/155744) und die Gespräche über einen Friedensvertrag zwischen Russland und Japan eingefroren wurden, versuchen nun die Seiten im Krieg um Nargorny Karabach sich neu zu ordnen und eine Lösung zu jeweils ihren Gunsten zu erzwingen. (https://t.me/russica2/45070) Selbst wenn die Ukraine Krise mit den Ergebnissen der Verhandlungen in Istanbul eine vorläufige Entspannung finden sollten, was nicht unbedingt passiert, sind damit die nächsten Konflikte gesetzt. Insbesondere Aserbaidschan will die derzeitige Schwäche Russlands nutzen.

29.03.2022

Da in den Medien bisher nur Bruchstücke der Verhandlungsergebnis zu lesen sind, hier die Darstellung aus russländischen Medien.
1. Russland verringert seine militärischen Aktivitäten in Richtung auf Kiew und Chernigov [an der Grenze zu Belarus].
2. Russland erhielt den schriftlichen Vorschlag der Ukrainer über ihren Status als Land ohne Kernwaffen und Blockzugehörigkeit, aber auch über Garantien für ihre Sicherheit. Die Garantien sollen sich nicht auf die Territorien der Krim, de DNR und LNR erstrecken, die die Ukraine als eigenes Gebiet betrachtet.
3. Als Garanten ihrer Sicherheit betrachtet die Ukraine die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO sowie Deutschland, Israel, Italien, Kanada, Polen und die Türkei.
4. Die schriftlichen Vorschläge der Ukrainer gehen davon aus, dass Russland sich nicht dem Streben der Ukrainer hin zur EU entgegenstellen wird.

5. Die Ukrainer schlägt vor zu fixieren, dass sie im Verlauf der nächsten 15 Jahren nicht versuchen wird, die Krim-Frage auf militärischen Weg zu lösen. In dieser Zeit sollen Gespräche über den Status der Halbinsel durchgeführt werden.
6. Russland lässt zu, dass ein Treffen von Putin und Zelenski gleichzeitig mit der Paraffierung des Vertrages auf der Ebene der Außenminister der Länder stattfindet.
(https://t.me/kommersant/28862)

In ersten Reaktionen aus Russland wird die mögliche EU-Mitgliedschaft problematisiert. (https://t.me/PrognozyVK/2418) Mithin ist offen, welchen Stellenwert die Ergebnisse haben.

Weiterer Verlauf nach verschiedenen Quellen: Referendum in der Ukraine, dann Ratifizierung in der Rada, dann durch die Garantie-Mächte https://t.me/ru_global/19045

Allerdings: auch auf ukrainischer Seite auch kein überbordendes Interesse:
Es stehen sich bezüglich der Krim zwei Auffassungen gegenüber:

1. s.o. die russische Interpretation
2. Das über eine Deokkupationierung gesprochen werden soll, ist eine sehr eigentümliche Interpretation https://news.liga.net/politics/news/v-ofise-prezidenta-nazvali-revolyutsionnym-15-letniy-proekt-po-deokkupatsii-kryma

31.03.2022

Ja, sicher. Das Problem ist, dass die Argumentationsmuster unserer linken Neu-Militarist*innen sich genau auf der gleichen Ebene bewegen. Dieser linke Neu-Militarismus mit seinen Befriedungsträumen trifft auf eine Bevölkerung, die sich nicht beglücken lassen will, mit dem gleichen „wertebasierten“ Habitus im Hintergrund. Wie die KPRF sich einbildet, mit dem Krieg die Macht der Oligarchen mit einem Präsidenten, der die Oligarchen geschützt hat, zu brechen, glauben unsere Neu-Militarist*innen im Zuge der Befriedung die Demokratie zu retten. Das hat noch nie geklappt. Das Schema, in dem auch Holger und Ivo denken, funktioniert nicht und führt wirklich in einen großen Krieg (das in der Ukraine ist nur ein kleiner), der von allen Seiten mit messianischer Überzeugung geführt werden würde. Wir haben im Donbass gesehen, wie schnell ein ungelöster Konflikt degeneriert, das Heft des Handelns in mehr oder weniger kriminelle Hände auf beiden Seiten fällt. Eine echte Dystopie. Eine der wichtigsten Lehren der letzten beiden Weltkriege war, dass man die Logik der Situation brechen muss, und dazu ist niemand bereit. Niemand unserer Neu-Militarist*innen soll sich einbilden, dass das beim Betreiben militärischer Lösungen im Westen anders wäre. Ich finde es tragisch, dass Bände von Antikriegsliteratur, die ja in weiten Teilen auch von eigenen Erfahrungen der Schreibenden geprägt war, bei erheblichen Teilen der Linken völlig aus dem kulturellen Kanon gefallen sind. Oder, zeitnäher, die Traumatisierungen in und nach Kampfeinsätzen offensichtlich als drollige Marotten betrachtet werden. Nicht diejenigen, die an den Maximen von Entspannungspolitik und Pazifismus festhalten sind die, die Krieg auf ein Computerspielniveau ziehen, sondern diejenigen, die bedenkenlos bereit sind, einen Krieg zu riskieren. (und das von Berlin aus verkünden)

01.04.2022

Ich folge gerade den Beiträgen des St. Petersburger Ökonomischen Forums (Buzgalin, Kopf des „russländischen kritischen Marxismus, mit in der Führung). Das sind ja nun alles eher bürgerlich-linke

Leute. Durchweg wird davon ausgegangen, dass unabhängig von der Kriegsschuldfrage im engeren Sinne das Ziel des Westens darin besteht, Russland in seiner Substanz (nicht physisch) zu vernichten, d.h. in ein abhängiges Land zu verwandeln. Das ist nicht falsch und wird durch die Rhetorik hier in D, auch einer zunehmenden Zahl von Linken, unterstützt. Der Verzicht auf die Analyse der Vorgeschichte als Feld von Widersprüchen im Handeln verschiedener Seiten dürfte das für sie bestätigen. Wir werden sie als Gesprächspartner*innen verlieren.
Sie gehen von einer Mobilisierungs- bzw. sanktionsgetriebenen Wirtschaft als gegenwärtigen Zustand aus, noch nicht von einer Kriegswirtschaft. Die Isolation vom westlichen Markt wird als langfristige Gegebenheit behandelt und entsprechende staatskapitalistische Vorstellungen zu Planung, Investitionspolitik, Kreditsektor, Bildungspolitik, Regionalpolitik, Infrastruktur usw. entwickelt. Es sollen eigene Märkte mit eigenen Preisen, etwa für Brennstoffe aufgebaut werden. Dabei muss genau abgegrenzt werden, was der Staat und was der Privatsektor tun soll, das kann aber die gegenwärtige Regierung nicht. Der Staat muss vor allem koordinieren, vor allem auf der Zweigebene. Dazu gehört eine Kritik der Orientierung auf ausländische Investitionen und Vergesellschaftungshoffnungen.

Bezüglich der Wissenschaft, vor allem der ökonomischen, wird gefordert, der Diskussion unter den einheimischen Wissenschaftler*innen zu intensivieren, unter anderem durch die Aufwertung der eigenen ökonomischen Zeitschriften, Erhöhung der Gehälter und der Sicherheit der Arbeitsplätze, die Aufwertung der Akademie der Wissenschaften und die Kaderpolitik (podgotovka kadrov) weg von Karriereorientierung, sondern Orientierung auf die Produktion und das Wohl des Landes. Eine Einschätzung lautet, dass das intellektuelle Potenzial des Landes zerfällt, nicht nur durch die erhebliche Abwanderung, sondern wegen der Perspektivlosigkeit. Ein Einwurf beklagt, dass der Staat keine Wissenschaft brauche. Inwieweit die Betonung der Digitalisierung eine Grundlage hat, ist unklar. Dies zeigt sich selbst in Rüstungsunternehmen. Es fehlen Programmierer*innen, die ein Verständnis für Technologien haben.
Ein Diskussionsteilnehmer beziffert Rückstand Russlands bezüglich der wissenschaftlich-technischen Revolution auf 50 Jahre.
Die sind alle nicht neu, sondern setzen an ohnehin laufende Diskussionen an. Die Nähe zu Vorstellungen anderer Richtungen, nun mit Gewalt schnell all das zu lösen, was vorher nicht zu lösen war, ist unverkennbar, auch wenn der Weg ein anderer ist. Dabei ist man sich durchaus der Dimension des Umbaus und der internen Hindernisse bewusst.

Zu der Bezahlung der Gaslieferungen in Rubel nur der Hinweis, dass man einen geschickten Weg gewählt hat. Die Verordnung des Präsidenten sieht vor: Die Käufer zahlen auf einem Konto den Betrag in Valuta bei einer zuständigen Bank ein, die Bank tauscht die in Rubel zum aktuellen Kurs an der Moskauer Börse, dann gilt die Lieferung als bezahlt. Damit erhält der Staat ohne Umwege die einkommenden Devisen – und die braucht er, um auf dem grauen und schwarzen Weltmarkt das zu kaufen, was gebraucht wird. Mithin ist es primär als Devisenzwangsbewirtschaftung nach innen konzipiert, auch um unkontrollierbare Geldströme zu verhindern.

01.04.2022

	Wirkliches Verhältnis zum Krieg	Stimmung	Bewertung Putins	Taktik
Die Peripherie der Elite und die Geschäftswelt, die der Macht	Ein Fehler, überhaupt nicht akzeptabel	Hoffentlich ist das bald vorbei	Verrückt	Schweigen, Selbstisolation. Hoffnung, dass das Regime nicht

nicht nahe steht				in den [großen] Krieg zieht
Der wesentliche Teil der höchsten Bürokratie und der der Staatsmacht nahestehenden Geschäftswelt	Fehler, aber erzwungen. Es blieb kein anderer Ausweg.	Aktivismus, Bereitschaft zu investieren, sich an das schlimmste anzupassen	Er hat geliefert. Wir werden es ihnen zeigen.	Wir werden alles von uns abhängende tun, um die negativen Folgen zu minimieren. Auf Entscheidungen Putins Einfluss zu nehmen ist unmöglich.
Die Bürokratie der mittleren Ebene. Die nicht ganz große Geschäftswelt.	Die Entscheidung zum Krieg ist verständlich (alles lief darauf hinaus). Aber der Krieg ist eine Katastrophe.	Niedergeschlagenheit, Depression, Untergangsstimmung	Mit diesem Präsidenten hat Russland keine Zukunft	Suche nach einem neuen Arbeitsplatz, Prüfung einer zukünftigen Emigration
Der wesentliche Teil der höchsten Führung (außer Putin)	Das hat der Westen gebraucht. Je schlimmer, desto besser. Alle Brücken abbrechen.	Wir dienen Putin, bereit, alle seine Weisungen auszuführen.	Er hat noch nicht richtig gezeigt, was es bedeutet, wenn der Westen die Notwendigkeit nicht versteht, die Besorgnisse Russlands ernst zu nehmen.	Putin nur nicht enttäuschen
Die konservative, aber nicht sehr ambitionierte Peripherie	Das war lange fällig, Kiew einzunehmen und die Ukraine um jeden Preis mit Russland zu vereinigen	Extreme Gegnerschaft zu Friedensgesprächen	Die Ukraine bloß nicht aufgeben. Ziemlich unentschieden.	Für einen Krieg bis zu einem siegreichen Ende, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

https://t.me/stanovaya/1447

04.04.2022

Der Kommersant, eine der letzten relativ unabhängigen Zeitungen, schrieb am Abend des Samstag (2.4.22): „Die Proteste wurden gedeckelt.“ Das schlechte Wetter und die Repression verhinderten Versuche, größere Aktionen zu starten. https://www.kommersant.ru/doc/5292857 Freilich bedeutet das nicht, dass es keine Proteste gäbe. Am vergangenen Wochenende kam es zu verschiedenen, vor allem kleineren Protestaktionen. https://ghall.com.ua/2022/04/02/prekratit-vojnu-i-otpravit-vojska-domoj-rossijskoe-antivoennoe-dvizhenie-vyshlo-na-ulitsy/ Einige der Träger des Protestes, die

Organisationen „Vesna“ (Frühling – das Navalny-Umfeld), der „Feminstische Widerstand gegen den Krieg“, die „Studenten gegen den Krieg“ und 8IG haben einen Forderungskatalog verabschiedet, der zu gemeinsamen Aktionen führen soll. https://t.me/femagainstwar/1145

Gefordert wird:

1. Der sofortige Abbruch der Kriegshandlungen und der Rückzug der russländischen Streitkräfte in ihre Stationierungsorte.

2. Die Veröffentlichung der tatsächlichen Verluste unter russländischen Soldaten und Sicherheitskräften.

3. Den Austausch von Kriegsgefangenen und Gefallenen nach dem Prinzip „alle für alle“, Rückkehr aller Entführten und gewaltsam Verschleppten.

4. Abschaffung des verfassungswidrigen Gesetzes über „Fakenachrichten“.

5. Einstellung aller gerichtlichen und administrativen Verfahren wegen der Teilnahme an Antikriegsprotesten.

Die Alternative Linke unterzieht die von diesen Organisationen (die sie als liberale Opposition charakterisiert) vertretenen Protestformen einer Kritik, die meines Wissens erste systematischer Natur aus dem oppositionellen Milieu. https://altleft.org/2022/04/02/komu-vojna-a-komu-mat-rodna/ Insbesondere wird die Orientierung auf permanenten, täglichen, kleinformatigen Protest in Frage gestellt. Das erschöpfe die Aktivist*innen und gehe an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen vorbei. Die Symbolik, wie sie z.B. der Feministische Widerstand benutzt, oder auch die weiß-blau-weiße Flagge als Kreation von Künstlern scheint ihnen zu weit weg von den Menschen.

AltLeft schließt die Analyse und Kritik mit der Forderung, angesichts der Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Situation die Organisation der „gewaltigen Armee der Arbeitslosen“ als wichtige Aufgabe zu verstehen. Man müsse ihnen helfen, sich als soziale Kraft zu begreifen. Gleichzeitig müssten Verbindungen mit Arbeitskollektiven geschaffen werden. „Unsere“ Zukunft seien große Streiks, wenn keine Löhne gezahlt werden. Diese spontane ökonomische Bewegung müsse mit der politischen vereint werden. Dann wird noch einmal gegen den liberalen Flügel der Antikriegsbewegung polemisiert: Dieser würde sich als „kommerzielles Startup“ organisieren, das auf die eigenen liberale Zielgruppe orientiert und nicht in der Lage sei, die Gesellschaft zu beeinflussen und zu verändern. Um eine Katastrophe zu verhindern müsse man die Bewegung die eigenen (welche auch immer) Hände nehmen. Es stünden politische Erdbeben bevor, auf die man vorbereitet sein müsse.

Soweit also AltLeft. Ob das tragfähig ist, ist von hier aus schwer zu sagen, zumal der praktische Beweis aussteht. Fest steht, dass die Antikriegsbewegung, soweit organisationsgebunden, gespalten ist…

06.04.2022

Die Soziologin Tatiana Stanovaja schreibt heute:

„Einige Beobachtungen des Parteiensystems unter Berücksichtigung des Krieges, der "Technokratisierung" des politischen Feldes und der Ersetzung des Politischen durch das Administrative ... Eigentlich läuft alles darauf hinaus, dass es in Russland eine systemische Opposition [Opposition, die zwar kritisiert, aber das System als solches nicht in Frage stellt – also KPRF, Gerechtes Russland und Liberaldemokraten], in der Form, wie wir sie bisher gewohnt sind, nicht mehr geben kann: mit starken regionalen Strukturen, dem Recht, die Regierung und Gouverneure und manchmal auch das Regime zu kritisieren, Proteste abzuhalten und im Allgemeinen mit allem nicht einverstanden zu sein. Diese Inkompatibilität der neuen Realität mit der Institution der systemischen Opposition läuft auf zwei Szenarien hinaus. Entweder diese Opposition wird "nationalisiert", d.h. unterworfen und entwickelt (was ich sehr bezweifle); oder marginalisiert. Bisher scheint alles nach dem zweiten Szenario zu laufen. Und hier sind nicht einmal besondere zentralisierte Bemühungen erforderlich - die ganze Welt (der Repressionsapparat, Gouverneure, die Medien) wird einfach so handeln. Es wird einfach keine Bedingungen für normale systemische Opposition geben. Es wird überall ein durchgehendes „Einheitliches Russland“ [also die derzeitige Partei der Macht Einiges Russland] geben, von links bis rechts, von oben bis unten. Und die öffentliche Meinung? Und was gelten Meinungsumfragen, wenn es keine Wahl gibt. Und es wird keine Wahlen als solche geben. Das ist jetzt so, …“ https://t.me/stanovaya/1448

Boris Kagarlizkij zur Lage:

„Aber wenn die gegenwärtige russische Regierung, die eine sterile, fast ideale Verkörperung der sozialen Reaktion ist, krankhaft unfähig ist, irgendetwas Positives zu bieten und nur Zerstörung mit sich bringt, was ist dann das Geheimnis der Wirksamkeit von Propaganda? Leider im Prozess der Zerstörung selbst. Schon die späte sowjetische Gesellschaft war trotz der Rhetorik der offiziellen Ideologie von extremem Individualismus, schwachen sozialen Bindungen und mangelnder Solidarität geprägt. Die Marktreformen der 1990er Jahre und Putins paternalistischer Autoritarismus haben das Problem nicht nur nicht gelöst, sondern im Gegenteil verschärft. Die moderne russische Gesellschaft zeichnet sich durch ein äußerst geringes Maß an gegenseitigem Vertrauen zwischen den Menschen, Misstrauen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen aus. Menschen vertrauen nur ihrer Familie und engsten Freunden. Und die große Welt, die außerhalb des Kreises der aktuellen Sorgen liegt, ist nicht nur unverständlich, sondern auch nicht interessant. Das Fernsehen erzählt den Zuschauern, was sie nicht verstehen, aber im Großen und Ganzen auch nicht verstehen wollen. Mit diesem Zustand waren lange Zeit sowohl die Behörden als auch ein bedeutender Teil der Gesellschaft zufrieden. Aber Kriege werden nicht allein durch Propaganda gewonnen. Auch nicht die im Bereich der Information.. Und die politische Realität, die in die kleine Welt des Privatlebens des einfachen Menschen einbricht und sie zerstört, lässt die Menschen die große Welt entdecken, die buchstäblich vor ihrem Fenster liegt.“ https://t.me/kagarlitsky/950

10.04.2022

Nach Einschätzungen aus dem links-oppositionellen Lager geht der Widerstand gegen den Krieg in den Untergrund. (https://t.me/femagainstwar/1518) Nach den schweren Repressionen sind die Spielräume für öffentlichen Protest fast völlig verschwunden. Der Geheimdienst dringt offensichtlich immer stärker auch in Chats in den elektronischen Netzwerken ein (https://t.me/levoradikal/899) und verfolgt Äußerungen gegen den Krieg mit Strafen und der Beschlagnahme der Computertechnik. In Reaktion darauf ist die Nutzung von VPN rasant angewachsen. Berichtet wird von Sabotageaktionen (ähnlich der der Eisenbahner in Belarus) und von allerdings bisher offensichtlich vereinzelten Fällen der Weigerung von Soldaten, in die Ukraine verlegt zu werden. Die Versuche, sich unter diesen Bedingungen neu zu organisieren, stecken in den Anfängen. Die Progressive Linke (PL), sich selbst als sozialdemokratische bezeichnend, sieht in dieser ideologischen Ausrichtungen die Zukunft, unter anderem auch wegen des Handelns der KPRF. (https://t.me/funny_tankies/466) Diese

und ihre Verbündeten werden nicht müde, für einen sozialistischen Umbruch (und für die Weiterführung des Krieges) zu demonstrieren (https://t.me/leftfront_org/8020) Allerdings wird die PL zu den Problemen des Moments nicht konkret.

Die Entwicklung einer glaubhaften Strategie gegen den Krieg ist auch deshalb so kompliziert, weil die Analyse des Zustandes der russländischen Gesellschaft immer wieder in Fatalismus oder revolutionäre Träume abgleitet. Boris Kagarlizkij bezeichnet die gegenwärtige Herrschaftsschicht als „rein und steril", als „fasst ideale Verkörperung sozialer Reaktion, die in pathologischer Weise unfähig ist, irgendetwas positives anzubieten und dabei nur Zerstörung mit sich bringt". Das Geheimnis der unbestreitbaren Effektivität der Propaganda bestünde eben in dieser Zerstörung selbst. Für ihn setzt dieser Prozess des Zerfalls bereits in der Sowjetunion ein. Ergebnis sei, dass die Menschen nur der Familie und den engsten Freunden vertrauen. Die „große Welt" befinde sich außerhalb ihres Horizontes. (https://t.me/kagarlitsky/950)

Vor diesem Hintergrund ist die gerade in den deutschen Medien verbreitete Lesart der Lösung des Konfliktes durch einen wie immer gearteten Sturz Putins zu sehen. Leonid Wolkow aus dem Navalny-Umfeld meint eine allmähliche Verschiebung der Gewichte im Land ausmachen zu können (https://www.rnd.de/politik/leonid-wolkow-nawalny-vertrauter-im-interview-ueber-moeglichen-sturz-von-wladimir-putin-RYLG2NOAHFCXBIBUVTQN2MLCR4.html) Er geht davon aus, dass es zu einem Sturz Putins aus dem Machtzirkel selbst kommen werde. Hinter den markigen Worten steckt aber auch Hilflosigkeit: er meint, dass der Sturz Putins zu einem Zusammenbruch führen würde, der aber auch Chancen für einen Neustart in sich trüge. Dabei sieht er wahrscheinlich Leute wie sich selber oder Navalny als Profiteure – das kann schon sein: aber das sind die gleichen sozialen Typen, die mit der Politik der Schocktherapie nach 1991 die Grundlagen für die heutige Situation gelegt haben. Er meint, man solle gezielt Leute im Machtzentrum ansprechen und versuchen, sie zu einem Putsch zu motivieren. Die bürgerlich-oppositionellen Kreise betreiben eine intensive Arbeit zur Information über den Kriegsverlauf als Gegengewicht zu den offiziellen Medien.

Eine mobilisierte Wirtschaft

In den russländischen Diskussionen ist derzeit der Begriff der Mobilisierungswirtschaft oft zu hören. Tatsächlich ist auf der administrativen Ebene eine Vielzahl von Aktivitäten zu beobachten, die diese These zu stützen scheinen. Grob gesagt sind es folgende Richtungen, in die diese gehen – **erstens** die Abfederung von materiellen Wirkungen von Sanktionen und Gegensanktionen auf das Wirtschaftsleben, **zweitens** die forcierte Importsubstituierung und die Entwicklung von eigenen technologischen Lösungen bis in den high-tech-Bereich, **drittens** die Umorientierung der wirtschaftlichen Beziehungen auf einen (noch zu schaffenden) nicht-westlichen Weltmarkt, **viertens** die Aufrechterhaltung des Finanzsystems mit Blick auf die angestrebten zukünftigen außenwirtschaftlichen Verflechtungen, **fünftens** die Bindung der hochqualifizierten Arbeitskräfte im Lande und **sechstens** die Sicherung der Ruhe im Land durch soziale Leistungen. Freilich ist es keine Mobilisierung zum Krieg – der Krieg ist nur Mittel zum Zweck der Sicherung des eigentümlichen russländischen Akkumulationsregimes. Vor diesem Hintergrund wirken die Maßnahmen durchaus in sich stimmig.
Betrachten wir die Dinge im Einzelnen.

Erstens. Durch Gesetze und Erlasse des Präsidenten ist eine Vielzahl von Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft im Zusammenhang mit den Sanktionen bzw. Gegensanktionen zu verzeichnen. Bereits kurz nach Kriegsbeginn bestellte Putin die Spitzen der Wirtschaft ein und verpflichtete sie auf ihre patriotischen Pflichten. (https://thebell.io/vy-dolzhny-byt-patriotichny-chto-

skazal-putin-na-vstreche-s-biznesom-v-den-vvoda-voysk-na-ukrainu) In seiner programmatischen Rede vom 16.03.22 betonte er, dass die Probleme der Wirtschaft durch die Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente gelöst werden sollten. Das war auch eine Reaktion der Wirtschaftsvertreter*innen, die sich betont unpolitisch gaben, auf dem erwähnten Treffen: den Unternehmen sollten die Schäden, die aus Sanktionen und sonstigen Belastungen entstehen, ersetzt werden. Dazu gehört auch der Umgang mit dem Eigentum von Unternehmen, die Russland verlassen haben – ihre Übernahme durch andere Unternehmen, Regionen oder die Belegschaften. Nicht zuletzt ist das eine politisch stabilisierende Frage. Bereits sehr schnell wurden auch Maßnahmen ergriffen, um Rechte ausländischer Investoren im Lande zu halten und die Flugzeugflotte am Leben zu erhalten. Da ein großer Teil der Flugzeuge geleast sind, wurde den russländischen Unternehmen das Recht zugesprochen, diese auf ihren Namen eintragen zu lassen. Allein diese Maßnahmen zeigen die Richtung auf einen völligen Bruch mit der bisherigen Weltwirtschaftsordnung und den bisherigen Geschäftsgebaren mit großer Deutlichkeit.

Zweitens. Die Importsubstitution ist vor dem Hintergrund eines der Schwachpunkte der Regierungszeit Putins zu sehen – der immer wieder deklarierte, aber nie realisierte Umbau der russländischen Wirtschaft zu einer innovativen, nicht mehr vom Rohstoffexport abhängigen Ökonomie. Im Rahmen von „Nationalen Projekten“ wurde immer wieder versucht, hier Erfolge zu erzielen – allerdings ohne durchschlagende Wirkungen. Das Verschwinden von Facebook und anderen aus dem in Russland zugänglichen Netz schafft Raum für russländische Unternehmen – und wird offensichtlich als Anreiz zu Innovationen verstanden. Vor einigen Tagen wurde durch Präsidentenerlass verordnet, dass die staatlichen Organe in sicherheitsrelevanten Bereichen schrittweise ausländische durch einheimische Softwarelösungen einzuführen haben. Dreh- und Angelpunkt ist dabei allerdings weiter die nicht funktionierende Kette Forschung-Entwicklung-Anwendung. Es fehlen kreative Technolog*innen.

Drittens. Der Umbau der weltwirtschaftlichen Beziehungen auf eine Weise, die Russland vom euroatlantischen Raum unabhängig handlungsfähig macht, ist eine der zentralen Achsen, vielleicht auch die zentrale Achse der wirtschaftlichen Mobilisierung. Man geht davon aus, dass Russland als Partner Chinas diese Unabhängigkeit erreichen kann. Die Bemühungen, ein alternatives Zahlungssystem zu SWIFT zu schaffen, sind dabei ein zentrales Moment. Die Projekte zur Umlenkung der Rohstoffexporte (Gas, Öl, Kohle) und auch Fertigwarenexporte in Richtung China und andere Länder Asiens und Afrikas dürften zwar nicht so schnell zu realisieren sein, wie suggeriert wird, aber sie werden mit Energie betrieben.

Viertens. Mit dem Abschneiden von den internationalen Finanzmärkten und dem Einfrieren von Guthaben und Goldreserven stellt sich für Russland die Frage nach der Gestaltung der Finanzbeziehungen zu den gewünschten Partnern dieser neuen Weltwirtschaft. Das Zahlungssystem ist die eine Sache, eine andere die Gestaltung eines entsprechenden Währungssystems. Die Absage an die Verrechnung in Euro oder Dollar und die perspektivische Bindung an den Yuan bzw. die Nutzung des Rubel in den Beziehungen zu den Mitgliedern der Eurasischen Gemeinschaft scheinen die präferierten Wege zu sein. Ob Länder wie Kasachstan dem uneingeschränkt folgen werden, ist allerdings offen. Ein wirkungsvoller Schachzug auf diesem Gebiet ist zweifelsfrei die eingeführte Zwangsbewirtschaftung der Deviseneinnahmen. Der Zwang, für die Gaslieferungen die Zahlungen in Euro auf ein Konto der Gasprombank zu leisten, die dann ihrerseits die Euro über die Börse in Rubel verwandelt, gibt dem Staat schnelle Verfügung über die Devisen, die er bzw. die Unternehmen brauchen, um die immer noch aus dem Westen benötigten Waren zu kaufen – und sei es auf dem grauen oder schwarzen Weltmarkt. Nach innen wird versucht, durch die Stabilisierung der Zinsen oder auch Zahlungsmoratorien Finanzierungsengpässe zu verhindern. Das ist nicht zuletzt deshalb

wichtig, weil viele Menschen ihre Wohnungen auf Kredit gekauft haben; es geht also auch um politische Stabilität. Und die wiederum ist wichtig, um als Partner interessant zu sein.

Fünftens. Bereits seit Jahren verzeichnet das Land eine rasante Abwanderung von jungen qualifizierten Arbeitskräften. Mit Beginn des Krieges soll diese Abwanderung noch stärker geworden sein. Ohne ein gewisses Maß an politischen und kulturellen Freiheiten ist Kreativität nur begrenzt möglich. Dieser Umstand wird vom russländischen Establishment offensichtlich völlig unterschätzt. Man setzt darauf, durch Verbesserung der Bezahlung und andere Vergünstigungen die Kreativen in Wissenschaft und Technik im Lande halten zu können und gleichzeitig durch derartige Anreize auch Abgewandert wieder zurückholen zu können.

Sechstens. In diese Richtung gehen auch Maßnahmen, um vor allem Familien mit Kindern zu unterstützen. Es wird abzuwarten sein, wie sich diese Seite weiter entwickeln wird, wenn die befürchtete Arbeitslosigkeit tatsächlich offen ausbricht und die Inflation weiter steigt.

Es entsteht der Eindruck, dass die derzeitige Mobilisierung auf einen Schlag alle Probleme, die in den letzten 30 Jahren nicht gelöst werden konnten, bewältigen soll. Die diesbezüglichen Deklarationen und die bisher ergriffenen Maßnahmen lassen sich in zwei Richtungen deuten: Entweder soll das derzeitige rohstoffbasierte Akkumulationsregime eine neue Grundlage erhalten, oder das Akkumulationsregime soll durch Überwindung der Rohstoffabhängigkeit in Richtung einer modernen Wirtschaftsstruktur völlig umgebaut werden. Unter den Ökonom*innen wird die zweitgenannte Richtung klar präferiert, auch wenn sie sich der Schwierigkeiten bewusst sind. Aber auch die Fortschreibung der Rohstoffzentriertheit würde sehr weitrechende Veränderungen erzwingen. Genau hier liegt der Kern der gegenwärtigen Krise – es geht nicht um abstrakte Großmachtgelüste oder Werte, das ist der ideologische Mantel. Es geht um die Frage, wie die Präsidentschaftswahlen 2024 und die Parlamentswahlen 2026 in einen Rahmen gestellt werden können, der das Fortbestehen der gegebenen Herrschaftsverhältnisse des russländischen oligarchisch-patriarchalen Kapitalismus sichert. Die gegenwärtige mobilisierende Wirtschaftspolitik ist auf die Stabilisierung der russländischen Spielart eines global verflochtenen staatsmonopolistischen finanzgetriebenen Kapitalismus gerichtet – wenn auch mit Schwerpunkt im nicht-westlichen Teil der Welt. Das Imperium ist Mittel, nicht Zweck.

19.04.2022

Nachdem es der russländischen Regierung gelungen ist, den Widerstand gegen den Krieg praktisch vollständig zu kriminalisieren und in den Untergrund zu drängen wird nun die ideologische Kampagne zur nachhaltigen Verankerung einer kriegsfreundlichen Stimmung geführt. Dazu gehört eine Offensive im Bildungsbereich. https://t.me/TeamSobol/4344 Geschichte soll, als Maßnahme patriotischer Erziehung, ab der ersten Klasse gelehrt werden, zu Beginn jeder Woche die Nationalhymne erklingen, die Schulbücher für ältere Jahrgänge um ein eigenes Kapitel zur „Spezialoperation“ erweitert werden. Und Handys sind bei Betreten der Schule abzugeben.

Die KPRF wird in diesem Kontext zu einem wichtigen Faktor der Ruhigstellung und der Außenpropaganda. So hat sie gerade einen Vorschlag in die Duma eingebracht, die bisherige Flagge durch die sowjetische Flagge zu ersetzen. https://t.me/kom_mir/378m (hier der Gesetzentwurf https://sozd.duma.gov.ru/bill/109189-8) Zudem scheint sie eine gewisse Bedeutung bei der Gestaltung der neuen russländischen Außenbeziehungen bzw. der Stärkung der bestehenden zu spielen. Dass die Verbindungen zu sich kommunistisch nennenden Organisationen in dieser Hinsicht

genutzt werden, hatten wir ja schon angemerkt, nun wird über diesen Kanal auch die Verbindung zu Regierungen, wie hier im Falle Boliviens https://t.me/redmsk/14269 , gepflegt.

Während die Proteste gegen den Krieg vor allem in stiller Form weitergeführt werden, treten Arbeitskämpfe gegen Entlassungen u.ä. sowie auf dem Feld der Umweltpolitik mehr in den Vordergrund. So sollte eine Gesetz angenommen werden, mit dem die Umweltstandards bei Investitionen drastisch verringert werden sollten. Viele der weitgehenden Bestimmungen wurden aber nach Protesten schon nach der ersten Lesung in der Duma wieder abgemildert. Vor diesem Hintergrund ist bemerkenswert, dass Alexandr Buzgalin für den 1. bis 4. Mai zum IV. Russländischen Sozialforum eingeladen hat. https://www.rusocforum.org/ Es sind 10 Schwerpunkte vorgesehen:

1. Strategie sozial-ökonomischer Entwicklung: Fortschritt des menschlichen Potentials
2. Gesellschaft und Staat: Formierung einer sozialen Politik auf den Gebieten Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheitswesen
3. Wissenschaft, Kultur und Bildung: Sicherung des Erbes und Entwicklung
4. Gewerkschaftsbewegung und Arbeitsgesetzgebung
5. Das Problemfeld linker Feminismus unter den gegenwärtigen Bedingungen
6. Ökologische Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft
7. Die Verteidigung der Rechte von Einwohner*innen und territoriale Selbstverwaltung
8. Geopolitische und globale wirtschaftliche Widersprüche der Gegenwart und die zukünftige Freundschaft der Völker
9. Die Zukunft des linken Kommunikationsraumes
10. Das soziale Schöpfertum als Treiber nachhaltiger Entwicklung

Das Forum soll in hybrider Form stattfinden.

Nachdem bereits vor einiger Zeit die Rolle eines der reichsten Männer Russlands, R. Abramowitsch, beim Zustandekommen der Gespräche zwischen Russland und der Ukraine bekannt geworden war, haben sich nun mit Vladimir Lisin und Oleg Deripaska zwei weitere Oligarchen in den strategischen Diskussionen zu Wort gemeldet. Das „Lisin-Manifest“ https://t.me/russica2/45403, das sich aus der Sicht der Exporteure offensichtlich kritisch mit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik auseinandersetzt, habe ich leider im Wortlaut nicht finden können. Oleg Deripaska entfaltet in einem langen Interview (https://expert.ru/2022/04/15/novaya-normalnost-s-olegom-deripaskoy/) eine weitschweifige Apologetik des Privateigentums: er setzt sich für vollständige unternehmerische Freiheit als Weg zur Neuformierung der russländischen Wirtschaft und ihrer Beziehungen zu den künftigen Partnern in Asien, Lateinamerika und Afrika ein.

Es wird abzuwarten sein, was dahinter steckt. Eine andere Wortmeldung zu den strategischen Richtungen kommt aus dem Valdai-Club, einer der Stützen der Regierungspolitik. In einem Artikel widmet sich Oleg Barabanov dem 100. Jahrestag des Abschlusses des Rapallo-Vertrages zwischen Sowjetrussland und Deutschland. https://ru.valdaiclub.com/a/highlights/yubiley-rapallo-sto-let-spustya/ Sein Fazit: Trotz der gegenwärtigen Situation ist das Thema des durchbrechen diplomatischer Isolation aktuell wie nie. Nach einhundert Jahren kommt die Geschichte mit dieser Frage zu uns zurück. Das rechtfertigt besondere Aufmerksamkeit gegenüber historischen Beispielen in der gegenwärtigen Situation. Und belebt die Erinnerung an Rapallo.

Nun sollte man solche Äußerungen nicht überschätzen – sie zeigen aber, dass die Strategiediskussionen durchaus auch in Russland in Bewegung sind.

Abschließend etwas zum Meinungsbild in der russländischen Bevölkerung Gerade ist eine unabhängige Befragung erschienen, die die Meinung der Bevölkerung zur Lage im Lande, und natürlich auch das Verhältnis zu Krieg und Sanktionen beleuchtet. Die Ergebnisse stellen die

überwiegende Zustimmung zum Krieg nicht in Frage. Allerdings zeigt sich, dass dahinter durchaus differenzierte Motive und Interpretationen stehen. https://telegra.ph/Rossiyane-hotyat-mira-rezultaty-3-ej-volny-sociologicheskogo-issledovaniya-Hroniki-04-19 Deshalb stellen die Autor*innen ihre Veröffentlichung auch unter die Überschrift „Die Russen wollen Frieden".

In den Schlussfolgerungen heißt es:

„Der [in offiziellen Umfragen angegebene] Anteil der Befürworter*innen der Spezialoperation [dort 70 Prozent] ist auch deshalb zu bezweifeln, weil wir in zentralen Fragen keine Einheitlichkeit in dieser Gruppe beobachten konnten. Zum Beispiel meint ein Drittel, dass die Spezialoperation so schnell wie möglich, unabhängig von der Kapitulation der ukrainischen Armee, beendet werden solle. 13 % bevorzugen das Szenario der Beendigung der Kampfhandlungen ohne jegliche Bedingungen. 19 % meinen, dass die Priorität der russländischen Führung die Gesundung der Wirtschaft und nicht das Erreichen der Ziele der Militäroperation sein solle. Mit anderen Worten, ein Teil der Unterstützer*innen teilt die militärischen Ziele des Oberkommandierenden überhaupt nicht. Dabei gehen nur 22 % der Befürworter*innen der Spezialoperation davon aus, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Ukrainer den russischen Streitkräften gegenüber feindlich eingestellt ist. Die anderen denken, dass die russischen Streitkräfte freundlich (37 %) oder neutral (22 %) empfangen werden, d. h. dass 55% der Unterstützer*innen die Katastrophe dessen, was vorgeht, unterschätzen. Verstehen sie vollständig, was sie unterstützen? Schließlich teilt sich diese Gruppe in die, die meinen, dass für die Entwicklung der russischen Ökonomie die Zusammenarbeit mit dem Westen nötig sei (48 %) und die, die meinen, dass das nicht der Fall sei (40 %). Der Anteil derer, die unentschieden sind, ist hier verwunderlicher Weise im Vergleich mit anderen Fragen niedrig (11 %). Das ist wichtig im Zusammenhang mit den Sanktionen der westlichen Staaten. Es zeigt sich, dass sich die Hälfte der Unterstützer*innen des Krieges, die sich damit selbst in Konfrontation mit der westlichen Welt begeben, sich zur gleichen Zeit für Zusammenarbeit mit dem Westen aussprechen."

19.04.2022

Putsch und Sieg

Die Vorstellung, man könne Putin stürzen und damit einen grundlegenden Wechsel der russländischen Politik erzwingen beruht auf der Vermutung, dass das russländische Entwicklungsweg ein ganz anderer, als der anglo-atlantische und deshalb quasi „unnatürlich" sei. Die Entwicklung war aber eben anders: bis weit in die 2000er Jahre hinein wurde sowohl von russländischer, wie auch von westlicher Seite versucht, eine reine Marktwirtschaft nach Friedmanschen Vorstellungen zu etablieren – das gelang, nur dass die Realität immer anders aussieht als das Modell, lauter „nichtintendierte", aber logische Folgen. Und zu denen zählte eben, dass Sozialstaatlichkeit nicht aus wirtschaftlicher Liberalisierung entspringt, sondern aus anderen Faktoren. Der Westen half bei der Liberalisierung und vielleicht noch bei der Etablierung eines neuen Bürgertums, nicht bei der Schaffung einer kampfstarken Arbeiter*innenbewegung (unbenommen der Bemühungen der verschiedenen internationalen Zusammenschlüsse von Gewerkschaften oder der Friedrich-Ebert-Stiftung). Die ausländischen Investoren waren auch nicht Vorreiter in dieser Frage. Das wurde in weiten Teilen der Gesellschaft als „unterlassene Hilfeleistung" verstanden und diskreditierte den Westen. Auf diese Enttäuschung verweist auch Michael Brie in dem von mir zitierten Buch. Vor diesem Hintergrund der sozialen Degradation und der Akzeptanz des in Russland von den Oligarchen

kriminell erworbenen Reichtums im Westen wurden die ohnehin vorhandenen nationalistischen und primitiv-antiimperialistischen Sichten verstärkt. Daher jetzt auch der Ruf nach einem harten Kurs gegen die Oligarchen, die das Land ausgeplündert hätten. Der repressive Staat, die durch Erfahrung gewachsene Akzeptanz des Kurses des Präsidenten (obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung den Staat als solchen verachtet), die Desorganisation bzw. Verunmöglichung linker Opposition, die Selbstdiskreditierung des Bürgertums durch die Bindung an die Oligarchen, der traditionelle Patriotismus (bei hohem Ansehen des Militärischen) und ein Gemisch aus schematisch-linken Gesellschaftsvorstellungen (das vor allem, aber nicht nur in der älteren Generation) verleiht diesem Gebilde eine erstaunliche Zähigkeit – die radikale Opposition ist in Russland genauso kalt gestellt worden wie hier. Daher stellt sich die gleiche Frage – wer ist eigentlich fähig, einen radikalen Wandel einzuleiten – und in welche Richtung wäre er wahrscheinlich? Für die Oligarchen scheint es keinen Weg zu einem friedlichen Wohlfahrtsstaat zu geben – die Ideologie des freien Unternehmertums ist hier stark. Außerdem bräuchten sie das Militär, das aber hat seine eigenen selbständigen Interessen. Im günstigsten Falle würde eine derartige Koalition in die 90er Jahre zurück führen. Das liberale Bürgertum, also Wissenschaftler, NGO und Medien, die in den 90ern entstanden, und jetzt um Nawalny gruppiert sind, streiten für Meinungsfreiheit – genauer für die Freiheit ihrer Meinung – ohne eine stabile Massenbasis, weil sie letztlich sich wieder an die Oligarchen binden würden. Es bleibt eine schwer zu fassende Schicht des neuen nichtoligarchischen Kapitals und eines eher sozialdemokratisch orientierten Bürgertums, die aber nicht organisiert ist. Die Linke ist völlig zersplittert; wobei die KPRF vielleicht putschen würde, aber das Programm ist eher patriotisch-populistisch und offen chauvinistisch. Die Jugend, die den Krieg deutlicher ablehnt, als andere Altersgruppen, ist für sich genommen keine politische Kraft. Wer also soll Putin stürzen? Was wäre das Programm der neuen Herrschaft? Sicherer würde die Welt jedenfalls nicht.

Und was wäre ein Sieg gegen Russland? Die Kapitulation an einer ein paar hundert Kilometer langen Frontlinie. Eine marginale Größe angesichts der Dimensionen und Ressourcen des Landes. Die dabei empfundene Demütigung wird nicht zu den lichten Höhen bürgerlicher Demokratie führen, sondern in einer Bestätigung der Abschottung gegen den Westen und der Notwendigkeit, neue Freunde zu finden, enden. Sie würde den Krieg nicht beenden, sondern nur zeitweilig ruhig stellen. Die Konfliktpotenziale bezüglich der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken (mit Ausnahme des Baltikums) würden neue Bedeutung erlangen. Es blieb der Linken Front (Partner der KPRF) vorbehalten, den Abschluss eines neuen Unionsvertrages zum Ende des Jahres anzukündigen (ich hatte euch das geschickt – die beigefügte Karte zeigt die Sowjetunion in ihren alten Grenzen). Das hat eine etwas komisch-tragische Note, ist aber auch Spiegel der Situation. Kurz gesagt – ein formaler Sieg des „Westens“ wird Russland nicht handlungsunfähig machen, sondern die internationalen Tendenzen zur Desintegration der bisher westlich dominierten Weltgesellschaft verstärken. Es wäre somit kein Sieg.

20.04.2022

Nein, die russländische Bevölkerung wird Putin nicht in den Arm fallen. Trennt euch von solchen Träumen. WIR (der Westen in all seinen Facetten) haben sie verraten, und das wird von vielen so gesehen, bei den jüngeren weniger, bei den älteren mehr. Möglich ist sicher ein Putsch – aber der wird eher noch üblere Typen nach oben spülen. In diesem Krieg wird es keinen realen Sieger geben. Denkt doch einfach mal die Sache vom Ende, unter Berücksichtigung der Ressourcen Russlands, der Interessen Chinas und der linken Globalisierungskritik der letzten 30 Jahre, her. Unter dem Gesichtspunkt ist Putin nicht „faschistischer“ als Biden oder die EU. Aus unserer privilegierten

sozialdemokratischen Nische heraus sind wir natürlich bisher sicher, das wird sich aber mit dem Verlust der parlamentarischen Präsenz ändern – sieh dir den Umgang mit der Roten Hilfe an. Und ein Krieg demoralisiert die Gesellschaft und das Individuum – seien es Ukrainer*innen oder Russ*iinnen. In den Posts auf telegram ist das schon deutlich nachzuvollziehen. Sie werden sich nicht nur hassen, sondern auch anlasslos umbringen…

21.04.2022

Gerade berichtet Vedomosti, dass ein Gesetz im Werden ist, mit der die Praxis der Zwangslizensierung– also die Möglichkeit der Nutzung von Patenten aus „unfreundlichen Staaten“ und Unternehmen, die Russland verlassen haben ohne Einwilligung der Rechteinhaber*innen – nun auch auf Filme, Serien u.a. Kulturgüter ausgedehnt werden soll, allerdings wohl noch nicht auf Urheberrechte. Noch verweist man darauf, dass man eine entsprechende Klausel der bestehenden internationalen Abkommen auf diesem Feld nutze, also alles rechtmäßig sei (Schutz einheimischer Investitionen/Investoren).

https://www.vedomosti.ru/media/articles/2022/04/20/918981-filmi-legalizuyut-prinuditelnuyu

24.04.2022

Es ist orthodoxe Ostern, und die Feministische Antikriegsbewegung, die ohnehin oft christliche Symbolik benutzt, empfiehlt dies Gratulationskarte. https://t.me/femagainstwar/1928
Im Zentrum steht X B - es reicht mit dem Krieg - was der Abkürzung des Ostergrußes „Christ ist auferstanden“ entspricht. Originelle Form der Provokation zur Diskussion.

25.04.2022

Schura Burtin hat auf Meduza die Ergebnisse einer (natürlich nicht-repräsentativen) Straßenbefragung veröffentlicht. https://meduza.io/feature/2022/04/24/voyti-vo-mrak-i-naschupat-v-nem-lyudey
Die Ergebnisse sind nicht überraschend. Nimmt man alles an Umfragen und Stimmungsbildern zusammen, bleibt der Befund einer großen Zustimmung zum Krieg bei gleichzeitig tiefen Spaltungen hinsichtlich der Motive und der Intensität der Zustimmung.
Meduza wie auch die bürgerliche Opposition hat da ihre Grenze, wo es um Alternativen geht - man wartet auf den Putsch oder die nächsten Wahlen. Ein Projekt für die Zukunft sieht man nicht, sieht man mal von der von Deripaska verbreiteten neoliberalen Idylle ab. Ein Hinweis von Kerstin bringt mich auf Folgendes: Vor diesem Hintergrund könnte sich die von der KPRF betriebene Mischung von revolutionärer Phraseologie und großrussischem Chauvinismus, kombiniert mit der revolutionären Phraseologie von Teilen der nichtsystemischen Linken und deren Unfähigkeit zu Bündnissen mit den bürgerlichen Kriegsgegner*innen und untereinander, plötzlich als Brutstätte einer unvermuteten Alternative zu Putin, allerdings einer nicht weniger problematischen, erweisen. Das wäre dann wirklich ein ideologiegetriebenes Regime, und sei es als Marionette einer putschenden Gruppe, sei es durch Wahlen. Nimmt man die Beobachtungen von Stojanova (https://t.me/stanovaya/1447) vom Anfang des Monats wenigstens zum Teil ernst, dann könnte das durchaus aus dem bisher passiven Unwohlsein eines Teils des Apparates heraus durchaus unterstützt werden.

27.04.2022

Keine der beteiligten Seiten scheint ein Interesse an einer Deeskalation zu haben. Das ist eine von den siebziger und achtziger Jahren völlig verschiedene Situation. Dies betrifft die Außenbeziehungen, wie auch die Innenpolitik. In der Bundesrepublik gibt es seit dem Beginn der Vorkriegszeit 2014 keine relevante Entspannungsdiskussion. Die Medien spielen einer anheizende Rolle. Kultur und zivilgesellschaftlicher Austausch, der einst Kanäle der Entspannung, sind durch die gegenseitige Sanktionspolitik paralysiert. Das Schema gleicht dem in Libyen, Irak, Syrien oder jetzt Jemen. Informationsdefizite bezüglich des tatsächlichen Inhalts der Verhandlungen zwischen Russland und der Ukrainer bei der Lage im Donbass werden hingenommen.
Die Bedenkenlosigkeit gegenüber den Folgen des Einsatzes von Atomwaffen und das Geplänkel zu chemischen und biologischen Waffen deutet auf eine völlige kulturelle Verwahrlosung hin.
Gerade wurde ein neues Kriegsschiff an die Bundesmarine übergeben
https://esut.de/2022/04/meldungen/33616/taufe-korvette-koeln/ das begleitet von Bemerkungen, dass man endlich wieder handlungsfähig sei : **„Eine neue Korvette als Symbol des Aufbruchs“** in https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/kriegsschiff-koeln-getauft-neue-korvette-als-symbol-des-aufbruchs-17973082.html

Das Problem ist ja noch viel schlimmer – es gibt nirgendwo eine hinreichende Opposition gegen den Krieg. Die Bereitschaft zur Eskalation ist für die letzten Jahrzehnte beispiellos. Irgend jemand hat geschrieben, dass die Erwähnung der Möglichkeit eines Atomschlages nur eine Ausrede sei, um keine Waffen an die Ukraine zu liefern. Die Leichtfertigkeit im Umgang mit der Gefahr eines Atomkrieges und dem Krieg überhaupt, dabei auch den kulturellen, moralischen und ökologischen Folgen auf allen Seiten, macht sprachlos – oder besser: erfordert, darüber zu sprechen. Wenn ukrainische Linke jetzt Krieg bis zum Sieg fordern sollen sie nicht glauben, dass sie moralisch unbeschädigt daraus hervorgehen werden, die Entmenschlichung wird sie genauso betreffen, wie alle anderen.
Damit ist auch was über die sehr geringen Handlungsmöglichkeiten gesagt. Eigentlich müsste man entscheiden gegen den gegenseitigen Boykott in Kultur und Wissenschaft oder hinsichtlich der Städtepartnerschaften auftreten – das war in der Zeit härtesten Kalten Krieges immer der Kanal, der noch vermittelnd wirken konnte. Es geht innerhalb der internationalen Linken um die Diskussion des Charakters des Krieges – in Lateinamerika und Asien scheinen Teile der Linken ja Russland einseitig zu unterstützen – sie folgen damit der Propagandalosung, man kämpfe gegen den US-Imperialismus und verteidige die Welt vor der westlichen Hegemonie, dem Nazismus und sonstigen bösen Sachen (so auch von der KPRF – einem der wichtigsten Kriegstreiber in Russland – verkündet). R. Desai und ihr Kreis folgen dieser Position bisher auch weitgehend. Die Auseinandersetzung damit ist nicht einfach, da ja ein Teil Wahrheit darin steckt – in diesem Krieg eskaliert das, was im Jugoslawienkrieg sich andeutete. In den nachsozialistischen Ländern wurden Imitate des westlichen Kapitalismus installiert, und die funktionieren nicht. Was auch in Iran, Syrien, Irak, Afghanistan, Jemen usw. zutrifft wird jetzt, wegen der quantitativen Dimension und der geographischen Nähe, im Falle Russlands und der Ukraine in seinen Konsequenzen eskaliert. Der Neoliberalismus kennt keine Konfliktlösung, die dieser Vielfalt der Kapitalismen gerecht werden kann. Katalysator ist der Nationalismus, der sich überall, auch bei uns, in diesem Zusammenhang ausbreitet. Den sichtbar zu machen, wäre eine Aufgabe hier. Die Mehrheit unterwirft sich gerade einer Dynamik, die keine Selbstbesinnung oder gar Fähigkeit zur Selbstkritik kennt.
Und man sollte direkt den Kontakt zu den russländischen Linken suchen , viele von ihnen sind jetzt schon im Ausland, andere harren aus. Die wirklich aktiven sprechen meist auch englisch. Wenigstens die telegram-Kanäle oder Websites verfolgen, die Übersetzungsmaschinen liefern brauchbare Ergebnisse.
Strategisch wäre die Frage zu beantworten, was ein militanter Pazifismus wäre.
Das Problem sehe ich darin, dass man sich wahrscheinlich von den bisherigen Erfahrungen, auch der 70er und 80er Jahre, trennen muss. Ich fürchte, die bestehenden Modelle der Friedens- und

Konfliktforschung sind einfach den Realitäten des 21. Jahrhunderts nicht mehr adäquat, weil sie mindestens implizit noch in den Rahmen der Systemkonkurrenz hängen.
Das Problem scheint mir weiterhin darin zu liegen, dass wir trotz allem Postkolonialismus (der letztlich auch ein nordwestliches Produkt ist) immer noch westeuropäisch/US-zentristisch denken. Wie ist die Welt wirklich, wie sehen Chinesen eigentlich auf ihre Peripherie Europa? Wie Afrikaner*innen auf die Konflikte ihrer ehemaligen unmittelbaren, heute oft noch mittelbaren Herren? Wir haben zwar über die Vielfalt der Kapitalismen geschrieben, aber nicht die richtigen Konsequenzen gezogen. Wie funktioniert Kapitalismus ohne Arbeiter*innenbewegung? Was bedeutet es, wenn in dieser Konstellation ein Krieg ein imperialistischer und gleichzeitig ein Volkskrieg ist, in der die Linken kein eigenständiger Faktor sind? Welche sicherheits- und friedenspolitischen Konsequenzen erwachsen daraus? Wie gehen wir mit den aus der Globalisierung erwachsenden Nationalismen um? Lange wurden diese Dysfunktionalitäten des nicht-euro-nordamerikanischen Kapitalismus als zeitweilige Nebenerscheinung behandelt – jetzt sind sie die Normalität und unsere Verhältnisse sind die Ausnahme.
Das könnte man sicher in einer Ringveranstaltung, die aber konsequent als Ort der Wissensproduktion gestaltet sein müsste, wir haben ja im Moment keine Antworten, diskutieren. Ausgangspunkt könnte ein review der Kriege seit 1990 sein, auch um sich die technische Seite, die den Charakter eines Krieges sehr stark bestimmt, zu vergegenwärtigen. Daraus würde auch verständlich, warum die Welt durchaus unterschiedliche Sichten auf diesen Krieg hat. Das vereinzelte – warum reden wir über die Ukraine, aber nicht mehr über … - hat ja einen berechtigten Hintergrund, muss aber auch in einen wirklichen Zusammenhang gestellt werden, nicht als Nebeneinander.
In diese Richtungen müßten die Vorarbeiten gehen.

27.04.2022

Olga Tschernokoz, Direktorin der Holding „Regionen Russlands“ (http://www.регионыроссии.рф/) hat über Telegram ihre Sicht auf die geopolitischen Veränderungen mitgeteilt. https://t.me/russica2/45722 Interessant ist, dass diese Holding, die sich selbst als „Ökosystem“ verschiedener Projekte für die Modernisierung des Landes versteht, nicht dem konservativen Flügel (nach russländischen Maßstäben) der Eliten zuzurechnen ist. Sie steht für ein im westlichen Sinne eher modernes Unternehmer*innentum.

Die drei wichtigsten Passagen in einer Arbeitsübersetzung:

„Die Welt wird nicht in dem Sinne global sein, wie es die USA wollten. Ja, die im wirtschaftlichen Sinne globale Welt wird höchstwahrscheinlich bleiben – es wird transnationale Konzerne, Handelsketten, die Verlagerung von Produktionsstätten in andere Länder, internationale Kooperationen geben. Es wurde jedoch deutlich, dass die Welt kulturell und mental nicht global werden wird.

…

Eine besondere Frage in der ganzen Geschichte ist der Dollar als Weltgeld. Russland konnte in ruhigen Zeit nicht auf ihn verzichten, jetzt führt der erzwungene Verzicht zu einer anderen Wahrnehmung des Dollars. Wir werden den Übergang vieler Länder zur Verrechnung in der Landeswährung erleben.

…

Jetzt hat Russland eine Chance. Inzwischen hat sich eine Reihe von Problemen von selbst gelöst - diejenigen Vertreter der Eliten, die sich nicht als Bürger eines souveränen Russland sahen, sondern nur seine Ressourcen nutzten, wurden ausgesondert. Auch das Problem der Korruption, mit dem das

Land konfrontiert ist und die sein Potenzial verschlingt, ist teilweise gelöst - es gibt keinen Ort, wo die Beute hingeschafft werden kann - und im Inland kann man sie nicht zeigen. Die Frage nach der Entfaltung des eigenen wirtschaftlichen Potenzials stellt sich schlagartig – jetzt geht es ums Überleben."

Daneben sagt sie für die Zukunft den Zerfall der EU und eine isolationistische Politik der USA voraus.

Man sieht, dass die Frage der Ukraine und der territorialen Ansprüche hier keine Rolle spielt. Gruppiert man die Argumente etwas anders und unter Berücksichtigung der Diskussionen in den Eliten insgesamt, kristallisieren sich folgende vier Punkte heraus:

1. Kampf um die Verfügung über die Ressourcen, gegen den Kapitalabfluss ins Ausland
2. Bekämpfung der Korruption als Hindernis der Effizienz staatlichen Handelns
3. Bruch der Vorherrschaft der USA und der EU und damit Schutz der innovativen, aber noch schwachen Bereiche der russländischen Wirtschaft
4. Konservatismus als politischer, sozialer und kultureller Schutzschirm

Dabei sind die drei ersten Punkte durchaus als Einheit zu sehen. Sowohl gegenüber inneren, als auch gegenüber äußeren Kräften, die bisher in dieser Lesart die Entwicklung des Landes behinderten. Unabhängig vom Ausgang des Krieges wird der Bruch als Faktum zukünftiger Entwicklung behandelt. Offensichtlich ist diese Strömung bereit, die Schwächung der Stellung eines Teil der „alten" Oligarch*innen zu nutzen, um die eigenen Interessen stärker in den Vordergrund zu schieben, unabhängig vom Ausgang des Krieges. Denn hier sind die Unternehmen und die regionalen Eliten versammelt, die die Rohstoffabhängigkeit der russländischen Ökonomie aufbrechen wollen und aufbrechen könnten – aber im Falle der vom Oligarchen Oleg Deripaska geforderten völligen Freiheit des Kapitals bei der Überwindung der Sanktionsfolgen und der Neuausrichtung der Wirtschaft das gar nicht könnten. Das Brechen der Oligarchenmacht, der Schutz vor übermächtiger ausländischer Konkurrenz und die Bekämpfung der Korruption bedeuten für sie Zugang zu Krediten und staatlichen Fördermitteln, die bisher irgendwo versickern. Sie sieht sich als Teil der Weltwirtschaft, will sich aber auch nicht in eine Nische gedrückt sehen. Auf einem der von der Naumann-Stiftung veranstalteten deutsch-russländischen Gaidar-Foren war das übrigens ein Punkt, an dem Vertreter der alten unter Jelzin bestimmenden Nomenklatur (ich glaube sogar, es war Anatolij Chubajs selbst) gegen die deutschen Diskussionspartner sehr eindeutig zum Ausdruck brachte, dass er keinesfalls die Selbstständigkeit Russlands in Frage stellen wird. Das hatte die Kollege*innen von FDP und Grünen sichtlich irritiert.

Das muss ich einfach mal so stehen lassen – was das heißt, ist von hier aus nicht einzuschätzen. Betrachten wir diese Gruppierung und ihre Auffassungen als einen Faktor, der bei der Lösung des Konfliktes möglicherweise mal eine Rolle spielen könnte und daher weiter zu beobachten ist.

02.05.2022

Der 1. Mai war für den „linkspatriotischen" Block um KPRF und Linksfront Anlaß für Kundgebungen. In Moskau (am Marx-Denkmal unweit des Kreml, gegenüber vom Bolschoi-Theater) eine Kundgebung abgehalten, auf der (außer Frieden) alles Gute der Welt gefordert wurde: https://t.me/leftfront_org/8132 und https://www.leftfront.org/?p=40759 Udalzov, Führer der Linksfront: Die Spezialoperation im Donbass muss durch eine solche in Russland selbst ergänzt werden. Immerhin gab es 5.000 Teilnehmer*innen und die Polizei, mit großem Aufgebot dabei, störte nicht. Der Bericht steht unter der Überschrift „Für Nationalisierung, Industrialisierung,

Deoligarchisierung“. Es mischten sich Losungen gegen die Rentenreform, für die Erhöhung von Renten und Mindestlöhnen und gegen die Einführung der elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen, mit solchen wie: „Die Antwort auf die Sanktionen ist der Umbruch zum Sozialismus!“, „Für ein Russland ohne Kapitalismus und Oligrachen“ sowie „Unser Banner ist rot – und die UdSSR ist unser Vaterland“. Dieser Block bestätigt damit die Auffassung, dass der Krieg zu einem Auslöser wenn schon nicht einer antikapitalistischen Revolution, so doch wenigstens zu einem Machtwechsel unter Führung der KPRF werden könnte, der die UdSSR wieder herstellt. Allerdings zeigt das aktuelle Beispiel von Kirill Ukrainzev, Funktionär der kleinen militanten Gewerkschaft „Kurier“, dass der Kampf um soziale Rechte (hier gegen Lieferdienste) über den der KPRF gewährten engen Rahmen hinaus sofort zu Festnahmen und Repression führt. (https://t.me/bezopasnyirepost/131) Das Netz kommentiert diese Maßnahme als pure Dummheit, da das den Widerstand nur anheizt. (https://t.me/vgbnews/3947)

In dieser Kombination haben KPRF&Co. auch nichts von der in der Duma diskutierten Reform der Gesetzgebung über ausländische Agenten zu befürchten – wenigstens momentan. Eine ausführliche Analyse des vorliegenden Entwurfes (https://inoteka.io/ino/2022/04/28/novyy-zakon-ob-inoagentah-chto-pomenyaetsya) bringt zwar nichts völlig neues, aber eine Konzentration der Bestimmungen und der Verfahren und dadurch Verschärfung der repressiven Intensität. Ganz konsequent ausgedeutet kann jede positive Bezugnahme auf ausländische Quellen dich in den Status des Innoagenten versetzen.
Von derartigen Repressionen bleiben auch Abgeordnete nicht verschont. Boris Kagarlizkij berichtet am 26. April darüber, dass in einem Moskauer Stadtbezirk die Büros der Abgeordneten des dortigen Rates von Sicherheitskräften durchsucht wurden, da sich eine Mehrheit gegen die „Spezialoperation“ ausgesprochen hatte. (https://t.me/kagarlitsky/957)

Derweilen wird aus dem Land für die vergangenen Tage weiter von verschiedenen Diversions- und Sabotageakten von Seiten ukrainischer Dienste und wahrscheinlich auch militanter russländischer Kriegsgegner*innen berichtet. (z.B. https://t.me/deputinisation/1877 und https://t.me/femagainstwar/2187) Während die Anhänger*innen der Revolution offensichtlich weitgehend unbehelligt demonstrieren konnten, mussten Friedensaktionen weiter im Untergrund bleiben – als Plakate, Losungen auf dem Straßenpflaster (https://t.me/femagainstwar/2181?single) oder Postkartenaktionen (https://t.me/femagainstwar/2061) – oder auch das Füttern von (Friedens-)Tauben (https://t.me/femagainstwar/2138 oder https://t.me/femagainstwar/2156) Verschiedene Gruppen veranstalteten einen Stream zum 1. Mai mit dem Ziel der „horizontalen Vernetzung“ (https://www.youtube.com/watch?v=f8xSqzupmb8)
Die Internet-Kanäle von Kriegsgegner*innen agieren zum großen Teil vom Ausland her und werden von geflohenen Russländer*innen oder Studierenden, oder im Land selber von kleinen Gruppen betrieben, können daher auch nur einen Ausschnitt der Aktivitäten zeigen. Die Plattform Mediapartisanen geht davon aus, dass die Zahl der alternativen Medien sich in den letzten 2 Monaten verdoppelt hat. (https://t.me/mpartisans/216)

Allerdings ist nicht ersichtlich, dass sich Linken in dieser Situation einander annähern. Sieht man von dem wahrscheinlich nie wieder heilbaren Bruch mit der KPRF und ihrem Umfeld ab, sind die Fragen nach den Wurzeln des Krieges (spielt die NATO dabei eine Rolle oder nicht) und nach der Bewertung der Waffenlieferungen an die Ukraine für diese Spaltungslinien zentral und erstrecken sich auch auf die Bewertung der Haltung ausländischer Linker. Insbesondere die sich als sozialdemokratisch betrachtende Progressive Linke hat in den letzten Wochen ihre Frontstellung gegen jeglichen Kommunismus intensiver vertreten. (https://t.me/funny_tankies/898) Bandera wird in diesem Zusammenhang als guter Sozialdemokrat dar- und Stalin gegenüber gestellt. (https://t.me/funny_tankies/925)
Zum Verlauf des IV. Russländischen Sozialforums kann man sich auf youtube informieren. (https://www.youtube.com/watch?v=3KOIwy1o33M&t=0s) weitergehende Informationen dazu

habe ich leider nicht gefunden. Heute wird der youtube-stream fortgesetzt. (https://www.youtube.com/watch?v=LqOPPKDlIxY) Die meisten Beiträge bleiben unter dem Druck der Situation antikapitalistisch-allgemein, was auch nicht anders zu erwarten war. Die Resonanz bleibt mit 849 Aufrufen auch eher beschränkt – aber immerhin.

Ein ganz anderer Blick auf das Geschehen wird von Riddle angeboten. Die Site beschäftigt sich mit der Frage, wer eigentlich die russländischen Soldaten sind, die in der Ukraine kämpfen. (https://ridl.io/en/who-is-dying-for-the-russian-world/) Es zeige sich, dass offensichtlich nichtrussische Menschen überproportional herangezogen sind, insbesondere aus ärmeren Regionen Sibiriens. Die Analyse stützt sich auf Informationen über die Gefallenen, muss also im Detail mit Vorsicht betrachtet werden – aber die Tendenz ist wahrscheinlich.

09.05.2022

Das Land bleibt hinsichtlich des Ukraine-Krieges nachhaltig gespalten. Mitte April fand die 5. Welle einer Befragung zu diesem Thema durch Maxim Kaz und Russian Fields statt. (https://russianfield.com/mirumir) Die Agentur hält es für wichtig, die Leser*innen darüber zu informieren, dass sie eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Ablehnung der Beteiligung an einer solchen Umfrage verzeichnet. Da alle Umfragen darauf hindeuten, dass die Kriegsanhänger*innen keine Probleme mit der Meinungsfreiheit in Russland sehen (https://www.levada.ru/2022/04/26/gotovnost-govorit-o-politike/) , ist so davon auszugehen, dass die Dunkelziffer der Ablehnung höher ist, als in den Umfragen sichtbar. Hier jedenfalls halten 60 Prozent den Verlauf der Operation für erfolgreich, 22 Prozent verneinen das. Gleichzeitig sprechen sich 64 Prozent dafür aus, dass Russland freundschaftliche Beziehungen zur Ukraine unterhalten muss. Interessant auch, dass 56 Prozent der befragten Männer selbst an dem Krieg NICHT teilnehmen wollen. Am höchsten ist die Ablehnung unter den Männern im Alter von 30-44 Jahren. Die Rentner sind die einzige Altersgruppe, in der sich Zustimmung und Ablehnung einer persönlichen Beteiligung die Waage halten (je 41 Prozent, der Rest weiß es nicht). Unter den Frauen würden nur 37 Prozent die Teilnahme von Verwandten am Krieg unterstützen. Allerdings meinen gleichzeitig 54 Prozent der Befragten, dass der Krieg weitergeführt werden müsse, 37 Prozent sind dagegen. Dabei steigt die Befürwortung mit dem Alter. Schließlich würden 56 Prozent die Entscheidung zur „Spezialoperation“ in der Rückschau nicht wiederrufen, während 28 Prozent sie widerrufen würden. Stellt man die intensive ideologische Offensive der letzten Monate in Rechnung, ist die Tendenz zur Ablehnung des Krieges stabil. Und diese Offensive wird jetzt weiter forciert. Im Umfeld des heutigen (09.05.) Tages des Sieges wird die einseitige Identifikation desselben mit einem Sieg Russlands weiter betrieben. In den Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Universität wird die geistige Mobilmachung versucht durchzusetzen, oft gegen den Widerstand der Eltern und Studierenden. (https://t.me/TeamSobol/4926?single)
Ein weiterer Aspekt ist der Versuch der gesellschaftlichen Mobilisierung über die „Machtpartei“ Einiges Russland. Sie will nun eine Erfassung bzw. Überprüfung der Mitglieder und des Umfeldes organisieren, um effektiver arbeiten zu können. (https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2022/05/05/921108-edinaya-rossiya-testirovanie-tehnologii) Es wird erwartet, dass damit 30 Millionen Sympathisant*innen erreicht werden könnten. Auch die Staatsmacht zieht die Grenzen immer enger. Es wird berichtet, dass zunehmend Verwandte von Emigrant*innen zu „Gesprächen“ vorgeladen werden. (https://t.me/TeamSobol/4968) Auch im Kulturbereich wird der Ton immer rauer, sicher auch, weil die Zustimmung unter Künstler*innen nicht den Erwartungen entspricht. Shachnazarov, Chef von Mosfilm, hochdekorierter Kulturfunktionär und Künstler, von Anfang an Putinanhänger, droht in einer Talkshow den Kriegsgegner*innen mit Konzentrationslager, Umerziehung und Sterilisierung. (https://t.me/TeamSobol/4967) Ein KP-naher Kanal leitet unter dessen aus Anlass des Tages des Sieges einen Post folgenden Wortlauts weiter: „Ich bin sicher, dass der in unserer Gesellschaft

ablaufende linke Umsturz nicht aufzuhalten ist. Die Schwierigkeiten, die das Land jetzt durchmacht, bringt die Mehrheit der Menschen dazu, den wahren Weg der Entwicklung zu erkennen: Sozialismus.“ (https://t.me/redmsk/14440)
Das alles macht die anhaltenden Aktivitäten gegen den Krieg so wichtig und, stellt man die oben beschriebenen Trends im russländischen Meinungsbild in Rechnung, auch bemerkenswert. An der Uni in Novosibirsk sollen z.B. 1.300 Menschen eine Erklärung gegen den Krieg unterschrieben haben. (https://t.me/TeamSobol/4923) Die bestimmende Form des Widerstandes bleibt aber die Kleinarbeit – Losungen auf Straßen gemalt, Gespräche, Plakataktionen usw. (z.B. https://t.me/femagainstwar/2395) Auch im Zusammenhang mit dem traditionellen Gedenken an die Gefallenen des 2. Weltkriegs („Unsterbliches Regiment) kam es zu Protesten. (https://t.me/femagainstwar/2401) Manchmal gelingen aber auch spektakuläre Aktionen. Die Bewegung „Grünes Band – Symbol des friedlichen Protestes“ (https://t.me/+KFzS13WiMdoxNGEy) berichtet, dass heute früh auf allen Fernsehsendern (offensichtlich soweit über Satellit laufend) folgender Text zu lesen war: „Das Blut Tausender Ukrainer und Hunderter ihrer ermordeten Kinder klebt an Ihren Händen. Fernsehen und Behörden lügen. Nein zum Krieg.“ https://www.instagram.com/save_russia2022/ Dies wird auch von anderen Quellen bestätigt (https://news.doxajournal.ru/novosti/v-teleprogrammah-na-smart-tv-poyavilis-antivoennye-vyskazyvaniya/) Die Plattform „Nevojna“ nimmt Bezug auf die Diskussionen auf einen möglichen Atomkrieg und fordert dazu auf, zur Vernunft der 60er Jahre (Bezug ist die Kuba-Krise) zu kommen (https://t.me/narodpv/1361) und den Protest gegen solche Überlegungen laut und deutlich zu artikulieren.
Auf dem Gebiet der Wirtschaft ist zu beobachten, dass in den letzten Wochen alle Beteiligten weiter daran arbeiten, den Bruch vollständig zu machen: eine doppelte Kriegswirtschaft. Sowohl im Westen (eine gute Übersicht im jüngsten managermagazin https://www.manager-magazin.de/print/mm/index-2022-5.html) als auch in Russland wird keine andere Variante derzeit diskutiert. Dabei lassen sich folgende gemeinsame Schwerpunkte ausmachen:

- Intensivierung der Verbindungen zwischen Staat und Unternehmer*innentum, Politisierung des Kapitals
- Neukonfiguration der Machtverteilung im Unternehmer*innentum
- Verbindung von Importsubstitution, Strukturveränderungen und Neugestaltung internationaler Arbeitsteilung bei Neubewertung politischer Entscheidungen auf diesen Gebieten
- Wachsender Stellenwert militärischer Erwägungen bei wirtschaftlichen Entscheidungen
- Moralische Aufladung von Wirtschaftspolitik und Unternehmenspraxis (man denke nur an die Enteignungsdiskussionen!)
- Akzeptanz der Stärkung der Exekutive
- Aktivierung der Medien als Propagandisten der wirtschaftlichen Mobilisierung und Kriegsführung
- Verschwinden der anderen Kriege.

Es ist zu betonen, dass diese Diskussionen tatsächlich fast synchron, und in nur wenig unterscheidbarem Tonfall geführt werden. Das sollte näher analysiert werden.

Nach einem Bericht der russländischen Zollverwaltung stiegen die Exporte von China nach Russland von Januar bis April um 11,3 % auf etwa 20,24 Milliarden US-Dollar und die Importe russischer Waren und Dienstleistungen um 37,8 % auf 30,85 Milliarden US-Dollar, d.h. der Umsatz stieg letztlich um 25 Prozent. Bereits im vergangenen Jahr war der Warenumsatz zwischen beiden Ländern um 33,8 Prozent gestiegen. Russland liefert Öl, Erdgas und Kohle nach China – diese Rohstoffe machen etwa 70 % des Exportwertes aus. China kauft auch Kupfer und Kupfererz, Holz, Treibstoff und Meeresfrüchte. Damit wird das Land in seiner subalternen Stellung belassen. Russland kauft Smartphones, Industrie- und Spezialausrüstung, Kinderspielzeug, Schuhe, Fahrzeuge, Klimaanlagen

und Computer aus China, heißt es in dem Bericht.
https://www.vedomosti.ru/economics/news/2022/05/09/921369-tovarooborot

11.05.2022

Die Nezavisimaja Gazeta schreibt aus Anlass der Schaffung einer Arbeitsgruppe auf Ebene der Minister*innen zur Ausarbeitung neuer Mechanismen der Abwicklung des Devisenverkehrs durch den Präsidenten:

„Die Schaffung eines solchen Stabes in Russland lässt uns einige einfache Schlussfolgerungen ziehen. Erstens gibt es in der Russischen Föderation heute praktisch kein internationales Verrechnungssystem, das den neuen Realitäten entsprechen würde. Zweitens bestehen für unser Land nach wie vor „Risiken der Einstellung von Operationen mit ausländischen Vermögenswerten der Russischen Föderation“, oder einfacher gesagt, die Risiken neuer Blockaden von Vermögenswerten im Ausland. Und drittens gibt es im Land keine angemessene Devisenregulierung, und die Behörden geben zu, dass es noch keine Instrumente gibt, um das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt sicherzustellen.“

Der in diesem Zusammenhang interviewte Spezialist Alexandr Schirov meint, dass der Export von Rohstoffen, vor allem Öl abgesenkt werden sollte, da die Gefahr der Blockade von Zahlungen und die begrenzten Möglichkeiten des Imports diesen Export sinnlos mache und den inneren Devisenmarkt destabilisiere. So sollte die Ölförderung um 100 Mio. Tonnen gesenkt werden (im vergangenen Jahr betrug die Fördermenge 520 Mio. Tonnen) Die Exporte sollten tatsächlich nur die wirklich notwendigen Importe (unter Berücksichtigung verstärkter Importsubstitution) abdecken.
https://www.ng.ru/economics/2022-05-10/1_8431_petroleum.html

12.05.2022

Hier die Übersetzung eines Posts, der vielleicht für euch interessant ist:

„Die Russländische sozialistische Bewegung organisierte zum 1. Mai mit Vertreter*innen von Gewerkschaften ein Rundtischgespräch, wo wir den Kampf der Arbeitnehmer für ihre Rechte unter den neuen Bedingungen, die durch die Sanktionen der „Sonderoperation“ und die Wirtschaftskrise geschaffen wurden, diskutierten. Vsevolod Lukhovitsky von der Gewerkschaft „Lehrer“ nahm als Redner an der Diskussion teil. Ebenso Pavel Kudyukin von der "Solidarität an Universitäten" und Andrey Bulaev von der Überregionalen Gewerkschaft „Arbeiterasssoziation“ (MPRA).
Vertreter der „Solidaritätsplattform“ konnten nicht teilnehmen. Die Gewerkschaft „Kurier“ [basiert in den Lieferdiensten], die ihr angehört, wurde von Repressionen getroffen. Ihr Vorsitzender, Kirill Ukraintsev, wurde inhaftiert, zweifellos als staatliches Vorgehen, weil er eine Kampagne gegen die Lohnkürzungen für Kuriere gestartet hatte. Die Teilnehmer des Runden Tisches brachten in ihrer Eröffnungsreden ihre Solidarität mit Kirill zum Ausdruck. Polina Kuznetsova, eine RSD-Aktivistin, rief zur Unterstützung der Gewerkschaft Kurier und der Solidaritätsplattform auf. Die Redner waren sich einig, dass unter den neuen, härteren Bedingungen Anfragen an die Arbeitsaufsichtsbehörde, die Staatsanwaltschaft und andere formelle Methoden noch weniger effektiv geworden sind - kollektives Handeln rückt in den Vordergrund.

Der Bericht von Oleg Bulaev widmete sich der allgemeinen Wirtschaftslage, dem Rückzug westlicher Unternehmen aus dem Markt und dem daraus resultierenden Verlust von Arbeitsplätzen sowie dem Stillstand von Unternehmen und ihren Mitarbeitern aufgrund einer Logistikblockade. Pavel Kudyukin und Vsevolod Lukhovitsky sprachen über die traditionellen und neuen Probleme der Lehrer. Das Hauptproblem für Schullehrer sind die hohe Arbeitsbelastung, die Bürokratie und die ständig wachsenden "außerschulischen Aktivitäten" - neue Aufgaben, die den Lehrern auferlegt wurden: Propaganda und "patriotische" Erziehung von Schülern und Studenten. Die Redner stellten fest, dass hier, wie so oft in solchen Situationen, Flucht und Sabotage zur Hauptwaffe des Kampfes geworden sind.“ https://t.me/rsd_tg/3931 und https://www.youtube.com/watch?v=eNuiE8WIvTk&list=PLuSywXdxHxajUZBbk_eLa8lqXZYhSxP7r

Wir hatten ja schon mehrfach gesehen, dass die ideologische Formierung in Russland in den letzten Jahren immer intensiver betrieben wird. Das wichtigste Feld ist schon seit langem die Geschichtspolitik in selektiver Abgrenzung gegen Elemente des Sowjetischen wie auch bürgerlich-westlicher Sichten. Nachdem an den Bildungseinrichtungen aller Ebenen entgegen der Rechtslage schon Kriegspropaganda betrieben wird und schon in den letzten Jahren ja auch die Geschichtslehrbücher entsprechend angepasst wurden (wenn auch nicht in ganzer Breite) soll jetzt eine neue vom Staat initiierte Organisation namens «Сила в правде!», also vielleicht: „Die Kraft liegt in der Wahrheit“, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich zu derartigen Themen auszutauschen. Bezugspunkt ist dabei die offensichtlich die Geschichtsinterpretation des in Moskau auf dem Gelände der früheren Volkswirtschaftsausstellung (VDNCH) eingerichteten Themenparkes zur Geschichte Russlands (ich habe ihn nicht besuchen können). Als Initiatorin wird, PR-wirksam, eine Schülerin präsentiert. https://www.vedomosti.ru/society/articles/2022/05/12/921705-shkolnikam-vstupit-obedinenie
Das ist ja nicht die einzige derartige Organisation mit dem Ziel der ideologischen Formierung von Kindern und Jugendlichen – Einiges Russland ist ja da mit seinen Substrukturen schon lange aktiv. Das Umschreiben von Geschichte hat ja hier auch schon begonnen und ich rechne damit, dass praktisch zeitgleich dort wie hier die Entsorgung der Reste linker Traditionen enorm an Intensität zunehmen wird. Und Teile der Linken werden sich dort wie hier beteiligen. Wie darauf reagieren?

17.05.2022

In Russland scheint man davon auszugehen, dass es Westeuropa nicht schafft, bis zum Winter genug Reserven aufzubauen, um tatsächlich den Gasimport aus Russland zu stoppen…

https://rueconomics.ru/23195003-reuters_nemtsi_nachali_zapolnyat_evropeiskie_hranilischa_gazproma

Ja, da läuft ein ganzes Programm - gerade wird das auch auf dem Moskauer Akademischen Wirtschaftsforum diskutiert. Sie scheinen fest davon auszugehen, dass sie es schaffen, eine neue Weltwährung zu schaffen - auf der Grundlage von BRICS und Schanghai-Forum. Kann natürlich auch Pfeifen im dunklen Wald sein.

Davon abgesehen - man muss jetzt die hiesigen Umstellungen systematischer betrachten. Habe gerade die Zeitschrift "Europäische Sicherheit&Technik" angesehen, die das alles intensiv diskutiert, wie auch das Managermagazin und die Wirtschaftswoche, auch im Handelsblatt. Von den Dokumenten, die Judith aus der internationalen Debatte rumschickt ganz abgesehen. Es ist auch eine deutsche Diskussion.

https://t.me/rian_ru/163431

Der Krieg versumpft – und das auf allen Seiten. Boris Kagarlitzki macht in seinem jüngsten Newsletter eine wachsende Frustration im dem Teil der „patriotischen Öffentlichkeit“, die den Krieg im Februar begrüßte, sich aber nun durch den Kriegsverlauf betrogen und verraten fühlt, aus. Dies, so seine Meinung, erschrecke die Mächtigen mehr, als alle Kommentare „prowestlicher Liberaler“. (https://t.me/kagarlitsky/965) Ein weiterer Faktor scheint die Verunsicherung im Zusammenhang mit verschiedenen Unfällen und Waldbränden in verschiedenen Regionen zu sein. Zu deren Ursachen gehen im Zusammenhang mit dem Krieg Gerüchte um, während in den Regionen an der Grenze zur Ukraine die Gefahr von Beschuss von ukrainischer Seite real ist. (https://t.me/russica2/45967)
Auf die Stagnation in militärischer und politischer Hinsicht reagieren die beteiligten Seiten gleichermaßen mit einer Forcierung der ideologischen Kriegführung und dem Ausbau der kriegswirtschaftlichen Elemente. Russland baut seine Möglichkeiten der Beschlagnahme ausländischen Eigentums aus.
(https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2022/05/15/922120-upravlenie-vvodit-tek)
Gerade wurde bekannt, dass Renault sein Werk in Moskau für einen minimalen Betrag (es wird von 1 Rubel gesprochen) an die Moskauer Stadtverwaltung verkauft hat.
(https://t.me/narodpv/1442 und https://www.n-tv.de/wirtschaft/Renaults-Besitz-in-Russland-ist-verstaatlicht-article23335080.html) Zudem werden für Importeure benötigter, aber auf normalem Weg nicht mehr zugänglicher Waren die Einfuhrzölle abgeschafft (https://t.me/rian_ru/163439). Weitere Kredit-Vergünstigungen sollen eingeführt werden.
(https://www.vedomosti.ru/business/articles/2022/05/16/922296-minpromtorg-lgotnie-krediti)
Auch wenn die alles beherrschende Formel auf allen Seiten die Forderung nach einem „Sieg“ ist (wobei niemand weiß, was das sein soll), der Widerstand gegen den Krieg zeigt in Russland immer neue Facetten. Im Umfeld des 9. Mai entstand die „Bewegung Grünes Band“. Mit diesen grünen Bändern soll in ungefährlicher Art der Protest gegen den Krieg demonstriert werden. Die Initiator*innen sprechen von 20 Tsd. Anhänger*innen (Verlinkung einzelner telegram-posts ist nicht möglich, die Gruppe findet sich öffentlich unter https://www.instagram.com/save_russia2022/) Die Gruppe betont, dass sie wisse, dass grüne Bänder keinen Krieg beenden. Es gehe ihnen vor allem um den Zusammenhalt der Kriegsgegner*innen. Diese Reaktion legt nahe, dass von anderer Seiten die Sache als sinnlos denunziert wird (darauf haben wir schon in einer früheren Mail verwiesen). Der Feministische Widerstand gibt seit dem 9. Mai eine eigene Zeitung heraus, die „Ženskaja pravda“ (Pravda (Wahrheit) für Frauen) – in Anlehnung an die Pravda, dazumal Zentralorgan der KPdSU, heute der KPRF nahestehend und somit weitverbreitetes Element von Zeitungsnamen. (https://t.me/femagainstwar/2460) Die einzelnen Seiten können aus dem Netz geladen und dann ausgedruckt und verteilt werden.
(https://t.me/femagainstwar/2448) Offensichtlich ist ein Ziel, durch die Weitergabe der Zeitung an ältere Frauen Diskussionen mit der Großeltern-Generation zu provozieren. Eine andere Gruppierung versucht unter der Losung „Eisenbahnwaggons aufhalten“, zu Sabotageakten, vor allem an Bahnanlagen, zu motivieren.
(https://t.me/ostanovivagonyy/52) Eine andere Gruppierung nennt sich „Legion Freiheit für Russland“ (https://t.me/VDlegionoffreedom) Ihr Schwerpunkt liegt auf der Agitation gegen den Krieg. Die Reichweite derartiger Aktionen und Bewegungen ist aber von hier aus nicht einzuschätzen.

In ihrer Zielrichtung spiegeln sie aber alle auch den Zerfall der russländischen Gesellschaft und die Schwäche der Putin-Gegner*innen wider. „Innere“ Alternativen werden nicht diskutiert, man konzentriert sich auf das Feiern der laufenden Aufrüstung im „Westen“ und hofft auf die militärische Niederlage Russlands. (siehe z.B. konzentriert die Beiträge auf https://t.me/deputinisation) Es ist zu fürchten, dass das in ein großes Dilemma führt: Altleft berichtet über eine Ausstellung, in der die Verbrechen der NATO seit ihrer Gründung (einschließlich der Atombombeneinsätze in Japan) thematisiert werden. Sie heben hervor, dass die NATO genug Verbrechen begangen hat – aber das Problem besteht darin, dass dies nun zur Rechtfertigung eigener Verbrechen missbraucht werde. (https://altleft.org/2022/05/12/vystavka-prestuplenij-nato-a-sudi-kto/) Ein Problem, mit dem wir ja auch hier spiegelbildlich konfrontiert sind. Seltener sind Aktionen, die die Ablehnung des Krieges mit der Forderung nach einer schnellen Friedenslösung, jenseits von Bekenntnissen zu Sieg oder Niederlage welcher Seite auch immer, verbinden. Dazu soll demnächst eine größere Veranstaltung stattfinden, zu der Judith Dellheim uns dann mehr berichten können wird.
Die Stimmung der „gemäßigten“ Opposition brachte gerade der militärpolitische Kommentator von gazeta.ru Michail Chodarenok (Oberst der Reserve) zum Ausdruck. In einem youtube-Programm (hier nicht zugänglich) rief er dazu auf, die Realitäten in Rechnung zu stellen und Finnland nicht mit Raketen zu bedrohen. Zudem zeichne die ukrainische Armee eine hohe Kampfmoral aus und das Lands sei in der Lage, Millionen Menschen für den Krieg zu mobilisieren und mit westlicher Hilfe auch zu bewaffnen. Wer die Realitäten nicht anerkenne, hole sich eine blutige Nase – ein nur wenig verdeckter Aufruf zu Verhandlungen. (https://t.me/narodpv/1441)
Freilich ist derzeit keine Deeskalationsstrategie von keiner Seite erkennbar. Dafür häufen sich die Putschhoffnungen und Hoffnungen auf eine militärische Lösung zu Gunsten der Ukraine (https://www.spectator.co.uk/article/why-russia-needs-to-be-humiliated-in-ukraine). Durchweg findet sich eine umfassende Uminterpretation der Geschichte auf allen Seiten, die heute früh auf radioeins in dem kleinen Satz mündet: das Konzept Wandel durch Annährung ist gescheitert. Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift "Europäische Sicherheit&Technik" (https://esut.de/) schließt nahtlos an entsprechende Veröffentlichungen im Managermagazin, der Wirtschaftswoche und dem Handelsblatt an und fordert im Kern eine Normalisierung militärischer Formen der Durchsetzung eigener Interessen. Sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht arbeiten alle an der Unumkehrbarkeit des Bruchs.

18.05.2022

Erstmals in diesem Jahr war der russländische Haushalt im April defizitär. https://www.kommersant.ru/doc/5356123 Das hat erst einmal noch nichts zu bedeuten, kann aber in Verbindung mit anderen Tendenzen Bedeutung erlangen. In den letzten Wochen gab es verschiedene Prognosen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den kommenden Jahren, die vor diesem Hintergrund im Auge zu behalten sich lohnen könnte:

https://t.me/russica2/45988
https://www.iep.ru/ru/kommentarii/sergey-tsukhlo-rossiyskaya-promyshlennost-vosstanavlivaetsya-posle-rekordnogo-martovskogo-padeniya.html
https://t.me/emphasises/4872
https://www.kommersant.ru/doc/5356207

https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2022/05/17/922432-spad-ekonomiki-sanktsii

Ich halte sie für sehr optimistisch. Insbesondere die Sanktionsfolgen werden möglicherweise klein geredet. In Telegram-Gruppen stellen sich die Folgen für das Alltagsleben krasser dar als in den offiziellen Texten.

Ich höre mir gerade den VI International Political Economy Congress (within the framework of the Moscow Academic Economic Forum MAEF-2022) an. Weitgehend versucht man, wenigstens in dem heutigen internationalen Teil Bekenntnisse zu vermeiden. Gerade hat Yiannis Tolios (Coordinator of the Marxist Research Center "MACHOME" in Athens) dem Moderator aber eine Steilvorlage geliefert, indem er sich auf die Ebene der russländischen Propaganda begab.
Interessant war der Beitrag von Patrick Bond, der mit seinem Beitrag deutlich macht, wie wenig den Rest der Welt die konkreten Entwicklungen im fernen Osteuropa interessieren können.

19.05.2022

... und dann geht es ja noch um die Entkriminalisierung des Wirtschaftsrechts: https://www.kommersant.ru/doc/5356832 um die unternehmerische Initiative zur Importsubstitution zu entfesseln ...

Die Dichte an Prognosen ist verdächtig - heute schon wieder ein Bericht unter dem schönen Titel: Die Rezession ist um ein Quartal verschoben https://www.kommersant.ru/doc/5356916 Wenn man das nun in Beziehung zu der Aussage stellt, dass die Importsubstitution nicht vorangekommen ist (seit mindestens 2014, eigentlich 2009!) ... sagen diese Prognosen im Moment eigentlich - nichts.

Micha und ich waren gestern auf einem Kongress zu Fragen der Politischen Ökonomie zu Gast in Moskau, wenn auch nur virtuell. (https://www.youtube.com/watch?v=nULmL-LoGSM) Aleksandr Buzgalin hat im Rahmen des Moskauer akademischen Wirtschaftsforums diese Veranstaltung untergebracht und dazu die internationalen Gäste eingeladen, die er immer einlädt – also David Koz, David Lane, Radhika Desai usw. Wir haben dazu den anhängenden Text verfasst und vorgetragen. Entsprechend dem Anlass und der zur Verfügung stehenden Redezeit kann er natürlich nicht allumfassend sein. Insgesamt war die Diskussion teilweise wenig erfreulich, weil seitens der ausländischen Sprecher*innen aus Ungarn, Griechenland, den USA und Kanada immer wieder eine Form primitiven Antiimperialismus zelebriert wurde, was einigen Russen (ja, alles Männer, die reagiert haben) dann die Möglichkeit gab, sich für die „Verteidigung“ ihres Landes durch die Gäste zu bedanken. Insgesamt wurde das Thema aber vermieden. Interessant war Patrick Bond.
Das zu deiner Information – vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass der Kreis für Partner*innen für deine Initiative in dieser intellektuellen „Blase“ wahrscheinlich klein ist. Oder brutaler gesagt: der ohnehin nur von alten Leuten getragene „postsowjetische kritische Marxismus“ ist in dieser Situation ein Totalausfall.

24.05.2022

Boris Kagarlitzkij stellt seinen jüngsten Rundbrief vom 23.05.2022 unter das Thema, warum Russland keine Verbündeten hat. https://t.me/kagarlitsky/970 Er meint, dass das Land seiner inneren Verfasstheit wegen einfach anderen nicht zu bieten hat – außer dumpfer Homophobie. Als zweite Ursache benennt er einen bespiellosen Zusammenbruch der Diplomatie Russlands. Da Ergebenheit in den Staatsorganen die einzige notwendige Qualifikation sei, sei das auch nicht verwunderlich.

Die Staatsmacht arbeitet daran, die Defizite zu verfestigen. An vorderer Stelle steht dabei die weitere Perfektionierung des Gesetzes über ausländische Agenten (im Amtsrussisch „Personen, die sich unter ausländischem Einfluss befinden), die nun in die abschließende parlamentarische Runde geht. Wie zu erwarten wird eine Systematisierung der bisher aus verschiedenen Rechtsquellen abzuleitenden Bestimmungen vorgenommen, aber auch klar gestellt, dass Parteien, Religionsgemeinschaften und Staatsorgane nicht als ausländische Agenten im Sinne dieses Gesetzes betrachtet werden können. https://actualcomment.ru/v-rossii-prodolzhaetsya-rabota-po-sozdaniyu-institutsionalnykh-ramok-deyatelnosti-inoagentov-2205241752.html In einem anderen Gesetz wurde nun klar gestellt, dass der Generalstaatsanwalt ausländische Medien ohne Gerichtsurteil verbieten lassen kann http://duma.gov.ru/news/54375/
Daneben wird weiter der Erziehung der Jugend zur Konformität ein hoher Stellenwert eingeräumt. Es soll nun eine Kinder- und Jugendorganisation per Gesetz errichtet werden https://www.kommersant.ru/doc/5357545 und deren Chef wird den Rang eines Ministers haben https://www.vedomosti.ru/society/articles/2022/05/19/922792-novogo-detskogo-dvizheniya . Es sei keine politische Organisation, aber natürlich sollten sich Gleichaltrige auch über Politik austauschen können. Im Zentrum stehe die Vermittlung von Werten und Traditionen.
Eine zentrale Rolle in der Realisierung dieser Politik spielt die Kommission der Duma zur Verfolgung von Einmischungen von Außen (Комиссия Госдумы по расследованию вмешательства извне) In ihren Sitzungen beobachtet sie jegliche Aussagen ausländischer Staaten und Organisationen zur Lage in Russland und bewertet sie in der Regel als eine solche Einmischung, was einen Dialog über Menschenrechte etc. für die nächste Zeit unmöglich machen dürfte. https://t.me/komisgd/320 Gleichzeitig bezieht sie recht deutliche Positionen zu den Maßnahmen, die von ausländischen Regierungen gegenüber Menschen mit russländischen Wurzeln, z.B. im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 9. Mai (bzw. deren Unterdrückung) https://t.me/komisgd/319 , ergriffen werden; in der eigenen Logik eine Einmischung in Angelegenheiten anderer Staaten…
Die KPRF spielt weiter ein gefährliches Spiel. Mit der deutlichen Zustimmung zum Krieg und der bereits mehrfach angesprochenen Anrufung sowjetischer Traditionen meinen sie und der um die Partei formierte „linkspatriotische“ Block die erhoffte Destabilisierung der Putin-Richtung für eine Machtergreifung nutzen zu können. https://vk.com/wall-465616_595655 Aktuelle Analysen sprechen davon, dass man gerade dabei sei, einen Plan zur Übernahme der ideologischen Führung der öffentlichen Meinung auszuarbeiten. Dies stehe im Zusammenhang mit den bevorstehenden lokalen Wahlen und dem wachsenden Druck auf Aktivist*innen, die vor allem auf dem Gebiet des Sozialen und des Arbeitsrechts unterwegs sind. https://www.ng.ru/politics/2022-05-23/1_8442_kprf.html
In der Regierung und den Eliten herrsche, so eine Quelle der Medienplattform Meduza, ein „milder Pessimismus“. Man sei unzufrieden mit dem Agieren Putins und hoffe, dass er bald abtreten und einen Nachfolger bestimmen würde. https://meduza.io/feature/2022/05/24/dovolnyh-pochti-net Bis jetzt gäbe es keine Strategie, wie am den Krieg beenden und dabei das Ansehen der Regierung erhalten könnte.
Die Umfragen zu diesem Problem gehen in völlig gegensätzliche Richtungen. Levada macht eine steigende Zustimmung zum Regierungskurs https://www.levada.ru/2022/04/27/odobrenie-institutov-rejtingi-partij-i-politikov-2/ und ein wachsendes Wohlbefinden in der Bevölkerung https://www.levada.ru/2022/05/18/otsenki-sotsialnogo-samochuvstviya/ aus. Demgegenüber kommt eine von der Russländischen sozialistischen Bewegung zitierte Untersuchung zu dem Ergebnis, dass die Proteststimmung wachse. https://t.me/rsd_tg/3963
Nun liegen auch erste einigermaßen belastbare Untersuchungen zur Emigration aus Russland nach Kriegsbeginn vor. https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/420/ok-russians-eine-erste-untersuchung-zur-emigration-aus-russland-im-zuge-des-krieges-gegen-die-ukraine/?newsletter=Russland-Analysen+420 In der Tendenz geht es um höherqualifizierte und jüngere Menschen, die auf längere Sicht aus Russland emigrieren. Die vorliegende Untersuchung spricht von 300.000 Personen. Dabei bleibt natürlich die Frage der Repräsentativität offen.

Die Kriegsgegner*innen stehen weiter nebeneinander, aber auch nicht mehr. Grob gesagt sind vier weitgehend unvermittelte Strömungen auszumachen – die pazifistische, die antiimperialistische und die militaristisch-linke Strömung sowie die putschorientierte, die vor allem von den Liberalen getragen wird. Während die beiden ersten einen schnellen Friedensschluss und die Einstellung von Waffenlieferungen fordern, fordern die dritte und vierte die stärkere Bewaffnung der Ukraine, um einen „Sieg" über Russland zu erreichen. Sie hängen der Vorstellung an, dass damit in beiden Ländern eine grundlegende Veränderung (wenn auch in entgegengesetzte Richtungen) der Verhältnisse erreicht werden könnte. Ob es dafür eine Grundlage gibt, ist allerdings offen (und eher unwahrscheinlich). Eigentlich fallen die letztgenannten beiden Richtungen in wichtigen Punkten mit den Vorstellungen der KPRF und ihres Umfeldes zusammen.
Es wird aber auch von der Entstehung neuen Bewegungen berichtet. In Jakutien soll eine Pazifistische Assoziation https://t.me/levoradikal/941 gegründet worden sein.
Völlig offen bleibt die Frage nach einer Strategie.
Levoradikal problematisiert den Fakt, dass zwar gegen den Autoritarismus in Russland gekämpft wird, aber die Probleme in Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten gar nicht mehr zur Kenntnis genommen werden. https://levoradikal.ru/archives/17394 Vor allem polemisiert man gegen die Haltung der russländischen Liberalen in dieser Frage. Es entsteht der Eindruck, dass eine Vereinigung der Anstrengungen gar nicht gewollt ist.
Offen ist die Reichweite internationaler Netzwerke, wie der „Permanent Assembly Against the War" https://www.transnational-strike.info/2022/05/24/building-a-transnational-power-outcomes-of-the-iii-meeting-of-the-permanent-assembly-against-the-war/ In dem Bericht wird die Herausforderung wie folgt beschrieben:
„We discussed about important ongoing solidarity initiatives, and the need to enhance grassroots connections among activists, trade unionists, women, workers and migrants. However, the discussion made all aware that we are not facing simply a local war, but a third world war that is establishing a new global order. Different contributions clarified what that means: right wing, nationalistic, chauvinistic and more and more violent patriarchal discourses are on the rise. Increased militarization of the economy, anti-labor policies, neoliberal reforms – including the new labor law in Ukraine –, and environmental crisis: all grow within this scenario. More divisions and hierarchies among workers and migrants are created, while nation states and capital are celebrated as the only horizon of our life. Ideas of social transformation are excluded and ostracized more than before."

27.05.2022

Nachrichten aus seiner Mobilisierungswirtschaft, die wenig mobilisiert scheint

Trotz sinkender Nachfrage bleibt der Optimismus in der Wirtschaft stabil https://www.iep.ru/ru/kommentarii/sergey-tsukhlo-mayskiy-spros-v-promyshlennosti-demonstriruet-spad.html – auch wenn dieser Optimismus für den Beobachter schwer nachvollziehbar ist. In der Industrie betrachten die Unternehmen ihre Bestände an fertigen Erzeugnissen als weitgehend normal, nur in einigen Bereichen, wie der Erzförderung und -verarbeitung werden Überbestände konstatiert. Schwieriger ist die Angelegenheit in Bezug auf die Vorräte an Rohstoffen und Materialien, auch wegen der Sanktionen.
https://www.iep.ru/ru/kommentarii/sergey-tsukhlo-v-usloviyakh-mayskoy-negativnoy-dinamiki-predpriyatiya-peresmotreli-svoi-otsenki-zapasov.html Es wird die Frage gestellt, ob man nicht aus der Konzentration auf die Bildung von Gold- und Währungsreserven auf die Bildung von Warenreserven übergehen sollte. https://www.ng.ru/economics/2022-05-24/4_8443_deficit.html Dies würde tatsächlich nach der Einführung von Elementen einer Devisenzwangswirtschaft, der Schaffung von Möglichkeiten faktischer oder tatsächlicher Enteignung ausländischer Unternehmen und der Umgehung von Schutzrechten ein weiterer Schritt zu einer Kriegswirtschaft im traditionellen Sinne

sein. In diese Richtung gehen auch Versuche der Preisregulierung, wie sie jetzt von der Regierung bezüglich Baumaterialien und Metallen vorgenommen werden sollen. https://t.me/rbc_news/49847 Vorerst scheint aber der Schwerpunkt weiter auf dem Versuch zu liegen, über monetäre Hebel die Anpassung der Wirtschaft an die aus den Sanktionen resultierenden Probleme zu erreichen. Auf der einen Seite wird die Stabilität des Rubel begrüßt, die etwa auch durch den hohen Leitzins gewährleistet wird, auf der anderen Seite wird gleichzeitig die Senkung des Leitzins' gefordert, weil der Zugang zu Krediten für einheimische Unternehmen ein wichtiger Faktor für den Umbau der Wirtschaft sei. https://www.iep.ru/ru/kommentarii/sergey-sinelnikov-murylev-stabilizatsiya-inflyatsii-v-rf-pozvolyaet-pereyti-k-novomu-etapu-dkp.html Der Import aus neutralen Staaten übe zudem Druck auf die einheimischen Produzenten aus und gefährde in dieser Konstellation deren Konkurrenzfähigkeit auch im Inland. Der Staat stützt dabei weiterhin von außen betrachtet wenig systematisch verschiedene Bereiche.
Zudem bleiben die außenwirtschaftlichen Risiken hoch. Da die ausländischen Investoren nach einem entsprechenden Verbot durch das US-Finanzministerium keine Zahlungen auf russländische Staatsanleihen mehr erhalten dürfen (technischer Zahlungsausfall) könnte es zu umfangreicheren Beschlagnahmen russländischen Eigentums überall auf der Welt kommen, da ja das Schuldverhältnis weiter besteht. Zwar sei keine direkten Wirkungen auf die inländischen Wirtschaftskreisläufe zu erwarten, aber indirekte, die nicht weniger gefährlich sein könnten.
https://actualcomment.ru/posledstviya-tekhnicheskogo-defolta-v-rossii-otsenki-ekspertov-2205251039.html Insoweit ist der anhaltende Wirtschaftskrieg ein Faktor des Übergangs zu einer echten Kriegswirtschaft. Zudem muss man immer in Rechnung stellen, dass durch die Sanktionen, Enteignungen usw. das internationale Rechtssystem, die Zuverlässigkeit von Verträgen und Regeln bereits in erheblichem Maße untergraben ist. Seit Mitte März liegt bereits ein Gesetzentwurf zum Austritt Russlands aus der Welthandelsorganisation vor. Das Problem besteht darin, dass dieser Schritt den Handel auch mit den freundlich gesinnten Staaten damit komplizierter machen würde, weshalb dieser Schritt von Ökonomen abgelehnt wird. https://www.kommersant.ru/amp/5356158 Zur Erinnerung: Der Beitritt zur WTO war damals mit großen Ängsten vor einer Überflutung der Märkte mit billigeren und besseren Produkten und dem Ruin ganzer Wirtschaftsbereiche verbunden. Das ist nicht eingetreten – aber auch nicht der erhoffte belebende Effekt. Ein Austritt würde bedeuten, dass Russland praktisch von einem Tag auf den anderen vor allem mit den Wunschpartnern China und Indien neue Handelsverträge nicht nur ausarbeiten, sondern auch in Kraft setzen müsste.
All dies vollzieht sich vor dem Hintergrund großer Unsicherheit. Das Wirtschaftsministerium hat Mitte Mai eine weitere (konservative) Prognose vorgelegt
https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2022/05/18/922615-stsenarii-razvitiya-ekonomiki , die als realistisch angesehen wird. Im Falle schärferer Sanktionen, ungünstiger Preisentwicklung sowie verzögerter Realisierung von Maßnahmen der Importsubstitution und der wirtschaftlichen Umstrukturierung könnte das GDP in diesem Jahr um 8,8 Prozent fallen. Im nächsten Jahr sei dann mit einem Absinken um 2,9 Prozent zu rechnen, bevor in den beiden Folgejahren dann ein Wachstum um 2,6 bzw. 2,1 Prozent zu erwarten sei. Das Ministerium rechnet mit sinkenden Einkommen und entsprechend sinkender Nachfrage, sinkenden Exporten und Investitionen. Auch wenn letzteres bereits in den Vorannahmen dieser Prognosevariante vorausgesetzt war bestätigt sich, dass in der Verbindung von Investitionen und Importablösung der wunde Punkt der russländischen Wirtschaft liegt. Dazu liegen aus den letzten zwei Wochen zwei im Gegensatz zueinander stehende Aussagen vor: Senator Andrej Klišas, selbst eng mit der Wirtschaft verbunden, erklärte, dass die Strategie der Importsubstitution bis jetzt völlig gescheitert sei. Außer gut klingender Berichte der Behörden gäbe es nichts. https://t.me/rian_ru/163865 Demgegenüber behauptet die Zentralbank, dass der Umbau bereits begonnen habe und im Verlaufe der nächsten 1,5 bis 2 Jahre abgeschlossen sein könnte.
https://www.iep.ru/ru/kommentarii/sergey-zubov-strukturnaya-perestroyka-uzhe-nachalas.html Allerdings wird gegenwärtig weniger von Zukunftsinvestitionen berichtet, sondern eher von Versuchen, die Verluste zu begrenzen. Zwar wurde der Leitzins von 20 wieder auf 11 Prozent gesenkt https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2022/05/26/923860-tsb-snizil-stavku, aber ob davon

Impulse für eine Belebung des Investitionsgeschehens ausgehen, ist offen. Die letzten beiden Monate hatten durch die stark gestiegenen Zinsen auch den Wohnungsbau und die damit verbundenen Bereiche in Mitleidenschaft gezogen. https://t.me/russica2/46105 Angesichts der erwarteten Einkommensverluste könnte das langfristige Wirkungen haben, selbst wenn nun die Zinsen wieder sinken. Auch die Regelung, dass Exporteure nun wieder 50 Prozent ihrer Deviseneinnahmen behalten dürfen (zuletzt waren es nur noch 20 Prozent) https://t.me/rbc_news/49827 scheint das Investitionsgeschehen nur wenig zu beeinflussen.
Sei es die Bitte der „Handelszentren" (Malls) nach Aussetzen der Steuern wegen der Verluste, die mit dem Abzug ausländischer Handelsketten verbunden sind https://www.kommersant.ru/doc/5367685 oder die der fischverarbeitenden Industrie nach Kreditvergünstigungen für den Bau von eigenen Fischereifahrzeugen https://www.vedomosti.ru/business/articles/2022/05/24/923460-ribopromishlenniki-lgotnih-kreditov oder seien es die Probleme, die die Hersteller alkoholischer Getränke bei der Umstellung ihrer Kooperationsbeziehungen nach China und Indien haben https://www.kommersant.ru/doc/5356605 - die Unternehmen mögen mobilisiert sein, aber die Wirtschaft scheint es noch nicht. Von Spielarten des Militärkeynesianismus oder der Verwertung der Erfahrungen der sowjetischen Kriegswirtschaft ganz zu schweigen.

Für seinen jüngsten Newsletter hat Boris Kagarlickij einen interessanten Titel gewählt: Die Anatomie des Schweigens. https://t.me/kagarlitsky/976 Ja, auf den ersten Blick sind die Gegner*innen des Krieges zum Schweigen gebracht worden. Das Symbol des Widerstands wird leise verbreitet – das grüne Band taucht an vielen Stellen auf und spricht für sich. https://t.me/zelenayalenta/1588 Leise, aber auch nachdrücklich der vom Feministischen Widerstand propagierte Protest im Zusammenhang mit dem Kindertag am 1. Juni. https://t.me/femagainstwar/3193 Und unmerklich auch die Verluste, die die KPRF als wichtige kriegstreibende Kraft hinnehmen muss. Aus der Führung wird bestätigt, dass vor allem jüngere und aktive Unterstützer*innen der Partei den Rücken kehren. In dem nicht ganz unbekannten Apparate-Jargon werden diese als „liberale Protestbürger" denunziert. https://t.me/russica2/46409 Damit dürfte die Partei wahrscheinlich diejenigen verlieren, die ihren relativen Erfolg bei den letzten Duma-Wahlen ermöglichten. Gegen Kriegsgegner*innen in den eigenen Reihen geht die Partei zudem weiter disziplinarisch vor. Wie bereits kurz nach dem Beginn des Krieges wird von der innerparteilichen Opposition betont, dass die Verteidigung des Donbass die eine Sache sei, eine ganz andere der Krieg gegen die Ukraine als solche.
https://meduza.io/feature/2022/06/03/odno-delo-zaschita-donbassa-drugoe-bombit-kiev
Die militanteren Teile der Antikriegsbewegung verüben schon seit Wochen immer wieder Brandanschläge gegen Rekrutierungsbüros der Armee und andere Einrichtungen.
https://t.me/narodpv/1647
Der Krieg hat auch keinesfalls die Konflikte in anderen Bereichen abdämpfen können. Nachwievor brodelt die Auseinandersetzung um das Vorgehen gegen den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Lieferfahrer (vor allem bei Delivery-Club). https://t.me/courier_fight/2055 Dieser Kampf wird auch im Ausland verfolgt, etwa von der CGT. https://t.me/courier_fight/2056 In Čita kam es zu Protesten gegen Preissteigerungen. Auch der Widerstand unter Studierenden bleibt beharrlich.
https://t.me/narodpv/1643 Und auch die „patriotische" KPRF mit ihren Verbündeten bleibt von Repressionen nicht verschont. Nachwievor laufen Ermittlungen gegen marxistische Lesekreise und andere Oppositionelle in ihrem Umfeld.
Gleichzeitig wird das Repressionsinstrumentarium immer mehr vervollkommnet. Inzwischen kann durch die Reform des Gesetzes über „ausländische Agenten" praktisch jeder öffentlich Auftretende dazu erklärt werden, wenn er eine von der Regierungslinie abweichende Meinung vertritt.
https://t.me/rian_ru/166374 und https://actualcomment.ru/portret-politologa-inoagenta-2206081607.html Besonders gefährlich ist eine Initiative, die (angeblich) aus Sevastopol gestartet wurde – die völlige Kriminalisierung der LGBT. https://t.me/rian_ru/166463 Dementsprechend soll jede „Propagierung" „nichttraditionellen sexuellen Verhaltens" unter Strafe gestellt werden. Zwar wird dies unter einem Schwall von Phrasen versucht zu verbergen, letztendlich steht dahinter jedoch

ein stockkonservatives, christlich-fundamentalistisches Verständnis von Ehe und Sexualität. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis ähnliche Initiativen zum „Schutz“ der Frau lanciert werden. Um diese moralische Formierung durchzusetzen wird, wie schon berichtet, die Gründung einer neuen Jugendorganisation unter dem Namen „Großer Umbruch“ vorangetrieben. https://t.me/rian_ru/166376 Und das Verteidigungsministerium will die Produktion von „militärisch-patriotischen Filmen“ fördern. https://t.me/redmsk/14643 Schließlich hat sich Putin gerade das Recht auf Beschlagnahme von Eigentum unfreundlicher Personen und Institutionen zubilligen lassen. https://t.me/TeamSobol/6554
Generell wird in den Berichten der letzten Woche davon ausgegangen, dass sich jetzt ein Elitenaustausch vollendet. Die unter Jelzin entstandenen Eliten sind entweder völlig isoliert oder in die Emigration gegangen. Nachdem vor einigen Wochen Anatolij Čubajs, einer der Exponenten der Schocktherapie das Land verlassen hat, setzt sich dieser Trend fort. https://t.me/russica2/46383 Die heutige Macht legitimiere sich damit nicht mehr aus der Jelzin-Zeit, sondern nur noch aus dem Recht der Gewalt und stelle einen nicht wieder heilbaren Bruch in den postsowjetischen Eliten dar. Die liberale (großbürgerlich-oligarchische) Emigration steht dem aber völlig ratlos gegenüber und hofft … auf einen Staatsstreich, wie offensichtlich viele andere auch …
https://meduza.io/feature/2022/05/24/dovolnyh-pochti-net

Damit sind wir wieder beim Schweigen. Kagarlickij schreibt:
„Das moderne russische Schweigen ist so vielfältig wie unsere Gesellschaft selbst. Wenn ich das Schweigen von Wissenschaftlern, Abgeordneten, Bürokraten und gewöhnlichen Menschen beobachte, bin ich immer wieder erstaunt, wie unterschiedliche Bedeutungen darin eingeschlossen sein können… Es gibt natürlich das traditionelle Schweigen der Zustimmung. Das kommt den Behörden entgegen. Es ist besser, in der Zeit zu schweigen, als aus der Zeit zu sprechen. Obwohl Sie hier etwas Intuition brauchen. Nicht jeder weiß, wie man in der Zeit schweigt. Es gibt Schweigen als Einwand, der sogar wie ein starker Protest klingt. Solch ein beharrliches und zuversichtliches Schweigen, hinter dem eine Position steckt, die nicht weniger fest ist als die derer, die Einwände erheben. Aber einige schweigen einfach aus Angst. Oder warten. Sie werden zweifellos sprechen, aber erst, wenn alles endlich klar wird. Unter den Abgeordneten der Staatsduma würde ich eine ganze Fraktion schweigender Menschen finden. Es ist parteiübergreifend, aber auf seine Weise vielversprechend. In Zukunft werden diese Menschen stolz auf ihr Schweigen sein und ausführlich darüber berichten. Sie werden sogar in ihren Memorien darüber schreiben, wie sie es geschafft haben, in einem so schwierigen Umfeld so gut zu bleiben. Und doch, irgendwo in der Ferne, höre ich Echos dieser sehr bedrohlichen Stille. Das Schweigen des Volkes, das von Puschkin beschrieben wurde.“ https://t.me/kagarlitsky/976
Das ist freilich nicht sehr optimistisch, aber immerhin. Alla Mitrofanova, Feministin und gelegentlich Kooperationspartnerin der Stiftung, reflektiert die Bündnismöglichkeiten oder -unmöglichkeiten ähnlich vorsichtig.
https://www.facebook.com/100001410017466/posts/pfbid02Qr6yE9eW4QrP6Cm3bDue9iWaaN2RUY52BiARBwoHvfc4Yb2ohBR7MS5dM8CAnuwol/?d=n Trotz der Zustimmung zum Krieg signalisierenden Meinungsumfragen sieht sie „in unerwarteten Segmenten der Gesellschaft einen für die Soziologen nicht sichtbaren Prozess intensiver zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation“, der an völlig unerwarteten Punkten sich kristallisieren könnte…

08.06.2022

Wie es dazu kam …

Russland wird meist als etwas beschrieben, was irgendwie von Gestern und unmodern sei. Betrachtet man aber die Entwicklung des Landes, wie auch der anderen Nachfolgestaaten der

Sowjetunion zeigt sich, dass diese Einschätzung letztlich aus der Selbsttäuschung des Westens über sich selbst resultiert. Auf eine fatale Weise überlagern sich in Russland die Imitation einer traditionellen bürgerlich-kapitalistischen Ordnung mit einem lehrbuchmäßig durchgesetzten neoliberalen Kurs, einer reinen Friedmanschen Dystopie. Es gehört zu den großen Schwächen der Linken, die hier sichtbar werdende „Vielfalt der Kapitalismen“ nicht verstanden zu haben und bis heute die daraus resultierenden Konsequenzen, vor allem für sie selbst, beständig zu unterschätzen.

Die Herausbildung des politischen und wirtschaftlichen Systems Russlands kann nur sehr beschönigend mit dem Terminus „marktwirtschaftliche Reform“ beschrieben werden. Auch der Begriff der „Schocktherapie“ wird der Dramatik nur begingt gerecht. Tatsächlich war es ein Raubzug von Teilen des alten Apparates und des kriminellen Untergrunds gegen die sowjetische Gesellschaft. Der Zusammenbruch weiter Teile der Volkswirtschaft und die soziale Krise auf der einen und der Rückfall in den Status eines Rohstofflieferanten auf dem Weltmarkt bei einer weit auseinander klaffenden Schere zwischen arm und reich als Ergebnis der ersten postsowjetischen Jahre prägen die Entwicklung des Landes bis heute.

Der Zusammenbruch der 90er Jahre vollzog sich vor dem ideologische Hintergrund der Losung „Freiheit des Marktes“, die von westlichen Berater*innen verschiedenster Art (seien es Einzelpersonen, NGO oder Stiftungen) propagiert wurde. Weder ihre russländischen Partner*innen, noch sie selber stellten in Rechnung, dass das marktwirtschaftliche Modell des Westens bis in die 1970er Jahre auf dem relativen Gleichgewicht von Kapital und Arbeit beruhte. Von einem solchen Gleichgewicht konnte in Russland von vornherein nicht die Rede sein. Zwar konstituieren sich nach 1991 und dem Verbot der KPdSU verschiedene kommunistische und sozialdemokratische Parteien, die aber abgesehen von der KPRF kein politisches Gewicht erlangen konnten. In der „reinen“ Marktwirtschaft fehlte ihnen dazu einfach das Geld. Das sich als anarchistisch oder trotzkistisch definierende Spektrum mit hohem internationalistischem Anspruch blieb zersplittert und marginal. Ihre Partner*innen waren die entsprechenden ebenso marginalen Bewegungen im Westen. Die marxistisch-kommunistische Richtung kam nicht über ein akademisches Spektrum hinaus. Gleiches gilt für die sozialdemokratische, die schnell als politische Strömung jede Relevanz verlor. Zwar sitzt mit der Partei Gerechtes Russland eine sich sozialdemokratisch betrachtende Partei in der Duma, allerdings ohne in der Lage zu sein, wirksame Akzente setzen zu können. Die „Unabhängigen Gewerkschaften“ entwickelten sich auch aus dem alten Apparat heraus und wurden kein Gegengewicht zur entstehenden Oligarchie, sondern bestenfalls deren nur begrenzt wirksames Korrektiv. Zwar entstanden eine Reihe kleiner kämpferischer Gewerkschaften, die aber nur lokale Bedeutung erlangen konnten. Ein Teil dieser Organisationen ist in dem zweitgrößten Gewerkschaftsbund Russland, der Konföderation der Arbeit (KTR), vereinigt. Die Größenverhältnisse machen aber auch das Problem deutlich: der systemverbundene Gewerkschaftsbund hat etwa 28 Millionen Mitglieder, die KTR hingegen 2 Millionen. Diese Schwäche der Gewerkschaftsbewegung und die Zersplitterung der Linken sind konstituierende Voraussetzungen für das heute in Russland bestehende politische System.

Im Jahr 1998 kam es zum Staatsbankrott. Eigentlich wäre das der Moment gewesen, die Linke zu vereinigen und als kämpferische Kraft in Erscheinung treten zu lassen – das gelang nicht. Es siegte der „starke Staat“, der die Willkür der Oligarchie bändigte und damit die Stabilität des Landes wahrte, ohne die ökonomischen Machtverhältnisse in Frage zu stellen. Ausdruck dessen war das System Putin. Sein Ansehen beruht für die ältere Generation bis heute darauf, dass unter seiner Führung in Russland wieder so etwas wie Normalität einzog, wenn schon nicht das westliche Wohlfahrtsversprechen eingelöst werden konnte. Der in der Verfassung garantierte Sozialstaat war in dieser Lesart von vornherein ein paternalistischer, kein erkämpfter. Damit stieß Putin aber auch an eine Grenze. In den vergangenen 20 Jahren scheiterte er immer wieder mit Versuchen, eine

Modernisierung der Wirtschaft durchzusetzen. Der starke Staat als Säule des Systems steht sich selbst im Wege, da jede durchgreifende Innovation das austarierte Gleichgewicht innerhalb der Oberschicht in Frage stellen würde. Gewichtige Teile des Unternehmer*innentums und des Staatsapparates haben kein Interesse an Veränderungen, da die Gewinne aus den Rohstoffexporten sicher scheinen. Die weltweite Anlage von Kapital bzw. der Abfluss desselben in den Luxuskonsum der Oberschicht begrenzt die Zugänglichkeit von Kapital für innovative inländische Unternehmen, die Träger der Modernisierung sein könnten. Die Stagnation ist so Bedrohung aber auch Stütze des Systems. Unter diesen Bedingungen muss die politische Repression gegen jede Opposition immer stärker werden, wie sich in den Reaktionen auf die Protestwellen der vergangenen Jahre, z.B. gegen die Rentenreform oder gegen Umweltverschmutzung, zeigte.

Resultat dieser Konstellation sind z.B. das fatalistische Abfinden mit dem entstandenen „kriminellen Kapitalismus“ oder eine obskure Rückbesinnung auf die sowjetische Vergangenheit. Monarchistische und rechtsextreme Strömungen, die in der Sowjetunion im Untergrund weiter wirkten, traten nun wieder offen in Erscheinung. Nicht nur in der KPRF verbinden sich nationalistische mit stalinistischen Traditionen. Im Vorfeld der Duma-Wahlen 2021 gelang es der KPRF, einen „linkspatriotischen Block“ unter Einbeziehung von basisverbundenen Bewegungen zu bilden. Auf dieser Grundlage erreichte sie mit über 18 Prozent der Stimmen ihr zweitbestes Ergebnis seit dem Zerfall der UdSSR. Der Patriotismus (tatsächlich Nationalismus) wurde schon in den 90er Jahren als Hebel der sozialen Umwälzung propagiert. Dieses Narrativ integriert die Partei in die Machtstrukturen und hat sie zu einer konsequenten Befürworterin des Krieges gegen die Ukraine gemacht. Man meint, dass der Krieg in eine Situation führt, in der die Partei auf welchem Weg auch immer die Macht ergreifen und eine „Sowjetunion 2.0“ errichten könnte. Allerdings scheint die Kriegsbegeisterung der KPRF-Führung gerade zu einem Abwandern jüngerer und aktiver Anhänger*innen zu führen.

Soweit es die inneren Bedingungen betrifft, ist der Krieg gegen die Ukraine ein Versuch, die skizzierte Stagnation zu durchbrechen. Die Dynamik des zukünftigen Russland soll sich auf wirtschaftliche Autarkie und einen eigenen, konservativen Wertekanon stützen. Die Machtkonstellation , die durch die Zivilgesellschaft auf der einen und die Sabotage der Modernisierung auf der anderen Seite in Frage gestellt wird, soll gewahrt bleiben. Die Protestwellen in den vergangenen Jahren, haben deutlich gemacht, dass die Akzeptanz des Akkumulationsregimes, auf das sich das gegenwärtige System stützt, mehr und mehr schwindet. Der Fatalismus und das Schweigen, das durch die immer härtere Repression erzwungen ist, hat, wie Boris Kagarlickij gerade schrieb, einen bedrohlichen Unterton.

14.06.2022

Gerade ist die neueste Nummer der Zeitschrift „Fragen der theoretischen Ökonomie“, herausgegeben vom Institut für Ökonomie der Russländischen Akademie der Wissenschaften, eingegangen. https://www.inecon.org/voprosy-teoreticheskoj-ekonomiki.html

Ein Artikel beschäftigt sich mit den Problemen der seit Jahrzehnten andauernden Versuche der Durchsetzung strategischer Planung zum Umbau der Wirtschaft durchzusetzen. In Expert*inneninterviews zeigte sich, dass es in dieser Hinsicht bisher keinen Durchbruch gibt. Die Situation wird folgendermaßen zusammengefaßt:

„Das strategische Planungssystem ist nach wie vor gekennzeichnet durch:

- allgemeine Unreife und Inkonsistenz, die durch einen übereilten und erfolglosen Versuch, das bestehende System im Gesetz 172-FZ zu verankern, verschärft wurde;
- institutionelle Schwäche des Bereichs der langfristigen Zielsetzung im Bereich der Entwicklung: In den Experteninterviews gaben fast alle Befragten an, dass die meisten strategischen Dokumente auf höchster Ebene keine ernsthaften Auswirkungen auf die sozioökonomische Politik Russlands haben, obwohl sich einige Bestimmungen dieser Dokumente in tatsächlich umgesetzten Projekten widerspiegeln;
- den im Vergleich zu den fiskal- und geldpolitischen Institutionen geringere Einfluss strategischer Planungsinstitutionen und die daraus resultierende Vorherrschaft der Prioritäten des kurzfristigen Haushaltssaldos gegenüber den langfristigen Entwicklungszielen;
- schnelle und unvorhersehbare Änderungen der Spielregeln;
- einen niedrigen Umsetzungsgrad der Strategien, das Vorherrschen von Imitationen und (oder) die Konzentration auf sekundäre Ziele und Maßnahmen;
- eine schwache Motivation der Beamten, strategische Dokumente umzusetzen und Konzentration auf operative Aufgaben;
- erfolgreiche Erfahrungen im Projektmanagement, in denen der Akzent auf in der Praxis bewährte Formen gesetzt wird, die aber nicht immer gesetzlich abgedeckt sind.“[2]

Bemerkenswert ist die Feststellung, dass das Finanz- und Bankensystem trotz aller Präsidentendekrete zur Rolle der Nationalen Projekte usw. nachwievor letztlich das reale Handeln von Verwaltung und Wirtschaft beherrscht. Das ist eine zentrale Feststellung, weil im Rahmen der „Mobilisierungswirtschaft“ sich daran bisher nichts geändert hat. Da der Artikel offensichtlich im April fertiggestellt wurde und keine Relativierung vorgenommen wurde, scheint das Problem weiter zu bestehen. Ein zweiter Problemkreis, der in dem Artikel nicht entwickelt ist, dürfte der Fakt sein, dass die Gouverneure zur Zeit darauf orientiert werden, in ihren Regionen stärker die örtlichen Ressourcen für die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu mobilisieren.
Die Autoren hoffen, dass die Veränderungen des geopolitischen Kontextes dazu führt, dass die Zwänge zur Erhöhung der Wirksamkeit strategischer Arbeit so stark werden, dass sich nun etwas tut. Ob das passiert, ist offen. Möglicherweise sind die Neubesetzungen der Gouverneursposten (der Prozess läuft schon einige Zeit) und die anstehenden Regional- und Kommunalwahlen ein Hebel, um die administrativen Blockaden zu lösen. Offen bleibt aber die Frage nach dem Gewicht des Finanzsystems. Das ist bisher nicht angetastet und wird durch das herrschende Dogma, die Probleme durch marktwirtschaftliche Instrumente zu lösen, eher gestärkt.
Das heißt bei weitem nicht, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch bevorsteht. Was absehbar ist, ist freilich eine Verschärfung der sozialen Situation und entsprechender Konflikte. Die Verschärfung der Repressionsmöglichkeiten wird das erst einmal dämpfen, aber damit sind die Konflikte ja nicht verschwunden.

14.06.2022

Das laute Schweigen

Für einen unlängst erschienenen Newsletter hat Boris Kagarlickij einen interessanten Titel gewählt: Die Anatomie des Schweigens. https://t.me/kagarlitsky/976 Ja, auf den ersten Blick sind die Gegner*innen des Krieges zum Schweigen gebracht worden. So sollen im Zusammenhang mit dem

2 Aus: Dmitriev, M.Ė./Kapil’, V.B. (2022). Strategičeskoe planirovanie na rasput’e: Starye vyzovy i novye vozmožnosti, in: Voprosy teoretičeskoj ėkonomiki, Vol. 6(2), 39–59

neuen Gesetz über „ausländische Agent*innen“ jetzt 16 weitere Gesetze angepasst werden. https://t.me/komisgd/340 Ein anderes Gesetz soll die Möglichkeit der Durchführung von Aktionen an „Objekten der Infrastruktur“, dazu sollen auch Sportplätze und Kirchen gehören, beschränken. https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2022/06/09/926001-v-rossii-ogranichat-provedenie Eine Analyse der laufenden Gesetzesvorhaben kommt zu dem Ergebnis, dass Normen ins reguläre Recht eingeführt werden, die ansonsten und anderswo über die Ausrufung des Ausnahme- oder Kriegszustandes zeitlich begrenzt angewendet werden (könnten). Die Staatsmacht in Russland will aus politischen Gründen den Ausnahme- bzw. Kriegszustand nicht ausrufen. Besonders problematisch ist, dass diese gesetzlichen Regelungen auf Dauer eingeführt werden und ggf. nur langfristig, unter veränderten politischen Verhältnissen, über ein erneutes parlamentarisches Verfahren einzeln wieder außer Kraft gesetzt werden müssten. Das noch größere Problem ist der inhaltliche Graubereich: Der Bewertung von Handlungen als staatsfeindlich ist ein breiter Ermessensspielraum gegeben. Auf jeden Fall sollen diese neuen Normen auch der Abschreckung vor Kontakten und vor der Zusammenarbeit mit ausländischen NGOen bzw. internationalen Organisationen dienen. Inzwischen kann durch die Reform des Gesetzes über „ausländische Agenten“ praktisch jede/r öffentlich Auftretende dazu erklärt werden, wenn er eine von der Regierungslinie abweichende Meinung vertritt. https://t.me/rian_ru/166374 und https://actualcomment.ru/portret-politologa-inoagenta-2206081607.html Schließlich hat sich Putin gerade das Recht auf Beschlagnahme von Eigentum unfreundlicher Personen und Institutionen zubilligen lassen. https://t.me/TeamSobol/6554
Besonders gefährlich ist eine Initiative, die (angeblich) aus Sevastopol gestartet wurde – die völlige Kriminalisierung der LGBT. https://t.me/rian_ru/166463 Dementsprechend soll jede „Propagierung“ „nichttraditionellen sexuellen Verhaltens“ unter Strafe gestellt werden. Zwar wird dies unter einem Schwall von Phrasen versucht zu verbergen, letztendlich steht dahinter jedoch ein stockkonservatives, christlich-fundamentalistisches Verständnis von Ehe und Sexualität. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis ähnliche Initiativen zum „Schutz“ der Frau lanciert werden.

Widerstand mit Symbolen

Als Symbol des Widerstands wird derzeit vor allem das grüne Band, das man leise verbreiten kann, genutzt. Es taucht an vielen Stellen auf. https://t.me/zelenayalenta/1588 Leise, aber auch nachdrücklich der vom Feministischen Widerstand propagierte Protest im Zusammenhang mit dem Kindertag am 1. Juni. https://t.me/femagainstwar/3193 Im Umfeld des „Unabhängigkeitstages“ am 12. Juni kam es zu einer Vielzahl von Aktionen https://telegra.ph/Svodka-akcij-protesta-za-11-13-iyunya-2022-06-14, die auch auf die russländische Geschichtspolitik und aktuelle Äußerungen Putins Bezug nahmen, z.B. „Die Ukraine ist nicht Russland“ https://t.me/femagainstwar/3561 oder „Du bist nicht Peter I.“ Putin hatte den Krieg in der Ukraine mit der Konsolidierung Russlands nach den Siegen Peter des Ersten im Nordischen Krieg in Verbindung gebracht. Im Rahmen eine Aktion „Friedlicher Himmel“ benutzten Aktivist*innen gefaltete Papierflugzeuge, um Antikriegslosungen zu verbreiten. https://t.me/femagainstwar/3588
Freilich gibt es auch den lauten Protest. https://remap-ru.com/ Die militanteren Teile der Antikriegsbewegung verüben schon seit Wochen immer wieder Brandanschläge gegen Rekrutierungsbüros der Armee und andere Einrichtungen. https://t.me/narodpv/1647 Im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsforum in St. Petersburg verübte ein „Komitee der republikanischen Sozialisten“ einen Farbanschlag auf eine Skulptur, die Putin als römischen Imperator zeigt. https://t.me/femagainstwar/3710 Eine Website, die Briefe an Duma-Abgeordnete mit der Aufforderung, sich für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Putin einzusetzen, organisiert, wurde gerade von den Behörden für Russland blockiert. https://www.protestletter.cc/
Der Krieg hat auch keinesfalls die Konflikte in anderen Bereichen abdämpfen können. Nachwievor brodelt die Auseinandersetzung um das Vorgehen gegen den Vorsitzenden der Gewerkschaft der

Lieferfahrer (vor allem bei Delivery-Club). https://t.me/courier_fight/2055 Dieser Kampf wird auch im Ausland verfolgt, etwa von der CGT. https://t.me/courier_fight/2056 In Čita kam es zu Protesten gegen Preissteigerungen. Im Oblast Smolensk organisierten Beschäftigte in der Schnellen medizinischen Hilfe einen „italienischen Streik“ gegen die niedrigen Löhne. http://ktr.su/content/news/detail.php?ID=7441 In einer anderen Region sollen den Lehrer*innen Zuschläge zu ihrem Gehalt zu bis zu 50 Prozent gekürzt werden – natürlich ohne Senkung des Arbeitsvolumens. http://ktr.su/content/news/detail.php?ID=7440 Gewerkschafter*innen im Bildungswesen befürchten auch, dass die Abschaffung des „Bologna-Systems“ an den Hochschulen und die Installierung eines neuen eignen Schemas https://t.me/rgrunews/49403 zum Anlass für weitere Belastungen der Beschäftigten genommen werden wird. Auch der Widerstand unter Studierenden bleibt beharrlich. https://t.me/narodpv/1643 Im Land selbst versuchen Aktivist*innen aus dieser Szene Informationen über den Krieg und über die Kriegführung zu verbreiten, was umgehend als Verbreitung von Falschmeldungen denunziert und verfolgt wird.
Unmerklich sind auch die Verluste, die die KPRF als wichtige kriegstreibende Kraft hinnehmen muss. Angeblich sei ihr Rating auf 10 Prozent gefallen; derzeit würden ihr 16 Prozent der Wähler*innen ihre Stimme geben. Aus der Führung wird bestätigt, dass vor allem jüngere und aktive Unterstützer*innen der Partei den Rücken kehren. In dem nicht ganz unbekannten Apparate-Jargon werden diese als „liberale Protestbürger“ denunziert. https://t.me/russica2/46409 Damit dürfte die Partei wahrscheinlich diejenigen verlieren, die ihren relativen Erfolg bei den letzten Duma-Wahlen ermöglichten. Gegen Kriegsgegner*innen in den eigenen Reihen geht die Partei zudem weiter disziplinarisch vor. Wie bereits kurz nach dem Beginn des Krieges wird von der innerparteilichen Opposition betont, dass die Verteidigung des Donbass die eine Sache sei, eine ganz andere der Krieg gegen die Ukraine als solche. https://meduza.io/feature/2022/06/03/odno-delo-zaschita-donbassa-drugoe-bombit-kiev Gerade versucht eine Region gegen den Duma-Abgeordneten der KPRF Michail Matveev vorzugehen, der sich mehrfach gegen den Krieg geäußert hat. https://www.kommersant.ru/doc/5408930 Das Regionalparlament von Samara reichte eine Beschwerde bei der Ethik-Kommission der Duma ein. Der Ausgang des Verfahrens ist offen, zumal sich die KPRF-Führung bisher erstaunlich zurückhaltend äußert.
Aber auch dieser Block bleibt von Repressionen nicht verschont. Es laufen Ermittlungen gegen marxistische Lesekreise und andere Oppositionelle in ihrem Umfeld. Zwar konnte die „linkspatriotische“ Block den Unabhängigkeitstag nutzen, um zu einem sozialistischen Umbruch aufzurufen, allerdings kam es dabei zu einer Anzahl von zeitweiligen Festnahmen. https://www.leftfront.org/?p=42156 Insgesamt schien sich der Sicherheitsapparat, anders als bei den Antikriegsprotesten, zurück zu halten.

Ideologische Offensive und Elitenwechsel

Um die moralische Formierung durchzusetzen wird die Gründung einer neuen Jugendorganisation unter dem Namen „Großer Umbruch“ vorangetrieben https://t.me/rian_ru/166376 und das Verteidigungsministerium will die Produktion von „militärisch-patriotischen Filmen“ fördern. https://t.me/redmsk/14643
Generell wird in den Berichten der letzten Woche davon ausgegangen, dass sich jetzt ein Elitenaustausch vollendet. Die unter Jelzin entstandenen Eliten sind entweder völlig isoliert oder in die Emigration gegangen. Nachdem vor einigen Wochen Anatolij Čubajs, einer der Exponenten der Schocktherapie, das Land verlassen hat, setzt sich dieser Trend fort. https://t.me/russica2/46383 Die heutige Macht legitimiere sich damit nicht mehr aus der Jelzin-Zeit, sondern nur noch aus dem Recht der Gewalt und stelle einen nicht wieder heilbaren Bruch in den postsowjetischen Eliten dar. Vor einigen Tagen erregte die Entlassung von Natal’ja Poklonskaja aus ihrer Funktion bei der Agentur, die sich um die Rechte von russländischen Bürger*innen im Ausland kümmert, Aufsehen. Ihr werden große Verdienste u.a. bei der Organisierung des Austauschs von Kriegsgefangenen zugebilligt und sie

habe „furchtlos und effektiv“ gearbeitet. Ihr „Makel“ – sie ist offene Gegnerin des Krieges. https://www.kommersant.ru/doc/5408430
Die liberale (großbürgerlich-oligarchische) Emigration steht dem aber völlig ratlos gegenüber und hofft … auf einen Staatsstreich, wie offensichtlich viele andere auch … https://meduza.io/feature/2022/05/24/dovolnyh-pochti-net

Die Nuancen des Schweigens

Boris Kagarlickij schreibt:
„Das moderne russische Schweigen ist so vielfältig wie unsere Gesellschaft selbst. Wenn ich das Schweigen von Wissenschaftlern, Abgeordneten, Bürokraten und gewöhnlichen Menschen beobachte, bin ich immer wieder erstaunt, wie unterschiedliche Bedeutungen darin eingeschlossen sein können… Es gibt natürlich das traditionelle Schweigen der Zustimmung. Das kommt den Behörden entgegen. Es ist besser, in der Zeit zu schweigen, als aus der Zeit zu sprechen. Obwohl Sie hier etwas Intuition brauchen. Nicht jeder weiß, wie man in der Zeit schweigt. Es gibt Schweigen als Einwand, der sogar wie ein starker Protest klingt. Solch ein beharrliches und zuversichtliches Schweigen, hinter dem eine Position steckt, die nicht weniger fest ist als die derer, die Einwände erheben. Aber einige schweigen einfach aus Angst. Oder warten. Sie werden zweifellos sprechen, aber erst, wenn alles endlich klar wird. Unter den Abgeordneten der Staatsduma würde ich eine ganze Fraktion schweigender Menschen finden. Es ist parteiübergreifend, aber auf seine Weise vielversprechend. In Zukunft werden diese Menschen stolz auf ihr Schweigen sein und ausführlich darüber berichten. Sie werden sogar in ihren Memorien darüber schreiben, wie sie es geschafft haben, in einem so schwierigen Umfeld so gut zu bleiben. Und doch, irgendwo in der Ferne, höre ich Echos dieser sehr bedrohlichen Stille. Das Schweigen des Volkes, das von Puschkin beschrieben wurde.“ https://t.me/kagarlitsky/976
Das ist freilich nicht sehr optimistisch, aber immerhin. Die Feministin Alla Mitrofanova, reflektiert die Bündnismöglichkeiten oder -unmöglichkeiten ähnlich vorsichtig.
https://www.facebook.com/100001410017466/posts/pfbid02Qr6yE9eW4QrP6Cm3bDue9iWaaN2RUY52BiARBwoHvfc4Yb2ohBR7MS5dM8CAnuwol/?d=n Trotz der eine breite Zustimmung zum Krieg signalisierenden Meinungsumfragen sieht sie „in unerwarteten Segmenten der Gesellschaft einen für die Soziologen nicht sichtbaren Prozess intensiver zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation“, der sich an völlig unerwarteten Punkten kristallisieren könnte…
Ob die im September bevorstehenden Regional- und Kommunalwahlen https://ru.wikipedia.org/wiki/%D0%95%D0%B4%D0%B8%D0%BD%D1%8B%D0%B9_%D0%B4%D0%B5%D0%BD%D1%8C_%D0%B3%D0%BE%D0%BB%D0%BE%D1%81%D0%BE%D0%B2%D0%B0%D0%BD%D0%B8%D1%8F_11_%D1%81%D0%B5%D0%BD%D1%82%D1%8F%D0%B1%D1%80%D1%8F_2022_%D0%B3%D0%BE%D0%B4%D0%B0 ein solcher Kristallisationspunkt sein werden, ist schwer zu sagen. Es werden 16 Gouverneure, 6 Regionalparlamente, 11 Stadtparlamente und die Abgeordneten der Moskauer Stadtbezirke neu gewählt. Zeitweilig wurde damit gerechnet, dass die Wahlen wegen des Krieges verschoben werden. Allerdings ist dies wahrscheinlich von den Verantwortlichen nie ernsthaft erwogen worden. Wenigstens aber könnten die Wahlen ein „gewisser Test der Wirkungen der Ereignisse der letzten Monate und eine Diagnose zum Zustand der Gesellschaft sein“, wie Evgenij Stupin von der KPRF und der Gewerkschafter Michail Lobanov meinen. https://svpressa.ru/online/sptv/336455/ Lobanov hat gemeinsam mit Aleksandr Zamjatin ein Webprojekt in Vorbereitung auf die Wahlen in Moskau gestartet, in dessen Rahmen sich oppositionelle Kandidat*innen vernetzen und schulen können. Der Untertitel der Seite heißt „Unsere Antwort ist Selbstorganisation“. https://munplatform.ru/ Lobanov war bei den Duma-Wahlen auf der KPRF-Liste angetreten und unterlag seinem Konkurrenten von „Einiges Russland“ erst nach der Auszählung der per Internet abgegebenen Stimmen. Der Name der Plattform ist vieldeutig: „Vydviženie“ kann als Nominierung (zum Kandidaten), als Hervortreten oder auch als „Vy dviženie“ –

„Ihr seid die Bewegung“ - gelesen werden. Auch die Russländische Sozialistische Bewegung will an den Wahlen teilnehmen und damit eine „Repolitisierung“ der Gesellschaft erreichen. https://t.me/rsd_tg/4011 Die Staatsmacht reagiert bereits. Vor einigen Tagen wurden zwei Kandidat*innen der KPRF Gegenstand von Untersuchungen mit Verweis auf angebliche Verstöße gegen Gesetze aus dem Jahr 2019. Sie sollen öffentlich zu einem in Russland als „extremistisch“ eingestuften Wahlverhalten, einer „vernünftigen Stimmabgabe“ aufgerufen haben. Dieses von Navalny propagierte Instrument läuft darauf hinaus, in jedem Wahlkreis dem aussichtsreichsten Kandidaten der Opposition die Stimme zu geben. https://t.me/redmsk/14677
Allerdings gibt es kein Anzeichen, dass damit die Gräben zwischen den verschiedenen oppositionellen Strömungen wenigstens für den Moment eingeebnet werden würden. Die beiden relativ großen Oppositionsparteien KPRF (gemeinsam mit ihrem „linkspatriotischen“ Block) und Gerechtes Russland liefern sich z.Zt. ein Rennen darum, welche von ihnen „Patriotismus“ und politische Opposition am besten vereinigen könnte. https://svpressa.ru/blogs/article/335138/ Auf der anderen Seite der Opposition meinte ein Vertreter der studentischen, den Liberalen und Navalny nahestehenden Bewegung Vesna (Frühling), dass man keine einheitliche Oppositionsorganisation brauche, da die bestehenden Bewegungen alle Spektren irgendwie abdecken würden. https://vesna.democrat/2022/06/17/intervjy-utro-fevralya/ Das mag schon sein – nur wie soll dann der gewünschte Umbruch aussehen? Stellt man in Rechnung, dass die meisten der zugänglichen Oppositionswebsites oder Posts nicht aus Russland direkt kommen, sondern über ausländische Kanäle aus der Emigration verbreitet werden, so ist die Zukunft völlig offen und Wege eines gemeinsamen Handelns noch nicht sichtbar.

19.06.2022

Auf der liberalen Seite der Opposition meinte ein Vertreter der studentischen, den Liberalen und Navalny nahestehenden Bewegung Vesna (Frühling), dass man keine einheitliche Oppositionsorganisation brauche, da die bestehenden Bewegungen alle Spektren irgendwie abdecken würden. https://vesna.democrat/2022/06/17/intervjy-utro-fevralya/ Das mag schon sein – nur wie soll dann der gewünschte Umbruch aussehen? Stellt man in Rechnung, dass die meisten der zugänglichen Oppositionswebsites oder Posts nicht aus Russland direkt kommen, sondern über ausländische Kanäle aus der Emigration verbreitet werden, so ist die Zukunft völlig offen und Wege eines gemeinsamen Handelns noch nicht sichtbar.

22.06.2022

Der Text zeigt das Dilemma: Der Autor meint, Russland als solches müsse völlig „kaputtgemacht“ werden (also nicht nur Putin, sondern auch sein Volk), um etwas neues entstehen zu lassen, wie dies in Europa nach dem II. Weltkrieg passiert sei. Wobei er vergisst, dass die zentralen Herrschaftsstrukturen, die den deutschen Faschismus hervorgebracht hatten, intakt blieben.

https://posle.mediLa/?p=600&lang=en

In einem Beitrag auf der Seite der liberalen Studentenbewegung Vesna wird die These stark gemacht, dass zivilisierte Völker nicht gegeneinander Krieg führen würden.
https://vesna.democrat/2022/06/17/intervjy-utro-fevralya/ Dieser Beitrag allerdings nur auf Russisch verfügbar. Wobei hier vergessen wird, dass sich diese zivilisierten „Völker“ sich nach 1945 dann vereinigten, um anderswo gemeinsam Krieg zu führen…

In diesen Diskursen (das betrifft auch die ukrainischen Linken) treffen immer noch die sowjetische Ignoranz mit einer blinden Gefolgschaft gegenüber angelsächsischen Diskussionssträngen und von den bürgerlichen Medien gehypten Konjunkturen in Westeuropa zusammen.

Leider ist diese quasireligiöse Vorstellung der Reinigung durch totale Vernichtung unter Linken weit verbreitet. Die gemeinsame Erklärung von Socialny Ruch und der Russländischen Sozialistischen Bewegung, in der die Aufrüstung der Ukraine gefordert wird, läuft auch darauf hinaus. Daher hat auch niemand Probleme mit dem Abschuss der Bohrplattformen, die keine sinnvollen militärischen Ziele waren. Bestenfalls Zielübungen für den Schlag gegen die Krimbrücke. Die Gleichgültigkeit beider Seiten gegenüber dem Tod von Menschen auch unter den hiesigen Linken ist schon jetzt Ausdruck des Niedergangs.

21.06.2022

Im Kampf mit wirtschaftspolitischen Defiziten

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Fragen der theoretischen Ökonomie“, herausgegeben vom Institut für Ökonomie der Russländischen Akademie der Wissenschaften, wird ein eher trübes Bild der Reaktionsfähigkeit der russländischen Wirtschaftspolitik auf die Herausforderungen der Zeit gezeichnet. Ein Artikel beschäftigt sich mit den Problemen der seit Jahrzehnten andauernden Versuche der Durchsetzung strategischer Planung zum Umbau der Wirtschaft durchzusetzen. In Expert*inneninterviews wird ihr „allgemeine Unreife und Inkonsistenz“, Wirkungslosigkeit strategischer Dokumente, die Vorherrschaft der Prioritäten des kurzfristigen Haushaltssaldos gegenüber den langfristigen Entwicklungszielen, schnelle und unvorhersehbare Änderungen der Spielregeln und schwache Motivation der Beamten zur Umsetzung von strategischen Aufgaben bescheinigt. Bemerkenswert ist die Feststellung, dass das Finanz- und Bankensystem trotz aller Präsidentendekrete zur Rolle der Nationalen Projekte usw. nachwievor letztlich das reale Handeln von Verwaltung und Wirtschaft beherrscht. Das ist eine zentrale Feststellung, weil im Rahmen der „Mobilisierungswirtschaft“ sich daran bisher nichts geändert hat. Da der Artikel offensichtlich im April fertiggestellt wurde und keine Relativierung vorgenommen wurde, scheint das Problem weiter zu bestehen.

Versuche der Konzentration?

Wladimir Putin nutzte das internationale Wirtschaftsforum in St. Petersburg, um wirtschaftspolitische Impulse zu setzen, die diesen Schwächen entgegen wirken sollen. Er formulierte sechs Prinzipien der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Neu waren die Punkte nicht, aber die Wiederholung verweist auf Schwerpunkte den künftigen Handelns der Regierung. Die Presseagentur RIA fasst diese in folgenden Punkte zusammen:

Erstens gehe es um eine offene Wirtschaft bei gleichberechtigter internationaler Zusammenarbeit. Dazu gehöre die Entwicklung unabhängiger Zahlungssysteme, die in nationalen Valuten verrechnen. Das Land wolle nicht den Weg der Selbstisolierung gehen.

Zweitens wolle man sich bei der Bewältigung der heutigen Herausforderungen auf unternehmerische Freiheit stützen, jeder privaten Initiative zum Nutzen Russlands maximale Unterstützung gewähren, die administrativen Belastungen der Unternehmen senken, die Kontrollen in Unternehmen

einschränken, wirtschaftliche Tatbestünde aus dem Strafrecht ausschließen(„Dekriminalisierung“), die Schwelle für die Bestrafung im Falle nichtgezahlter Zölle erhöhen und die Gründe, die zur Verhaftung von Unternehmer*innen führen können und Fristen der Strafverfolgung ihnen gegenüber überprüfen. Kurz nach seiner Rede hat Putin die Regierung beauftragt, entsprechende Regelungen auszuarbeiten. Zudem wurde ein Gesetzentwurf, der auf eine Verschärfung von Strafen für Unternehmer*innen, die in ihren Geschäftsbeziehungen gegen Russland gerichtete Sanktionen umsetzen (müssen) auf Eis gelegt.

Drittens gehe es um eine verantwortungsbewusste makroökonomische Wirtschaftspolitik bei einem Inflationsziel von 4 Prozent (derzeit bei 17 Prozent) und einem ausgeglichenen Haushalt. Der Haushaltsüberschuss beträgt im Moment 840 Mrd. Rubel (etwa 14,3 Mrd. Euro). Für das Jahr 2022 wird ein Defizit von 2 Prozent erwartet.

Viertens soll die ökonomische Entwicklung zu einer Verringerung der Armut führen und so soziale Gerechtigkeit stärken. Die Senkung der Armutsniveaus sei eine wichtige Kennziffer der Effektivität der Arbeit der Staatsorgane und die Regierung solle ständig die Kontrolle über Maßnahmen zur Unterstützung von Familien mit Kindern im Auge haben.

Fünftens soll die Infrastruktur vorrangig entwickelt werden. Angekündigt wurden ein großangelegter Plan der Straßensanierung, ein Komplexprogramm der Modernisierung der Wohnungswirtschaft und der kommunalen Infrastruktur („Wohnungs- und kommunalwirtschaftlicher Komplex“) sowie zusätzliche Mittel für die Entwicklung des Fernen Ostens und der ländlichen Gebiete, auch durch die Erhebung von Ausfuhrzöllen auf Lebensmittel.

Sechstens wird das Ziel des Erreichens einer echten technologischen Souveränität bekräftigt. Dabei geht es um die Unabhängigkeit bezüglich wichtiger und sensibler Technologien und den Übergang auf eine qualitativ neues technologisches Niveau. Aber Importsubstitution sei kein Allheilmittel; wenn nur wiederholt werde, was andere schon gemacht haben, riskiere man, immer in der Position des Hinterherlaufens zu bleiben. Man müsse einen Schritt voraus sein, Nachfrage nach innovativer Produktion schaffen. Es soll eine „Industriehypothek“ installiert werden, über die Unternehmen, die bereit sind, neue Kapazitäten aufzubauen, Mittel zu einem Zinssatz von 5 Prozent in Anspruch nehmen können.

Die Beiträge bzw. Interviews zur wirtschaftlichen Lage, die der Minister für Industrie und Handel Denis Manturov und dem Chef des Technologiekonzerns Rostech Sergej Čemezov im Vorfeld des Forums erweisen sich so als durchaus ernsthafte programmatische Aussagen. Selbst die Kritik des Chefs des Rechnungshofes A. Kudrin (einer der letzten Wirtschaftsliberalen der alten Garde in Amt und Würden) an der geringen Effektivität der Raumfahrtbehörden ist vor diesem Hintergrund zu sehen, die dieser bei einem Gespräch mit dem Präsidenten äußerte.

Die Zielrichtung ist einheitlich. Es geht zum wiederholten Male darum, endlich eine strategische Neuorientierung der russländischen Wirtschaft zu erreichen. Beide fordern, einheimische Erzeugnisse höher zu schätzen. Sie verweisen darauf, dass internationale Arbeitsteilung heute eine Normalität und Notwendigkeit ist. Allerdings habe die bisherige Art der Globalisierung mitunter die Importsubstitution behindert. Čemezov schreibt auch über Beispiele, etwa im Flugzeugbau, die zeigen, dass es gelinge, allmählich den durch den Zusammenbruch der Industrie in den 1990er Jahren entstandenen technologischen Rückstand allmählich zu schließen. Natürlich ist das mit Verlusten (über die aber kaum gesprochen wird) und Anlaufschwierigkeiten (aktuell z.B. besonders im Fahrzeugbau, Flugzeugbau und in der Verpackungsmittelindustrie diskutiert) verbunden.

Was wirklich weh tut, sind die Beschränkungen in der Halbleiterproduktion. Gerade ist der Versuch gescheitert, in Taiwan einen Produzenten für den eigenen Baikal-Prozessor zu finden, mit dem Server aus eigener Produktion bestückt werden sollten. Und da gibt es kaum Alternativen. Übrigens auch der Schwachpunkt Chinas, soweit es hochwertige Chips betrifft. Die notwendige Orientierung auf eigene Hochtechnologien spiegeln sich auch in den unlängst stattgefundenen Wahlen zur Akademie der Wissenschaften wider. Großes Gewicht unter den Neuaufnahmen haben Wissenschaftler*innen aus der Hochtechnologie (vor allem von Rosatom, ein Konzern, der nicht nur im Bereich der Nukleartechnologie aktiv ist und als „Stütze der russländischen Souveränität" betrachtet wird) und (relativ) jüngere Leute. Das Durchschnittsalter der neu gewählten Akademiemitglieder beträgt jetzt 62 Jahre, nachdem es vorher bei 76 Jahren lag.

Damit setzen sowohl Putin als auch die beiden genannten Beamten einen Kontrapunkt zu der im ideologischen Feld mitunter hörbare isolationistische Tendenz. Sie betrachten die Sanktionen trotz des hohen wirtschaftlichen und voraussichtlich auch sozialen Preises eher als Chance, denn als Bedrohung. Wie immer man die Zweckmäßigkeit der Mittel bewerten mag zeigt sich, dass die herrschende Gruppierung einen offensiven Umgang mit den damit verbundenen Problemen gefunden hat. Dies ist nicht verwunderlich, da die Sanktionspolitik durch „den Westen" seit vielen Jahren schrittweise aufgebaut wurde, also hinreichende Erfahrungen vorliegen. Da immer deutlicher wird, dass ein totaler Boykott Russlands kaum durchsetzbar ist, werden die Sanktionen ihre symbolische Bedeutung behalten, aber die behauptete Wirkung könnte demgegenüber an Gewicht verlieren.

Konzept und Praxis gegenläufig

Diese zur Schau gestellte Entschlossenheit schlägt sich aber offensichtlich noch nicht im Handeln des Staatsapparates nieder. In einer Umfrage des Ombudsmann für das Unternehmer*innentum Boris Titov halten 56,4% der Befragten die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen für unzureichend und 8,9% glauben, dass sie durch ihr Handeln die Situation nur verkompliziert. In Bezug auf die Aussichten für die Entwicklung der Wirtschaft wählten 56,4% die Antwort: "Die Situation ist kompliziert, es ist notwendig, mit kosmetischen Änderungen aufzuhören und die Spielregeln radikal zu ändern - wir brauchen ein neues Wirtschaftsmodell, in dem es angenehm, profitabel und sicher ist, zu arbeiten." Nur 3,8% zeigten extremen Pessimismus und antworteten, dass es keine Aussichten gebe. Gleichzeitig wird erklärt, dass das Land gute Perspektiven habe, es sei nur notwendig, alle Reserven zu nutzen, um interne Probleme zu lösen. Bisher bleibt es dabei, dass die Aktivität des kleinen und mittleren Unternehmer*innentums zurück geht.
Titov ist in seiner Funktion Angestellter der Präsidialadministration. Er gilt als Mann Putins, man nennt ihn auch einen "Fake-Liberalen". Außerdem ist er Vorsitzender der Partei des Wachstums, die einen Duma-Sitz erringen konnte. Daher ist die Veröffentlichung dieser Umfrage mit ihrer regierungskritischen Aussage durchaus auch als Warnung an Teile des Staatsapparates zu verstehen. Dieses Ergebnis erklärt sicher auch, warum Putin in seinen „Prinzipien" an zweiter Stelle die „unternehmerische Freiheit" nennt. Es geht ihm um die Zustimmung des neuen, innovationsorientierten, aber in der Regel schwächeren Unternehmer*innentums. Das ist der Teil der Wirtschaft, der den Umbau der Einbindung Russlands in die internationale Arbeitsteilung voranbringen muss, nicht die Rohstoffkonzerne, auch wenn diese immer noch die Grundlagen für den Umbau sichern müssen. Sie konnten inzwischen die Öl- und Gasexporte nach China um 50-60 Prozent steigern.
Allerdings bleibt die außenwirtschaftliche Position Russlands trotz dieser Tendenz eher prekär. Die Versuche, die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (neben Russland Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisien als Aktivposten in dem ausgebrochenen Wirtschaftskrieg zu nutzen, scheinen bisher wenig

Erfolg zu haben. Ein Bericht über ein Treffen der Regierungschefs hat einen kaum verhohlenen ironischen Unterton. Die Regierungschefs der anderen Länder schienen bemüht, unverbindlich zu bleiben. Russland und Belarus erhielten so nicht die Rückendeckung, die sich vielleicht erhofft hatten. Dies ist auch nicht verwunderlich, da Armeniens Regierung wankt und die Situation in Kasachstan und Kirgisien auch immer wieder für jähe Wendungen gut zu sein scheint. Die Ankündigung Putins, mit diesen Partnern Hochtechnologien zu entwickeln oder die Forderung an die anderen Mitgliedsländer, ihre Infrastruktur auf die Sanktionen einzurichten wirkten eher kraftlos.

Das hängt offensichtlich auch mit der nach wie vor starken Stellung der „monetaristischen Fraktion" in der Führungsschicht zusammen. Aus einer Quelle, die dem Vernehmen nach der Präsidialadministration nahe steht, verlautet, dass die Vertreter*innen dieser Richtung, wie die Zentralbankchefin Elvira Nabiullina, die konkreten Fragen des Umbaus der russländischen Wirtschaft in ihren Beiträgen umgingen.

Regionen unter Druck

Die Gouverneure werden in den letzten Monaten verstärkt darauf orientiert, in ihren Regionen stärker die örtlichen Ressourcen für die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu mobilisieren. Offensichtlich werden die Neubesetzungen der Gouverneursposten (der Prozess läuft schon einige Zeit) und die anstehenden Regional- und Kommunalwahlen als Hebel betrachtet, um die administrativen Blockaden auf dieser Ebene für den wirtschaftlichen Umbau zu lösen.
Die Regionen sind es letztlich auch, die die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen zu tragen haben. Allgemein wird davon ausgegangen, dass die Folgen der Krise für die Beschäftigungssituation erst im Herbst sichtbar werden. Mit 4 Prozent soll die Arbeitslosigkeit auf dem bisher niedrigsten Niveau liegen. Es wird allerdings erwartet, dass offizielle Daten und reale Arbeitslosenzahlen immer stärker auseinanderfallen werden. Dies wird z.T. durch die Erleichterung, den Status als Selbständiger zu erlangen und durch verschiedene Maßnahmen der Regierung, Beschäftigt trotz der wirtschaftlichen Situation in den Unternehmen zu halten, erklärt. Eine wachsende Rolle wird die Differenzierung zwischen den Regionen spielen, da sie in unterschiedlichem Maße von den Sanktionen und den damit verbundenen Umbauprozesses betroffen sind. Eventuell werden die Regionen in Sibirien und im Fernen Osten davon profitieren, dass sie im Zuge dieses Umbaus eine Entwicklung erfahren sollen. Demgegenüber sind die Risiken für die Beschäftigungsentwicklung in europäischen Teil Russlands größer.
Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung hat sich seit 2019 nicht verändert, und das bei einer Inflationsrate von derzeit etwa 17 Prozent. Folgerichtig suchen die Konsument*innen Wege, ihre Ausgaben zu „optimieren", also an Essen, bestimmten Waren des täglichen Bedarf und Medikamenten zu sparen. Zwanzig Prozent der Konsument*innen hätten dafür auch in den letzten Monaten aus Sorge um die Zukunft Vorräte angelegt. Eine Umfrage von Anfang Juni kommt zu dem Ergebnis, dass sich für 37 Prozent der Befragten die materielle Lage in den vergangenen zwei bis drei Monaten verschlechtert habe. Die Backwarenindustrie beklagt massive Preissteigerungen der Vorprodukte und erwartet Unterstützung, wenn die Preise gehalten werden sollen…
Folgt man den Nachrichten aus den Regionen, so können diese auf die sich anbahnenden Problemen nicht angemessen reagieren. Modellhaft werden die vorgestellt, die sich bedingungslos auf die Bedürfnisse der Investor*innen orientieren, wie etwa die Region Kaluga.
Das heißt bei weitem nicht, dass der wirtschaftliche Zusammenbruch bevorsteht. Was absehbar ist, ist freilich eine Verschärfung der sozialen Situation und entsprechender Konflikte. Die Verschärfung der Repressionsmöglichkeiten wird das erst einmal dämpfen, aber damit sind die Konflikte nicht verschwunden.

27.06.2022

Die bisher beste Zusammenstellung von Bildern des „stillen Protestes“ sind in diesem Artikel zu finden: https://press.paper-paper.uno/nadpisi-nesut-nadezhdu-chto-ne-vse-lyudi/
Es geht darum, dass street-art zu einem wichtigen Instrument des Protestes geworden ist. Oder von einer andere Website https://t.me/doxajournal/18035

Der Text einfach „Nein zum Krieg“.

Oder die hier https://t.me/zelenayalenta/1765 , die verschiedene Versionen der Arbeit des „Grünen Bandes“ zeigen.

29.06.2022

Geschichtspolitik und neue Weltordnung hängen ja bei diesem Konflikt eng zusammen. Und die KPRF arbeitet gerade hart daran, dabei irgendwie traditionelle kommunistische Rhetorik, Revolutionsträume (ja, sie glauben wirklich, dass die ganze Sache in die proletarische Revolution führen wird und dem Weltimperialismus ein schwerer Schlag versetzt wird) und einen primitiven populistischen Chauvinismus zusammenzubringen. https://kprf.ru/party-live/cknews/211691.html

Berechtigt verweist der Autor dieses Artikels https://posle.media/?p=774 darauf, dass die Identifikation Russlands mit der Sowjetunion von … KP-Chef Zjuganow stammt. Udal’cov (Chef des Bündnispartners Linke Front) hat das vor einigen Wochen mit der Ankündigung der Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages in den Grenzen von 1990 am 30.12.2022 bekräftigt.

Mithin haben wir auf allen Seiten einen Schub des Geschichtsrevisionismus – bei uns vor allem mit dem Blick auf die Entspannungspolitik und die Politik von NATO und EU seit Ende des II. Weltkrieges.

01.07.2022

„Die Gesellschaftsordnung, die er in Russland aufgebaut hat, ist eine radikale Version des modernen neoliberalen Kapitalismus, in dem die Gier herrscht, in dem das Maß aller Dinge der persönliche Wohlstand ist – und Zynismus, Ironie und Nihilismus das rettende Gefühl von leichter Überlegenheit verleihen.“ https://www.nzz.ch/feuilleton/ukraine-der-westen-sitzt-und-die-russen-sitzen-im-selben-boot-ld.1690885

Dann allerdings behauptet er, dass Putin „jahrelang die globalen Finanz- und Polit-Eliten korrumpiert“ habe. So funktioniert das allerdings nicht. Judin unterschätzt die Widersprüche, die in dem von ihm beschriebenen Weltsystem entstehen … Und natürlich die Rolle der in Russland entstandenen sozialen Spaltungen.

Der Artikel wird gerade auch in Russland verbreitet.

Auch in der Diskussion zu den inneren Ursachen des Krieges kommt Bewegung. Das Sacharov-Zentrum diskutierte gerade ein Buch von Aleksandr Rylkin, in dem dieser versucht, unter diesem Gesichtspunkt die Geschichte Russlands ab etwa 1995 zu reflektieren. Die Diskussion ist leider nur als

Youtube mit z.T. schlechter Sprachqualität verfügbar. https://www.youtube.com/watch?v=YQNBO362Pjo
Am 5. Juli wird die taz gemeinsam mit der Sacharov-Stiftung die Frage diskutieren, welche Verantwortung die russländische Gesellschaft für den Krieg trägt.
https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSffAOMYSjBRFPBcuoE5HZdQibKGNH4g_qkPGxT2-YuEQGN2wg/viewform

Die alte oligarchische Opposition versucht, sich mit vorsichtiger Selbstkritik, aber unter Wahrung der Legitimität der Machtergreifung Anfang der 90er Jahre, für anstehende Richtungsentscheidungen in Erinnerung zu halten.

04.07.2022

Ökonomie

Das Finanzministerium will im Interesse der Bilanziertheit des Haushaltes Mittel in den staatlichen Programmen kürzen. Dabei soll es sich um über 500 Mrd. Rubel handeln. Das ist auf den ersten Blick erstaunlich, weil diese ja eigentlich für die angestrebte Sicherung der wirtschaftlichen Souveränität eine zentrale Rolle spielen (sollten). Auf den zweiten Blick zeigt sich, dass diese Programme immer wieder die bereitgestellten Mittel gar nicht ausnutzen – die Summe belief sich 2021 auf über 600 Mrd. Rubel.

https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2022/07/03/929624-minfin-otkazatsya-gosprogrammam

Es scheint sich zu bestätigen, dass Wirtschafts- und Finanzpolitik in Russland immer noch getrennt laufen. Der Chef des Rechnungshofes hatte vor einiger Zeit ja bereits kritisiert, dass es in einigen Programmrichtungen erhebliche Mängel in ihrer Realisierung gäbe.
https://meduza.io/news/2022/06/14/kudrin-otsenil-kosmicheskuyu-gosprogrammu-kak-neudachnuyu-rogozin-nazval-ego-professionalnym-liberalom-na-vysokoy-dolzhnosti Zwar bestätigten die Spitzen der Finanzbürokratie auf dem Petersburger Wirtschaftsforum, dass alles anders werden muss http://www.ng.ru/economics/2022-06-16/4_8463_value.html , dieser Vorstoß des Finanzministeriums bestätigt aber ein bezüglich der deklarierten Umbauprozesse „passiv-monetaristisches“ Vorgehen. Damit gehen von der Finanzpolitik weiter keine Impulse für einen forcierten Umbau der Wirtschaft aus. Um aber die „ökonomische Souveränität“ zu erreichen, die Sanktionen zu kompensieren und sich gleichzeitig in den „freundlichen Ländern“ als attraktiver Partner zu präsentieren sind schnelle Veränderungen nötig. Auch die Versuche, über Sozialprogramme vor allem für Familien mit Kindern die Lage ruhig zu halten, hängen davon ab. Russland läuft die Zeit davon. Das bedeutet nicht Zusammenbruch, sondern Verbleiben in der einseitigen Rohstofforientierung bei neuer technologischer Abhängigkeit vom internationalen Schwarzmarkt und China. Und beides wird teuer.

Bisher federt nur die Dynamik der Rüstungsproduktion das Sinken der Industrieproduktion ab.
https://www.kommersant.ru/doc/5446043 Ein nun geplantes Gesetz zur Stärkung der Rüstungsindustrie bezeichnet der Kommersant als erstes tatsächlich auf die Mobilisierung der Wirtschaft gerichtetes Gesetz. Dabei wird von Analytiker*innen betont, dass der Rückgang der Industrieproduktion nicht mit dem coronabedingten Einbruch zu vergleichen sei, da es hier um langfristige Veränderungen gehe.

Und die Gazprom-Aktionäre sind verärgert … https://www.kommersant.ru/doc/5446029?utm_source=newspaper&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter

Repression und Widerstand

Das Medienprojekt OVD-Info registrierte mit Stand 04.07.22 seit dem 24.02.2022 etwa 16.309 Festnahmen im Zusammenhang mit Antikriegsaktionen. https://ovdinfo.org/ Anhängig seien derzeit 173 Strafverfahren. Nach der neuen Bestimmung über „Diskreditierung des Handelns der russländischen Armee“ wurden bisher mindestens 1.649 Strafen ausgesprochen. https://teletype.in/@femantiwarresistance/report Diese Zahlen geben den Druck innerhalb Russlands nur zum Teil wieder, der von der „patriotischen“ Welle in Medien, Kultur und Bildungswesen verstärkt wird.
Der trotzdem geleistete Widerstand ist bemerkenswert – und wird im Westen kaum wahrgenommen. Dabei ist im Moment gar nicht so wichtig, wie links die eine oder andere Initiative ist. Ein großer Teil der Aktionen geht immer noch vom eher nicht-linken Navalny-Umfeld aus. In ihrem Rechenschaftsbericht über die Arbeit des vergangenen Monats https://teletype.in/@femantiwarresistance/report verweist der „Feministische Widerstand gegen den Krieg“ z.B. auf eine Aktion, in deren Verlaufe in 56 Städten Russlands mehr als 850 selbstgebastelte Denkmäler für die ukrainischen Kriegsopfer aufgestellt wurden. Außerdem verweist das Kollektiv auf die «Женская правда» https://t.me/femagainstwar/3501 , die per Telegram verbreitet wird und in der aktuelle Problem, Erfahrungen des Widerstands aber auch Fragen der zukünftigen Entwicklung Russlands diskutiert werden. Dabei deuten sich Diskussionen an, die z.B. das Verhältnis von Russ*innen und Nichtruss*innen in Russland (also die nationale Frage im weitesten Sinne) im Sinne der Dekolonialisierung des Landes in der Zukunft betreffen. Widerstand und Selbstvergewisserung treffen hier zusammen. Die Initiative berichtet weiter, dass sowohl im Ausland, als auch in Russland selbst immer mehr lokale Gruppen gebildet werden, wobei sie über die in Russland aus nachvollziehbaren Gründen nichts Genaues sagen.
In Moskau hat die KPRF die Liste ihrer Kandidat*innen für die anstehenden Wahlen vorgestellt. https://t.me/leftfront_org/8415 Trotz der kriegsfreundlichen Politik der Führung versammelt die Liste eine große Breite auch parteiloser Aktivist*innen. Michail Lobanov, der ja wie berichtet ein Portal für die Zusammenarbeit von oppositionellen Kandidat*innen gegründet hatte, und der unlängst wegen Äußerungen gegen den Krieg mit einer Geldstrafe belegt wurde https://t.me/kagarlitsky/982 , findet sich auch auf dieser Liste. Wie nicht anders zu erwarten, häufen sich die Fälle, in denen oppositionelle Kandidat*innen Repressionen ausgesetzt sind. https://t.me/redmsk/14677 Die Kommunalpolitik bleibt das Feld, auf dem Widerstand gegen den Krieg mit Eintreten für eine soziale und ökologische Politik noch zu verbinden ist, wie sich z.B. im Handeln der Fraktion „Novosibirsk 2000“ in, ja, Novosibirsk zeigt. https://www.youtube.com/channel/UCiEWHUVnkex3R2mvZvaxqMA Beständige Kritik an der Stadtpolitik wird von symbolischen, immer unter der Schwelle der Justiziabilität bleibenden Antikriegsbekundungen verbunden.

Trotzdem bleibt die Situation sehr kompliziert. In einer Korrespondenz aus Russland wird aus der Sicht des alltäglichen Lebens konstatiert, dass die Zeit im Moment noch für die Herrschenden arbeitet. Dabei spielen Embargo, Sanktionen und die Dämonisierung Russlands ihnen in die Hände. Die Opposition marginalisiere sich z.T. selbst, weil sie keine politischen Angebote mache bzw. machen könne und immer mehr Aktivist*innen das Land verlassen. Unter den gegebenen Umständen muss immer berücksichtig werden, dass die hörbare Artikulation von Protest vor allem aus der Emigration erfolgt, mit allen Konsequenzen. Allerdings sei die Situation brüchig, jede neue Nachricht könne zu einem Umschwung in welche Richtung auch immer führen, obwohl gleichzeitig die Gewöhnung an diesen Zustand die Lage stabilisiert. Generell sei ein Steigen der sozialen Ängste

zu vermerken. Diese Beobachtung im Kleinen findet ihre Bestätigung durch aktuelle Umfragen.
https://t.me/russica2/47097
Das ist nachzuvollziehen. Das Fehlen jeglicher nennenswerten diplomatischen Initiativen und die Fixierung auf die wirtschaftliche und militärische Konfrontation, wie sie hier in D von nennenswerten Teilen der Linken mitgetragen wird, ist wenig geeignet, Gemeinsamkeiten zwischen den Linken (bzw. Kriegsgegner*innen) in Westeuropa und denen in Russland erkennbar werden zu lassen. Genau betrachtet ist das nicht einmal Gegenstand von Überlegungen zur Überwindung der Krise.
Die Zeit arbeitet gegen die Linke dort wie hier. Je länger die Sache ohne sichtbare diplomatische Lösungsversuche weiterläuft, umso mehr verzweigt sich der Konflikt. Im Moment scheint keine der beteiligten Seiten Interesse an einer Lösung zu haben, das Hin-und-Her scheint allen Seiten den Spielraum für das Handeln im jeweiligen Innern zu geben, und Opposition ruhig zu stellen. Einzig einige (oder viele) in der sog. Dritten Welt (etwa Südafrika) scheinen an einer schnellen diplomatischen Lösung interessiert…

05.07.2022

Ökonomie

Es wurden durch MP Mischustin lt. Kommersant https://www.kommersant.ru/doc/5446667 gerade zwei Richtungen in der wirtschaftlichen Entwicklung hervorgehoben:

„Erstens Programme zur Entwicklung der Luftverkehrsindustrie (Erhöhung des Tempos der Umrüstung russischer Verkehrsflugzeuge auf inländische Komponenten, die Produktpalette wird erweitert) und der Funkelektronik (bis 2030 soll der Anteil russischer Produkte auf dem Inlandsmarkt von derzeit 12 % auf 70 % steigen).
Die zweite Richtung umfasst die Justierung der Maßnahmen, mit denen die Industrie durch Infrastrukturmaßnahmen unterstützt werden soll, einschließlich der Aktualisierung des Modells der Industriecluster durch Verkaufsgarantien, Steuervergünstigungen und Zugang zu langfristiger Finanzierung für Gebietsansässige, die Produkte aus der Liste kritischer Importe herstellen. Um ausländische digitale Produkte zu ersetzen, werden industrielle Kompetenzzentren gebildet - sie bringen Hersteller, Wissenschaftler und IT-Spezialisten zusammen.“

Bei der Realisierung der Politik der Importsubstitution (und, so kann man die Formulierungen auch lesen, bei der Umgehung von Sanktionen) rechnet Russland auf Kasachstan. Kasachstan wiederum erwartet die Errichtung von russländischen Produktionskapazitäten im Lande und die Ansiedlung von Unternehmen, die Russland verlassen mussten.

06.07.2023

Politik und Ideologie

Ein Artikel aus dem heutigen Kommersant' https://www.kommersant.ru/doc/5447406 gibt uns einen interessanten Einblick in das momentane parlamentarisch-politische Geschäft in Russland. Der Bericht über die letzte Duma-Sitzung vor der Sommerpause hebt unter den 83 Tagesordnungspunkten die zum **Gesetz über eine neue Kinder- und Jugendorganisation** (2. Lesung) und zum Gesetz über weitere **Beschränkungen für „ausländische Agent*innen"** (1. Lesung). Diese Gesetzentwürfe waren Gegenstand z.T. stürmischer Diskussionen. Demgegenüber passierten die Gesetze, die zur 3. Lesung anstanden, ohne Debatte das Parlament. Dazu gehört ein Gesetz zur Errichtung eine Datenbank „extremistischer Dokumente". Das Gesetz über Bedrohungen der staatlichen Sicherheit wurde in 2. Lesung ebenfalls ohne Diskussion angenommen.

Die Zeitung hebt bezüglich des **Gesetzes über eine neue Kinder- und Jugendbewegung** folgende Aspekte der Diskussion hervor. Der Name, ursprünglich war „Großer Umbruch" geplant, bleibt offen und soll in einem Wettbewerb ermittelt werden. In der Diskussion wurden „Juri Gagarin", „Adler Russlands" oder „Pioniere" ins Spiel gebracht. Die Organisation soll aus Haushaltsmitteln, „in dem Umfang, in dem es nötig ist" finanziert werden. Bei den Gouverneuren sollen Räte (Sovety) geschaffen werden, die die Arbeit der Organisation unterstützen. Regierung und Bundeseinrichtungen sollen sie auch unterstützen. Die Programme der Bewegung sollen gemeinsam mit der Exekutive ausgearbeitet und bestätigt werden. Auf den Vorwurf einer Abgeordneten der KPRF, dass dann von einer Selbstverwaltung der Organisation nicht mehr die Rede sein kann, antwortete ein Vertreter der Regierungsfraktion, dass man heue bei der Erziehung nichts ohne das Ministerium für Aufklärung machen könne.
Das **Gesetz über neue Repressionen und Restriktionen gegenüber „ausländischen Agent*innen**" habe ebenfalls heftige Diskussionen ausgelöst. Zur Erinnerung – damit sollen Veränderungen in 16 Bundesgesetzen vorgenommen werden, um es ihnen zu verbieten, Kundgebungen durchzuführen, Bildungsmaßnahmen durchzuführen und an staatlichen Ausschreibungen teilzunehmen, Mitglied von Wahlkommissionen zu werden, Parteien Geld zu spenden, eine vereinfachte Buchführung vorzunehmen usw. Dies rief dem Bericht nach keine Diskussion hervor. Der Streit insbesondere zwischen der Regierungspartei und der KPRF konzentrierte sich auf den Teil des Gesetzes, mit dem generell die Möglichkeit der Durchführung von Massenveranstaltungen an praktisch allen öffentlichen Orten ausgeschlossen werden soll. Dazu gehören Bahnhöfe, Flughäfen, Häfen, Bildungs- und medizinische Organisationen, Spiel- und Sportplätze, Gelände öffentlicher Einrichtungen (Verwaltungen), Kultureinrichtungen und „anderen Orten", wobei ein Verbot von den historischen, kulturellen und „anderen objektiven Besonderheiten von Subjekten der Russischen Föderation" „bedingt" sind.
Der Widerstand der KPRF ist daraus zu erklären, da öffentliche Kundgebungen, manchmal auch als Treffen zwischen Bürger*innen und Abgeordneten deklariert, immer noch ein wesentliches Mittel der Arbeit der Partei ist. Die Akzeptanz der Repression gegenüber „ausländischen Agent*innen" liegt hingegen völlig auf der Linie der Parteiführung.

Für die nächsten Tage ist ein Treffen Putins mit den Fraktionsspitzen geplant. https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2022/07/05/929927-putin-vstretitsya-s-rukovodstvom-gosdumi Es ist zu erwarten, dass die Regierung diese Gelegenheit nutzen wird, um dem Parlament die Richtlinien für die Herbstsession mitzuteilen.

08.07.2022

Da sich langsam die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen des Krieges und der gegenseitigen Sanktionen klären, und auf politischem Gebiet eine erschreckende Kontinuität herrscht, wieder etwas aus der Vor-Kriegswirtschaft.

Zu Fragen der Importsubstitution in Russland zwischen 2010 und 2021

Putin hat gerade auf einem Treffen mit den Vorsitzenden der Parlamentsfraktionen die These aufgestellt, dass es gelungen sei, die makroökonomischen Stabilität, die Beschäftigung, den normalen Rhythmus des Handels und das wirtschaftliche Leben in den Regionen, die grundlegenden Transport- und logistischen Ketten zu sichern, die Freiheit der unternehmerischen Tätigkeit und den Schutz der Geschäftswelt vor übermäßigen administrativen Druck und ungerechtfertigten gerichtlichen Verfolgungen zu gewährleisten. http://www.kremlin.ru/events/president/news/68836

Das ist eine sehr weitreichende Behauptung, die allerdings durch die Daten aus den Unternehmen nur bedingt bestätigt wird. Die Wirtschaft sei „enttäuscht" und korrigiere gerade ihre Pläne nach unten. https://eadaily.com/ru/news/2022/07/01/eksperty-rossiyskaya-promyshlennost-razocharovana-i-korrektiruet-plany-vypuska

Die russische Forbes hat gerade einen Artikel veröffentlicht, der sich mit den Ergebnissen der Importsubstitution in den Jahren 2010-2021 beschäftigt und dabei das Problem der russländischen Wirtschaft deutlich macht. Auch wenn in den letzten Monaten durch die verschärften Sanktionen die Situation noch einmal verändert wurde, sind die Trends wichtig, da sie nur langfristig zu ändern sind. Im Hinblick auf die Bewertung von Sanktionen die Chancen einer Entkopplung der russländischen Wirtschaft vom westlich kontrollierten Weltmarkt bietet diese Studie interessante Einblicke. Im Zentrum steht dabei der Konsumgütermarkt.

https://www.forbes.ru/biznes/470355-svinina-svoa-odezda-net-import-kakih-tovarov-udalos-zamestit-s-2010-goda

Da die Stabilität der Versorgung mit Konsumgütern ein wesentliches Moment der politischen Stabilität ist, verdient diese Analyse auch unter innenpolitischen Gesichtspunkt Aufmerksamkeit.

1. Die Importabhängigkeit bei Nahrungsmitteln sank um 10 %. 76 % der Nahrungsmittel werden im Lande selbst erzeugt. Bei Schweinefleisch ist eine Selbstversorgung gesichert, bei Geflügel liegt die Importabhängigkeit bei 5 %, bei Gemüse bei 15 %. Es sei daran erinnert, dass der WTO Beitritt Russlands gerade in der Produktion von Schweinefleisch zu einem Einbruch geführt hatte. Die größte Abhängigkeit besteht bei Obst, Alkohol, Konditoreierzeugnissen und Schokolade sowie Käse. Bei Käse ist sie sogar seit 2015 gestiegen. Gleiches gilt für Pflanzenöl.

2. Die Situation bei anderen Industriewaren hat sich in der gleichen Zeit verschlechtert. Während 2010 jeweils 50 % dieser Warenkategorie im Lande selbst erzeugt bzw. importiert wurde verringerte sich bis 2021 trotz der Sanktionen der Anteil inländischer Produktion um 3 %. Die größten Lieferanten sind China (40 %), der Europäischen Union (14 %) und die eurasische Wirtschaftsunion (7 %).

Besonders hoch ist die Importabhängigkeit bei Bekleidung und Schuhen, wo sie zwischen 80 und 90 % liegt. Bei Waren des täglichen Bedarfs beträgt sie 76 %

Die Importabhängigkeit bei Kosmetika beträgt 70 %, bei Haushaltstechnik 80 %, bei Computern und Elektronik 86 %, bei Kühlschränken 44 %, bei Fernsehern 20 % und bei Waschmaschinen 19 %.

Wie man sieht, steht Russland vor der Herausforderung, einige im Zuge der Schocktherapie in den 90er Jahren zerstörten Zweige komplett wieder aufzubauen und gleichzeitig neue Kooperationsbeziehungen zu knüpfen. Vor diesem Hintergrund stellen Experten fest, dass die Politik der Importsubstitution bisher vor allen politischen bzw. deklaratorischen Charakter hatte. Bisher fehlen die für diesen Umbau notwendigen Investitionen in Produktionskapazitäten und den Ausbau der Infrastruktur.

Mithin wird die hier skizzierte Problematik nicht sofort, aber in den nächsten Monaten mit Sicherheit soziale Probleme mit sich bringen, die neben der möglicherweise steigenden Arbeitslosigkeit neue politische Konstellationen entstehen lassen können.

Für die Diskussionen egal welcher Szenarien der Entwicklung Russlands in den kommenden Jahren bestätigt sich, dass die etwa durch WTO, IWF oder EU gestaltete Weltwirtschaftsordnung über kurz oder lang die Volkswirtschaften mit weitreichenden politischen Konsequenzen deformiert. Das ist keine neue Erkenntnis, aber die quantitative Seite hat hier eine ganz andere Dimension als in den Fällen Argentinien usw. Die Linie zieht sich von der Schocktherapie über den WTO-Beitritt bis heute und ist einer der wichtigen wirtschaftlichen Hintergründe der gegenwärtigen internationalen Krise. Eine Lösung, die nicht diesen Hintergrund in den Blick nimmt, ist Augenauswischerei.

…

Strategie

… hier die Zusammenfassung eines äußerst interessanten und für die Beurteilung der Situation und der Perspektiven wichtigen Artikels aus einem der gegenwärtig maßgeblichen think-tanks in Russland. https://globalaffairs.ru/articles/pervaya-bolshaya-vojna-xxi-veka/

Leider habe ich schlichtweg keine Zeit eine Komplettübersetzung anzubieten. Bei maschineller Übersetzung kommt ein gutes Resultat, das aber auch einige Ungenauigkeiten enthält. Ich empfehle dringend eine professionelle Übersetzung.

Dankenswerterweise hat ein kompetenter Korrespondent in Russland eine Zusammenfassung erarbeitet, die ihr hier erhaltet. Kurz gesagt kehren wir damit in die militärpolitischen Debatten der 1980er Jahre zurück, als sich die „kleinen Kriege“ als beherrschende Form andeuteten, aber die Optionen des „großen Krieges“ noch nicht vom Tisch waren (Stichworte Weltraumrüstung und Neutronenbombe). Damals führte das zu einer umfassenden untergründigen „Vor-Mobilisierung“ und auch zu einer Intensivierung militärökonomischer Debatten und Maßnahmen. Allerdings war das mit intensiver Diplomatie und einer handlungsfähigen Friedensbewegung verbunden. Beides fehlt heute. Das kann in eine Katastrophe führen, zumal der Blick auf Krieg bei vielen Linken inzwischen recht unbedarft ist und die Eskalationspotenziale offensichtlich gar nicht mehr verstanden werden.

Insofern ist der vorliegende Artikel objektiv.

Der erste große Krieg des 21. Jahrhunderts

(Zusammenfassung)

Wassili Kaschin

Russlands "militärische Spezialoperation" in der Ukraine ist der erste große militärische Konflikt seit dreißig Jahren, der **von vergleichbaren Kräften** geführt wird und in dem, abgesehen von Kernwaffen, das vollständige Arsenal moderner Waffen auf beiden Seiten, z.T erstmalig, eingesetzt wird. Das Ungleichgewicht der Kräfte, das die Kriege der letzten Jahrzehnte charakterisierte, prägte das Denken, so dass dieser Krieg eine neue Erfahrung in Gesellschaft, Politik und Militär ist. Es entstanden unrealistische Vorstellungen über Risiken und Verluste bei Kriegen.

[Es folgt eine ausführliche Darstellung der militärischen Potenziale der Ukraine und Russlands mit ihren Stärken und Schwächen. Russland ist seinem Potenzial nach nicht in der Lage, die NATO anzugreifen.]

Die SVO ist **eine riskante Kampagne**, die von Russland gegen einen zahlenmäßig überlegenen Gegner [es fand in Russland keine Mobilisierung statt, es ist von einer Truppenstärke von etwa 167 Tsd. auf russischer Seite auszugehen] mit Kampferfahrung geführt wird und der Lieferungen, Finanzmittel, Ausrüstung und Geheimdienstinformationen von NATO-Ländern unter der Führung der Vereinigten Staaten erhält. Es sei darauf hingewiesen, dass der Gesamtbetrag der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe, die nur von den Vereinigten Staaten der Ukraine über alle Kanäle zugeteilt wird, 50 Milliarden US-Dollar übersteigt. Russland kann sich auf technische Vorteile (Langstrecken-Präzisionswaffen, Luftwaffe, Artilleriefeuerkraft, Marine) und der besseren Ausbildung einiger russischer Teil-Streitkräfte stützen. Diese Vorteile reichen nicht aus, um den Feind schnell zu vernichten. Von großer Bedeutung für die Bewahrung der strategischen Initiative durch Russland ist die Nutzung von Schwächen in der ukrainischen Verteidigungsstrategie, die Großstädte als "Festungen" zu verteidigen. Damit sind die ukrainischen Streitkräfte schon zu Beginn des Konfliktes weit auseinander gezogen.

Russland hatte anfangs nicht die Kraft, das „Operation“ schnell abzuschließen, und hat sie auch jetzt nicht. Dennoch werden die Kämpfe **bei klarer Überlegenheit der russischen Armee** geführt, die weiterhin allmählich Gebiete erobert und dem Feind extrem schwere Verluste zufügt, ohne zu einer formellen Mobilmachung greifen zu müssen.

Zum Zeitpunkt des Beginns der „Operation“ ist die Ukraine ein fast 40-Millionen-Land, das kein Mitglied der NATO ist, aber über starke Streitkräfte mit Kampferfahrung und bedeutende Mobilisierungsreserven verfügt, die in der Lage sind, in kurzer Zeit bedeutende westliche Hilfe zu erhalten, es kann bedeutende Bestände an gefährlichen sowjetischen Waffen einsetzen und verfügt über einen bedeutenden militärisch-industriellen Komplex.

Mit der Stärkung der Streitkräfte der Ukraine mit Hilfe des Westens und der nationalistischen Mobilisierung der ukrainischen Gesellschaft begann die Ukraine zu einem hartnäckigen Problem für **die kompakten "Expeditions"-Streitkräfte** Russlands zu werden. [Gemeint ist hier die Zeit vor dem 24.02. mit Blick auf die Lage im Donbas und einem erwarteten Angriff auf dieses Gebiet] Dieses Problem musste sich manifestieren, bevor Russland seine Armee entsprechend umbauen konnte. **Der Präventivschlag vom 24. Februar wurde wahrscheinlich als das bestmögliche Szenario wahrgenommen.**

Unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen ist es möglich, einen weiteren allmählichen Vormarsch der russischen Truppen im Donbass und dann in anderen Teilen der Front in den kommenden Monaten mit dem Beginn der Verhandlungen und den Chancen auf einen Waffenstillstand Ende 2022 - Anfang 2023 vorherzusagen. Ein Waffenstillstand wird zur Fixierung der Frontlinie als De-facto-Grenze zwischen der Ukraine und Russland führen, aber die bestehenden politischen Probleme zwischen den Ländern nicht lösen. Das Ergebnis wird **eine lange Periode kalter militärischer Konfrontation in Europa** sein, die für alle Beteiligten kostspielig, aber unvermeidlich und unumkehrbar ist.

https://globalaffairs.ru/articles/pervaya-bolshaya-vojna-xxi-veka/

18.07.2022

Linke

Die jüngste Ausgabe der Zeitschrift Alternativy (https://drive.google.com/file/d/1j9lYg2p5Z6CbX0R3Z6lBYl6Q3gE-9a-N/view) widmet sich in einem längeren Beitrag der Auswertung des IV. Russländischen Sozialforums. Wie schon berichtet fand es z.T. in Präsenz in St. Petersburg, z.T. virtuell statt. Eine direkte Stellungnahme zum Krieg wurde aus nahvollziehbaren Gründen vermieden. Er wurde als Zusammenstoß der Imperialismen Russlands und des Westens in der Ukraine umschrieben. Ansonsten war die Zeitdiagnose, wie nicht anders zu erwarten, düster. Der Duma-Abgeordnete Oleg Smolin (parteilos für KPRF) betonte, dass, wenn man jetzt nichts tue, wir eine Welt haben werden, die zwischen den Dystopien Huxleys, Orwells, Vonneguts und anderer liegen würde. Er wie auch andere Autoren (ja, alles Männer, obwohl es eine eigene feministische Themenlinie gab) sehen die Aufgabe in der Verbindung sozialer und politische Kämpfe. Hauptaufgabe, so in der Abschlusserklärung, sei der Kampf um gegen die Beschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten, die Solidarität mit politischen Häftlingen, gegen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, die Festigung der Völkerfreundschaft und der Kampf gegen die faschistische Gefahr. Daneben steht aber genauso der Kampf um soziale Rechte – etwa die Rücknahme der Rentenreform, bessere Bezahlung für Lehrer*innen und medizinisches Personal oder die Lösung ökologischer Probleme. Auf einem der Workshops wurde eine Initiative von Gewerkschaftsaktivist*innen diskutiert, mit der das Rechts auf Solidaritätsstreiks und auf erweiterte Mitbestimmung der Gewerkschaftsorganisationen im Betrieb im Arbeitsrecht verankert werden soll. Allerdings wurde auch angesprochen, dass es den verschiedenen oppositionellen Gruppen und Strömungen immer noch schwerfalle, eine gemeinsame Sprache zu finden.
Nach Darstellung des Berichtes war eine große Breite an Bewegungen vertreten (was allerdings von anderen Seiten in Frage gestellt wird). Auf dieser Grundlage wurde der Vorschlag unterbreitet, den Sozialforumsprozess in Russland auf die lokale und regionale Ebene zu tragen und zu einem permanenten Prozess zu machen. Auf jährlich stattfindenden Foren sollen die Probleme, die die Menschen konkret bewegen, diskutiert werden und Aktionen erarbeitet werden. Das soll in die Schaffung einer „Allgemeinen Russländischen Sozialen Koalition“ münden. Gleichzeitig sollen in die Arbeit des bestehenden Organisationskomitees des Sozialforums lokale Initiativen mit einbezogen werden, so dass auf dieser Grundlage ein „Koordinationsrat des Russländischen Sozialforums“ als ständig arbeitendes Organ entstehen kann. Es wird vorgeschlagen, ein allrussländisches Netz des Informationsaustausches und der Koordinierung sozialer Massenmedien zu schaffen. Tatsächlich ist das Internet, wenn auch zunehmend eingeschränkt, der einzige verbliebene Raum der Selbstorganisation.

Kriegsgegner*innen

Auf einem anderen Flügel der Opposition scheint die Militanz zu steigen. So steigt die Zahl der Berichte zu „Partisanenaktionen“, insbesondere zu Sabotageakten an Bahnanlagen (auch in Belarus) und Brandanschlägen auf Rekrutierungsbüros. https://t.me/femagainstwar/3989 Auf Websites werden auch konkrete technische und organisatorische Anleitungen zur Durchführung von Sabotageakten verbreitet. Ob die dort als erfolgreiche Aktionen dargestellten Zugentgleisungen tatsächlich mit der Aktion von „Partisan*innen“ zusammenhängen, ist von hier aus nicht zu überschauen.

Protest

Es wird auch immer öfter darüber berichtet, dass Militärangehörige sich weigern, in die Ukraine verlegt zu werden. Einige Quellen meinen, dass es sich schon um ein massenhaftes Phänomen handele und mitunter die Hälfte des angeforderten Personals betreffe. https://t.me/narodpv/1959 Spektakulär war in jedem Fall die Weigerung von 500 bujartischen Zeitsoldaten, in den Krieg gegen die Ukraine zu ziehen. Die Begründung war, dass es sich hier um einen Krieg um die „russische Welt" ginge, der sie nicht angehören. https://skat.media/post/2171 Diese Argumentation ist schlüssig, da die Russische Föderation ja bisher noch keinen Krieg erklärt hat. Damit beginnt der Begründungszusammenhang für die Intervention auf die inneren Verhältnisse zurückzuschlagen – die auf die Lage der Russ*innen in der Ukraine fixierte Rechtfertigung des Krieges stellt die Frage, inwieweit andere Nationalitäten Russlands damit etwas zu tun haben und stellt in der Konsequenz auch die Nationalitätenpolitik Russlands in Frage. Allerdings ist zu bezweifeln, dass das in einen Zerfall des Landes münden wird. Dafür sind die Interessen der maßgeblichen herrschenden Kreise an der Aneignung des Ganzen viel zu groß, wie auch Boris Kagarlickij in einer seine jüngsten Analysen vermerkt. https://t.me/kagarlitsky/987

Politisches System

Die Regierung reagiert auf diese Prozesse mit einer recht zielgerichteten Politik hinsichtlich der sowohl der Bereinigung der Schwachstellen im Staatsapparat als auch der Perfektionierung des Repressionsapparates. Nachdem die Duma bereits in die Ferien gegangen war, wurde für den 15. Juli eine Sondersitzung des Parlamentes anberaumt, um wesentliche Entscheidungen zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität des Landes zu treffen. Das scheinbar (!) unbedeutende Ereignis war dann die Ernennung des Industrieministers Manturov zum stellvertretenden Ministerpräsidenten bei Erweiterung seiner Vollmachten. https://rg.ru/2022/07/15/putin-naznachil-manturova-na-post-vice-premera-ministra-promyshlennosti-i-torgovli.html Er ist nun auch für die Rüstungsindustrie zuständig, womit eine Zentralisierung der Entscheidungen im Falle einer tatsächlichen Kriegswirtschaft gewährleistet wäre – bzw. eine Konzentration der Entscheidungsgewalt hinsichtlich der Durchsetzung von Importsubstitution und Umstrukturierung der russländischen Volkswirtschaft. Auch wenn Kagarlickij diesen Vorgang mit der Metapher „Der Berg kreißte und gebar ein Mäuschen" umschreibt https://t.me/kagarlitsky/988 , dürfte er hier die Bedeutung des Vorganges unterschätzen. Nicht die Personalie als solche ist entscheidend, sondern ihre Signalwirkung gegenüber der Staatsbürokratie. Zu berücksichtigen ist, dass bereits seit Wochen eine Welle von Untersuchungen gegen Spitzenfunktionäre aller Ebenen wegen Korruption und Amtsmissbrauch rollt. Gerade wurde auch der Chef von Roskosmos abgelöst, nachdem seinem Unternehmen, das zentral für die Realisierung der erstrebten technologischen Unabhängigkeit ist, Ineffektivität bei der Realisierung von entsprechenden Projekten vorgeworfen wurde.
Mithin befindet sich die russländische Gesellschaft immer noch in einem labilen Gleichgewicht, ohne dass die Opposition egal welcher Färbung fähig wäre, eine eigenständige Rolle zu spielen.

13.09.2022

Die bisher wahrscheinlich umfangreichste Auswertung von Befragungen zum Verlauf des Krieges in der Ukraine http://publicsociology.tilda.ws/war_report kommt zu dem Ergebnis, das seit dessen Beginn Ablehnung oder Zustimmung bei den Befragten stabil geblieben sind. die Verteilung zwischen Befürworter*innen, Gegner*innen und Unentschieden im Verhältnis 69 zu 23 zu 8 hat sich praktisch nicht geändert. Bisher sei kaum beobachtet worden, dass Befürworter*innen des Krieges zu Gegner*innen wurden oder Gegner*innen des Krieges zu Befürworter*innen. Gesunken ist der Anteil derjenigen, die ein schnelles Ende des Krieges erwarten.

Allerdings, so die Autorinnen, verändern sich vor allen Dingen unter dem Druck der ökonomischen und sozialen Konsequenzen des Krieges auch bei fortgesetzter Unterstützung die Bewertung des politischen Handelns der einzelnen Akteure. Dies betrifft etwa die Bewertung der Zweckmäßigkeit der kriegerischen Handlungen. Auch ist die Gruppe derer, die einen neuen Angriff auf Kiew befürworten genau so groß wie die, die Aufnahme von Verhandlungen fordern. Die Unzufriedenheit mit der sozialen Lage ist, wie bereits vor dem Kriege, der entscheidende Berührungspunkt zwischen allen Gruppen.
Doch selbst in dem Falle, das die Verschärfung der sozialen Situation die Unzufriedenheit im Lande wachsen lässt bleibt die Frage, wie sich diese Unzufriedenheit in politische Aktionen umsetzen könnte. Die meisten Überlegungen zu diesem Thema laufen in relativ unklare Wünsche oder Erwartungen aus. Der telegram-Kanal Nevojna („Nichtkrieg" in Anspielung auf das Konstrukt der „Militärischen Spezialoperation" und das Verbot, dafür den Begriff Krieg zu benutzen) stellt gerade seine Position unter der Überschrift „Wie wird das Russland der Zukunft geboren: Klasse gegen Klasse" vor. https://t.me/narodpv/2185 freilich können sich die Autoren nicht aus der Unklarheit früherer Erklärungen lösen. Sie konstatieren eingangs, das die klassische Antwort der linken, sich zu organisieren, unter den gegebenen Umständen nicht umsetzbar ist. Zum Schluss des Textes beschwören sie aber ein „Aufschäumen" des Volkes, das nicht nur die derzeitigen Machthaber*innen hinwegspült, sondern auch Teile der (neo)liberalen Opposition. Allerdings ist es gerade diese in der Emigration wirkende neoliberale Opposition, die mit einem „Kongress des freien Russland" offensichtlich auch wesentliche Teile der aktivistischen Antikriegsbewegung erreichen konnte. https://ruskd.com/conf/ Getragen vom Russischen Antikriegskomitee https://antiwarcommittee.info/en/committee/, das bereits kurz nach Kriegsbeginn von dem gefallenen Oligarchen Michail Chodokovskij begründet wurde, mit Rückendeckung und Unterstützung aus dem Europäischen Parlament sowie bei starker Präsenz von Politiker*innen aus Polen, Estland, Litauen und Lettland scheint es gelungen zu sein, einen erheblichen Teil der russischen Emigration zu erreichen. Es versammelte sich eine kaum zu überschauende Vielzahl von Emigranten-Organisationen aus aller Welt, offensichtlich mit starker akademischer Verankerung. Den in den sozialen Netzwerken besonders präsenten Bewegungen Feministischer Widerstand gegen den Krieg, Media-Partisanen, Vesna und anderen wurde ein eigener Diskussionsraum geboten. Dieser wurde allerdings von der Vertreterin des Feministischen Widerstands recht kritisch gesehen. Ihr schien es, als ob das eher eine Unternehmenshauptversammlung wäre und kein Antikriegskongress. https://t.me/femagainstwar/4944 Ihren Bericht stellt sie unter die Überschrift „Suche nach einer gemeinsamen Sprache". https://teletype.in/@femantiwarresistance/congress Die Struktur der Teilnehmer*innen legt nahe, das hier die neoliberale Opposition ihre Hoffnungen auf einen Putsch unter maßgeblicher Beteiligung des Westens durch ein breites Bündnis fundieren will.
Ob die dafür im Land notwendigen Kräfte tatsächlich aktiviert werden können, ist allerdings offen. Die Regionalwahlen, die vom 9. bis 11. September stattfanden, lassen dazu kaum Rückschlüsse zu. Bereits im Vorfeld der Wahlen sah man eine Vielzahl von Berichten über Repressionen gegenüber Oppositionellen und über Versuche, die Stimmabgabe zu beeinflussen. So berichteten Angestellte der öffentlichen Verwaltung, dass sie gezwungen wurden, in Gruppen gemeinsam an einem Computer ihre Stimme abzugeben. https://t.me/munplatform/407 Durch juristische Tricks wurde versucht, die Kandidatur von Oppositionellen zu verhindern, auch durch die Diskreditierung als „ausländischer Agent". https://t.me/komisgd/427 Die Duma-Kommission zur Untersuchung ausländischer Einmischung verbreitete die Behauptung, der Westen würde eine breitangelegte Kampagne zur Diskreditierung des russländischen Wahlsystems betreiben. https://t.me/komisgd/426 Hinzu kam im Vorfeld der Wahlen die Bestätigung des Entzugs der Lizenz für die bereits eingestellte oppositionelle Novaja Gazeta https://t.me/paperpaper_ru/28240 und die weitere Ausweitung der Liste von „ausländischen Agenten" um weitere Intellektuelle.
https://www.kommersant.ru/doc/5546259 In Perm wurde ein Hochschullehrer entlassen, der zuvor als Inoagent eingetragen wurde. https://t.me/TeamSobol/9500 Er ist Chef der Regionalorganisation von Golos, einer Menschenrechtsorganisation, die auch Wahlbeobachtung betreibt.
https://golosinfo.org/en

Dementsprechend räumte man schon Vorfeld der Wahlen oppositionellen und erst recht unabhängigen Kandidat*innen wenig Chancen ein. 50 Prozent der Wähler*innen würden hinter dem gegenwärtigen Konsens mit dem Putin-Lager stehen und die 25 Prozent situativ Wählenden würden in dieser Situation auch eher für diesen Block stimmen. http://actualcomment.ru/shansy-oppozitsii-na-vyborakh-v-moskve-otsenki-ekspertov-2209021602.html
Die Opposition hatte dazu aufgerufen, nicht den Weg der elektronischen Abstimmung zu nehmen, sondern ins Wahllokal zu gehen, um Wahlfälschungen zu verhindern oder wenigstens zu erschweren. In Moskau fand das wenig Anklang. Über 1,7 Mio. nutzten die elektronische Stimmabgabe, nur 700 Tsd. Die über die Wahllokale. Die Wahlbeteiligung lag bei 32,8 Prozent gegenüber 14,8 Prozent im Jahr 2017. https://www.kommersant.ru/doc/5558237 Schließlich erlangten die Parteien (Stand 13.09.22) folgende Sitze: Einiges Russland 1160 von 1417 (81,86%), die loyal zur Staatsmacht stehende Bewegung „Mein Bezirk“ 134 (9,46%), die KPRF erhielt 42 Sitze, Gerechtes Russland und die „Neuen Leute“ je 20, die Liberaldemokraten 11, Jabloko 3 und die Kommunisten Russlands 1. 26 Mandate konnten Unabhängige gewinnen. https://www.kommersant.ru/doc/5558913 Bei den Gouverneurswahlen gewannen mit zwei Ausnahmen die Kandidaten der Präsidentenpartei Einiges Russland. https://www.kommersant.ru/doc/5558379 Ljubov Sobol vermutet hinter den Ergebnissen generell massive Fälschungen. https://t.me/TeamSobol/9735 Allerdings bleibt es bei der Behauptung.
Bereits in ersten Analysen war vor diesem Hintergrund von einer Konsolidierung der Staatsmacht in Person der Gouverneure und in Gestalt der Partei Einiges Russland die Rede. https://www.kommersant.ru/doc/5558238 Dem stehen wiederum Einschätzungen gegenüber, dass die bei den Gouverneurswahlen zu konstatierende niedrige Wahlbeteiligung Desinteresse bzw. das Gefühl der Machtlosigkeit ausdrücke. Insofern würden die guten Wahlergebnisse keinesfalls Stabilität bedeuten. https://t.me/russica2/48391 Gleichzeitig jedoch bedeute, so eine weitere Interpretation, das Wahlergebnis auch die „Beerdigung der Opposition“, da sie praktisch nichts gewonnen habe. https://t.me/emphasises/5704 Die KPRF drückte dies natürlich positiver aus: sie habe ihr Kernelektorat verteidigen können … https://t.me/obuhovpro/7008
Mithin bleibt es bei der seit Ende Februar zu konstatierenden Spannung zwischen der „Hoffnung, dass das alles schnell vorbei geht“ und der durch alle Seiten immer weiter vorangetriebenen Blockade von Ausstiegswegen aus der Eskalationsspirale. Allein Druck von außen wird nicht zu einer Lösung in Russland führen. Die von Michael Krätke vertretene Position https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/september/putins-grosser-bluff?s=09 ist unter der Würdigung der realen Lage völlig falsch und zeugt von einer völligen Unkenntnis der Mechanismen, in denen sich politische Positionen und, viel wichtiger, politisches Handeln in Russland (aber nicht nur da) bilden. Ohne eine diplomatisch vermittelte Ausstiegsoption führt die Sanktionspolitik alle Seiten in eine Katastrophe. Der Chauvinismus hat auf allen Seiten ein Maß erreicht, in dem nur noch die physische Vernichtung der Anderen zählt. https://www.ukrinform.de/rubric-other_news/3545225-richtige-desintegration-des-russischen-reiches.html Wenn sich die Linke dieser Logik nicht mehr entziehen kann oder will, wird sie als Alternative verschwinden. Gerade die in der scheinbaren Stabilität des russländischen Herrschaftssystems sichtbaren Brüche sind es, die Diplomatie Sinn geben. Allerdings wird das weitgehend genau gegenteilig interpretiert – mehr Druck würde die Risse vertiefen. Die gesamte Entwicklung der letzten Jahre spricht aber dagegen.

20.09.2022

Alexandr Buzgalin, der lange mit der RLS in Moskau zusammengearbeitet hat und als einer der wichtigen marxistischen Intellektuellen gilt, hat gestern im Moskovskij Komsomol’ec (Moskauer Komsomolze) einen Artikel unter der Überschrift: „Ziel der Gesellschaft: Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit, Entwicklung“ In kyrillischen Buchstaben ergibt dass dann СССР – also UdSSR (Цель общества — СССР: Справедливость, Солидарность, Свобода, Развитие). Das Buchstabenspiel ist natürlich eine Umdeutung, nicht Forderung nach Wiedererrichtung der UdSSR. Das Blatt ist nach

Meinung unseres Korrespondenten in Russland von Charakter und Reichweite her zwischen BILD und WELT einzuordnen.

Er wiederholt bekannte Positionen, aber darum soll es an dieser Stelle nicht gehen, sondern um die Sanktionsfrage, deren Wirkungen hierzulande ja kontrovers diskutiert werden. Er schreibt:

„In den drei Jahrzehnten, in denen wir versucht haben, in Russland ein kapitalistisches System nach dem Vorbild des US-Neoliberalismus zu schaffen, haben wir viel erlebt. Eine Periode katastrophaler Rezession in den 1990er Jahren, das auf hohen Energiepreisen basierende extensive Wachstum in den 2000er Jahren, die Krise von 2008-2010, Stagnation im nächsten Jahrzehnt und ... die Hoffnungen, dass es morgen besser wird. Im Laufe der Jahre hat sich die Lebensqualität der Hälfte der Bevölkerung nicht erhöht, und für weitere 30 % ist sie so unbedeutend gewachsen, dass es nicht spürbar ist. Infolgedessen leben mehr als 80 % der russischen Bürger fast wie in der UdSSR, nur ohne soziale Garantien (Wohnung, Arbeit, Bildung). Für diese Mehrheit sind der American Way of Life und westliche Waren etwas aus der Werbung.
Das wirkliche Leben ist anders. Die Sanktionen und die Reduzierung der Importe aus Europa und den USA treffen daher die meisten Russen kaum: Sie reisen nicht ins Ausland [nur 29 % der Russ*innen haben überhaupt einen Reisepass https://t.me/rian_ru/178416], jeder teure Einkauf ist für sie eine Herausforderung. Renommierte westliche Marken werden nur von 15–20 % der Bevölkerung verwendet, die auf den europäischen und amerikanischen Lebensstil umgestiegen sind. Das sind die Menschen mit den höchsten Einkommen: Eigentümer großer und erfolgreicher Kleinunternehmen, das mittlere und obere Management in privaten und staatlichen Strukturen, die "Elite" der Intelligenz ... Im Großen und Ganzen können nur sie das Verschwinden westlicher Unternehmen bedauern. Wir stehen also nicht vor der Wahl: Russland oder der Westen, sondern vor der Wahl: Kapitalismus oder Nichtkapitalismus.“ https://www.mk.ru/politics/2022/09/18/cel-obshhestva-sssr-spravedlivost-solidarnost-svoboda-razvitie.html

Natürlich heißt das nicht, dass die Sanktionen wirkungslos sind. Die Wahrheit liegt wie immer zwischen den Exteremen – etwa Krätkes Behauptung, Putin bluffe nur, und der These von Tsipras, dass Russland durch die Sanktionen nichts verliere. https://rg.ru/2022/09/18/eks-premer-grecii-cipras-moskva-ne-teriaet-ot-sankcij-rubl-stal-odnoj-iz-silnejshih-valiut.html

21.09.2022

Es sind drei eng zusammenhängende Ereignisse, die nicht einfach eine Eskalation der Ukraine-Krise nach sich ziehen, sondern dieser Krise eine neue Qualität geben. Auf russländischer Seite sind es die angekündigten Referenden und die Teilmobilmachung, auf Seiten des Westens die Rede von einer Verstärkung der Waffenlieferungen und Ausbildungsanstrengungen für die ukrainische Armee und vor allem die öffentlich geäußerte Überlegung, Raketen größerer Reichweite an die Ukraine zu liefern. Beide Seiten betreiben die Verlängerung des Krieges.

Nach russländischen Angaben betragen die Verluste der ukrainischen Streitkräfte bisher 100 Tsd. , der russländischen knapp 6 Tsd. Die erste Angabe dürfte realistisch sein, die Angabe zu den Verlusten Russlands dürfte weit von der Realität entfernt liegen. https://t.me/doxajournal/21493 Mit der Teilmobilmachung sollen nun 300 Tsd. Reservist*innen eingezogen werden, wobei das Mobilisierungspotenzial in Russland bei 25 Mio. liegt. Auf Regionen bezogen bedeutet das, dass in der Millionenstadt Moskau 2.400 oder der Region Astrachan 2.000 eingezogen werden. Die Zahl der Mobilisierten entspricht etwa der Zahl der derzeit in der Ukraine kämpfenden Truppen. Außerdem sollen wohl verstärkt Migranten geworben werden; der Moskauer Bürgermeister Sobjanin kündigte an, dass in einem Aufnahmezentrum die „Infrastruktur für die Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium“ geschaffen werden soll. https://t.me/rian_ru/178500 Ob und inwieweit

die Aufforderung an die Regionen, dort in eigener Initiative Freiwillige zu werben, mit der Teilmobilmachung vom Tisch ist, wird sich zeigen. https://www.kommersant.ru/doc/5570041

Die Verkopplung der Referenden zum Beitritt zu Russland in den besetzten Gebieten mit der Teilmobilmachung ist vor allem innenpolitisch motiviert und soll zeigen, dass die Regierung handlungsfähig ist. Es kursieren offizielle Umfragen, wonach der überwiegende Teil der Einwohner*innen der betroffenen Regionen (dort sollen derzeit etwa 5 Mio. Menschen leben) einen Beitritt zu Russland wünschen. https://t.me/rian_ru/178484 Ob die Aufnahme in die Föderation dann aber erfolgt, ist unklar. Aber was soll man auch antworten, wenn man in einem Kriegsgebiet lebt? International sind die Referenden als politischer Taschenspielertrick durchschaubar und irrelevant, erschweren aber jede diplomatische Lösung weiter. In Russland wird davon ausgegangen, dass mit diesem Schritt die Beziehungen zum „Westen" endgültig, wenigstens für sehr lange Zeit, gekappt wurden.

Die parlamentarische Opposition (also KPRF, Gerechtes Russland und Liberaldemokraten), die den Kriegskurs mitträgt, zeigte sich bereits bei den Kommunalwahlen deutlich geschwächt und wird nun unter Kriegsbedingungen noch mehr in den Hintergrund gedrängt werden. Der von Analytiker*innen bereits im März vermutete Trend setzt sich fort. Es waren Vertreter der KPRF-Spitze, die in der Vergangenheit bereits massiv die Mobilisierung gefordert hatten. https://t.me/alexander_kynev/1525 Die KPRF, die durch Protestwähler auch aus dem Navalny-Lager bei den Duma-Wahlen immer noch ein passables Ergebnis erreichen konnte, dürfte durch ihre Unterstützung des Krieges diese jetzt erst recht immer mehr verlieren.

Die außerparlamentarische Opposition ist durch bestehende Gesetze, die beständige Gefahr, als „ausländischer Agent" vom politischen Leben ausgeschlossen zu werden und vor allem auch durch die vor wenigen Tagen erst vorgenommenen Verschärfungen des Strafgesetzbuches hinsichtlich Aussagen und Handlungen unter den Bedingungen der Mobilmachung (die am 21.09.22 dann erfolgte) im öffentlichen Handeln und selbst Diskutieren weitgehend lahm gelegt. Zwar bestehen Pläne, trotz der Niederlage „Schattenräte" aus aktiven Bürger*innen zu bilden, die die nun weitgehend von Oppositionellen entleerten Kommunalvertretungen zu kontrollieren – aber diesen Plänen wird wenig Perspektive eingeräumt. http://szfocenter.com/articles/ekaterina-kolesnikova-o-perspektivah-oppozicionnogo-dvizheniya-v-moskve Die Bewegung „Vydvizenie", die unabhängige Kandidat*innen vereinte, von denen 9 Sitze in den Bezirksvertretungen in Moskau erringen konnten, sieht demgegenüber darin Zeichen für einen neuen Aufbruch https://t.me/munplatform/562 . Im Navalny-Umfeld wird gar eine neue Massenbewegung erwartet, da in Moskau von den 700 Tsd. Wähler*innen, die in den Wahllokalen wählten, 400 Tsd. nicht für Kandidat*innen des herrschenden Blocks stimmten. https://t.me/narodpv/2192 Freilich diese Stimmen nun als Stimmen gegen den Krieg zu deklarieren, wie dies im Navalny-Umfeld getan wird, dürfte eher Wunschdenken sein.

Ob der mit der Teilmobilmachung verbundene Einschnitt tatsächlich aufrüttelt, wird sich schon heute Abend zeigen. Die Navalny-nahe Jugendbewegung Vesna hat zu 19.00 Uhr (also 18 Uhr MESZ) zu Protestaktionen in den Stadtzentren aufgerufen. https://t.me/doxajournal/21491 Zentral dürfte die Frage sein, inwieweit sich die verschiedenen Teile der Antikriegsfraktion tatsächlich auf gemeinsames Handeln verständigen können. Das ist von außen betrachtet völlig offen.

Es scheint erstmals nach vielen Monaten wieder öffentliche Proteste größerer Gruppen gegen den Krieg, nun vor allem die Teilmobilisierung, zu geben. https://t.me/femagainstwar/5067 Beteiligt sind auch Mütter, deren Söhne von der Mobilisierung betroffen wären. https://t.me/sotaproject/46485 Dieser Faktor kann wichtig sein. https://t.me/femagainstwar/5079 Berichte zu Protesten liegen aus St. Petersburg, Moskau, Archangelsk https://t.me/sotaproject/46503 und anderen Städten vor. Die Bilder des Protestzuges in Moskau zeigen, wie schon zu Beginn des Krieges, vor allem junge Leute, aber nicht nur. https://t.me/sotaproject/46498 In Novosibirsk versammelten sich 100 Protestierende

https://t.me/narodpv/2304 Auch in Kaliningrad kommt es zu Aktionen und Festnahmen. https://t.me/narodpv/2306 In Ekaterinenburg wurde gegen eine der Teilnehmerinnen der Proteste bereits Anklage erhoben https://ovd.news/express-news/2022/09/21/uchastnice-protestov-protiv-mobilizacii-vmenyayut-ugolovnuyu-statyu
Gegen 19 Uhr Moskauer Zeit wird von mindestens 425 Festgenommenen berichtet. https://t.me/nexta_live/37103 Eine halbe Stunde später wird von 525 Festnahmen in 30 Städten gesprochen. https://t.me/doxajournal/21586 Auf dem Portal der Menschenrechtsorganisation OVD-Info https://ovdinfo.org/ steigt die Zahl der erfassten Verhaftungen praktisch von Minute zu Minute. Um 22:30, also 3,5 Stunden nach Beginn der Aktionen, sind 1250 Verhaftungen gemeldet – real müssen es also bedeutend mehr sein. Das spricht für eine so nicht zu erwartende hohe Zahl an Teilnehmer*innen an den Protesten.
Daneben wird natürlich die Form des individuellen Protestes weiter betrieben. https://t.me/doxajournal/21587 oder https://t.me/femagainstwar/5080
NICHT dabei ist die KPRF; das war auch nicht zu erwarten, wird aber den Zerfall der Linken weiter beschleunigen https://t.me/rsd_tg/4321
Mithin ist es kein vereinzelter Protest, sondern schon ein von großen Gruppen getragener. Ob er nachhaltig sein kann, werden wir sehen. Die Bilder zeigen, dass die Sicherheitskräfte wie zu erwarten mit Gewalt gegen die Proteste vorgehen.

Beides wird eine neue Fluchtwelle auslösen, wie sich jetzt schon andeutet. https://t.me/mediaskat/8925 oder https://t.me/nexta_live/37151

Registriert wurden schließlich 1.314 Festnahmen. https://ovdinfo.org/ Zentren der Festnahmen und der Proteste waren St. Peterburg (514 Festnahmen) und Moskau (509) https://ovd.news/news/2022/09/22/zhestkie-zaderzhaniya-i-povestki-v-voenkomat-itogi-akciy-protiv-mobilizacii-21 Aktionen sollen in mehr als 30 Städten stattgefunden haben. Folgt man den Bildern, ist es vor allem die Jugend (eher Studierende und junge Intellektuelle), die an den Aktionen teilnimmt. Das stimmt mit dem Profil der wahrscheinlich entscheidenden Initiator*innen, der navalnynahen Bewegung Vesna, überein. Wichtig war die starke Beteiligung von Frauen, übrigens auch in Tschetschenien.

Für heute sind Aufrufe zu neuen Protesten angekündigt. https://t.me/mpartisans/765

Inzwischen werden in den Regionen Institutionen des Kriegsrechts aufgebaut. Dazu kann auch das Verbot für Reservist*innen, die Region zu verlassen, gehören – so wie dies etwa in Kursk bereits verordnet ist. https://t.me/RotFront_su/8455 Damit werden Proteste natürlich zusätzlich erschwert. Die Hauptintension dürfte aber sein, die Flucht vor Einberufungen zu verhindern. Bilder von Grenzübergängen zu Georgien und zur Mongolei zeigen auch heute Morgen lange Schlangen.

26.09.2022

Da die Medien haben auch hier von den Protesten am 26.09.22 berichtet haben, nur eine kleine Erweiterung. Die Berichte im Netz aus den einzelnen Regionen bestätigen das Bild. Die Schärfe und der Umfang der Proteste ist angesichts der umfassenden Repression bemerkenswert. In Berichten wird hervorgehoben, dass sie in starkem Maße durch Frauen geprägt werden. https://t.me/femagainstwar/5198 Vor allem in Dagestan, Jakutien und auch in Tschetschenien spielten sie offensichtlich die entscheidende Rolle. Offensichtlich kommt es auch in zunehmendem Maße zu aktivem Widerstand gegen Festnahmen und zu Versuchen, Festgenommene zu befreien. In Dagestan sollen die Protestierenden den Behörden ein Ultimatum gestellt haben. Falls bis 1 Uhr morgens die Festgenommenen nicht freigelassen seien, würden die Fernverbindungen blockiert werden. https://t.me/levoradikal/1268

Der militante Protest reicht von Brandanschlägen auf Rekrutierungsbüros und öffentliche Gebäude (einschließlich Parteibüros von Einiges Russland und KPRF) https://t.me/narodpv/2341 oder https://t.me/doxajournal/21929 bis hin zu Schießereien in Rekrutierungsbüros und Selbstverbrennungen. https://t.me/narodpv/2371 Im Netz kursieren ganze Listen mit Hinweisen, wie man sich der Einberufung entziehen kann. https://t.me/peaceplea/310 Die Initiative „Grünes Band" rief Polizei und die Nationalgarde (Rosgvardia, Präsidentengarde) dazu auf, sich dem Widerstand anzuschließen. https://t.me/zelenayalenta/2667
Auf der anderen Seite spricht man davon, dass ab 28.09. die Ausreise von Männern im wehrfähigen Alter verboten werden soll. https://t.me/doxajournal/21910
Mitglieder des Jugendverbandes der KPRF (Komsomol) verabschieden derweil feierlich Genossen an die Front … https://t.me/kom_mir/1862

Kirill Medvedev, bekannter Aktivist und Künstler, spricht davon, dass mit Krieg und Mobilisierung ein Prozess der Zerstörung des „postsowjetischen russländischen Volkes" eingeleitet wurde. https://novayagazeta.eu/articles/2022/09/25/mobilizovat-i-unichtozhit Völlig zurecht verweigert er sich einer Prognose des Ausgangs dieser Krise. Trotzdem sieht er Chancen, dass die Mobilisierung zum Ausgangspunkt eines Aufstandes der Frauen, der Nationalitäten in Russland und der Arbeiter werden könnte.
Den vorliegenden Berichten zufolge verläuft die Mobilisierung keinesfalls so flächenmäßig ausgewogen, wie eigentlich angekündigt. Es entsteht der Eindruck (so vorsichtig muss man das sagen), dass Angehörige nichtrussische Völkerschaften stärker betroffen sind. Auch sollen Arbeiter in stärkerem Maße eingezogen werden als andere Beschäftigtengruppen. In einem post aus einem Unternehmen heißt es:

„Конструкторы, технологи, токари, сварщики, сборщики, - все, кому сегодня нет 55-ти, - в панике. Самые умные уже в бегах." https://t.me/narodpv/2372

Bisher waren es eher die Intellektuellen, IT-Spezialisten u.ä., die flohen. Wenn das jetzt auch noch die qualifizierten Arbeiter*innen (samye umnye) aus Maschinenbau usw. erfasst, dann wird bei gleichzeitiger Weiterführung der Mobilisierung tatsächlich die materielle Grundlage der Kriegsführung direkt brüchig. In Kasachstan sollen seit dem 21.09.22 etwa 98. Tsd. Russländer*innen eingereist sein. https://t.me/nexta_live/37600 und https://t.me/nexta_live/37603 [allerdings ist die Quelle nur bedingt vertrauenswürdig, müßte mit den kasachischen abgestimmt werden] auch hier: https://t.me/paperpaper_ru/29121 Vor diesem Hintergrund ist die Weigerung, Deserteuren Asyl zu geben, dumm und Ausfluss von Nationalismus. ARCHAISIERUNG

Studierende sind derzeit noch von der Mobilisierung ohnehin ausgenommen.

Für den 30.09.22 ist eine Botschaft Putins an die Föderationsversammlung angekündigt. Gleichzeitig ist von verschiedenen Initiativen erklärt worden, dass sie in den nächsten Tagen die Proteste in verschiedenen Formen weiterführen werden.

11.10.2022

In einer Umfrage des telegram-Kanals Nezygar sprechen Politologen davon, dass damit eine neue Stufe der Eskalation erreicht ist, man von einem tatsächlichen Krieg sprechen müsse – und das das alles sinnlos sei… https://t.me/russica2/48807

Offensichtlich wollen beide Seiten gerade eine Entscheidung erzwingen. So wird über weitere Gegenangriffe der ukrainischen Armee, ungeachtet der strategischen Luftschläge Russlands berichtet. https://t.me/rian_ru/181296 Die Angriffe sollen zwar abgewehrt worden sein, aber sie

zeigen, dass die ukrainische Armee trotz der behaupteten Verluste bisher handlungsfähig bleibt. Natürlich veröffentlicht der ukrainische Generalstab im Gegenzug die Verluste Russlands. https://t.me/nexta_live/38568 Und natürlich war der Angriff auch Anlass, neue Waffen aus den USA anzufordern. https://foreignpolicy.com/2022/10/10/ukraine-weapons-wish-list-russia-terrorism-attacks/ Eine Seite liefert der anderen Vorwände für den nächsten Schritt der Eskalation.
Entscheidend wird sein, ob die Nachschublinien der ukrainischen Armee intakt geblieben sind. Wenn nicht, droht eine Katastrophe in diesem ohnehin schon extrem blutigen Krieg. So lange beide Seiten nur aus einer Position der Stärke verhandeln würden, und die Diplomatie so lange stilllegen, wie sie diese Position nicht haben, wird es auch dabei bleiben. Die Türkei hat sich gerade wieder angeboten, zu vermitteln. https://t.me/rian_ru/180987 Sie dürfte in Perspektive zu den Gewinnern des Krieges gehören.
Die Schläge Russlands gegen die Energieversorgung (wenn sie so wirksam waren, wie behauptet wird) sind vor dem Winter natürlich besonders schmerzhaft und für die Zivilbevölkerung bedrohlich.

Moldavien scheint auch in eine neue/vertiefte Krise zu rutschen https://t.me/rian_ru/181066

Ich glaube ja inzwischen, dass das Thema Aufhebung der Sanktionen erledigt ist – keine Seite betrachtet das als wesentlich. Und die Verschärfung ändert nichts mehr, da die Eskalation schon zu weit fortgeschritten ist. Jede weitere Verschärfung wird diese Eskalation vorantreiben und über sekundäre und tertiäre Sanktionen nun den Raum der Auseinandersetzung erweitern und andere Konflikte generieren, die mit dem Ukrainekrieg nichts zu tun haben.

Es wird immer enger. Gerade hat ein Gericht in St. Petersburg die navalnynahe Gruppe Vesna (Frühling), die offensichtlich bisher maßgeblich die Mobilisierung zu Antikriegsprotesten geleistet hat, als terroristische und extremistische Gruppe eingestuft https://t.me/rian_ru/181308 Vesna wird vor allem von Studierenden und anderen jungen Menschen aus Intellektuellenkreisen bestimmt. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten, dass es eher der liberale Flügel ist, der im Netz als Exponenten eines Massenprotestes erscheint.
In welcher Form könnte eine deutliche Solidaritätsbekundung mit den Kriegsgegner*innen in Russland, ähnlich denen mit den im Iran rebellierenden Frauen, aussehen?

07.11.2022

In den letzten Tagen hat in der Nähe von Warschau ein Kongress von russländischen Oppositionellen getagt. Hier die Ankündigungen https://utro02.tv/2022/11/05/sezd-narodnyh-deputatov-den-pervyj/ bzw. Berichte zum ersten Tag https://utro02.tv/2022/11/05/sezd-narodnyh-deputatov-itogi-pervogo-dnya/
Hier das gleiche von Tag 2: https://utro02.tv/2022/11/06/sezd-narodnyh-deputatov-den-vtoroj/ und https://utro02.tv/2022/11/06/sezd-narodnyh-deputatov-itogi-vtorogo-dnya/

Dabei standen u.a. diese Dokumente, die im Vorfeld schon veröffentlicht wurden, zur Diskussion: https://utro02.tv/category/2402/ Sollte man einfach mal festhalten, auch wenn im Moment die Gruppe eher klein und isoliert scheint. Wenn solche grundsätzlichen Dokumente aber erst einmal im Umlauf sind, könnten sie Inspiration für andere sein.

Auf den oppositionellen Kanälen von telegram, die ich regelmäßig verfolge, finde ich dazu wenig. Das Projekt SOTA setzt sich sehr kritisch mit dem Kongress auseinander: https://t.me/sotaproject/49238 und folgende. Während der Tagung soll die TeilnehmerInnenzahl immer kleiner geworden sein, die Organisation sei chaotisch. Und ИЛЬЯ ПОНОМАРЕВ als Organisator ist eben auch eine schillernde Figur…

30.11.2022

Macht und Eliten in Russland

(Wohin treiben die russländischen Eliten? II)

Seit Beginn des Krieges gegen die Ukraine stellt sich die Frage, wozu das Ganze eigentlich dient. Daneben – und die Warum-Frage oft überdeckend - wird die Frage gestellt, wer eigentlich hinter dieser Entscheidung gestanden haben mag – und wer nicht. Inzwischen ist weitgehend klar, dass die Entscheidung in einem relativ kleinen Kreis gefallen sein muss. Selbst in wesentlichen think tanks, wie dem Europainstitut der Russländischen Akademie der Wissenschaften, hatte man offensichtlich nicht mit diesem Schritt gerechnet, er wurde nicht einmal überhaupt diskutiert. Bestätigt hat sich, dass die Initiative aus Kreisen der Sicherheitsapparate gekommen ist. Selbst das Außenministerium soll nicht einbezogen gewesen sein. Die entscheidenden intellektuellen Stichwortgeber*innen gruppieren sich seitdem um die Hochschule für Ökonomie in Moskau (VŠĖ/ВШЭ), den Valdai-Club und die Zeitschrift Russland in der globalen Welt , einer Schwesterzeitschrift von Foreign Affairs. Mit verschiedenen Entscheidungen zur Besetzung von unmittelbar mit der Regierung verbundenen Beratungsgremien schuf sich das Machtzentrum ein neues Umfeld. Das Machtzentrum im engeren Sinne selbst hat sich nicht verändert. Der Sicherheitsapparat war dieses Machtzentrum über die gesamten Putin-Ära und ist es bis heute. Freilich ist ein Zentrum nichts ohne sein Umfeld in Politik, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft, das Entscheidungen vorbereitet, interpretiert und umsetzt. Nicht zuletzt wird hier auch die Finanzierung jeglicher Politik entschieden. Und es ist auch nicht gesagt, dass ein Zentrum und Umfeld monolithisch sein müssen. Freilich waren bisher keine Brüche im Zentrum sichtbar. Das dürfte auch damit zusammenhängen, dass in den Jahren zuvor das Umfeld des Zentrums weitgehend von Elementen jeglicher Opposition entblößt wurde, sei es durch Gesetze und Repression, sei es durch ideologische Offensiven oder durch erzwungene Emigration. Bereits um 2010 herum hatten die Oligarchen der 90er Jahre ihren unmittelbaren politischen Einfluss weitgehend verloren.
Das Machtzentrum trägt seitdem klar staatsmonopolistischen Charakter, es ist durch die Verbindung von politischer und wirtschaftlicher Macht mit z.T. exorbitantem Reichtum gekennzeichnet. Die Oligarchen gingen, die Oligarchie blieb. Aber es blieben auch die Hemmnisse für eine Belebung der nichtextraktiven Sektoren der Wirtschaft – innen die auch politisch-institutionell befestigte Macht des Finanzsektors und der Rohstoffwirtschaft, außen der Konkurrenzdruck der technologisch überlegenen Unternehmen, der die Entwicklung der innovativen Bereiche vor dem Hintergrund der angeführten inneren Bedingungen weitgehend beschränkte. Aus dieser Konstellation ergibt sich die komplizierte Kombination der Ziele des Krieges. Weder geht es um ein großes, konservatives Russland als Selbstzweck noch um die Konservierung des extraktivistischen Modells. Das Große Russland, der Konservatismus und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Landes werden aber gleichzeitig für notwendig erachtet, um einen eigenständigen Entwicklungsweg beschreiten zu können. Es geht ums Ganze, um die Stellung Russlands in der Welt und sein Überleben jenseits der Abhängigkeit von Gas, Öl und anderen Rohstoffen. Das ist der Kern sowohl des außenpolitischen, als auch des innenpolitischen Handelns der Machteliten sowie der sich darum herum abspielenden Auseinandersetzungen. Nur unter diesem Gesichtspunkt wird der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Ansätzen der unter Putin verfolgten Politik verständlich. Der innenpolitische Konservatismus wird in den herrschenden Eliten, so absurd dies scheint, dabei als Mittel der Modernisierung verstanden. Die Veränderungen in den russländischen Eliten, im Zentrum und dessen Umfeld, folgen dieser Konstellation. Kurz gesagt sehen sie sich vor der Wahl zwischen der Neubelebung des Elzin-Gaidarschen Modells, das in der Konsequenz auf eine Abhängigkeit vom westeuropäisch-anglo-amerikanischen Akkumulationsregime mit seinen Konjunkturen hinausläuft, und einem konservativ-staatsmonopolistischen Modell, das die antisozialen Aspekte des modernen Neoliberalismus ins Extrem treibt und Modernisierung durch Repression versucht zu erzwingen.

Dabei ist das System durchaus in gewissem Maße flexibel. Zu seinen Eigenarten ist zu zählen, dass jede Richtung ihren „Sandkasten“ hat, ihr Feld, auf dem sie sich frei bewegen kann, wenn sie nicht ausbricht. Das gibt dem Ganzen nicht nur eine gewisse Flexibilität – es verwirrt die westlichen Kommentatoren und verführt dazu, die Eliten in Russland eindimensional zu sehen. Damit wird der Einfluss der einen oder anderen Person regelmäßig überschätzt. Alexander Dugin wird so zum Hirn Putins, obwohl er auf Grund seiner extremen Positionen zwar auffällt, aber auch nur einer der Ideologen ist – wenigstens so lange er sich als nützlich erweist. Nützlich ist er, weil er an russisch-nationalistische Tendenzen anknüpft, die es bereits in den sowjetischen Eliten gegeben hat. Trotzdem ist er genau deshalb (bisher) ersetzbar. Bisher bleibt die Doktrin eines russländischen, also auch die nichtrussischen Völker umfassenden Verbundes bestimmend. Das ist angesichts der territorialen Ausdehnung und der wachsenden Bedeutung der Regionen auch nachvollziehbar.

Die Ringe der Macht

Das spiegelt sich in der Struktur des russländischen Herrschaftssystems wider. Das System stützt sich in erster Linie in seinem Zentrum auf drei Machtsäulen – den Sicherheitsapparat, die ökonomischen Eliten der großen privaten und Staatskonzerne sowie die Finanzwirtschaft und die Zentralbank. Damit wird versucht, ein autoritäres politisches System, finanzkapitalistische Umverteilungsmechanismen und Ressourcen für die innovationsorientierte Reindustrialisierung des Landes zu verbinden. Die Ziele sind in sich widersprüchlich, insbesondere die zwischen der neoliberal geprägten Finanzpolitik und den Anforderungen einer innovationsorientierten Industriepolitik. Das gerade veröffentlichte Projekt der Zentralbankpolitik für die kommenden Jahre kennt keine Stimuli für die Projekte der Importablösung und der Förderung eigenständiger technologischer Produktionsketten.
In einem zweiten Kreis der Macht finden sich die regionalen Eliten, in ökonomischer Hinsicht das sich entwickelnde innovationsorientierte Unternehmer*innentum, das Unternehmer*innentum des agrarwirtschaftlichen Sektors und andere aus welchen Gründen auch immer an den Rand gedrängtes Kapital und in einem dritten Ring die Ideologen verschiedener Richtungen, darunter auch die „systemische Opposition“.
Eine vierte Komponente ist die Emigration. Auch wenn unklar ist, welche Rolle sie wann spielen wird, ist sie, im Verlaufe der letzten zwanzig Jahre auch um Vertreter*innen der höchsten Stufen der russländischen Machthierarchie erweitert, als ein wenigstens potenzielles Element zukünftiger Machtkämpfe in Rechnung zu stellen.
Allerdings sind Kriege unberechenbar. Die Politik vom Februar/März 2022 ging von einem schnellen Sieg Russlands aus. Zwar wurde der Krieg technisch und ideologisch vorbereitet, sollte aber nie Realität werden. Die Verwandlung eines als Polizeiaktion konzipierten Schlages in einen Krieg ohne Aussicht auf ein Ende und auch das extrem ausgebaute Sanktionsregime haben seit dem Sommer die Bedingungen in allen Bereichen der Gesellschaft verändert. Die im Exil lebende russische (und sehr geschäftstüchtige) Analytikerin T. Stanovaja, offensichtlich in Russland immer noch gut vernetzt, konstatierte unlängst, dass sich vor diesem Hintergrund zwischen dem Zentrum, gebildet von den reichen und einflussreichen Technokraten der Macht, und dem nicht ganz so reichen und einflussreichen Teil der Eliten, ein Streit über das „Wie weiter“ anbahnt. Stanovaja sieht bei allen Gegensätzen allerdings keine Friedenspartei. Es geht um die Frage, ob der Krieg forciert oder als begrenzter Krieg fortgeführt werden solle.
Der zentrale Machtzirkel scheint von einer Beibehaltung der begrenzten Kriegführung auszugehen. Seine Politik ist auf eine Balance zwischen Stabilisierung der Front im Donbas, Forcierung der Importablösung und Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu China, Indien und anderen „freundlichen“ Staaten sowie soziale Befriedung gerichtet.
Dem gegenüber vertritt neben den Ultra-Konservativen vom Typ Dugin auch die „systemische“ Opposition, also KPRF (die größte der sich kommunistisch nennenden Parteien in Russland), Gerechtes Russland und die Liberaldemokraten, einen Kurs der Forcierung des Krieges. Gemeinsam

mit zweifelhaften Personen, wie Denis Pušulin, der erfolgreich den sozialen Protest im Donbas für seine persönlichen Ambitionen nutzen konnte, oder Evgenij Prigožin, Milliardär und Chef der Wagner-Söldner, stehen sie für einen konsequenteren Kriegskurs, als ihn die Putin-Gruppierung vertritt. Ob die Wagner-Söldner fähig sind, einen Putsch gegen Putin durchzuführen, wie gerade in den Medien diskutiert wird, ist anzuzweifeln. Allerdings könnte eine Revolte dieser Gruppierung gegen die Militärführung unter bestimmten Umständen tatsächlich einen Bürgerkrieg auslösen, wenn etwa Ruslan Kadyrov als Führer Tschetscheniens andere regionale Führer auf seine Seite zieht. Aber das sind Planspiele, die derzeit spekulativen Charakter tragen. Trotzdem bestehen zwischen dieser Richtung und den russisch-nationalistisch-konservativen Kräften im Streben nach einem (unmöglichen) Sieg so viele Berührungspunkte, dass diese zu einem politisch wesentlichen Faktor werden könnten. Dabei spielt auch eine Rolle, dass die Regierung gerade mit den Änderungen der Gesetze über „ausländische Agenten“ (also Personen, die unter ausländischem Einfluss stehen sollen) und dem Anti-LGBT-Gesetz den Ultrakonservativen und russischen Nationalist*innen Handlungsspielräume verschafft, die ihnen eine Bedeutung gibt, die sie bisher nicht hatten. Die ideologischen Hardliner in Russland, in der Ukraine, den USA und der EU gewinnen in den Eliten gleichermaßen an Gewicht, was eine Lösung des Konfliktes immer schwieriger werden lässt.
Zu den Eigenheiten dieser Konstellation zählt, dass die Führung der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) tatsächlich die Auffassung verbreitet, dass ein Sieg in der Ukraine letztlich den sozialistischen Umbruch in Russland herbeiführen würde. Einer der entscheidenden Bündnispartner der Partei, Sergej Udal’cov als Führer der Linksfront, verstieg sich Ende März 2022 zu der Prognose, dass Ende Dezember zum 100. Jahrestag der Gründung der UdSSR ein neuer Unionsvertrag der ehemaligen Unionsrepubliken unterzeichnet werden würde. Eine andere sich kommunistisch nennende Splittergruppe forderte, den Kaufvertrag zwischen den USA und Russland bezüglich Alaska rückgängig zu machen … Ob die Figuranten dieses obskuren Kurses das selber glauben oder nicht ist hier nicht von Belang. Sie führen damit einen Teil der Linken in Russland in Komplizenschaft mit dem Kriegskurs der Regierung. Allerdings wird diese Loyalität von der Regierung nicht honoriert. Immer wieder wird berichtet, dass Aktivist*innen aus dem Umfeld der KPRF und ihrer patriotischen Front wegen des Eintretens für soziale und politische Rechte, selbst wegen der Durchführung von Bildungsveranstaltungen, Repressionen unterworfen werden.
Der am wenigsten zu berechnende Faktor in der gegenwärtigen Machtkonstellation sind allerdings die Regionen. Wenn schon nicht die Macht, so ist vor allem die Bedeutung der regionalen Eliten (bzw. die Bedeutung der Kontrolle dieses Teils der Eliten) im politischen System gewachsen. Hier entscheidet sich, ob die vielen durch präsidiale Dekrete geforderten Maßnahmen zur Importablösung, Förderung innovativer Projekte, der Förderung von Familien oder zur sozialen Absicherung sozial schwacher Gruppen tatsächlich mit den erhofften Effekten umgesetzt werden. Auf der einen Seite wird versucht, die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Regionen zu verstärken, gleichzeitig aber wird diskutiert, wie durch eine stärkere Zentralisierung politischer Macht, etwa die Abschaffung der Direktwahl der Bürgermeister*innen, der Zugriff auf politische Entscheidungsprozesse durch das Zentrum gestärkt werden könnte.

Spezialfall Emigration

Noch weniger berechenbar ist die Bedeutung der emigrierten ehemaligen Eliten. Es wäre naiv zu glauben, sie würden keine Bedeutung mehr haben. Eine unwahrscheinliche Masse an Telegram-Kanälen und sonstigen Internetressourcen (erreichbar in Russland wenigstens über VPN) wirken mehr oder weniger stark auf die Formierung oppositioneller Strömungen in Russland ein. Die in Russland verbotenen Plattformen, wie etwa Meduza, arbeiten nun vom Ausland her und versuchen, oppositionelle Positionen am Leben zu erhalten. Gleichzeitig sind sie der Weg, auf dem unzensierte Informationen aus Russland, wenn auch indirekt, ihren Weg in die Weltöffentlichkeit finden. Die Verbindungen der Emigrant*innen zu ausländischen Medien, Regierungen und sicher auch

Geheimdiensten, vor allem aber ihre starken Positionen im westlichen Wissenschaftsbetrieb beeinflussen natürlich auch die politische Gesamtkonstellation bezüglich des Verhältnisses des Restes der Welt und wesentlicher politischer Akteure zu Russland. Allerdings ist völlig offen, inwieweit sich diese Bemühungen in Veränderungen der Machtkonstellationen niederschlagen.
In den letzten Monaten haben vor allem zwei Kreise eine gewisse mediale Aufmerksamkeit erreichen können. Bereits kurz nach Kriegsausbruch hatte Michail Chodorkowski ein Antikriegskomitee gegründet. Der Ex-Oligarch stammt aus dem Milieu der Profiteure der Schocktherapie der 1990er Jahre und versuchte Anfang der 2000er Jahre eine politische Alternative zu Putin aufzubauen. Er verlor den Machtkampf und emigrierte nach einer Haftstrafe. Chodorkowski hatte sich sofort nach Kriegsausbruch in einem sehr emotionalen Video an seine früheren Mitstreiter*innen mit der Forderung gewandt, Widerstand zu leisten, ansonsten seien die Bande zwischen ihnen zerrissen. Dieses Komitee umfasst neben Unternehmer*innen auch Journalist*innen, Künstler*innen und Wissenschaftler*innen und ist eng mit dem Navalny-Umfeld verbunden. In Teilen der russländischen Öffentlichkeit werden deren Anhänger*innen als Verräter betrachtet. Allerdings ist es gerade diese in der Emigration wirkende neoliberale Opposition, die mit einem „Kongress des freien Russland“ (31.08.-02.09.2022 in Vilnius) offensichtlich auch wesentliche Teile der aktivistischen Antikriegsbewegung erreichte. Getragen von dem bereits erwähnten Antikriegskomitee und mit Rückendeckung und Unterstützung aus dem Europäischen Parlament sowie bei starker Präsenz von Politiker*innen aus Polen, Estland, Litauen und Lettland scheint es gelungen zu sein, einen erheblichen Teil der russländischen Emigration zu erreichen. Es versammelte sich eine kaum zu überschauende Vielzahl von Emigranten-Organisationen aus aller Welt, offensichtlich mit starker akademischer Verankerung. Den in den sozialen Netzwerken besonders präsenten Bewegungen Feministischer Widerstand gegen den Krieg, Media-Partisanen, Vesna und anderen wurde ein eigener Diskussionsraum geboten. Dieser wurde allerdings von der Vertreterin des Feministischen Widerstands recht kritisch gesehen. Ihr schien es, als ob das eher eine Unternehmenshauptversammlung wäre und kein Antikriegskongress. Ihren Bericht stellt sie unter die Überschrift „Suche nach einer gemeinsamen Sprache“. Die Struktur der Teilnehmer*innen legt nahe, das hier die neoliberale Opposition ihre Hoffnungen auf einen Putsch unter maßgeblicher Beteiligung des Westens durch ein breites Bündnis fundieren will.
Etwas obskur erscheint demgegenüber ein von Il’ja Ponomarjov Ende Oktober/Anfang November einberufener Kongress der Volksdeputierten. Ponomarjov war Mitglied der Duma und emigrierte 2014 im Zusammenhang mit seiner Ablehnung des Anschlusses der Krim an Russland. Seine politische Biografie ist bunt – er war Mitglied der KPRF und des Linksblocks, der Partei Gerechtes Russland und einer grünen Partei. Inzwischen ist er ukrainischer Staatsbürger. Er unterstützt bewaffnete Partisanenaktion in Russland selbst und betreibt Medienkanäle. An dem Kongress sollen vor allem ehemalige Abgeordnete und andere Politiker*innen aus Russland teilgenommen haben. Allerdings scheint die Resonanz gering zu sein. Dabei standen u.a. eine Reihe von Dokumenten, die im Vorfeld schon veröffentlicht wurden, zur Diskussion. Diese sollen die politische Ordnung nach dem Sturz der gegenwärtigen Regierung beschreiben. Dazu gehören eine „Verordnung über die Übergangsperiode“, eine „Akte über den nationalen Widerstand“ (praktisch ein Aufruf zum bewaffneten Sturz der Regierung), eine „Konzeption zur Gestaltung des politischen Systems“ und eine zu einem „Gesetz über Lustration“, mit dem eine umfassende Reinigung der Gesellschaft von allen irgendwie mit dem heutigen politischen System verbundenen Personen organisiert werden soll. Das mag eigentümlich wirken, aber wenn solche grundsätzlichen Dokumente erst einmal im Umlauf sind, könnten sie Inspiration für andere sein.

Unklare Perspektiven

Auch wenn in den westlichen Medien immer wieder versucht wird, einen Zerfall der politischen Macht in Russland zu suggerieren, besteht im Moment kein Grund, auf eine schnelle Veränderung

der Machtstrukturen zu rechnen. Die Opposition zu der von Putin repräsentierten Linie ist als Bewegung zerschlagen, die verschiedenen Gruppierungen in den Eliten kastenartig eingebunden und in hohem Maße von der Präsidialadministration abhängig. Materiell würde sich ihre Situation mit einem Umsturz kaum verbessern. Die bereits bei Kriegsbeginn konstatierte fatalistische Haltung „Es möge einfach irgendwie schnell vorbei gehen“ motiviert nicht zum Putsch. Das Fehlen jeglicher Ansätze von diplomatischen Lösungen des gegenwärtigen Konfliktes entzieht möglichen oppositionellen Bestrebungen jeglichen Boden. Diese Perspektivlosigkeit dürfte ein das gegebene System stabilisierender Faktor sein. Aber es ist auch klar, dass es so ewig nicht weiter gehen kann. Immer noch ist ein zentraler Punkt der Politik die Person, nicht der Präsident Putin. Selbst wenn der hinter ihm stehende Apparat stark sein sollte, kann der ihn nicht ohne weiteres ersetzen. Personalentscheidungen und Gesetze behindern zudem das Aufkommen von Alternativen, selbst von Fortsetzer*innen. Zudem ist die von Putin vertretene Linie der Erneuerung Russlands auch als innovationsorientierte Industriemacht offensichtlich nicht Gemeingut der russländischen Eliten. Die Logiken von Macht und Innovation blockieren sich gegenseitig.
Offen ist, wie sich nach der politischen Ausschaltung der „alten Generation der Oligarch*innen“ die neue Generation des Unternehmer*innentums, das im Kielwasser der räuberischen Privatisierungen, in Weiterführung von Unternehmen der Schattenwirtschaft in der späten UdSSR und/oder in neuerer Zeit auf „normal-kapitalistische“ Weise entstanden ist, verhalten wird. Politisch werden sie zur Zeit von kleineren Parteien, z.B. der Partei des Wachstums (Partija Rosta), vertreten. Ihr schwacher Punkt ist oft die Finanzierung ihrer Unternehmungen, da sie nicht mit den dominierenden oligarchischen Strukturen verbunden sind. Sie dürften es sein, die besonders von den Sanktionen getroffen werden – aber auch diejenigen, die ggf. von einer forcierten Importsubstitution profitieren könnten. Das sind auch die Gruppen, die die von der aus Teilen der akademischen Eliten heraus geforderte „Neue Industrialisierung 2.0“ oder auch „4.0“ unterstützen.
Das alles deutet darauf hin, dass die notwendig kommenden Umbrüche sich als Bewegung der Eliten abspielen werden, kaum als Bewegungen des Volkes, schon gar nicht der vielfach gespaltenen Linken. Aber auch das ist nicht sicher, weil Druck und Stagnation vor allem unter der jungen Generation zu einer deutlichen Ablehnung des gegebenen Systems führt. Bisher reagieren die Eliten durchweg mit verschiedensten Instrumenten ideologischer Uniformierung. Dass das ein tragfähiger Weg ist, ist nach den Erfahrungen der letzten 100 Jahre zu bezweifeln.

(Ergänzung vom 08.12.2022)
Dieser Tage wird in Russland erstaunlich intensiv über den Rückzug Aleksej Kudrins aus dem Rechnungshof debattiert. Eine Deutung ist, dass er sich auf eine Kandidatur für das Präsidentenamt vorbereite. https://t.me/neshulman/1974 Das scheint aber unwahrscheinlich. Offensichtlich ein Traum der Liberalen. Die Debatte über die Hintergründe dieses Schrittes ist aber nicht unbedeutend. Kudrin ist ein beinharter Neoliberaler, das zeigen auch seine Artikel zu theoretischen Aspekten der Staatsfinanzen. Wichtiger aber ist, dass er ein strategisch denkender Kopf ist. Er war Finanzminister, hat dann einen regierungsnahen think tank zu Zukunftsfragen geleitet und ist dann zum Chef des Rechnungshofes ernannt worden. Darüber hat er versucht, die Haushaltspolitik zielorientiert zu beeinflussen. Er hat immer wieder kritisiert, dass die Nationalen Projekte nicht effektiv geführt werden, auch wenn diese als solche für ihn als Neoliberalen ein Greul gewesen sein müssen. Er hat auch die Tätigkeit der Staatskonzerne kritisch durchleuchtet. Zuletzt hat er so die Ablösung des Chefs von Roskosmos Rogozin vorbereitet, den er öffentlich für eine laxe Umsetzung der aus den Präsidentenerlassen resultierenden Aufgaben kritisiert hatte.
https://meduza.io/news/2022/06/14/kudrin-otsenil-kosmicheskuyu-gosprogrammu-kak-neudachnuyu-rogozin-nazval-ego-professionalnym-liberalom-na-vysokoy-dolzhnosti
Wenn er jetzt als Berater zum Jandex-Konzern wechselt, wird davon ausgegangen, dass dieser als Kern eigenständiger Entwicklungen im Bereich IT profiliert werden soll.
Andere Kommentator*innen gehen davon aus, dass sich damit das Ausscheiden der verbliebenen, aber sehr einflussreichen Liberalen, insbesondere der Zentralbankchefin Elvira Nabiullina und des Chefs der Sberbank German Gref, andeute. https://t.me/rusbrief/72605

Welche dieser oder anderer Varianten eintritt, ist momentan völlig offen. Zumal dabei auch ein Faktor wirkt, der hier kaum wahrgenommen wird. Zwar ist die Bewegung gegen den Krieg völlig in den Untergrund gedrängt (gerade wurde die navalnynahe Jugendstruktur Vesna per Gerichtsbeschluss zur terroristischen Organisation erklärt https://t.me/TeamSobol/12773) oder in die Emigration gezwungen worden, dafür scheinen sich die sozialen Auseinandersetzungen wieder zuzuspitzen. Es wird zunehmend von Streiks und anderen Aktionen im Zusammenhang mit ausstehenden Lohnzahlungen und ungerechtfertigten Entlassungen berichtet. Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen bei Lieferdiensten. Es sind damit drei Faktoren, die den Versuchen der Befriedung durch staatliche Sozialleistungen entgegenwirken – diese Arbeitskämpfe (so klein sie von hier aus erscheinen mögen), das Chaos der Mobilisierung (das zur Folge hatte, dass Putin sagte, man müsse die Kaderarbeit der bewaffneten Kräfte insgesamt einer Revision unterziehen) und der Abfluss von intellektuellem Potential durch Emigration vor allem junger und qualifizierter Arbeitskräfte. Letzteres nimmt offensichtlich bedrohliche Ausmaße an https://www.forbes.ru/biznes/482101-minekonomrazvitia-zaavilo-o-sil-noj-ozabocennosti-iz-za-deficita-na-rynke-truda . Ob sich daraus unter den gegebenen Bedingungen eine Gegenmacht zu den im Beitrag beschriebenen von verschiedenen Teilen der Eliten getragenen Tendenzen ergibt, ist offen. Man sollte das aber als Potenzial in Rechnung stellen. Dies spricht auch dafür, Kontakte zu gewerkschaftlichen und linken Kreisen in Russland aufrecht zu erhalten.

13.12.2022

Dmitri Trenin hat vor zwei Wochen in „Russland in der Weltpolitik“ (Россия в глобальной политике) einen ausführlichen Artikel zur Situation im Konflikt zwischen Russland und dem „kollektiven Westen“ Unter dem Titel „Die militärische Spezialoperation in der Ukraine als Bruchpunkt der Außenpolitik des heutigen Russland“ (Специальная военная операция на Украине как переломная точка внешней политики современной России) vorgelegt.
(https://globalaffairs.ru/articles/perelomnaya-tochka/)
Der Artikel beschreibt den „gordischen Knoten“, den die gegebene Weltordnung hervorgebracht hat, in besonders klarer Form.
Trenin ist ein ernst zu nehmender Analytiker und man sollte seine Beiträge nicht als großrussische Apologetik abtun. Dieser ideologische Aspekt ist bei ihm marginal. Der Bezug auf den notwendigen „Patriotismus der Eliten“ und die „gesellschaftliche Solidarität“ ist nicht ausgeprägter als die der „europäischen Werte“ auf der Gegenseite. Er spricht die Widerspruchskonstellation, die er für ursächlich für den Krieg hält, klar aus – und die hat wenig mit der Ukraine als solcher zu tun. Zudem zeigt sich dem Beobachter eine bemerkenswerte Konsistenz zu allen strategischen Aussagen der letzten wenigstens zehn Jahre, auch der Analytiker*innen, die den Krieg nicht in Rechnung gestellt hatten bzw. eine solche Option als nicht zweckmäßig erachteten.
Trenin stellt weitgehend zutreffend die Eskalation der Beziehungen Russlands mit den westlichen Staaten und den USA dar – natürlich aus der Sicht der russländischen Interessen. In Vielem erinnert das an die die rhetorischen Kraftakte deutscher Politiker*innen in der Art: „deutsche Interessen müssen auch am Hindukush verteidigt werden“. Der Unterschied besteht lediglich darin, dass Deutschland so etwas aus der Position der Stärke, Russland nur aus der der Schwäche formulieren kann.
Bereits im ersten Satz seines Artikels nimmt er die zentrale Konsequenz der Entwicklungen des vergangenen Jahres vorweg:
„Das Wort „Bruch“ in der Überschrift des Artikels wurde bewusst gewählt. An einem „Wendepunkt“ kann man noch zurück, zum Ausgangspunkt zurückgehen, wo es eine Chance gibt, alles neu zu entscheiden. Bruch bedeutet die Unwiederholbarkeit des Gewesenen.“
[Anmerkung: An dieser Stelle übersetzt Deepl falsch, da es перелом (Perelom) als Wendepunkt, nicht Bruchpunkt wiedergibt.]

Wie immer man zu seinen Vorstellungen zur Lösung der Probleme stehen mag: Die Fakten, die er dann als Begründung dieser These zusammenstellt, sind kaum zu widerlegen.
Er verweist auf die in dieser Art beispiellose Isolation Russlands von vielen internationalen Organisationen, bis hin zur Verweigerung der Einreise vor russländischen Vertreter*innen zu Tagungen dieser Organisationen. Neben der Darstellung der Versuche politischer Isolierung betrachtet er ausführlich natürlich das Sanktionsregime. Er betont, dass natürlich die Variante der Kapitulation Russlands durchaus existiere, diese aber Russland nicht auf den 20.02.22 zurückbringen würde, auch nicht in das Jahr 2013 (2014 beginnt aus seiner Sicht der Bruch). Vielmehr würde das zu einer Katastrohe führen.
Auch diese These ist durchaus nachvollziehbar: Die bürgerliche Opposition im Lande ist zerschlagen, die in der Emigration (zur Zeit) in Russland selbst weitgehend wirkungslos, es gibt keine handlungsfähigen Massenbewegungen oder Gewerkschaften. Konsequenz wäre ein Machtvakuum und die Desintegration des Landes, die auch aus einigen linken Zusammenhängen als erstrebenswert erachtet wird. Ökonomisch, soziale und wahrscheinlich auch ökologisch wäre das eine Katastrophe, die schnell globales Ausmaß annehmen kann.
Er setzt dann fort:
„Das Vermeiden einer Niederlage ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Sieg. Ein "Einfrieren" entlang der Frontlinien wäre ein Eingeständnis Moskaus, dass es nicht in der Lage ist, die erklärten Ziele des "militärischen Spezialoperation" zu erreichen, d.h. eine moralische Niederlage. Außerdem wäre ein solches "Einfrieren" nur eine Atempause vor der wahrscheinlichen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch einen Gegner, der seine Maximalziele nicht aufgeben wird. Diese Möglichkeit besteht jedoch und wird, soweit feststellbar, von den Betroffenen auch erwogen.
Es gibt auch die Möglichkeit des strategischen Erfolgs. Wir verwenden hier bewusst nicht das Wort "Sieg", weil dieses Wort im kollektiven Bewusstsein nach 1945 begann, die vernichtende Niederlage des Feindes, seine vollständige und bedingungslose Kapitulation zu bedeuten. Im Falle der Ukraine wäre der strategische Erfolg die Übernahme des gesamten östlichen, südlichen und zentralen Teils des Nachbarlandes unter russische Kontrolle. Der westliche Teil der Ukraine, der sich außerhalb der russischen Kontrolle befindet, könnte im Prinzip nicht in den russischen zivilisatorischen Raum integriert werden; er würde zu einem Fremdkörper, zu einer Quelle der Instabilität.
Galizien und Wolhynien, die auf diese Weise ausgeklammert würden, würden unweigerlich zu einer Hochburg des ukrainischen Ultranationalismus und zu einem Brückenkopf westlicher Präsenz und westlichen Einflusses werden, aber dieser Brückenkopf würde nicht die kritische Masse erreichen, um Russland ernsthaft zu bedrohen. Der Gesamterfolg der russischen Politik in der Ukraine wird entscheidend von der Konsolidierung der militärischen Gewinne durch die politische, wirtschaftliche und ideologische Integration der kontrollierten Gebiete mit Russland abhängen. Diese Option wird enorme Ressourcen und engagierte Anstrengungen über viele Jahre hinweg und leider auch große Opfer erfordern, aber strategisch gesehen ist sie die richtige Wahl.
Eine Lösung des Ukraine-Konflikts bedeutet nicht, dass ein stabiler Status quo in Osteuropa geschaffen wird. Der westliche Druck auf Russland an der europäischen Front wird an mehreren Fronten fortgesetzt. Neben der Ukraine selbst, die der Hauptstreitpunkt bleiben wird, gehören dazu auch Belarus, Transnistrien, Kaliningrad und der Kaukasus. Moskau wird seine Position entlang der gesamten westlichen geopolitischen Front von der Arktis bis zum Schwarzen Meer stärken müssen, um sich behaupten zu können.“

Er fasst seine Analyseergebnisse wie folgt zusammen:
„ - In den Beziehungen Russlands zum Westen gibt es keinen Weg zurück; eine schwierige Konfrontation mit dem Westen ist auf lange Sicht garantiert;
- Russlands Niederlage in diesem Kampf wäre mit einer nationalen Katastrophe verbunden, eine nachhaltige Kompromisslösung ist unwahrscheinlich und ein Kompromiss auf Augenhöhe praktisch unmöglich; es gibt nur den Weg nach vorne;

- Die wichtigste außenpolitische Ressource Russlands ist die Position der Weltmehrheit, die nach größerer politischer, wirtschaftlicher und militärischer Unabhängigkeit auf der Weltbühne und Behauptung ihrer eigenen Identität im Rahmen der Weltzivilisation strebt;
- Die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen, technologischen, militärischen, informationellen, kulturellen und humanitären Interaktion mit den Ländern der Weltmehrheit ist für die gesamte absehbare Zukunft die wichtigste Richtung der russischen Außenpolitik;
- Russlands strategischer Erfolg ist real (möglich), und das Land verfügt über die notwendigen internen und externen Ressourcen, aber er erfordert einen starken politischen Willen der Führung, bedingungslosen Patriotismus der Elite und nationale Solidarität;
- Die Wege zum Erfolg sind im Allgemeinen offensichtlich, aber sie sind sehr schwierig zu gehen, mit unvermeidlichen Verlusten und Opfern verbunden; der Schlüssel zum Sieg ist eine nüchterne Einschätzung der Situation und der wichtigsten Trends, klare Ziele, richtig zugewiesene Ressourcen und eine ausgewogene staatliche Strategie."

Stellt man den Einfluss der Gruppierung um „Россия в глобальной политике" und die Moskauer Hochschule für Wirtschaft (an der Trenin arbeitet) in Rechnung, dann spricht das gegen jede Vorstellung von Kopflosigkeit und Panik im „Kreml". Obwohl die „Spezialoperation" anders gedacht gewesen sein mag und die Geschwindigkeit und Tiefe der Sanktionen und der Isolierungsversuche wahrscheinlich unterschätzt wurde, und, wie übrigens auch von Trenin festgestellt, das politische und wirtschaftliche System wie auch die Armee nach den Erfahrungen der Kriegsmonate eines Umbaus bedürfen, ist die Betonung der qualitativen Änderung der Situation und die Langfristigkeit der laufenden Veränderungsprozesse wahrscheinlich zutreffend.
Wenn es nicht gelingt, den Regierungen „des Westens" eine diplomatische Offensive abzutrotzen, die auch die Interessen der offenen oder potenziellen Verbündeten Russlands bezüglich einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung bedient, dürfte die Vermutung Trenins über einen langdauernden Konflikt zutreffend sein. Dies freilich erfordert einen ganz anderen Ansatz bereits auf der Ebene der Analyse. Es mag sein, dass der Ukraine-Krieg und der Versuch Russlands, einen Befreiungsschlag zu führen (China macht das subtiler), noch nicht den erhofften Erfolg bringen wird – aber das Tor ist damit geöffnet und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass es sich wieder völlig schließen wird.

Siehe auch:
https://ifg.rosalux.de/2022/12/08/wer-hat-die-macht-in-russland/
https://ifg.rosalux.de/files/2022/05/Elitentext0422.pdf

03.01.2023

Widerstand und Opposition

Der Jahreswechsel ist eine Zeit, in der sich auch viele Organisationen berufen fühlen, Bilanz zu ziehen. So finden wir auch in der Szene der Kriegsgegner bzw. der Linken in Russland (was ja bekanntlich nicht zusammenfällt) eine Reihe von Beiträgen, die dies tun – sei es direkt oder indirekt. Unter anderem haben der Feministische Widerstand gegen den Krieg (Феминистское Антивоенное Сопротивление) ihren Bericht über Aktivitäten im Dezember 2022 (https://teletype.in/@femantiwarresistance/report29112812) und die Russländische Sozialistische Bewegung (Российское социалистическое движение) einen über die Aktivitäten im gesamten Jahr 2022 (https://t.me/rsd_tg/4707) vorgelegt, in denen sie auch über ihre Einnahmen und Ausgaben informieren.

Der **Feministische Widerstand** hat im vergangenen Monat eine Spendenaktion für die Anschaffung eines Generators für ein Krankenhaus in der Ukraine durchgeführt. Außerdem unterstützen sie Freiwillige, die sich um die Versorgung von nach Russland deportierten Ukrainer*innen mit Essen, Medikamenten usw. kümmern. Unter ihren propagandistischen Aktivitäten betonen sie die Verbreitung von Informationen, wie man im Falle der Einberufung reagieren sollte, die Eröffnung einer online-Ausstellung über russländische Frauen, die gegen den Krieg eintreten (https://www.instagram.com/women_against_war/), die Fortsetzung der Herausgabe ihrer Anti-Kriegszeitung „Zhenskaja Pravda" (https://t.me/femagainstwar/6554) sowie die Verbreitung von Flugblättern. Sie verbanden die Agitation gegen den Krieg mit einer Aktion „Der Krieg beginnt zu Hause", die sich gegen Gewalt gegen Frauen richtet. Die Organisation initiierte eine „Petition der Mütter" zur Beendigung des Krieges auf change.org. (https://tinyurl.com/37h6zbkd) Zudem beteiligten sie sich an einem Kongress zivilgesellschaftlicher und horizontal organisierter Antikriegsinitiativen in Berlin. Das Netzwerk berichtet über acht ihrer Zellen in verschiedenen Teilen der Welt, unter anderem in Berlin. Für die Neujahrsnacht hatten sie eine Aktion „Stille Nacht" organisiert. Die Neujahrsnacht sollte nicht laut, nicht mit Pyrotechnik und lauter Musik begangen werden, um Solidarität mit den aus der Ukraine geflüchteten Menschen zu zeigen. (https://t.me/femagainstwar/6572)
Die Russländische Sozialistische Bewegung (aus dem trotzkistischen Spektrum) hebt in ihrem Bericht ihre 70 Aktivitäten zur Unterstützung von politischen Häftlingen in Russland hervor. Auch sie haben den Widerstand gegen den Krieg durch die Verbreitung von 1500 Vorlagen für Flugblätter unterstützt. In acht Onlinediskussionen zu Fragen von Frieden, Imperialismus und Zukunft erreichten sie über 8000 Zuschauer*innen. Bei den im Herbst stattgefundenen Kommunalwahlen unterstützte die Organisation 4 Kandidat*innen. Ähnlich wie andere linke Organisationen (einschließlich der KPRF) unterstützen sie den aktuellen Arbeitskampf der Gewerkschaft „Kurier" (verankert in den Lieferdiensten).

Wie auch die meisten anderen Organisationen aus der russländischen Antikriegsbewegung werden ihre Berichte vom Ausland aus in das Internet eingespeist und offensichtlich auch formuliert. Wobei auch zum Jahreswechsel der Begriff der „Bewegung" nicht im Sinne eines organisierten Blockes verstanden werden kann, sondern eher als gemeinsame Tendenz in einem sehr diversen politischen Spektrum. Trotz der gemeinsamen Betroffenheit von harter politischer Repression, Wahlverfälschungen und der gleichermaßen praktizierten Solidarität mit sozialen, und Arbeitskämpfen ist von außen weiter keine Annäherung zwischen den verschiedenen Strömungen zu beobachten. In ihren Extremen bleibt es dabei: für die eine Seite bleibt eine „Niederlage" oder auch die Zerschlagung Russlands der Ausgangspunkt für eine proletarische Revolution in Russland und der Ukraine, für die andere der Sieg über die Ukraine und die Ausschaltung des Kapitals in der damit verbundenen Krise der für eine sozialistische Umgestaltung. Dazwischen liegt die Vorstellung der Navalny-Strömung, dass der Zerfall des Landes irgendwie eine bürgerliche Demokratie hervorbringen würde. **Vesna**, eine der wichtigen Organisationen aus diesem Feld, die eine große Rolle bei der Organisation von Anti-Kriegs-Protesten spielt(e), wurde Anfang Dezember gerichtlich zu einer „extremistischen Organisation" erklärt. (https://t.me/TeamSobol/12773) Ob die Navalny-nahe Emigration wirklich das Potenzial hat, Putin zu stürzen (https://www.handelsblatt.com/politik/international/russland-nawalnys-netzwerk-wie-sein-team-am-sturz-von-putin-arbeitet/28719598.html) ist im Moment nicht absehbar. Diese Gruppierung setzt offensichtlich unverändert auf einen wie immer gearteten Staatsstreich. Ob es dafür eine Grundlage gibt, ist fraglich. Beobachter*innen konstatieren eine harte Diskussion um die weitere Ausrichtung der Politik (https://carnegieendowment.org/politika/88630). Auch scheint vor allem in wirtschaftspolitischer Hinsicht die intensive Kaderpolitik durch Umverteilung von Zuständigkeiten und Posten für einen fortgesetzten Suchprozess zu sprechen. Ob diese Auseinandersetzungen aber die behauptete Schärfe haben, ist von hier aus nicht prüfbar.

Die entscheidenden gegensätzlichen Positionen im links-oppositionellen Feld betreffen nach wie vor die Bewertung des Krieges in der Ukraine und die Frage nach der Zukunft Russlands.
Zum Jahreswechsel wurde dieser Bruch im Umgang mit dem Jahrestag der Gründung der Sowjetunion deutlich. Die **KPRF und ihr Umfeld** haben aus diesem Anlass ihre Position zum Krieg als einem aus der Bedrohung Russlands durch die NATO resultierenden Fakt bestätigt und sehen unverändert diesen Krieg als gerechtfertigt an, wie dies der Parteivorsitzende Zjuganov zum wiederholten Male vor der Duma am 22.12.22 ausführte.
(https://kprf.ru/party-live/cknews/215491.html) Diese Strömung, die im Unterschied etwa zur RSD oder zum Feministischen Widerstand hinaus noch Massencharakter trägt, nutzte den Jahrestag der Gründung der Sowjetunion, um auf der einen Seite mit dem Verweis auf das Erbe des sowjetischen den russländischen Kapitalismus anzuprangern auf der anderen Seite die Bedeutung eines starken Russland für die Kämpfe der Werktätigen betonen. (https://t.me/kom_mir/2620) Dabei kann sie sich durchaus auf eine nach wie vor positive Bezugnahme auf die Sowjetunion in weiten Teilen der Bevölkerung stützen, obwohl eine Mehrheit die Wiederherstellung des Landes für unmöglich hält. https://wciom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/100-let-sssr-zabyt-nelzja-vernutsja)

Für alle in irgendeiner Weise links-oppositionellen Strömungen bleibt in Russland das Internet das entscheidende Kommunikationsmedium. Besondere Bedeutung besitzen die Telegram-Kanäle, die aber meist in russischer Sprache bedient werden. In den letzten Monaten ist aber auch die Zahl der in englischer Sprache erscheinenden Internetmedien aus diesem Spektrum gestiegen. Verwiesen sei hier auf PosleMedia https://posle.media/language/en/posle-media/ und Russian Dissent https://russiandissent.substack.com/ , auf denen man sich über die Positionen russländischer Intellektueller (auch solcher, die noch im Lande geblieben sind) informieren kann.

Der liberale Politologe Ivan Kurilla formuliert auf dem dem Sacharov-Zentrum nahestehenden Telegram-Kanal „O strane i mire“ seine Vision der Zukunft Russlands als Generationenwechsel. Die Kommunikation über das Internet und die unter dem Druck der politischen Verhältnisse in den letzten beiden Jahrzehnten entstandenen Netze horizontal orientierter gegenseitiger Unterstützung seien ein Indikator für die Entwicklung einer neuen Generation, die nicht mehr mit den alten Hierarchien der bisherigen Opposition(en) verbunden sein wird. https://t.me/stranaimir/2018 Die Auseinandersetzungen würden sich mehr zwischen der alten hierarchieorientierten Generation und der neuen, netzorientierten abspielen. Freilich lässt auch das das „Wie“ offen.

31.01.2023

Regional- und Sozialpolitik

Im Mittelpunkt der Politik und der Diskussionen im politiknahen Raum stehen weiter die Rolle der Regionen und die Frage, wie die soziale Situation angesichts von Krieg und Sanktionen stabil gehalten werden kann. Die Versorgung der Streitkräfte und die soziale Befriedung scheinen die tatsächlichen Hauptpunkte der momentanen Agenda zu sein. Es wird davon ausgegangen, dass eine strategische Linie der Staatsmacht ist, den Staatshaushalt vor allem auf Kosten der großen privaten Unternehmen zu füllen und dabei soziale Leistungen zu sichern und zu erhöhen. Zentral ist dabei weiter die Unterstützung von Familien mit Kindern. Dem sollen auch anstehende Änderungen im Steuerrecht entsprechen. (https://t.me/borislutset/1350 und https://t.me/russica2/50388)
Diese sollen auch eine Veränderung der Methode der Steuererhebung bei den Ölproduzenten einschließen, die es erlauben soll, Ausfälle für den Staatshaushalt zu kompensieren. Dabei geht es um eine Veränderung der Besteuerungsgrundlage.
(http://kremlin.ru/catalog/keywords/128/events/70399) Im Umkehrschluss bedeutet das aber, dass

die Unternehmen hinreichend Gewinn machen – die Frage eben nur darin besteht, wie welche Beträge durch den Staat abgeschöpft werden können.
Dem entspricht wohl auch eine scheinbare Kleinigkeit, wie ein Gesetzesprojekt zum Verbot von Inkassobüros (https://t.me/russica2/50411) , das von der Geschäftswelt vehement bekämpft wird. In diesen Bereich fallen auch neue Regeln der Zentralbank für den Finanzsektor, die eine Höchstsumme für Kreditverbindlichkeiten festlegt. Dahinter steht eine wachsende Schuldenlast in Teilen der Bevölkerung. Kagarlitzkij verweist auf die Absurdität, dass die Duma ein Gesetz, das Moratorium für Zwangsräumungen im Falle von Schulden verankern sollte, abgelehnt hat. (https://t.me/kagarlitsky/1048)
Ein strategischer Zweig in der Regionalpolitik ist die Aktivierung der Öffentlichkeit in den Regionen zur Unterstützung des Krieges (https://t.me/russica2/50351) und der kämpfenden Truppe aus der jeweiligen Region (https://t.me/russica2/50352) Von den Beamten wird Bescheidenheit gefordert (https://t.me/russica2/50353), auch, um das Vertrauen in die Führung zu stärken.
Das alles geschieht mit dem Blick auf die Regionalwahlen (https://t.me/russica2/50367 und https://t.me/russica2/50368), die als wichtige Generalprobe für die Präsidentschaftswahlen im März 2024 betrachtet werden. Regionen und Gouverneure werden in der „Wahlmaschine“ 2024 eine zentrale Rolle spielen. Als zentrale Probleme für die Regionalregierungen und die Kommunen werden der Komplex Wohnen und kommunale Dienstleistungen benannt. (https://t.me/russica2/50369) https://t.me/russica2/50392 . Bis ins Detail werden schon seit Monaten die einzelnen Gouverneure öffentlich beobachtet und ihre Chancen auf Wiederwahl diskutiert. (zuletzt https://t.me/russica2/50393 und https://t.me/russica2/50394)
Dahinter mag auch stehen, dass das Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit ausgerechnet in den parlamentarischen Bereich und die regionalen Staatsorgane schwach ist, hingegen zum Präsidenten hoch. Eine Langfristuntersuchung aus dem vergangenen Jahr bestätigt das: Eine Mehrheit ist der Auffassung, dass Arbeiter, Bauern, Unternehmer, die Mittelklasse, die Jugend, Militärs, Führungspersönlichkeiten und die Intelligenz die Entwicklung des Landes befördern, wobei letztere heute seltener erwähnt werden, als vor 15 Jahren. (Karavay, Anastasia (2022). The social capital of Russian society in the face of external shocks of different nature, in: Voprosy teoretičeskoj ėkonomiki, Vol. 6(4), 134–148, S. 145f.)

Stimmung

Die Stimmung im Land scheint unverändert unentschieden. Levada führte Mitte Januar eine Befragung zu den Wirkungen des Gesetzes über „ausländische Agenten“ auf die Bevölkerung durch. Es gibt Wirkungen, aber sie nicht sehr ausgeprägt.
Eine andere Befragung befasste sich mit dem Einfluss, den man auf den Lauf der Dinge im Lande hat. Im Dezember 2022 meinten 19 Prozent der Befragten, dass sie mindestens in bedeutendem Maße auf das, was im Lande vor sich geht, Einfluss nehmen können. Das wäre der höchste Wert seit 2006, wo 4 Prozent dieser Meinung waren. Damals meinten 74 Prozent, dass sie überhaupt keinen Einfluss hätten, heute sagen das 45 Prozent. (https://www.levada.ru/2023/01/13/chuvstvo-otvetstvennosti-i-vozmozhnosti-vliyat-na-situatsiyu/)
Zu generellen Lage ergab sich folgendes Bild: 54 Prozent haben Angst vor einem Weltkrieg, 30 vor einer Wende zu mehr Repression bzw. einer weiteren Verschärfung des politischen Regimes. (https://www.levada.ru/2023/01/09/massovye-strahi-v-dekabre-2022-goda/)
Die auch angeführte Angst vor dem Atomkrieg vermerkt auch eine Umfrage, die auf dem Telegram-Kanal Nezygar veröffentlicht ist. (https://t.me/russica2/50319 und https://t.me/russica2/50327) An gleicher Stelle wird konstatiert, dass der Anteil derer, die den Übergang zu Friedensverhandlungen bejahen, wächst. (über 50 Prozent) Trotzdem bleibe die Zustimmung zum Vorgehen der Armee in der Ukraine groß (80-85 Prozent), wobei es keine gemeinsame Vorstellung zu den Zielen des Krieges

gäbe. ("amorph und verschwommen") Weiter sei das Gefühl der Unbestimmtheit der Zukunft beherrschend.
All das ändert freilich in den Umfragen nichts die Zustimmung zur Politik des Präsidenten. Mögen die Umfragen auch manipuliert sein, auch in den Berichten, die aus Opposition oder Untergrund hierher gelangen ist von Widerstand, aber nicht von einer Umsturzstimmung die Rede. Vor diesem Hintergrund ist der Vorstoß von Kasparov und Chodorkovskij vom 20. Januar (https://www.foreignaffairs.com/ukraine/dont-fear-putins-demise?check_logged_in=1) eher als Platzhalter für mögliche oppositionelle Konstellationen in den Eliten, als als politischer Plan zu verstehen. Der Artikel wird in Russland als Anbiederung an den Westen ohne praktische Bedeutung gesehen.

Widerstand

Der Widerstand gegen den Krieg geht weiter, artikuliert sich aber immer noch in Kleinarbeit – vom Flugblatt bis Sabotage.
Der Feministische Widerstand gegen den Krieg ist offen sichtlich in Russland selbst wie auch im Ausland mit beachtlicher Wirkung aktiv. Der telegram-Kanal hat inzwischen mehr als 40 Tsd. Abonnent*innen. Unter den beobachteten Angeboten hat sie damit die mit Abstand größte Reichweite unter der Opposition gegen den Krieg Russlands. Die Plattform verbindet die Kritik der Geschlechterverhältnisse in Russland immer stärker mit dem Widerstand gegen den Krieg. Themen, wie häusliche Gewalt, Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen (derzeit 20% in Russland), die Versuche der Russisch-orthodoxen Kirche, das Abtreibungsrecht zu kippen, die faktische Illegalisierung der LGBT, die Lage von kleineren Völkerschaften in Russland und die Lage der politischen Gefangenen werden mit dem Widerstand gegen den Krieg verbunden. Anhaltend auch die stark künstlerisch vermittelten Formen dieses Widerstands. Auch die Aktion Grünes Band wird fortgesetzt. (https://t.me/zelenayalenta/3785)

Arbeitsmarkt

Bemerkenswert ist der hohe Stellenwert, den in den letzten Wochen die Diskussion zur Arbeitsmarktsituation einnimmt.
Nachdem am 18.01. bekannt wurde, dass Duma-Abgeordnete an einem Gesetz arbeiten, um Ausgereiste enteignen zu können, wird ein solches Vorgehen von Regierungsseite dementiert. Vielmehr strebe man danach, dass die Ausgereisten zurückkehren. (https://t.me/russica2/50338) In diesem Sinne wird in Nachrichten immer wieder betont, dass Studierende, die im Ausland waren, nun zurückkehren und auch solche aus dem Ausland wieder ihr Studium in Russland fortsetzen. Dahinter steht vor allem die Angst um die Qualität der Arbeitskraft. (https://t.me/russica2/50343) Es bestätigt sich die Beobachtung, dass die besser qualifizierten und jungen Arbeitskräfte das Land verlassen, wobei sie zu einem großen Teil dann von dort aus weiter für ihre Unternehmen arbeiten. Zusätzlich wird befürchtet, dass die Sanktionen und der Krieg zu einer Rearchaisierung der russländischen Wirtschaft führen, und das zu einer Rearchaisierung der Arbeitskraft. Damit würde eine Abwärtsspirale eingeleitet. Der Autor des angeführten Beitrages meint zwar, dass diese Tendenz nicht beherrschend werden wird, aber er rechnet damit, dass Diskussionen über die "Vertreibung" emanzipierter (aber daher nicht genehmer) Arbeitskraft weitergehen wird.
Obwohl ein Defizit an qualifizierter Arbeitskraft konstatiert wird, wird auf der anderen Seite auch davon gesprochen, dass die verdeckte Arbeitslosigkeit einen Höchststand (13 Prozent) erreicht habe. (https://t.me/rabkor/8171)

15.02.2023

Opposition und Widerstand

Unverändert bleibt die Unterstützung von politischen Gefangenen, von Krieg und Mobilisierung betroffenen und Solidarität mit den in der Ukraine vom Krieg betroffenen Menschen Schwerpunkt der Arbeit der meisten Gruppierungen in Russland, die gegen den russländischen Krieg auftreten. Auf dem Kanal des Feministischen Widerstands wird z.B. über ein Theaterprojekt berichtet, bei dem über das Mittel der Improvisation psychologische Unterstützung gewährt werden soll. https://t.me/femagainstwar/7117

Die Reaktionen der Staatsmacht auf jeden Versuch öffentlichen Protestes sind unverändert schnell und entschieden. Kurz nachdem im Büro der Partei Jabloko (einst als sozialdemokratisches Projekt gegründet, heute nahezu bedeutungslos) in St. Petersburg eine Ausstellung mit Arbeiten gegen den Krieg der Künstlerin Elena Osipova https://t.me/femagainstwar/6950 eröffnet wurde, wurde die Örtlichkeit durch die Polizei abgesperrt. https://t.me/spb_yabloko/1368 Es setzen sich genauso die Versuche fort, durch Entlassungen Kriegsgegner*innen zu maßregeln. Berichtet wird gerade über den Fall einer Ärztin und Gewerkschafterin in Omsk, die wegen ihrer Äußerungen gegen den Krieg entlassen wurde und nun das Land verlassen haben soll. https://t.me/femagainstwar/6956 / https://t.me/strikefund/1006 Ein anderer Fall ist der eines Arbeiters, der entlassen wurde, weil er die Pro-Kriegs-Flugblätter einer „gelben“ Gewerkschaft zerriss. https://t.me/levsd/2167

Daneben spielt der Widerstand gegen die in den letzten Monaten forcierten Angriffe auf LGBT und auf die Rechte von Frauen eine große Rolle. So wurde für den 5. Februar in Tscheljabinsk eine Protestaktion gegen das Verbot von Abtreibungen und die Einschränkungen der reproduktiven Rechte vorbereitet. https://t.me/femagainstwar/6951
Diese Auseinandersetzungen sind nicht neu, sind aber im Zuge der Formierung der Gesellschaft auf den Krieg hin schärfer geworden. Offensichtlich fühlen sich auch militante Gegner*innen von LGBT- und Frauenrechten ermutigt, aktiver aufzutreten. In Ekaterinenburg wurde eine Diskussionsveranstaltung nach einer Anzeige eines solchen Aktivisten durch Sicherheitskräfte gesprengt. https://t.me/rabkor/8186 Bisher stellen sie zwar noch eine Minderheit dar, wie sich das unter dem Druck des Krieges entwickelt, ist offen. Der Protest dagegen bleibt beharrlich und kreativ. In St. Petersburg baute eine unbekannte Person eine „Miniaturpride“ auf. Hier die Bilder: https://t.me/femagainstwar/7123 Ein anderes Projekt versucht, über Wi-Fi Antikriegslosungen zu verbreiten – eine allerdings riskante Methode, die man nur mit entsprechender Qualifikation angehen sollte. https://t.me/femagainstwar/6952
Ebenso setzen sich gewerkschaftliche Kämpfe fort. Die schon mehrfach erwähnte Gewerkschaft Kurier ist dabei ein zentrales Feld https://t.me/strikefund/1010 Zur Erinnerung: es geht um das Streikrecht, um Arbeitsbedingungen und Bezahlung bei Lieferdiensten. Wegen seiner Aktivitäten und seiner Gegnerschaft zum Krieg drohen ihm 5 Jahre Haft.

Aber auch die aktuellen Auseinandersetzungen in der Welt werden verfolgt. Besonderes Interesse riefen die Proteste in Frankreich gegen die Rentenreform https://t.me/rabkor/8418 und natürlich die Proteste im Iran hervor. Die Alternative Feministische Linke verfolgt die Entwicklungen sowohl in Russland, als auch in der Welt, so zuletzt mit einem Bericht über die Lage der Frauen in Turkmenistan. https://t.me/alt_fem/177 Auch die Proteste gegen RWE fanden Beachtung https://t.me/levoradikal/1600 , wie auch Arbeitskämpfe in China. https://t.me/levoradikal/1636

Natürlich bleibt das Thema der Zukunft Russlands immer präsent. Eine Linie ist dabei die Diskussion über die „Dekolonialisierung“ Russlands. https://sotaproject.com/article/dekolonizacziya-po-russki

Dazu fand Ende Januar ein Kongress separatistischer Strömungen in Brüssel statt. Dieser Begriff erscheint in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder, ohne dass sich daraus ein handhabbares Konzept destillieren lassen könnte. Eine Extremposition ist dabei der konsequente Separatismus, die Aufteilung des Landes entlang welcher Linien auch immer. Ab 16. Februar soll eine Gruppierung nun ein Online-Referendum über die Auflösung Russlands starten. In diesem Moment veröffentlich auch der Telegram-Kanal Nevojna unter einem anderen Gesichtspunkt einen Beitrag, in dem die Frage gestellt wird, ob die nationale Frage Russland zerreißen könnte. https://t.me/narodpv/2936 Dabei geht es um die Behandlung von Soldaten, die nationalen Minderheiten angehören. Ein Thema, das immer wieder in den Diskussionen erscheint. Allerdings scheint das Szenario des Zerfalls im Moment in Russland und seinen Regionen selbst keine Grundlage zu haben, zumal es auch stark von der Emigration getragen wird. Aber das kann sich in Krisensituationen plötzlich ganz anders darstellen, daher sollte das auch beobachtet werden.

Wie schon die letzten Monate auch ergeben sich vor allem im Bereich der Gewerkschaften und der feministischen Politik viele Berührungspunkte zwischen den Kämpfen in Russland und hier.

28.02.2023

Stimmung

Dennis Volkov zieht eine Bilanz der von Levada seit Kriegsbeginn durchgeführten Meinungsumfragen.

Die Zwischenüberschriften zeigen die Tendenz:

Konsolidierung unter Vorbehalt (keine Kriegsbegeisterung, eher Kriegsakzeptanz, verstärkt durch den umfassenden Sanktionskurs)
Optimismus bezüglich der Wirtschaft (es ist nicht so schlimm gekommen, wie befürchtet)
Helden in Kriegszeiten (die Männer an der Spitze und wenige andere)
Verstärkung der Polarisierung (konstante Ablehnung des Krieges bei 20-25 Prozent der Befragten, Generationenbruch, Polarisierung auch bei der Nutzung von Informationsquellen)

Die Zusammenfassung:

„Alles in allem ergibt sich ein komplexeres Bild der öffentlichen Meinung, als es den Anschein haben könnte, wenn man nur die hohen Zustimmungsraten für die Regierung und die Gesamtzahlen der Unterstützung für die "Spezialoperation" betrachtet. Parallel zur Konsolidierung der öffentlichen Meinung über die Führung des Landes haben sich die öffentliche Polarisierung und der Druck auf Andersdenkende, auf die jüngeren und westlich orientierten städtischen Schichten, verstärkt. Dieser Druck geht sowohl von den Behörden als auch von der Mehrheit der Bevölkerung aus. All dies bedeutet, dass die Widersprüche innerhalb der russischen Gesellschaft nicht gelöst, sondern nur verschleiert werden. In dem Maße, in dem sich die Gesellschaft an die neue Situation gewöhnt, werden sich diese Widersprüche mit neuer Schärfe zeigen.“ Ausführlich: https://www.forbes.ru/mneniya/485310-god-specoperacii-k-cemu-prislo-rossijskoe-obsestvo (Die Übersetzung mit Deepl liefert ein brauchbares Ergebnis.)

Arbeitskämpfe

Mehrfach wurde schon darauf verwiesen, dass auch unter den Bedingungen des Krieges es immer wieder zu Arbeitskämpfen kommt. Gerade ist eine Analyse zu den im Jahr 2022 erfassten Aktionen von Beschäftigten und Gewerkschaften erschienen. Das Projekt ZabastKom (https://www.zabastcom.org/) registrierte 575 Arbeitskämpfe, nach 398 im Jahr 2021. Den Schwerpunkt bildeten Proteste gegen das Vorenthalten von Arbeitslohn und weitere Fragen der Entlohnung Es folgen mit großem Abstand die Arbeitsbedingungen und Fragen der Geschäftspolitik der Unternehmen. Besonders viele Auseinandersetzungen gab es im Gesundheitswesen, in der verarbeitenden Industrie, im Bau- und im Transportwesen. Erfolgreich waren vor allem Streiks, Beschwerden bei staatlichen Aufsichtsbehörden oder Klagen vor Gericht sowie die Nutzung von Massenmedien. https://www.youtube.com/watch?v=HOq2KRuNFng Das Projekt erfasst auch Aktionen in den Nachbarländern. Dabei ragt vor allem Kasachstan mit über 100 Arbeitskämpfen heraus.
Die Plattform lebt von Beiträgen der Nutzer*innen. Unter anderem findet man hier Informationen über konkrete Kampfaktionen, die auf diesem Weg bereitgestellt werden.
https://www.zabastcom.org/conflicts Verwiesen wird auch auf anderen Quellen zu Problemen des Arbeitslebens, etwa zu Berichten über Arbeitsunfälle.

Staatlichkeit

Auch die Diskussionen über den Charakter des politischen Systems in Russland und den damit verbundenen Perspektiven gehen weiter. Vor dem Hintergrund der oben genannten Umfragen und der in den Arbeitskämpfen deutlich werdenden anhaltenden sozialen Konflikte verdient folgender Beitrag Beachtung, auch wenn die Reichweite der hinter der Quelle stehenden Organisation schwer einzuschätzen ist. https://altleft.org/2023/01/22/fashizm-ili-neofashizm-kak-borotsja-s-diktaturami-v-informacionnuju-jeru/ Auf jeden Fall erhalten wir einen interessanten Einblick in die Diskussionen der Opposition und in die Problemlage im Verhältnis ihrer verschiedenen Strömungen zueinander.

Analysen

Das Projekt AltLeft (der analytische Arm von levoradikal) publizierte diesen Beitrag, in dem die These, dass Russland faschistisch sei, verworfen wird. Es sei neofaschistisch. Die Autorin Liza Kostikova arbeitet die aus ihrer Sicht wesentlichen Unterschiede zwischen Faschismus und Neofaschismus heraus. Sie bezieht das vor allem auf die Unterschiede zwischen den genutzten Herrschaftsinstrumenten und formuliert folgende Bilanz:

„Wir haben die Hauptmerkmale von Putins Neofaschismus identifiziert, die ihn von klassischen faschistischen Diktaturen unterscheiden: Setzen auf Informationen und politische Technologien, Nutzung der Schwächen von Konkurrenten, effektiver Einsatz von Geld und Ressourcen.

Der Unterschied zwischen Neofaschismus und Faschismus legt zumindest eine unumstößliche Schlussfolgerung nahe: Wir können nicht mit den alten Methoden handeln. Wir können uns von den antifaschistischen Kämpfen vergangener Generationen inspirieren lassen, aber wir können nicht ihre Methoden zur Bekämpfung der Diktatur übernehmen.

Putins Regime setzt keine Massenrepression ein, sondern organisiert Schauprozesse und trennt Aktivisten und Gesellschaft durch die selektive Anwendung repressiver Gesetze. Was ergibt sich daraus?

1. Modelle des Widerstands, die sich auf Führungspersönlichkeiten oder „Marken“ stützen (wie im Fall von Trump und Nawalny), sind auf den Kampf gegen den Putinismus nicht anwendbar. Wir können nicht unter einer einheitlichen Marke agieren und sogenannte Frontmänner (Frontfrauen) im Land haben. Für die Informationsautokratie ist es wichtig, die Zerschlagung jeder Kraft zu zeigen, die sich der Gesellschaft als organisiert präsentieren könnte und eine Bedrohung für das Informationsmonopol der Macht darstellt. Wir werden weniger verwundbar sein, wenn wir für den Repressionsapparat „unverständlich“ werden. Wenn es keinen Führer und keinen Namen für die Bewegung gibt, existiert dann die Bewegung selbst? Wen verfolgen, wen fangen? Wo soll man suchen?
2. Die gleiche Schlussfolgerung gilt für ausländische Zentren, da Korruption und Druck auf Verwandte von Führern und bedeutenden Aktivisten eine Bedrohung für Marken- und zentralisierte Bewegungen darstellen. Beispiele sind tschetschenische Oppositionelle, FAS (Feministischer Antikriegswiderstand), Navalnisten.
3. Vernetzung und Anonymität sind längst keine Zeichen marginaler Nischengemeinschaften von Radikalen. Dies ist eine notwendige Bedingung für jeden Widerstand gegen den Neofaschismus. Politisches Kapital kann jetzt innerhalb Russlands in Tod oder Gefängnis umgewandelt werden. In gewissem Sinne ist es unsere Aufgabe, es zu vergesellschaften. Der Kommunismus des politischen Kapitals in Russland ist die böse Ironie der Geschichte.
4. Informationsdominanz und ideologische Flexibilität ermöglichen es dem Regime, jedes Wertesystem an die Ziele der herrschenden Elite anzupassen. Das russische Regime ist bereit, gleichzeitig als Erbe von Weißen und Roten aufzutreten und sogar den "Anarchisten" Monson als Propagandisten des Krieges darzustellen. Es ist notwendig, Versuche aufzugeben, Informationsarbeit auf der Grundlage jeglicher Werteaxiomatik, ideologischer Klischees aufzubauen. Stattdessen ist es notwendig, von den materiellen Interessen der Gesellschaft, den Klasseninteressen verschiedener Schichten, den Interessen einzelner Familien und territorialer und nachbarschaftlicher Gemeinschaften auszugehen. Putin manipuliert Werte. Wir müssen sie ignorieren und die Zahlen zeigen und den Russen beibringen, zu rechnen. Und es geht nicht darum, Reparationen zu zählen, sondern um alltägliche und verständliche Dinge – wie Lebensmittelpreise. Es ist wichtig, keine falschen Vorhersagen zu treffen, wie es bei Liberalen regelmäßig der Fall ist. Wer würde zum hundertsten Mal der Vorhersage von Putins bevorstehendem Tod oder dem Zusammenbruch des Regimes glauben, wenn sie sich bereits 99 mal als clickbait herausgestellt hat? Der Handel mit Erwartungen und Hoffnungen ist das, was wir der rechtsliberalen Opposition überlassen werden.
5. Traditionelle Bindungen in der Gesellschaft stellen keine bedingungslose Quelle der Macht des Neofaschismus dar. Sie sind für seine Bedürfnisse formatiert, aber in der Familie und im Traditionalismus liegt die Verwundbarkeit des Regimes. Die Aufgabe der Anti-Neofaschisten — verwenden wir einen solchen Ausdruck —, besteht darin, die Interessen der Familie und der Demokratie, die Bedürfnisse der ärmsten Schichten und die Befreiung von der Diktatur miteinander zu verbinden. Der schwerste Schlag gegen Putin könnte von unten kommen, von seinen eigenen Anhängern. Putin hat Angst vor mobilisierten Müttern. Er war gezwungen, ihre Pressekonferenz zu ignorieren, wagte es nicht, offen zu verfolgen und sammelte falsche Mütter und Verwandte der Mobilisierten. Putin wird nicht von LGBT-Leuten bedroht – das hat ihm Angst gemacht. Putin wird von spontanen rechten Basisbewegungen bedroht, so dass Nationalisten in den 00er Jahren zu den ersten in Russland gehörten, noch vor den Anarchisten, die zerschlagen wurden. Das bedeutet nicht, nach rechts zu gehen. Das bedeutet, dass es notwendig ist, mit dem Konservatismus und Traditionalismus der unteren Klassen zu rechnen und aufzuhören, mit diesen spontanen Konservativen vom Standpunkt der "progressiven" Werte von oben herab zu reden.

Wir haben uns die Hauptunterschiede zwischen Faschismus und Putins Neofaschismus angesehen und auch versucht herauszufinden, welche Schlussfolgerungen wir aus einer solchen Analyse ziehen können. Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit unserer Analyse. Wir haben diesen Text als

Aufruf zur Diskussion über neue politische Technologien und Wege vorbereitet, an der Basis für Gleichheit und Demokratie zu kämpfen."

https://altleft.org/2023/01/22/fashizm-ili-neofashizm-kak-borotsja-s-diktaturami-v-informacionnuju-jeru/

05.04.2023

Ökonomie

Kommersant widmet sich ausführlich der Entwicklung der Gaslieferungen in die EU und der Entwicklung des Gasmarktes https://www.kommersant.ru/doc/5912881 Auch die Entwicklung der Lieferungen nach China findet Beachtung, diesmal im Zusammenhang mit der Wartung von Sila Sibirii https://www.kommersant.ru/doc/5914530 . Gasprom rechnet für dieses Jahr mit einem Umfang der Lieferungen nach China von 100 Mrd. Kubikmetern. In dem Beitrag ist der Stand zum Bau der neuen Pipeline nicht erwähnt. Zum Vergleich – die Lieferungen von Russland in die EU betrugen im vergangenen März etwa 1,3 Mrd. Kubikmeter pro Tag. Die Aussagen zum Stand der Importsubstitution sind weiter unentschieden, auch wenn von der Regierung dieser Aspekt immer wieder betont wird.
Insgesamt, je nach Blickwinkel, stabilisiert sich bzw. stagniert die Wirtschaft. Für den Bereich der Dienstleistungen wird demgegenüber eine Belebung konstatiert.
https://www.kommersant.ru/doc/5914515 Das bestätigt auch eine zusammenfassende Statistik aus den „Russland-Analysen" https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/435/russlands-wirtschaft/?newsletter=Russland-Analysen+435 Dabei ist zu berücksichtigen, dass Angaben, die im Zusammenhang mit Rüstung und Krieg stehen, bereits seit Monaten der Geheimhaltung unterliegen, worauf Bloomberg gerade wieder verweist. https://www.bloomberg.com/news/articles/2023-03-28/war-and-secretive-spending-is-eating-away-at-russia-s-budget#xj4y7vzkg

Wahlkampf beginnt

Weiter spielen beide Seiten mit dem Krieg, nun etwa durch einen ehemaligen Gouverneur und Senator, der einen Krieg mit Deutschland vorhersagt. https://www.kommersant.ru/doc/5913345 Es werden neue Waffensysteme eingeführt und auch die Aufrüstung im Fernen Osten durch Modernisierung der Atom-U-Bootflotte vorangetrieben. Insgesamt wird sich Russland darin durch den NATO-Beitritt Finnlands bestätigt sehen.
In den vergangenen Tagen ist ein wichtiger Hintergrund des Krieges, die Wahlen 2024, wieder stärker in den Vordergrund gerückt worden. Die Präsidialadministration hat den zuständigen Vizegouverneuren für Inneres Zielvorgaben mitgeteilt – mindestens 75 Prozent der Stimmen für den Kandidaten des herrschenden Blocks bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 70 Prozent.
https://www.kommersant.ru/doc/5912932 In den Regionen scheint man sich auf die eine oder andere Weise auf die Wahlen einzustellen – so hat das des Primorje-Gebietes die seit 2018 bestehende Möglichkeit der Teilnahme von unabhängigen Kandidat*innen an den Gouverneurswahlen wieder abgeschafft. https://www.kommersant.ru/doc/5901586 Dahinter steht ein gewisses Dilemma. Obwohl aber auch weil in den letzten Monat die bürgerliche Opposition praktisch zerschlagen wurde und nur Vertreter des herrschenden Kreises überhaupt kandidieren könnten, ist ein derartiges Wahlergebnis entscheidend für die Legitimation des derzeitigen außen- aber auch innenpolitischen (vor allem auch wirtschaftspolitischen) Kurses.

Strategiefragen

Vor diesem Hintergrund ist auch die Präsidentenverordnung zur Konzeption der Außenpolitik der Russländischen Föderation vom 31. März zu sehen.
http://publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202303310007?index=0&rangeSize=1 Das Konzept ist vor dem Hintergrund der im Verlaufe des letzten Jahres bereits verkündeten Positionen und den ergriffenen Maßnahmen nicht neu, es kann vor allem als ein vorläufiges Fazit zu den neuen Gegebenheiten aus russländischer Sicht gelesen werden. Im Zentrum steht dabei die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit des Landes als Teil einer multipolaren Welt. In dem Sinne geht es um die Bestätigung des Bruchs mit der bisherigen vom Westen dominierten Weltordnung. Das Papier beschreibt klar die Interessen Russlands in den verschiedenen Weltteilen. Die Betonung der „Eigenheit" der russischen Zivilisation und ihrer traditionellen Werte bestätigen die sozial und kulturell konservative Ausrichtung der Politik. (gerade versucht ein Duma-Abgeordneter, Feminismus zu einer extremistischen Ideologie erklären zu lassen https://t.me/TeamSobol/16777) Auch die Verteidigung der Interessen der Russ*innen im Ausland wird verankert.
All das erfordert aber eine gründlichere Analyse, die an dieser Stelle nicht zu leisten ist. In den Eliten scheint das Papier durchaus eine gewisse Bedeutung zu haben – politisch und ideologisch.
Fakt ist, dass sich damit auch die Bedingungen für ein Zusammenwirken von Linken oder Gewerkschaften weiter verschlechtern dürften – und das mit jedem Tag des Krieges mehr.

Der Kommersant fasst die aus russländischer Sicht wesentlichen Punkte wie folgt zusammen:
https://www.kommersant.ru/doc/5911995

„"Russland definiert sich selbst als Hort der russischen Welt und als Land mit einer eigenen Zivilisation, die das globale Gleichgewicht aufrechterhält", heißt es in dem Konzept. Wladimir Putin bezeichnet Russland wiederholt als "Land einer Zivilisation".

Weitere Thesen des Konzepts:

- Russland sieht sich nicht als Feind des Westens und isoliert sich nicht von ihm;
- Russlands humanitäre Politik hat die Priorität, der Russophobie entgegenzuwirken;
- Russland betrachtet die islamische Zivilisation als befreundet und wird die umfassende, für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit mit ihr sowie mit China, Indien und den lateinamerikanischen Ländern verstärken;
- Russland befürwortet eine Konsolidierung der internationalen Bemühungen um die Achtung und den Schutz der universellen und traditionellen geistigen und moralischen Werte;
- Russland kann seine Streitkräfte einsetzen, um bewaffnete Angriffe auf sich selbst und seine Verbündeten abzuwehren und zu verhindern;
- Russlands Vorzeigeprojekt im einundzwanzigsten Jahrhundert ist die Umwandlung Eurasiens in einen einheitlichen kontinentalen Raum in der Welt;
- In dem aktualisierten Dokument werden die USA als Hauptverantwortliche für die antirussische Linie genannt;
- Die Bedrohung der Sicherheit Russlands durch "unfreundliche" Länder wird in dem Konzept als "existenziell" eingestuft.

Der Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung und der territorialen Integrität sowie die Entwicklung eines sicheren Informationsraums und die Schutz des russischen Volkes werden als Russlands vorrangige Interessen in der Außenpolitik genannt. Zu den nationalen außenpolitischen Zielen Russlands gehören die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Herstellung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarländern und die Stärkung seiner Position in der Weltwirtschaft."

Das linke Internet-Portal Rabkor hebt folgende Aspekte hervor und stellt sie als Ausdruck der Interessen der russländischen Bourgeoisie dar:

- Die neue Konzeption widerspiegelt die Vertiefung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Zentren, d. h. zwischen den USA der EU, China und Russland.
- Sie richtet die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung von mehrseitigen Formaten des Dialogs und der Zusammenarbeit, wie der UNO, den Sicherheitsrat, G 20, BRICS usw.
- Sie bestimmt die wichtigsten Regionen für die Entwicklung von zwei und mehrseitigen Ziehung. Zu diesen Regionen gehören die eurasische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre Partner, die GUS, die EU und ihre Mitglieder, die Region Asien-Stiller Ozean, der Naher Osten und Nordafrika, Afrika südlich der Sahara, Lateinamerika und das karibische Becken, Nordamerika.

Rabkor betont, dass Russland kein Freund oder Verbündeter der Völker der Welt sei, sondern nur einer der Spieler der internationalen Arena, der seine eigennützigen Interessen verteidigt. Die Konzeption erlaubt der russländischen Bourgeoisie, sich an die veränderten Bedingungen der Weltpolitik und der Weltwirtschaft anzupassen und ihre Positionen zu verteidigen bzw. ihren Einfluss auszubauen. Sie sei jedoch nicht in der Lage, Frieden, Gerechtigkeit und Entwicklung für die Völker Russlands und anderer Länder zu gewährleisten. https://t.me/rabkor/9350

Bewegungen

Auch wenn es scheint, als ob der Widerstand gegen den Krieg weitgehend gebrochen ist, zeigt Material aus der Medienaufsicht Roskomnadzor, das durch ein Datenleck an die Öffentlichkeit gekommen ist, das sein Überleben auch statistisch nachweisbar ist. https://storage.googleapis.com/istories/stories/2023/03/22/protesty-v-rossii/index.html Der feministische Widerstand hebt folgende Aspekte vor:

- jede fünfte Protestaktion in Russland ist gegen den Krieg gerichtet;
- Aktionen zur Unterstützung des Krieges und der Staatsmacht sind 4.5 mal weniger als gegen beide auszumachen
- fast die Hälfte der Aktionen sind Mahnwachen durch eine Person; nur eine von fünf Aktionen umfasst mehr als zehn Personen
- die Mehrzahl der Proteste gegen den Krieg sind Initiativen von Einwohner*innen „von unten“; nur bei einem von zehn Protesten gibt es einen Organisator. Aktionen, die die Staatsmacht unterstützen, werden gewöhnlich von Politiker*innen und Multiplikator*innen organisiert.

Vor allen Dingen werde in Russland gegen den Krieg und das Handeln der Staatsmacht, zur Unterstützung von politischen Gefangenen und für den Schutz der Umwelt protestiert. Damit seien natürlich nicht alle Aktionen erfasst, vor allen Dingen solche, bei denen es nicht zu Festnahmen komme. https://t.me/femagainstwar/7667

03.05.2023

Die scheinbare militärische Stagnation bedeutet nicht, dass die Umbauprozesse in Staat und Gesellschaft Russlands ebenfalls stagnieren. Sicher überwiegt die Neuschöpfung repressiver Instrumente die Entwicklung realer neuer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Strukturen, aber es zeigt sich, dass zielgerichtet an Weichenstellungen gearbeitet wird, die auf langfristige Wirkungen hin ausgerichtet sind.

Bewegungen und Opposition

Der 1. Mai war für viele oppositionelle Gruppen wieder ein Anlass für öffentliche Aktionen gegen den Krieg und das politische System. Das navalny-nahe Portal DOXA erinnerte an den ursprünglichen Sinn des Tages als Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen. (https://t.me/doxajournal/29207) Wie auch der Feministische Widerstand (https://t.me/femagainstwar/8061 - hier auch Ansichtskarten zum 1. Mai) und andere Gruppen grenzt sich diese Strömung gegen die Vereinnahmung des Feiertages durch den Staat und seine nationalistische bzw. reformistische Umdeutung durch die KPRF und den regierungsnahen Gewerkschaftsbund ab. Dass der innerparteiliche Widerstand gegen den Kurs der Führung der KPRF weiter lebt, zeigte sich in Novoisibirsk. Dort veranstaltete die KPRF-Gruppe „Roter Umbruch“ (https://www.youtube.com/@user-red_turn) eine Kundgebung unter der Losung „Nein zu Faschismus! Nein Zu Kapitalismus! Kein Krieg, außer dem Krieg der Klassen! Frieden den Völkern! Ja zur Brüderlichkeit der Arbeiter!“. (https://t.me/sibirmedia/26319) Die Polizei war nur am Rande präsent und griff nicht ein. Außerdem, so DOXA, hätten Antikriegs-Aktionen wenigstens in Ekaterinenburg, St. Petersburg und Kasan stattgefunden. Dabei seien mindestens fünf Menschen festgenommen worden. (https://t.me/doxajournal/29185)

Am Vortag hatte eine Konferenz Oppositioneller, offensichtlich organisiert von dem durch den Ex-Oligarchen Chodokovski geschaffene Antikriegskomitee (https://t.me/khodorkovski/5387) getagt. Der Kongress verabschiedete eine „Deklaration der russländischen demokratischen Kräfte“ (https://tinyurl.com/yckwp4rx - hier auch eine englische Übersetzung), in der gemeinsame allgemeine Prinzipien fixiert und der Verzicht auf gegenseitige öffentliche Angriffe vereinbart werden. In Kommentaren wird darauf hingewiesen, dass der Antikorruptionsfonds von Navalny nicht zu den Unterzeichner*innen zählt. Auch fehlen linke Gruppen, Berührungspunkte zu gewerkschaftlichen Ansätzen sind nicht auszumachen. Ob diese Erklärung eine praktische Wirkung hat, wird sich zeigen. Genauso kann es aber auch vorrangig ein Signal an die westlichen Regierungen sein, dass in der Emigration Alternativen zu Putin bestehen.
Auch die rechts vom Putin-Block stehende Opposition meldet sich wieder zu Wort. Aus dem „Klub der wütenden Patrioten“ heraus wurde ein Manifest veröffentlicht, das sich gegen jede Tendenz zum Frieden positioniert und die „Kriegsfraktion“ im Kreml ausdrücklich unterstützt. (https://tgstat.com/ru/channel/@KRPRus) Dies mag marginal erscheinen, kann aber wie viele andere kleine Elemente der russländischen politischen Landschaft im Krisenfall Bedeutung erlangen.

Repression

Allerdings scheint die Begrenztheit des erwähnten Bündnisses angesichts der wachsenden Repression im Land selber auch von einer gewissen Hilflosigkeit zu zeugen.
Auch in den deutschen Medien wurde die unerwartet harte Strafe für den Oppositionellen Kara-Mursa (https://t.me/TeamSobol/17132) mit Aufmerksamkeit konstatiert. Weite Auslegungen von Begriffen, wie Terrorismus, Landesverrat, Diskreditierung der Streitkräfte usw. sind, wie in diesem Fall, inzwischen normal. So droht nun einem Teilnehmer an einer Meinungsumfrage, der daran zweifelte, dass der Westen Russland erobern wolle, wegen der Verbreitung von Fake-Meldungen eine Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren. (https://t.me/levoradikal/1837) Anwälte konstatieren, dass in immer mehr Verfahren Beweismittel verfälscht werden. (https://t.me/femagainstwar/8054) Außerdem sei die Zahl der nichtöffentliche Verfahren gestiegen und bleibt seit 2021 auf hohem Niveau. (https://zona.media/news/2023/04/27/justice) Einen Sprung habe es bereits von 2019 zu 2020 gegeben (16.675:23.588), im Jahr 2022 betrug die Zahl 25.587.

Auch an einer weiteren Verschärfung der Gesetzgebung zu „ausländischen Agenten“ wird offensichtlich gearbeitet. (https://t.me/femagainstwar/7922) Dabei geht es um eine weitere Einschränkung von staatlichen Leistungen gegenüber ihnen und eine Verschärfung der Aufsicht über diese Personen bzw. Organisationen.
Und schließlich hat die Medienaufsicht Roskomnadzor einen Katalog für Kriterien der Identifizierung von gesetzwidriger LGBT-Propaganda erarbeitet. (https://t.me/femagainstwar/7924) Der Feministische Widerstand formuliert folgende Zusammenfassung: „Somit kann jede neutrale oder positive Bezugnahme auf LGBT-Personen als "Propaganda" betrachtet werden. Menschenrechtsorganisationen, die LGBT-Personen unterstützen, einschließlich Unterstützungszentren für Transgender-Personen, werden besonders betroffen sein.“ Dabei treibt die Sucht nach der Erzwingung von Loyalität seltsame Blüten: So schlägt ein Abgeordneter der oppositionellen Liberaldemokraten vor, als unbegründet betrachtete Beschwerden künftig unter Strafe zu stellen. (https://t.me/oleg_shein/5097)

Staatlichkeit

Seit dem Dezember 2022 ist eine klare Orientierung auf die Entwicklung eines Unternehmer*innen-Staates zu beobachten. Wie bereits dargestellt sollen staatliche Regulierungen weitestgehend auf den Rüstungssektor beschränkt bleiben und der Umbau der Wirtschaft auf „unternehmerischer Initiative“ basieren. Auch soll die Möglichkeit weiterer Privatisierungen offen gehalten werden. Der Chef der drittgrößten Bank des Landes VTB forderte zur Finanzierung des ökonomischen Umbaus weitere Privatisierungen. (https://t.me/russica2/51410) Nach Angaben von Rabkor soll der Umfang der Privatisierungen in den nächsten Jahren verfünffacht werden. (https://t.me/rabkor/9723) Dazu soll die entsprechende elektronische Plattform ausgebaut werden.

Der Präsidentenberater Maksim Oreškin benannte nun folgende Kriterien des neuen Modells der ökonomischen Entwicklung:

- „die Wiederaneignung des Landes“ – d.h. die Erhöhung der Produktion für den Binnenmarkt und die Erhöhung der Binnennachfrage bei Absenkung der Importe
- die Verminderung der regionalen und sozialen Ungleichheit
- neue Weg internationalen Zusammenwirkens auf der Grundlage von technologischer Partnerschaft und industrieller Kooperation
- technologische und personelle Souveränität
- neues Niveau der Produktivität
- Neugestaltung von Institutionen und Plattformisierung der Industrie auf der Grundlage von Big Data und künstlicher Intelligenz

Russland stehe vor einer Veränderung des Leitungssystems und der Eliten. (https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2023/04/26/972566-oreshkin-nazval-shest-prioritetov-novoi-ekonomicheskoi-modeli)
Daran schließen Berichte über die Diskussion über neue Staatlichkeit an. Der Sinn des angestrebten Modells bestehe darin, so Ministerpräsident Mišustin, den Kontakt zwischen Bürger*innen und Unternehmer*innen auf der einen Seite und dem Staat auf der anderen Seite direkter zu machen und jegliche Zwischenstufen zu umgehen. Es gehe um eine „Plattformmodell öffentlicher Verwaltung“. (https://www.kommersant.ru/doc/5953925)
Vor diesem Hintergrund ist auch eine Beratung des Präsidenten mit Kommunalvertreter*innen im April zu sehen. Allerdings deutet der Bericht darauf hin, dass es noch keinen tatsächlich nachweisbaren Trend zu einer anderen Arbeit der Verwaltungen gibt. (https://www.kommersant.ru/doc/5941927) Das wäre angesichts der wachsenden Repression auch eher verwunderlich.

Um die angestrebte „Veränderung der Eliten“ durchzusetzen, wir es nun nach der „Schule der Gouverneure“ die „Schule der Bürgermeister“ geben (https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2023/04/20/971679-vsled-za-shkoloi-gubernatorov-poyavitsya-shkola-merov) Beide sind an der Akademie des Präsidenten für Volkswirtschaft und den Staatsdienst angesiedelt. Den Kurs für Gouverneure haben bisher schon über 300 Teilnehmer*innen durchlaufen, die z.T. dann auch entsprechend eingesetzt wurden.

Neue Analysen

Boris Kagarlicky hat ein neues Buch unter dem Titel „Der lange Rückzug“ vorgelegt, in dem er versucht, den Niedergang der Linken zu analysieren. (https://www.directmedia.ru/book-697767-dolgoe-otstuplenie/) In einer Ankündigung schreibt er:
„Es geht aber nicht nur darum, auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren, sondern auch darum, die Lehren der Vergangenheit zu lernen und aufzuarbeiten. Deshalb habe ich mit den klassischen Debatten der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts begonnen - über Plan und Markt, über Demokratie und proletarische Diktatur, über Reform und Revolution. Bei der Betrachtung der damaligen Debatten sollten wir uns nicht für eine Seite entscheiden und uns mit den Theoretikern und Politikern der Vergangenheit identifizieren, sondern die Probleme, die die damaligen Debatten unausweichlich und notwendig machten, aus der Erfahrung heraus bewerten. Diese Probleme, wenn auch in völlig anderer Form, stellen sich uns auch heute. Nicht nur für die Linke, sondern für die Gesellschaft im Allgemeinen.“ (https://t.me/kagarlitsky/1084)

10.05.2023

Protest

Die Rede Putins zum 9.Mai hatte wenig inspirierendes und gab keine neuen Impulse bezüglich des WIE WEITER. (http://en.kremlin.ru/events/president/news/71104) Trotz der eng gezogenen Rahmen konnten Kriegsgegner*innen den Tag nutzen, um ihren Protest zu artikulieren. Die bewährten und praktisch auch einzig möglichen Formen des Protestes, wie individuelle Mahnwachen, die „grünen Bänder“, Flugblätter, Graffitis und Installationen fanden sich offensichtlich wieder in vielen Orten des Landes. (z.B. https://t.me/doxajournal/29418) Es hat offensichtlich wieder eine ganze Reihe von Festnahmen gegeben. Der Feministische Widerstand hatte im Vorfeld des 9.Mai ein Material verbreitet, dass helfen soll, gegen die Kriegspropaganda zu argumentieren. In Schulen findet regelmäßig eine Stunde „Gespräche über das Wichtige“ statt. Aus Anlass des 9.Mai wurde für Lehrer*innen eine offizielle Handreichung erarbeitet. Die Organisation hat dazu eine Alternative erarbeitet, die z.B. über Telegram verbreitet wurde. (https://t.me/femagainstwar/8133)
Das KPRF-Umfeld nutzte den Tag, um gegen den Kapitalismus zu demonstrieren, ohne den Ukraine-Krieg direkt zu kritisieren. (https://www.leftfront.org/?p=51299)

Regionalpolitik

Eine Konstante der letzten Monate ist die Regionalpolitik bzw. die Politik in den Regionen – auch mit Blick auf die Wahlen. Dass die weitere Entwicklung in den Regionen entscheiden wird, ist allgemein klar. Die Orientierungen auf die Entwicklung der Infrastruktur ist nur ein Aspekt dabei. Dem Wesen der Sache nach hängt auch die stabilisierende Wirksamkeit der diversen Sozialleistungen, vor allem

für Familien und Kriegsteilnehmer*innen von der Handlungsfähigkeit der regionalen und lokalen Behörden ab. Und mit der ist es nicht weit her. So wurde die Verordnung zu Sonderzahlungen an Beschäftigte der Verwaltungen vom Mai vergangenen Jahres nur in 12 Regionen umgesetzt. (https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2023/04/26/972569-maiskie-ukazi-po-zarplatam-byudzhetnikov-vipolnili-tolko-12-regionov)
Auch ein Teil der Opposition setzt mit ihren Vorstellungen zur Dekolonialisierung Russlands (bis hin zur Aufspaltung in eine große Zahl von Zwergstaaten) auf die regionale Karte.

Im Zentrum des Interesses der Medien steht dabei die innerparteiliche Entwicklung von Edinaja Rossija, die im Zuge der Wahlvorbereitung auch eine Erneuerung des Bestandes an Mandatsträger*innen vorbereitet. (https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2023/04/26/972563-sredi-uchastnikov-praimeriz-edinoi-rossii-18-deistvuyuschih-deputatov) Nur 18 Prozent der an den Nominierungen teilnehmenden Kandidat*innen sind derzeitige Abgeordnete. Bereits in den vergangenen Monaten hat die Partei versucht, ihre regionalen Gliederungen zu aktivieren und z.T. auch durch Vorstöße zu Veränderungen der Regularien der Wahlen auf regionaler Ebene (Erhöhung der Wichtung der Listen gegenüber den Direktkandidaten) Defizite an lokal profilierten Kandidat*innen auszugleichen.
Eine gewisse Aufmerksamkeit erhält derzeit auch Spravedlivaja Rossija – zum einen, weil dem Söldner-Unternehmer Prigozhin („Wagner“) Ambitionen auf eine Führungsposition nachgesagt werden (https://t.me/rusbrief/91009), zum anderen, weil der stellvertretende Vorsitzende Prilepin am 6. Mai Opfer eines Anschlages wurde.
(https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2023/05/10/974303-zahar-prilepin-idet-na-popravku-posle-terakta)

Die Analytiker interessieren vor allem die Gouverneure. Bemerkenswert ist die nun schon über längere Zeit andauernde Kontinuität, mit der versucht wird, sie politisch und handwerklich zu qualifizieren. So wird festgestellt, dass in einer Reihe von Regionen Formate, wie das „direkte Gespräch“ zwischen Gouverneuren und Bürger*innen immer stärker genutzt werden. (https://www.kommersant.ru/doc/5952384) Gleichzeitig wird versucht, sie eng an die Zentralgewalt anzubinden. In relativ kurzen Abständen werden Gouverneure zu öffentlich präsentierten Gesprächen mit dem Präsidenten einbestellt. Diese Bindung bedeutet aber auch, dass ihre Tätigkeit als Tätigsein der Zentrale verstanden werden kann – also ihre Fehler auch Fehler der Zentrale werden. Als Konsequenz aus den Problemen bei der Teilmobilisierung sind sie nun angehalten, in verstärktem Maße Freiwillige für die Armee zu gewinnen – bisher eher eine freiwillige Aufgabe. (https://t.me/russica2/51399)
Ihr im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und den damit verbundenen ideologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zwangsläufig wachsendes Gewicht soll durch derartige konkrete Aufgabenstellungen domestiziert und der Aufstieg von Konkurrenten für den Präsidialapparat verhindert werden.

Die lokalen Konflikte bilden ein drittes Feld, das vor allem durch regionale Medien bearbeitet wird. Im Zusammenhang mit der sich seit langer Zeit hinschleppenden Arbeit an einem neuen Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung wurden nun nochmals die wichtigsten Konfliktfelder benannt: Es wird unterstrichen, dass der größte Teil der Konflikte in Russland heute lokalen Charakter trage – die Müllentsorgung, fehlende Schneeräumung und der Zustand der Straßen.
(https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2023/05/10/974304-munitsipalnuyu-reformu-provedut-posle-prezidentskih-viborov) Evgenij Stupin, sehr aktiver Stadtverordneter in Moskau (von seiner Partei, der KPRF, dafür gemaßregelt), spricht davon, dass der Staat bei Fragen der Kontrolle der Einhaltung von Vorschriften bei Bauvorhaben und bei der Gewährleistung elementarer Fragen von Ordnung und Sicherheit immer mehr verschwinde. (https://t.me/evstupin/3740) Eine aktuelle Übersicht über die Streiks des vergangenen Jahres (https://podgorica-mealier-873194.appspot.com/articles/2023/05/01/kak-rossiyane-borolis-za-svoi-trudovye-prava-v-techenie-

goda) zeigt, dass es oft die regionalen Behörden sind, die Beschäftigten z.B. Löhne kürzen oder vorenthalten.
Nun soll, so der Zwischenstand der Diskussion und im Gesetzesprojekt von 2022 festgelegt, die unmittelbare lokale Verwaltungsebene abgeschafft werden. Deren Arbeit, so eine der Vorstellungen, soll zukünftig ehrenamtlich geleistet werden. Das Problem besteht dann aber darin, welche Entscheidungen von dieser Ebene tatsächlich getroffen werden dürfen. Offen ist auch, wie der zentralisierende Ansatz mit der vom Ministerpräsidenten geforderten besseren Verbindung von Staat und Bürger*innen und dem „Plattformmodell öffentlicher Verwaltung“ (https://www.kommersant.ru/doc/5953925) zusammenpassen soll. Da der Ansatz auf eine Zentralisierung im Sinne eines „einheitlichen System der öffentlichen Gewalt“, wie es in der Verfassung seit 2020 fixiert ist, einer mit Vollmachten ausgestatteten zivilgesellschaftlich organisierten Ebene widersprechen würde, würde hier ein unberechenbares Konfliktpotenzial entstehen. Die Abschaffung der Direktwahl der Bürgermeister, die ja in eine ähnliche Richtung geht, trifft, etwa in Novosibirsk, immer noch auf Widerstand. https://t.me/nsk2020ru/4255

Die Frage ist, ob bzw. an welchen Punkten die Aktionen gegen den Krieg, die gegen lokale Probleme, die gewerkschaftlichen Kämpfe und gegebenenfalls auch Nationalitätenfragen sich überschneiden werden und damit neue Konfliktkonstellationen hervorbringen. Gerade die regionale Ebene zeigt, wie gering bisher die Tiefenwirkung der zahlreichen Verordnungen und sonstigen Bekundungen auf der Ebene von Präsident und Regierung bezüglich der Modernisierung des Landes ist. Die angedeutete Konfliktkonstellation ist aber bisher auch nur eine Möglichkeit der Entstehung eines Gegengewichtes zu dem unter Putin entstandenen Systems – mehr nicht.

31.05.2023

Auseinandersetzungen

Generell wird eine Zunahme der Aggressivität in der Gesellschaft festgestellt https://t.me/russica2/51969, wobei gleichzeitig gesagt wird, dass sich die Stimmung normalisiere; der Kriegs- und Sanktionsalltag sei normal geworden. Mit anderen Worten – die Situation bleibt stabil, aber die Spaltung der Gesellschaft verändert sich nicht.
Regierungsnahe Beobachter konstatieren eine Zuspitzung der Auseinandersetzungen um die Umweltpolitik auf der regionalen Ebene. Zwar werde die zu keiner Massenbewegung, aber viele Menschen bewege das Thema. https://t.me/russica2/51928 Zuletzt hatte diese Frage durch ein Gesetzesprojekt, dass den regionalen Behörden erlauben soll, umherstreunende Haustiere (vor allem Hunde) abzuschießen, Auftrieb erhalten. Vor allem mit Blick auf die anstehenden Wahlen wird den regionalen Behörden empfohlen, diesen Fragen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Immerhin liegt nun eine Entscheidung des Verfassungsgerichtes vor, derzufolge den Kommunen nun die Kosten für die Beseitigung von illegal verklappten Mülls von staatlicher Seite ersetzt werden müssen. https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2023/05/31/977787-ks-poruchil-zakonodatelyu-opredelit-poryadok-likvidatsii-svalok Das mag von außen betrachtet marginal scheinen, zeigt aber auch die Brisanz dieses Aspektes der umweltpolitischen Konflikte. In Baschkirien kam es zu Protesten gegen den geplanten Abbau von Goldvorkommen und gegen die Bearbeitung von Ackerflächen mit Herbiziden gegen den Willen der Bewohner*innen. https://prufy.ru/news/society/137453-kprf_otreklas_ot_protestov_v_zaurale/ Interessant die Rolle der KPRF, deren regionale Führung die Proteste gegen den Goldabbau als Provokation verurteilte und die Beteiligung von kommunistischen Aktivist*innen kritisierte. Man protestiere natürlich gegen Kapitalismus und Oligarchenmacht, aber hier ginge es um Vaterland und Volk…

Die bereits mehrfach reflektierten Auseinandersetzungen bei Lieferdiensten gehen weiter. Bei Wildberries geht es derzeit um die Weigerung des Unternehmens, entsprechend dem geltenden Arbeitsrecht den beschäftigten Scheinselbständigen Arbeitsverträge auszustellen. https://www.vedomosti.ru/business/articles/2023/05/24/976530-wildberries-posle-protestov-prodavtsov-obvinil Welche politische Dimension dahinter steht, zeigt sich in den Reaktionen auf einen Arbeitskampf bei UAZ, ein Unternehmen, dass auch Rüstungsgüter (Kfz) herstellt. Der Streik für bessere Löhne wird von Unternehmensführung und staatlichen Stellen nun als Sabotage diskreditiert und es drohen entsprechende Strafen für die Streikenden. https://t.me/rsd_tg/5140

Opposition

Nachdem bereits am 9. Mai prominente Linke in „Thesen für die Zukunft“ die Vereinigung aller „gesunden Kräfte der Gesellschaft“ gefordert haben, fand am 18. Mai eine Beratung von sich links-sozialdemokratisch verstehenden Organisationen (Jabloko, Linke Sozialistische Aktion, Russländische Sozialdemokratische Union der Jugend, Sozialdemokraten Russlands) in St. Petersburg statt. https://t.me/levsd/2372 Nähere Angaben zur Diskussion wurden aus Sicherheitsgründen nicht gemacht, aber eine weitgehende Übereinstimmung der Positionen betont.
Im Rahmen des wiederbelebten „Klubs der Sozialdemokraten“ trafen sich auch aus diesem Spektrum Ende des Monats Interessent*innen an einer Wiederbelebung ihrer Richtung. https://www.ng.ru/politics/2023-05-29/3_8735_socialdemocrat.html Auch hier geht es um die Vereinigung der Kräfte. Ein wichtiges Ziel ist mit dem Blick auf die Wiederherstellung der Beziehungen Russlands zum Westen die Aufnahme von Kontakten zur Sozialistischen Internationale. Auch sollten potenzielle Partner im Westen kontaktiert werden.

Wahlen

In der Presse wird vermerkt, dass der Präsident den Zyklus seiner Treffen mit den Gouverneuren beendet habe. https://www.kommersant.ru/doc/5999185 Der Wahlkampf beginnt Mitte Juni.
In diesen Kontext dürfte auch gehören, dass nun Experten der Regierung die Nutzer*innenorientierung der Verwaltungen bewerten – in der Hälfte der untersuchten Verwaltungen sei das Thema angekommen. https://www.kommersant.ru/doc/5999139

Anhaltendes Interesse findet weiter die Rolle von Einiges Russland bei der Erneuerung der Eliten. https://t.me/russica2/51968 Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass der Anteil von Neueinsteiger*innen unter den aufgestellten Kandidat*innen für die bevorstehenden Wahlen hoch ist. Bisherige Mandatsträger*innen werden entweder im Staatsapparat untergebracht, in höhere Gremien gelobt oder schlichtweg fallen gelassen.
Desweiteren werden verschiedene Wege der „Vorwahlmanipulation“ ausprobiert. So wird von Versuchen von ER berichtet, über den Staatsapparat auf Zusammensetzung der Wahlkommissionen Einfluss zu nehmen, um unliebsame Beobachter*innen fern zu halten. https://www.kommersant.ru/doc/6013394 Im Bezirk Primorje (im äußersten Osten, Zentrum Wladiwostok) erwägt die KPRF deshalb, die Gouverneurswahlen zu boykottieren. Eine Gruppe von Abgeordneten der Duma will per Gesetz die unabhängige Wahlbeobachtung überhaupt abschaffen https://t.me/rusbrief/118046

Angesichts der völligen Ausschaltung der Opposition wird die Wahlbeteiligung das entscheidende politische Signal sein.

Rechtsunsicherheit und Repression

Das St. Petersburger juristische Forum Mitte Mai thematisierte die zunehmend prekäre Lage der Anwälte. https://t.me/rusbrief/117197 Sie könnten immer weniger ihre Rolle als Vertreter*innen der Beschuldigten wahrnehmen, teilweise werde offen Druck auf sie ausgeübt. Teilweise würden Beweismittel verfälscht- https://t.me/femagainstwar/8054 Die Anwälte fordern, so ein Bericht, die „Verteidigung der Verteidiger*innen". https://www.ng.ru/politics/2023-05-14/1_8722_advocacy.html
An anderer Stelle wird eine wachsende Zahl von Denunziationen konstatiert. https://t.me/rusbrief/117193 Dabei reicht etwas das Lesen eines Buches in ukrainischer Sprache aus, um Gegenstand von „Befragungen" bei den Sicherheitsbehörden zu werden. Verschärft wurden die Strafen für Hochverrat https://t.me/nevoina2/51 und die Terrorismusinterpretation wird allmählich auf immer mehr Formen von Protest ausgeweitet. https://t.me/doxajournal/29189
Hart bleibt das Vorgehen gegen Wehrdienstverweigerer. So sollen künftig Personen, die Wehrdienstverweigerer anstellen, bestraft werden. https://t.me/vekonomikevsehorosho/5279 Auch die Zusammenarbeit mit Inoagenty soll stärker sanktioniert werden. https://www.vedomosti.ru/society/articles/2023/05/29/977342-zakonoproekt-o-nakazanii-za-pomosch-inoagentam
Flankierend wurde die Möglichkeit der Einziehung von Reisepässen erweitert. https://www.vedomosti.ru/society/articles/2023/05/24/976543-gosduma-prinyala-zakon-ob-izyatii-zagranpasportov

In der Gesamtschau bestätigen sich drei Achsen der Repression, auf die sich die Sicherheitsorgane vor allem stützen – der Vorwurf der Verbreitung von Falschnachrichten über die Streitkräfte, die Erklärung unerwünschter Personen zu Inoagenty (ausländischen Agenten) https://www.kommersant.ru/doc/5987148 und der Vorwurf der LGBT-Propaganda. Gerade wurde ein Fall bekannt, in dem ein Verweis auf die sexuelle Orientierung auf einer Dating-Plattform als LGBT-Propaganda eingestuft wurde. https://t.me/femagainstwar/8359 Geplant ist ein Gesetz, dass die Veränderung des Geschlechtseintrages im Pass verbietet. https://t.me/rian_ru/202306

Ökonomie und Unternehmer*innentum

Seit einigen Monaten sind wachsende Bemühungen der Regierung um die Nutzung der ökonomischen Potentiale kleiner und mittlerer Unternehmen zu beobachten. Diese Bemühungen sind eingebettet in die bereits mehrfach thematisierte Veränderung des Verhältnisses von Unternehmer*innentum und Staat. Zuerst stand die „Entkriminalisierung" unternehmerischer Tätigkeit im Mittelpunkt; d.h. die Milderung von Sanktionen bei Rechtsverstößen durch Unternehmen und z.T. ihre Entfernung aus dem Strafgesetzbuch. Trotzdem stieg die Zahl der Ordnungsstrafen im letzten Jahr deutlich an. https://www.kommersant.ru/doc/6013971
Offensichtlich haben diese Bemühungen um die schnelle Entwicklung von KMU als innovationsfähigem Sektors und wichtiger Faktor der Importablösung nicht die erhofften Effekte gebracht – was freilich auch in so kurzer Zeit nicht zu erwarten war. Bisher überleben offensichtlich viele dieser Unternehmen vor allem durch staatliche Förderungen (einschließlich der von „Ich-AG"-artigen Mikrounternehmen) verschiedener Art. https://www.kommersant.ru/doc/6013321 Auf der anderen Seite wird erwartet, dass im Bankensektor ein großer Teil der kleinen und mittleren Unternehmen wegen technischen Rückstandes verschwinden werden. https://www.vedomosti.ru/finance/articles/2023/05/23/976336-bolshe-polovini-malih-srednih-bankov-mozhet-ischeznut

Gleichzeitig wird auf der höheren Ebene die Diskussion zu Privatisierungen https://www.ng.ru/economics/2023-05-14/1_8722_russia1.html sowie zum Instrument der PPP https://rg.ru/2023/05/14/ustroim-kurort.html fortgesetzt.

Die Wirtschaftspolitik vermittelt nicht den Eindruck, dass das Land im Krieg steht. Der „kriegswirtschaftliche Sektor“ kommt in den Medien praktisch nicht vor. Bisher gelingt es, durch die Kombination von selektiver Repression (Fake-News-Beschuldigung, Inoagenty, LGBT), sozialen Leistungen und konservativer Propagandaoffensive die Widersprüche in der Gesellschaft unter Kontrolle zu halten – wobei die empfundene steigende Aggressivität (s.o.) auf mögliche Probleme hinweist. Wenn der Befund steigender Aggressivität stimmt, sollte dies aber nicht mit einer Mobilisierung gegen den Krieg verwechselt werden.

16.06.2023

Strategiefragen

In den letzten Wochen waren zwei Ereignisse und ein strategisch angelegter Artikel für das Verständnis der in Russland ablaufenden Prozesse symptomatisch: Das Moskauer akademische Wirtschaftsforum https://maef.veorus.ru/, das St.Petersburger internationale Wirtschaftsforum https://forumspb.com und ein programmatischer Beitrag von Sergej Karganov zu sicherheitspolitischen Fragen in der Zeitschrift „Russland in der globalen Politik“. https://eng.globalaffairs.ru/articles/a-difficult-but-necessary-decision/ . Der Autor ist seit Ende 2021 einer der entscheidenden Männer hinter den militärischen und außenpolitischen Entscheidungen des Putin-Kreises. Dass selbst das Portal euractiv einen längeren Beitrag widmet. (https://www.euractiv.com/section/global-europe/opinion/the-brief-endgame-a-la-russe/) unterstreicht die Bedeutung des Beitrages. Somit ist es gerechtfertigt, einen Artikel neben zwei Veranstaltungen zu stellen.
Die drei Ereignisse zeigen uns die Positionen verschiedener Teile der gegenwärtig im russländischen gesellschaftlichen System offiziell handlungsfähigen Elite in Wissenschaft, Unternehmer*innentum und Staatsapparat. Es lassen sich folgende Punkte festhalten, die den Kern des Konsens zwischen und innerhalb dieser drei Gruppierungen bilden:

1. Die gegenwärtigen Krisen (innen- und außenpolitisch wie auch militärisch) haben ihre Ursache in der bisherigen Art und Weise der Einbindung Russlands in die internationale Arbeitsteilung. Unter den gegebenen Bedingungen des Jahres 2021 hätte das Land die untergeordnete Stellung als Rohstofflieferant und Absatzmarkt ohne eigene konkurrenzfähige Basis in der verarbeitenden Industrie nicht verlassen können.
2. Der Bruch mit dem „Westen“ als Leitbild gesellschaftlicher (insbesondere politischer und kultureller) Entwicklung ist unumkehrbar, ohne dass dies Autarkie oder Abbruch der Beziehungen zu den westlichen Ländern bedeute. Man besteht auf einem eigenen Weg auf einer eigenen Wertegrundlage. In den hier betrachteten Zusammenhängen wird das vor allem auf die universitäre Bildung bezogen und die Absage an das Bologna-System begrüßt.
3. Ziel aller Bemühungen ist eine wissensbasierte Wirtschaft auf hohem technologischen Niveau, die zentrale Technologien selbst entwickeln und in Produktion umsetzen kann und in diesem Sinne souverän ist. Die zentralen Begriffe „technologische Souveränität“ und „Importablösung“ sind in einem solchen Sinne zu verstehen. Man ist sich dabei dessen bewußt, dass dieser Umbau längere Zeiträume erfordert.
4. Die bisherigen Bemühungen zur Modernisierung der Wirtschaft im Sinne einer derartigen Reindustrialisierung auf moderner Basis, wie sie von der Präsidialadministration versucht wird durchzusetzen, sind bisher weitgehend wirkungslos. Wenn allerdings ein Bericht auf ntv

(https://www.n-tv.de/wirtschaft/Russisches-Davos-legt-Putins-kaputte-Wirtschaft-offen-article24193144.html) diesen Sachverhalt als sensationelle Mitteilung präsentiert und wie üblich damit Zusammenbruchsphantasien wecken mag, so wird damit die Intensität des ablaufenden Suchprozesses verkannt. Ein Teil dessen ist die bemerkenswerte, aber für Russland schon in den 1990er Jahren normale scharfe Kritik der gesellschaftlichen Bedingungen – solange bestimmte Tabu-Bereiche nicht berührt werden.

5. Undeutlich bleiben die konkreten Konturen der künftigen Wirtschaft unter dem Nachhaltigkeitsaspekt. Die ökologische Dimension wird durchaus gesehen. Die Entwicklung der Atomtechnologien wird dem eingeordnet. Man geht selbstverständlich für eine Ausweitung der Exporte von Kernbrennstoffen und Kohle aus.
6. Konsens ist die „Wendung nach Osten". Dies betrifft, wenig überraschend, die Orientierung auf China, Indien usw. aber auch die prioritäre Entwicklung Sibiriens, bis hin zur Forderung der Schaffung einer „weiteren Hauptstadt". In der russländischen Debatte ist oft von den zwei Hauptstädten Moskau und St. Petersburg die Rede – daher die Formulierung.
7. Ein wesentlicher Aspekt dieser „Wendung" ist die Schaffung alternativer internationaler Finanzbeziehungen, die Abkopplung von Dollar und Euro und den damit verbundenen Institutionen.
8. Treiber dieser Entwicklung sollen ein freieres, aber sozial verantwortliches Unternehmer*innentum sowie der Staat sein. Dem Staat wird eine sozial-paternalistische Rolle zugeschrieben. Jenseits dieser allgemeinen Aussagen liegen die Vorstellungen darüber, was das heißen könne, aber offensichtlich deutlich auseinander. Fragen der Zentralbank- und Kreditpolitik, der Besteuerung von Unternehmen und Vermögen und des Maßes der unmittelbaren Eingriffe des Staates durch Planung und Regulierung werden unterschiedlich diskutiert. Während auf der einen Seite die China zugeschriebene Formel „Starker Staat und starker Markt" aufgegriffen wird, wird auf einer anderen Seite eher ein Unternehmer*innenstaat neoliberalen Typs angestrebt.

Neben der Kritik an der zögerlichen Umsetzung eigentlich beschlossener Entwicklungsprojekte durch den Staatsapparat gruppiert sich der Konsens in hohem Maße um die Bewertung des Zustandes der gesellschaftlichen Arbeitskraft. Insbesondere geht es um

- Das Fehlen von Fachkräften und Spezialist*innen in allen Bereich, vor allem im IT-Bereich, aber auch in der sozialen Sphäre
- Die anhaltende Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften
- Die Schlechte Bezahlung von Beschäftigten im Bildungswesen, im Gesundheitswesen und im sozialen Bereich generell
- Der sinkende Anteil von tatsächlich hochqualifizierten Spezialist*innen unter den Hochschulabsolvent*innen
- Die demographische Entwicklung, insbesondere die sinkenden Geburtenraten.

Ein zweiter Kritik-Komplex umfasste daran anknüpfend die Probleme der Umsetzung von Forschungsergebnissen in konkurrenzfähige Produkte – ein altes Problem, schon der sowjetischen Wirtschaft. Dahinter steht ein zu geringer Anteil von Ausgaben des Haushaltes für Bildung und Wissenschaft und ein viel zu geringes Niveau von Investitionen. (eine Übersicht: https://t.me/rabkor/10483)

Während in Moskau vor allem der wohlfahrtsstaatlich orientierte Teil der Wissenschaft und der Wirtschaft (weniger) präsent war, war das St.Petersburger Forum eine Veranstaltung der Spitzen von Wirtschaft und Politik, die man hier als neoliberal bezeichnen würde. Die tatsächliche Bedeutung jeder der beiden Veranstaltungen zeigt sich vor allem drin, dass die Berichterstattung zum St.Petersburger Forum eindeutig überwog – und der Präsident dort eine wirtschaftspolitische Grundsatzrede hielt. (http://kremlin.ru/events/president/news/71445) Die Differenzen zwischen den vertretenen Gruppierungen zeigte sich etwa im Stellenwert der Fragen nach der Bedeutung von

Privatisierungen für die weitere Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Tendenziell wurde auch der ökologische Aspekt in Moskau offener diskutiert als in St.Petersburg.

Karaganov stellt in seinem Beitrag die genannten konsensualen Momente in einen globalpolitisch orientierten Rahmen. Die Aussagen sind z.T. nicht ganz neu, aber hier sehr gut konzentriert dargelegt. Da der Artikel auch sofort in englischer Sprache publiziert wurde (passiert nicht immer) sollte er auch als Signal nach außen verstanden werden. Das sollte man ernst nehmen.
Die zentrale Botschaft an seine Gegner ist zweifelsfrei die Forderung, die Angst vor einer nuklearen Eskalation wieder herzustellen, weil sonst die Menschheit dem Untergang geweiht sei. Dazu schlägt er auch konkrete Maßnahmen vor, etwa die offene Benennung von Zielen nuklearer Schläge in Feindesland. Man sollte sich aber nicht so sehr auf seine Forderung nach glaubhafter atomarer Abschreckung konzentrieren, zumal das Vorgehen der Regierung und des Militärs keine Anzeichen für die Anwendung von Atomwaffen erkennen lassen. Auch lehnt eine überwiegende Mehrheit der russländischen Bevölkerung die Anwendung von Atomwaffen im Krieg mit der Ukraine derzeit ab. https://www.levada.ru/2023/06/15/o-vozmozhnosti-primeneniya-yadernogo-oruzhiya-v-ukrainskom-konflikte-2/ Das gilt vor allem für diejenigen, die die Aufnahme von Friedensverhandlungen bejahen. Wichtiger sind die globalpolitischen konzeptionellen Überlegungen. So schreibt er:
„Indem wir den Willen des Westens zur Aggression brechen, werden wir nicht nur uns selbst retten und die Welt endlich von einem westlichen Joch befreien, das fünf Jahrhunderte gedauert hat, sondern auch die gesamte Menschheit. Indem wir den Westen zu einer Katharsis und zur Aufgabe seiner Hegemonie durch seine Eliten zwingen, werden wir ihn zum Rückzug zwingen, bevor die Weltkatastrophe eintritt. Die Menschheit wird eine neue Chance erhalten, sich weiterzuentwickeln... Es ist auch notwendig, die inneren Probleme zu lösen - sich endlich vom Westzentrismus in den Köpfen und von den Westlern in der Verwaltungsschicht, von den Kompradoren und ihrer eigentümlichen Denkweise zu befreien. (Allerdings hilft uns der Westen dabei, ohne es zu wollen). Unsere dreihundertjährige Reise durch Europa hat uns viele nützliche Dinge beschert und uns geholfen, unsere große Kultur zu formen. Lassen Sie uns unser europäisches Erbe in Ehren halten. Aber es ist an der Zeit, nach Hause zurückzukehren, zu uns selbst. Beginnen wir mit dem angesammelten Gepäck, mit unserem eigenen Verstand zu leben. Unsere Freunde vom Außenministerium haben kürzlich einen echten Durchbruch erzielt, indem sie Russland im außenpolitischen Konzept als Staat einer [eigenen] Zivilisation bezeichneten. Ich möchte hinzufügen - eine Zivilisation der Zivilisationen, die sowohl nach Norden als auch nach Süden, nach Westen und nach Osten offen ist. Die Hauptrichtung der Entwicklung ist jetzt der Süden, der Norden und vor allem der Osten.“ (Anmerkung: die direkte Übersetzung des von Karagnov zitierten Begriffs „государство-цивилизацией“ als „zivilisierter Staat“ trifft den Sinn nicht)
Das Problem besteht darin, dass weite Teile der hier betrachteten Eliten den apokalyptischen Momenten dieses Szenarios nicht folgen dürften, aber Karaganov mögliche Konsequenzen der gegenwärtigen inneren und äußeren Entwicklung ausspricht. Ob und inwieweit die Eliten immun gegen diese Logik ist, ist angesichts der verfolgten Ideologiepolitik offen. Man kann und muss den Beitrag auch als Antwort auf die in den Leitlinien zur feministischen Außenpolitik und in der Nationalen Sicherheitsstrategie angelegte Bereitschaft zur Eskalation auffassen. In jedem Fall stärken beide Dokumente der deutschen Regierung die Position der von Karaganov vertretenen Fraktion in Russland.

Wie man sicher gemerkt hat, spielen Gewerkschaften und soziale Bewegungen in all diesen Überlegungen keine Rolle. Es gibt sie allerdings und sie sind aktiv. Wir haben an anderen Stellen dazu ja des öfteren informiert. Nun soll, so auf dem St.Petersburger Forum angekündigt, eine öffentliche Diskussion zur Zukunft Russlands initiiert werden. Vize-Premier Belousov sprach sich in diesem Zusammenhang für einen modernisierten Konservatismus aus, der die traditionellen Werte des Westens bewahrt. https://t.me/mardanaka/14688 An dieser Frage liegt angesichts der ungebrochenen Angriffe auf soziale und politische Errungenschaften auch hier im „Westen“ der

entscheidende Schnittpunkt für das gemeinsame Handeln von linken oder wenigstens sozial und emanzipatorisch orientierten Kräften auf beiden Seiten der entstandenen Frontlinie. Andernfalls werden wir gemeinsam verlieren.

24.06.2023

Die Revolte des Söldnerunternehmers war in dieser Schärfe tatsächlich nicht zu erwarten. Die Reaktionen sind entsprechend widersprüchlich. Einige sprechen von einem Putschversuch, für andere ist das die Eskalation des Konfliktes zwischen der Armeeführung und dem Söldnerunternehmer, wieder andere interpretieren die Ereignisse so, dass Putin die Kontrolle über die Dynamik der Konflikte innerhalb der Eliten beginnt zu verlieren. Auch wird von einem beginnenden Bürgerkrieg gesprochen. Aus der liberalen Opposition hört man Aufrufe, dass sich das Volk versammeln solle (und sei es mit Heugabeln bewaffnet), oder auch solche an die Söldnertruppen, die Macht zu ergreifen. Mit ihnen könne man besser verhandeln als mit der gegenwärtigen Führung. Tatsächlich ist völlig unklar, wie die verschiedenen Interessengruppen auf diesen Konflikt reagieren werden. Momentan (10:45 Uhr Moskauer Zeit) warten alle auf eine angekündigte Rede von Putin.
Tatsache dürfte sein, dass diese Revolte die Koordinaten der politischen Landschaft grundlegend verschieben werden. Wenn man sie als eine der von dem neuentstandenen Elitenkompromiss Ausgeschlossenen betrachtet, kann das tatsächlich in einem Bürgerkrieg enden. Ein erheblicher Teil der Wagner-Söldner wurde aus den Gefängnissen rekrutiert, sie haben wenig zu verlieren. So sollte man Prigozhins Äußerung, man werde mit den 30 Tsd. Und den Patrioten, die ihnen folgen werden bis zum Letzten für Russland und gegen das Verteidigungsministerium kämpfen, ernst nehmen.

Gerade hat sich Putin geäußert. Wie fast zu erwarten bezog er sich auf die Fiktion des gestohlenen Sieges 1917. Prigozhin wurde unumwunden zum Verräter erklärt. Damit sind die innenpolitischen Fronten klar. http://kremlin.ru/events/president/news/71496 Und alles bleibt offen.

25.-27.06.2023

Erschüttert, aber nicht gesprengt

Natürlich bleibt vieles offen und unsicher - niemand in der Kommentator*innenzunft konnte und kann sich auf verlässliche Quellen stützen. Alle Beiträge stützen sich letztlich auf Analysen der Darstellungen in den sozialen Netzwerken und in den Medien. Selbst wenn man die langfristigen Tendenzen in Rechnung stellt, sind zu diesem Zeitpunkt nur Momentaufnahmen möglich. Fest dürfte stehen, dass die russländische Staatlichkeit mit der Revolte Prigozhins erschüttert wurde – gesprengt wurde sie nicht.
Am Ende erscheint alles als eine Familienfehde. Der ungehorsame Sohn wird aus dem Haus gejagt, der verärgerte Papa wahrt die Form und gibt ihm sein Wort, dass er unbeschadet verschwinden kann. Das Gefolge des gefallenen Sohnes wird in die Dienste des Hausherrn übernommen. Das sonstige Hauspersonal sieht dem mit einer gewissen Fassungslosigkeit zu, lästert hinter dem Rücken des Hausherrn oder bedauert oder ist enttäuscht, dass die Fehde sie nicht auf einen höheren Rang im Haushalt beförderte. Freilich ist Politik dramatischer und tödlicher. Aufschlussreich sind die Erwartungen, die bezüglich der Reaktion der Regierung auf den Marsch auf Moskau und die zum Charakter der Revolte gemacht wurden. Auf dem telegram-Kanal Nevojna (Keinkrieg) wurden die Söldnertruppen aufgefordert, die Macht zu ergreifen, da man mit ihnen besser verhandeln könne, als mit der gegenwärtigen Führung. https://t.me/nevoina2/141 Chodokovski sah eine revolutionäre

Situation, die man verpasst habe. https://t.me/sotaproject/61802 Nur eine Revolution wohin und durch wen? Die Option des Bürgerkrieges lag in der Luft, nicht die einer Revolution.
Es wurde immer wieder die Frage gestellt, warum die Armee nicht sofort eingegriffen habe. Was sollte sie denn tun? Rostov am Don (eine Stadt mit über 1 Million Einwohner*innen) bombardieren? Nun sind Kriegszeiten Zeiten der Verrohung. Die Forderungen und impliziten Hoffnungen auf eine militärische Lösung zeugen schon von einer schrecklichen Gewöhnung.
Im Nachhinein wird klar, dass die aufgerissenen Straßen, die den Vormarsch der Wagner-Söldner behindern sollten, Zeit für das Arbeiten der Netzwerke, die in diesen Coup verwickelt waren, schaffen sollten. Übrigens waren die Löcher in den Straßen kein echtes Hindernis für eine Kolonne kampferfahrener Militärs. Prigozhin selbst gibt uns die Formel zum Verständnis des Ganzen. In seiner Erklärung beim Abzug aus Rostov sagte er, dass bisher (200 km vor Moskau) kein Tropfen Blut vergossen worden sei (was nicht stimmt: ein nach Worten Prigozhins, „Idiot, der auf alles schießt, was fliegt“, hatte eine IL-22 mit 10 Insassen abgeschossen https://t.me/RotFront_su/12412 ; außerdem wird von mehreren abgeschossenen Armee-Hubschraubern berichtet) , ab hier aber viel Blut fließen würde. https://t.me/kommersant/52465 Lukaschenko scheint ihm im Auftrage Putins eine klare Botschaft gesandt zu haben – hinreichend weit von Moskau entfernt würden seine Kolonnen ausgelöscht werden. Kolonnen auf dem Marsch sind so verwundbar, dass dies wohl auch passiert wäre. Es bliebe dann für die Reste der Truppen nur der Partisanenkrieg, aber um den dürfte es Prigozhin und seinen Offizieren nicht gegangen sein. Als militärische Formation waren sie nur von der Armee zu bekämpfen, als Untergrundkämpfer wären sie Ziel von Polizei und Sicherheitstruppen.
Im Nachhinein wird auch bekannt, dass nicht alle Offiziere den „Marsch auf Moskau“ unterstützten. Schließlich sollen es 5 Tsd. Soldaten gewesen sein, die sich in drei Kolonnen auf den Weg machten. https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2023/06/26/982255-chem-zakonchitsya-dlya-vagnera-pohod-na-stolitsu Der Personalbestand der Wagner-Truppen wird mit 25.000 angegeben.
Die Presse berichtet später über ein Gespräch zwischen Putin und Lukaschenko in warmherziger Atmosphäre. Lukaschenko habe sich in diesem Gespräch als Vermittler angeboten, da er Prigozhin mehr als 20 Jahre kenne. https://t.me/rgrunews/79998 Die eindeutige Position Putins am Samstagmorgen und sein scheinbar spätes öffentliches Reagieren, die Verurteilung Prigozhins als Verräter (http://kremlin.ru/events/president/news/71496), dürfte Ergebnis erster erfolgloser Versuche der Vermittlung gewesen sein. Putin bemühte hier, wie schon fast zu erwarten, das Bild vom Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Truppen und die Fiktion des gestohlenen Sieges im Ersten Weltkrieg durch den Ausbruch der Februarrevolution 1917. Man kann das Nichtreagieren der Armee unter diesem Gesichtspunkt auch als kluge Entscheidung interpretieren. Es ging wahrscheinlich tatsächlich um die Machtposition in den Eliten und die Frage der Lösung der festgefahrenen Situation im Ukrainekonflikt. Wie ernst Prigozhins Friedensforderung zu nehmen ist, sei dahingestellt, sie mag auch nur ein Baustein im Konflikt mit der Armeeführung gewesen sein. Und ein derartiger Elitenkonflikt ist heute nicht mehr in Feldschlachten zu lösen, wenigstens nicht, ohne das Ganze in Frage zu stellen. Das dürfte allen Beteiligten klar gewesen sein.
Viel wichtiger aber ist, dass Prigozhin aus der Mitte der Macht den Kurs in Frage gestellt hat. Auch wenn er in den Eliten keine Freunde hat, wurde das sowohl von Kriegsanhängern, die sich einen radikaleren Kurs wünschen, als auch von Kriegsgegnern so verstanden. Allerdings hat die Sache noch eine Seite, die den Kurs des Putin-Kreises stützen dürfte: die schnelle, vielleicht vorschnelle Begeisterung der ukrainischen Führung unter der Überschrift „alles was Russland schwächt, ist gut“. Damit ist aber auch eine weitere Argumentationskette zur Verschärfung der Repression und die Gleichsetzung jeder Kriegsgegnerschaft mit dem Bild des Verräters, ja des Staatsstreiches gegeben.
Es ist auch zu bezweifeln, dass dieser Vorgang Russland geschwächt hat, auf jeden Fall nicht militärisch. Dafür gibt es keine Indikatoren. Die russländischen Truppen haben sich auf die Verteidigung ihrer Stellungen in der Ukraine konzentriert und lassen die Gegner an dieser Linie ausbluten. Was danach kommt, ist offen. Die Ukraine kann in den Grenzregionen Nadelstiche setzen, ohne die Offensive einzustellen kann sie aber an keiner Stelle wirkungsvoll angreifen. Eine Umgruppierung der Armee, etwa für ein Eindringen in die angrenzenden Regionen Russlands, würde

den russländischen Truppen an der bisherigen Frontlinie den Raum für eine eigene Offensive und den Anlass für eine generelle Mobilmachung geben.
Interessant ist die Reaktion in Staaten wie Kasachstan, in denen derartige Entwicklungen aufmerksam verfolgt werden. Kasachstan hat eine sehr lange gemeinsame Grenze mit Russland (es soll die längste gemeinsame Grenze zwischen zwei Staaten sein), so dass abgesehen von Fragen der wirtschaftlichen und politischen Integration in der Region das Land ein vitales Sicherheitsinteresse an Stabilität Russlands hat https://t.me/kommersant/52495 . Für die Integrationsbemühungen Russlands könnte das zu einem Dämpfer werden.
Der Vorgang dürfte innenpolitisch ein Moment der weiteren Polarisierung sein. Ob das System nicht weiter lebensfähig ist https://t.me/putnik1lv/3969 , ist keinesfalls ausgemacht. Ebenfalls nicht, dass die Position des Präsidenten geschwächt sei. Der andauernde Kriegszustand, wie immer man ihn nennen mag, demoralisiert aber. Inzwischen sollen 20 Prozent der Russländer*innen in ihren Familien bereits Gefallene haben. Ob das durch immer weiter ausgebaute soziale Leistungen und andere Vergünstigungen für Angehörige von Gefallenen und Demobilisierte zu kompensieren ist, ist schwer zu sagen. Zwischen wachsenden Verlusten und Kriegsgegnerschaft besteht zudem keine Kausalität, es kann auch radikale Tendenzen stärken.
Diese offene Zuspitzung der Polarisierung stellt aber mit neuer Schärfe auch die Frage nach der Zukunft der russländischen Staatlichkeit „nach“ Putin. Der gesamte Vorgang macht deutlich, wie wichtig die persönlichen Netzwerke zu sein scheinen. Die Krise wurde nicht aus der Staatlichkeit als solcher, sondern aus diesen Netzwerken (der unter Putin neu formierten Oligarchie ohne Oligarchen) heraus gelöst – hatte dort aber auch ihren Ausgangspunkt. Die strategische Ausrichtung auf die Erneuerung der Eliten, wie sie jetzt im Vorfeld der Wahlen in Regionen zum zur Duma betrieben wird, beantwortet nicht die Frage nach ihrem Charakter. Da eine bürgerliche Gesellschaft im klassischen Sinne nicht existiert, dürfte es um die Entstehung neuer Netzwerke bzw. eine „neue Oligarchie“ gehen.
In der Juni-Affäre werden so keine neuen Ansätze für die Lösung der vielfältigen Krisen, in die Russland verstrickt ist, sichtbar, lediglich Momente ihrer Verschärfung. Prigozhin war einen Moment handlungsfähig und versuchte eine Lösung im System. Sein Versuch im Mai d.J., im Rahmen von Gerechtes Russland einen politischen Arm zu gewinnen (https://t.me/rusbrief/91009), könnte damit im Zusammenhang stehen, wobei unklar ist, wie ernsthaft dieser Versuch war. Vor der Affäre hatte Navalny (bzw. sein Kreis) zu einer Kampagne gegen den Krieg und das politische System im Vorfeld der Wahlen aufgerufen. https://t.me/SakharovChannel/4656 Auch seine Lösung verlässt den Rahmen des Systems lediglich auf der Ebene der Eliten und Teilen des politischen Systems (bei aller Unschärfe). Aber dies erfasst nur ein zwar artikulationsfähiges, aber marginales Publikum in Russland, mehr wahrscheinlich in der Emigration. Arbeitet die Zeit für oder gegen ihn? Die KPRF, die den Krieg in einen sozialistischen Umsturz münden lassen will, stellte sich demonstrativ hinter den Präsidenten. https://t.me/redmsk/18218 Die Linksfront, Verbündeter der KPRF, fordert im Interesse des Sieges im Krieg eine Vereinigung der linkspatriotischen Kräfte und die Bildung einer Koalitionsregierung unter deren Beteiligung https://www.leftfront.org/?p=52865 Gerechtes Russland wird bei den Präsidentschaftswahlen Putin unterstützen. Der Rest der linken Opposition ist zersplittert, träumt von sozialdemokratischen Reformen oder anderen Lösungen, für die im Moment keine Basis besteht.
Boris Kagarlitzky bringt nun eine weitere Variante ins Spiel – dass ein Machtvakuum entstanden sei. Möglicherweise liege die Macht schon in ganz anderen Händen, z.B. bei Kräften aus dem Umfeld des Sicherheitsrates, nicht mehr bei Putin oder der Regierung. https://t.me/kagarlitsky/1111 Dass die Stellung Putins erschüttert sei, vermerkt auch die liberale Analytikerin Tatjana Stanovaja. Sie betont aber auch, dass Putin sich um sein Image nie gekümmert habe. Letztlich habe er die Krise lösen können – durch Integration der Wagner-Söldner und die Vertreibung Prigozhins. Ein Blutvergießen vor den Toren Moskaus wäre schlimmer gewesen. https://t.me/stanovaya/1650 Offen bleibt bei beiden Interpretationen, wie sich die Dinge nun entwickeln.
In einem auf AltLeft schon vor einiger Zeit veröffentlichten Artikel von Liza Kostikova heißt es, dass die größte Gefahr für Putin der enttäuschte Traditionalismus sei.

https://altleft.org/2023/01/22/fashizm-ili-neofashizm-kak-borotsja-s-diktaturami-v-informacionnuju-jeru/ Die Ereignisse scheinen das zu bestätigen.

27.06.2023

Das Drama nimmt ein Ende, das keines ist. Die Revolte und ihre Befriedung erfahren zwei unterschiedliche Interpretationen, die jeweils viele Fragen offen lassen. Am frühen Abend hat Prigozhin sich mit einem heroischen Statement gemeldet (https://meduza.io/paragraph/2023/06/26/my-pokazali-master-klass-kakim-moglo-byt-24-fevralya-2022-goda), 3 Stunden später stellt Putin seine Lesart vor (http://kremlin.ru/events/president/news/71528). Prigozhin nimmt für sich in Anspruch, bei seinem Zug auf viel Zustimmung gestoßen zu sein und erfolgreich alle Militärobjekte auf dem Weg blockiert zu haben. Putin dankt allen, die besonnen ihre Pflicht getan haben. Progozhin meint, dass die meisten seiner Kämpfer ihm nach Belarus folgen werden. Die Ausrüstungen würden der Führung der „Spezialoperation" übergeben. Putin sagt, dass die Konsolidierung des russländischen Volkes in diesen Tagen die entscheidende Rolle bei der Lösung der Krise gespielt habe. Die von beiden Seiten angeführten moralischen Argumente für den Abbruch des Marsches nach Moskau kann man getrost ignorieren – offen bleibt, welche harten Argumente die Sache beendet haben. Zum gegenwärtigen Stand können die Söldner in die russländische Armee eintreten, nach Belarus gehen oder zu ihren Familien zurückkehren. Unklar ist im Moment, was mit den Söldnern wird, die in anderen Weltteilen offensichtlich immer noch aktiv sind.
Diese Konstellation bedeutet, dass der Kampf um die strategische Ausrichtung des Krieges keinesfalls beendet ist, sie wird auf ein anderes Feld verlagert. Wenn tatsächlich wesentliche Teile seines Personals Prigozhin folgen, bleibt er ein Machtfaktor. Seine sonstigen Unternehmen wurden bisher nicht angetastet – er bleibt also auch ökonomisch eine Größe.

17.06.2023

Nach Prigozhin II

Die Diskussion um die Hintergründe des Prigozhin-Coups nimmt kein Ende, ohne das neue Akzente sichtbar werden würden. Es wird über das Maß an Illoyalität gegenüber dem Präsidenten und über mögliche Säuberungen spekuliert. Ein Bericht über eine Beratung zwischen Putin und Ministerpräsident Mishustin, in dem der Präsident die Ausschaltung aller illoyalen Manger forderte https://t.me/rusbrief/133626 ist hinsichtlich der realen Wirkungen kaum nachprüfbar. Es ist lediglich die Rede davon, dass der Chef der Nachrichtenagentur TASS Sergej Michajlov in diesem Zusammenhang entlassen worden sei. Auf der Website der Agentur heißt es, er habe den Posten auf eigenen Wunsch aufgegeben. https://tass.ru/info/18196825 Die Entlassung eines Generals wegen seiner Kritik an der Militärführung und die Verhaftung eines hohen Geheimdienstoffiziers, der eine zentrale Rolle in der „Terrorbekämpfung" spielt, befeuern natürlich Spekulationen in alle Richtungen. Dem Beobachter stellt es sich so dar, dass die Schwachpunkte des Systems nicht während des Prigozjhin-Coups wirksam wurden, sondern danach, in der Bearbeitung der Konsequenzen. Die Beiträge auf den regierungsnahen telegram-Kanälen (z.B. BRIEF und Nezygar') wirken nervös … So wird drauf verwiesen, dass immer noch nicht klar ist, wer eigentlich zu den Präsidentschaftswahlen am 17.03.2024 antreten wird. https://t.me/russica2/52802 Und selbst wenn es Putin sein wird, ist das auch im günstigsten Fall nur die Verschiebung eines Problems.
Nutznießer der Vorgänge, so eine Interpretation der Situation, sei der „liberale Flügel der russländischen Eliten", die „Partei des Friedens" oder auch „Partei der Normalität". Die Chancen für

eine neue einflussreiche rechte Partei seien gesunken. https://t.me/russica2/52761 Ein Reporter des Kommersant' berichtete vor einigen Tagen über die Antwort Putins auf seine Frage bezüglich des Treffens mit den Wagner-Kommandeuren Ende Juni. Putin wiederholte die bekannten Fakten – für private Militärunternehmen gäbe es keine Rechtsgrundlage in Russland, daher sei Wagner zwar existent, aber keine juristische Person, der Einsatz der Söldner sei zu würdigen, es gäbe das Angebot, dass sie als Truppe weiter unter ihrem bisherigen Kommandeur als Teil der Armee dienen dürften. Der Reporter schließt seinen Beitrag mit dem Eindruck, dass die Affäre Putin sehr aufgewühlt habe, auch wenn er das nicht zugeben würde. https://www.kommersant.ru/doc/6098572 (Teilweise Wiedergabe auch hier: https://www.n-tv.de/politik/Putin-schildert-Prigoschins-Reaktion-bei-Treffen-article24260810.html) Inzwischen wird an einem Gesetz über Private Militärunternehmen gearbeitet. Dabei soll Konsens sein, dass sie nur im Ausland handeln dürfen. https://t.me/brieflite/149 Welche Tragweise das hat, ist nicht seriös zu sagen. Ob es in der Armee „brodelt" und ein Putsch „nur eine Niederlage entfernt" ist https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Munz-Brodelt-enorm-in-der-russischen-Armee-article24261195.html , oder ob es sich um die normalen Auseinandersetzungen um Ressourcen, Strategien und Taktiken geht, ist von hier aus schwer zu sagen.

In der Gesellschaft, so das Ergebnis der Umfragen von Levada, hatte die Aktion Unruhe ausgelöst, aber das Vertrauen in Präsidenten und Regierung kaum beeinflusst. Die Ursachen werden in persönlichen Ambitionen Prigozhins (21 Prozent), begründeten Vorbehalten Progizhins gegenüber der Armeeführung (19 Prozent) und Konflikten zwischen Prigozhin und dem Verteidigungsministerium (17 Prozent) gesehen. Allerdings geben auch 31 Prozent der Befragten an, dass sie auf diese Frage eigentlich nicht antworten können. Alles in allem überwiegt offensichtlich die Sichtweise, dass es sich um einen Elitenkonflikt handelt – auch wenn nur 4 Prozent das direkt aussprechen und 6 Prozent Chaos und die Unordnung im Land als Ursache sehen. https://www.levada.ru/2023/07/03/myatezh-23-24-iyunya-v-vospriyatii-rossiyan/

Offensichtlich ist aber die Prigozhin-Affäre für Gerechtes Russland (SR) wenn nicht zu einem Wendepunkt, so doch zum Katalysator einer inneren Krise geworden. Auf Initiative (oder Anweisung) der Parteiführung wurden in einer Reihe von Regionen die Kandidat*innen für die Gouverneurswahlen zurückgezogen. Man wolle, so eine Interpretation, kein Mißtrauen in die Politik des Präsidenten provozieren. (https://semnasem.org/articles/2023/07/13/mezhdu-molotom-i-kuvaldoj-pochemu-spravedlivaya-rossiya-snimaetsya-s-vyborov-v-regionah-i-prichem-tut-myatezh-chvk-vagner) Die Auflösung eines Regionalverbandes (weil dieser der Parteiführung nicht genehme Kandidat*innen aufgestellt hatte https://t.me/horizontal_russia/24998), der Austritt der Fraktion von SR in der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg, der Rücktritt von Oleg Shein (einer der Gründer von SR und aktiver Gewerkschafter) vom Posten des Chefs des Regionalverbandes der Partei im Gebiet Astrachan und nun der Rückzug von den Gouverneurswahlen stellen tatsächlich die Frage nach der künftigen Rolle der Partei, die ja bei den Parlamentswahlen 2021 immerhin noch 7,5 Prozent der Stimmen erringen konnte. Inzwischen fordern Aktivisten von SR den Ausschluss von Shein aus der Partei; er hatte sich gegen den Krieg ausgesprochen. In seinem telegram-Kanal erfuhr er nach der Mitteilung über den Ausschlussantrag recht breite Unterstützung. https://t.me/oleg_shein/5423

Protest, Widerstand und Repression

Ein Impuls für die Protest- oder Antikriegsbewegungen ist allerdings trotzdem nicht auszumachen. Die Proteststimmung soll weiter auf niedrigem aber stabilen Niveau bei 15-17 Prozent verharren. https://t.me/russica2/52600 In Berichten bleiben die Themen Umwelt und Arbeitsverhältnisse zentral. Mit der Annahme des Gesetzes über das Verbot des Wechsels des Geschlechts wird die dreifache Basis der Repression – Erklärung zum ausländischen Agenten (Inoagent), Vorwurf der

Verleumdung der Streitkräfte und der Verbreitung von Falschnachrichten sowie die Unterstellung der Propagierung nichttraditioneller Lebensweisen - weiter ausgebaut. Hinzu kommt die weitere Auseinandersetzung um das Verbot von Abteibungen. Zudem soll sich die Zahl der Verfahren wegen Hochverrats deutlich erhöht haben.
Abgesehen von kleinräumigen Protesten ist die Unterstützung von politisch Verfolgten, politischen Gefangenen, Wehrdienstverweigerern und Kriegsopfern das vorrangige Feld der Tätigkeit der verschiedensten Antikriegsbewegungen. Die Auslandssektionen des Feministischen Widerstands organisieren alleine oder mit Partner*innen in ihren jeweiligen Gastländern Protestaktionen gegen den Krieg. Gleichzeitig wird versucht, abhängig von der politischen Verortung der jeweiligen Organisation, den Anschluss an die Debatten zu grundsätzlichen Fragen alternativer bzw. linker Politik und Theorie zu halten. Aufmerksam verfolgt wurden z.B. die Auseinandersetzungen im Iran, in Israel und in Frankreich.

Anfang des Monats wurde Michail Lobanov, der im Zusammenhang mit den Duma-Wahlen 2021 und seinen folgenden Aktivitäten zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements bekannt geworden war, von der Moskauer Universität „auf starken Druck von außen hin“ gekündigt. https://t.me/rsd_tg/5347 Zuvor war er schon zum „Inoagent“ erklärt worden, was wiederum den formalen Anlass zur Entlassung lieferte. Die Überregionale Gewerkschaft der Hochschulangestellten charakterisierte die Entscheidung als Berufsverbot.
Zuletzt hatte Lobanov sein Portal Vydvizhenie https://school.munplatform.ru/ wiederbelebt, mit dessen Hilfe er Bildungsmöglichkeiten für unabhängige Kandidat*innen zu lokalen Wahlen anbot. Jetzt kündigte er an, das Land zu verlassen. Zu seinen nächsten Vorhaben sagte er https://t.me/mlobanov84/1399 :

„Wir sind uns darüber im Klaren, dass bisher die erzwungene Emigration aus Russland leider noch nicht in der Lage ist, zwei wichtige politische Aufgaben zu lösen. Die erste ist die Formierung einer sich auf die Massen stützenden politischen Kraft, die auf die direkte Beteiligung an der Umgestaltung des russischen Regimes und die Unterstützung der sozialen Bewegungen im Lande ausgerichtet ist. Die zweite ist die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen politischen Kräften in anderen Ländern, um Vorschläge und Garantien für die einfachen Menschen in Russland und der Ukraine zu erarbeiten. Wir müssen an etwas arbeiten, das es uns allen ermöglichen könnte, einen Ausweg aus der vom Kreml verursachten Katastrophe zu erkennen. Einen Ausweg, der für die Menschen in der Ukraine, in Russland, in Europa und für alle in diese Geschichte Verwickelten attraktiv ist.
Warum hat es in den letzten anderthalb Jahren in diesen beiden entscheidenden Richtungen kaum oder gar keine Fortschritte gegeben? Beide Misserfolge beruhen weitgehend auf einem grundlegenden Problem. Die massenhaften Forderungen in unserer Gesellschaft nach sozialer Gerechtigkeit, nach Überwindung der eklatanten wirtschaftlichen und politischen Ungleichheit, sind in der öffentlichen russischen Oppositionspolitik praktisch nicht repräsentiert.
Der aktive Teil der Gesellschaft vertritt weitgehend radikaldemokratische Positionen. Daher ist es kaum zu erwarten, dass sie sich zu irgendwelchen Strukturen um politische Figuren mit einer rechten Weltanschauung zusammenschließen werden, die zu sehr von marktwirtschaftlichen Hierarchien angetan sind und nicht allzu viel Vertrauen in die Selbstverwaltung von unten haben.
Andererseits werden fast überall auf der Welt die politischen Kräfte, die zumindest theoretisch in der Lage sind, eine internationale Agenda im Interesse aller voranzutreiben, durch ein breites Spektrum linker Parteien und Bewegungen vertreten. Und für sie ist es nicht leicht, mit Politikern zu sprechen, die ihnen in Bezug auf ihre Ansichten weit entfernt stehen.
Natürlich ist es unfair, in dieser Hinsicht Ansprüche an russische Politiker zu stellen. Jeder hat das Recht, die Ansichten zu haben und zu verteidigen, die er für richtig hält. Alle, die sich für die Beendigung des sinnlosen Blutbads einsetzen, verdienen Respekt.
Unter diesen Bedingungen fällt die Verantwortung für die Lösung der beiden oben skizzierten wichtigsten Aufgaben den derzeit wenigen linken russischen Politikern und Intellektuellen zu - offenbar sind nur sie in der Lage, einen qualitativen Durchbruch zu erzielen.

Ganz allgemein. Unser Team hat eine Entscheidung getroffen: Ich werde eine langfristige Auslandsreise antreten, um zu versuchen, diese Aufgaben voranzubringen.
Ich danke allen, die sich Sorgen um meine Sicherheit gemacht haben - ich bin jetzt an einem Ort, der für die russischen Sicherheitskräfte nicht erreichbar istman.
Dies ist der Beginn einer großen, wichtigen Phase, in der wir Formen der Beteiligung für Millionen von Russen finden müssen."

24.07.2023

Ökonomie

Unlängst noch schloss der Finanzminister eine Erhöhung der Staatsverschuldung zur Deckung der Einnahmeausfälle (insbesondere bei den Exporterlösen von Roh- und Brennstoffen) aus. https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2023/07/04/983568-minfin-predlozhil-programmu-frontalnogo-sokrascheniya-rashodov-byudzheta Nun wird berichtet, dass es in seinem Ministerium Pläne zur Erhöhung der Staatsverschuldung auf 20 Prozent, somit um 5 Prozentpunkte, gäbe. https://expert.ru/2023/07/18/minfin-rasskazal-o-planakh-po-naraschivaniyu-gosdolga/ Die Regierung beschloss bereits die Kürzung „nichtgeschützter Ausgaben" im Haushalt im Umfang von 450 Mrd. Rbl. https://www.vedomosti.ru/economics/articles/2023/07/19/985930-v-pravitelstve-odobrili-sokraschenie-nezaschischennih-rashodov-byudzheta Gleichzeitig diskutiert die Zentralbank zur Zeit eine Anhebung des Leitzinses https://expert.ru/2023/07/19/stavka-bolshe-chem-zhizn-ot-resheniya-tsb-zavisit-sudba-importozamescheniya/ Und die Unternehmer*innen lehnen die beschlossene Übergewinnsteuer ab. https://t.me/rusbrief/136886 Auch Patriotismus findet eben seine Grenze am Profit. Der Oligarch Oleg Deripaska, bekannt für seine provokativen Äußerungen, forderte gerade ganz in diesem Sinne, endlich das Experiment des „Staatskapitalismus", das in Russland seit 15 Jahren laufe, zu beenden und zu einer freien Marktwirtschaft überzugehen. https://www.kommersant.ru/doc/6110546

Hinter diesen z.T. gegenläufigen Bewegungen steht die Frage, wie die Ziele der Importablösung, des Umbaus der russländischen Wirtschaft und der Infrastruktur (der Kredite braucht), der Stabilisierung des Rubel (die allerdings der Stabilisierung des Haushaltes entgegen stehen würde), der Sicherung der sozialen Leistungen (als vermutetes Moment der politischen Stabilität), der Versorgung der Streitkräfte und der Rekonstruktion der Kriegsgebiete gleichzeitig realisiert werden können. Und das ohne die grundsätzlichen Verteilungsverhältnisse in Frage zu stellen.
Wie diese Auseinandersetzungen ausgehen, hängt kaum vom Krieg ab. Das Problem bleiben die inneren Akkumulationsquellen. Die konsumtive Inlandsnachfrage spielt für die Stärkung des Modernisierungskurses kaum eine Rolle. Gerade wieder bestätigt die Zentralbank, dass sie bestenfalls durch die Erhöhung der Verschuldung getrieben wird. https://t.me/russica2/52800 Dem entsprechen auch die Ergebnisse einer aktuellen Befragung zur materiellen Lage der Haushalte. Die subjektive Einschätzung der Befragten war, dass sie ein monatliches pro-Kopf-Einkommen von 49,8 Tsd. Rbl. (etwa 488 Euro) brauchen, damit die Familie normal leben könne. Das subjektiv empfundene Existenzminimum liegt bei 27,8 Tsd. Rbl. pro Kopf. Tatsächlich betragen das erreichte Einkommen etwa 24 Tsd. Rbl. pro Kopf und das offizielle Existenzminimum 14,4 Tsd. Rbl. Insgesamt besteht die Meinung, dass die Lücke zwischen dem, was man eigentlich braucht, und dem, was man bekommt im vergangenen Jahr kleiner geworden sei. https://www.levada.ru/2023/07/18/otsenki-urovnya-dohoda-sredi-rossiyan-v-2023-godu/ Dabei ist zu beachten, dass zwischen den Regionen und den sozialen Schichten große Einkommensunterschiede bestehen. So verdienen Freiberufler im IT-, Kommunikations- und Consultingbereich zwischen 100 Tsd. und knapp 400 Tsd. Rbl. Im Monat. https://t.me/vedomosti/34461

Auf dem anderen Pol stehen die Milliardäre, die im laufenden Jahr bereits 16,5 Mrd. US-Dollar verdient haben sollen. Unter den 500 Reichsten der Welt seien, so Bloomberg, 24 Russ*innen. Zu ihnen gehört (auf Platz 447) übrigens auch Tat'jana Bakal'čuk, die Chefin von Wildberries – ein Unternehmen, das in den letzten Monaten vor allem durch Auseinandersetzungen um Scheinselbständigkeit und Knebelverträge mit den Subunternehmer*innen Aufmerksamkeit erregte. Ihr Vermögen stieg um 1,24 Mrd. auf 5,7 Mrd. US-Dollar.
Die hier skizzierte Konstellation deutet darauf hin, dass sich ein Konflikt zwischen drei Seiten aufbauen könnte – dem „Staatskapitalismus" und den mit ihm verbundenen Sektoren, dem Großunternehmer*innentum (wie von Deripaska repräsentiert) und den werktätigen Massen, seien es Arbeiter*innen, Angestellte, Scheinselbständige usw.
Generell ist aus dem Sozialen vor diesem Hintergrund für die notwendige Stabilisierung und Innovationsoffensive nicht viel herauszupressen – wenigstens nicht, ohne die relative soziale Ruhe in Frage zu stellen. Ein Zugriff auf die Vermögen bzw. Einkommen der Spitzen von Kapital und Staat stellt den Konsens in den Eliten in Frage. Es bestehen im Moment keine institutionalisierten Formen, die den Rahmen für die Austragung dieser Konflikte bieten könnten. Zwar gibt es die „Trilaterale Kommission", in der regelmäßig Regierung, Unternehmertum und Gewerkschaften beraten, aber deren Bedeutung ist seit Kriegsbeginn noch weiter gesunken. Bleibt die Option, die unwilligen Teile des Unternehmer*innentums auf Linie zu zwingen, allerdings mit unberechenbaren Folgen für die Machtbalance in den Eliten. Wie weit die psychologischen Nachwirkungen des Prigozhin-Coups an dieser Stelle gehen werden, ist abzuwarten.

28.07.2023

Am Beginn einer neuen Welle der Repression?

Am 25. Juli wurde gegen den auch international bekannten linken Intellektuellen Boris Kagarlickij ein Verfahren wegen „Rechtfertigung des Terrorismus" eingeleitet. Seine Verhaftung hat in Russland ein so nicht unbedingt zu erwartendes breites Echo gefunden. Vertreter*innen verschiedener politischer Spektren auch jenseits der Linken reagierten auf Verhaftung und Anklage. Dazu gehören die Russländische sozialistische Bewegung (https://t.me/rsd_tg/5399) , die „Sozialdemokraten Russlands" (https://t.me/sdr_party/442), die Gewerkschaft der Lieferfahrer und Kuriere (https://t.me/courier_fight/2807), das navalnynahe Medienportal Meduza (https://meduza.io/news/2023/07/26/sud-v-syktyvkare-arestoval-politologa-borisa-kagarlitskogo-po-delu-ob-opravdanii-terrorizma) und neben anderen telegram-Kanälen auch der kremlnahe Nezygar' (https://t.me/russica2/52942). Von der KPRF und ihren Verbündeten ist nichts zu hören. (https://t.me/rusbrief/139668)

Initiiert wurde die Untersuchung gegen Kagarlickij durch den Geheimdienst der Republik Komi, der unter Oppositionellen dafür bekannt ist, dass sein Handeln oft den Ausgangspunkt für ähnliche Aktionen im ganzen Lande bildet. Allgemein wird befürchtet, dass sich eine neue, stärkere Welle von Repression nun gegen Linke ganz allgemein anbahnt. Im Zusammenhang mit der Untersuchung gegen Kagarlickij wurden bereits eine Reihe anderer linker Aktivist*innen verhört. In den letzten Monaten waren mit Michail Lobanov (https://t.me/mlobanov84/1402) und Evgenij Stupin (https://t.me/evstupin/3930) schon zwei andere bekannte Linke mit ähnlich zweifelhaften Anschuldigungen konfrontiert. Was die drei eint ist ihr Bestreben, eine breite linke Bewegung zu schaffen.

Kagarlickij setzt sich in diesem Sinne schon seit Jahrzehnten als Publizist, Wissenschaftler und Aktivist immer wieder mit dem Charakter des russländischen politischen System und den damit verbundenen Herausforderungen an die linken Bewegungen im Lande auseinander. In der Sowjetunion gehörte er zu den linken Dissidenten, was ihm Verurteilung und Haft einbrachte. In den Zeiten der Perestroika und den frühen 1990er Jahren war er politisch aktiv, arbeitete für Gewerkschaften und war an der Gründung einer Partei, der Partei der Arbeit, beteiligt. Er wirkte in der gleichen Zeit als Mitarbeiter verschiedener wissenschaftlicher Einrichtungen in Lehre und Forschung. Anfang der 2000er war er an der Gründung des IGSO (Institut für Globalisierung und soziale Bewegungen) und der Zeitschrift Levaja Politika (Linke Politik) führend beteiligt. Schließlich entwickelte er mit Rabkor (https://rabkor.ru/) ein Internetportal (Website, Youtube, telegram-Kanal…), in dem Wissenschaft und politischer Aktivismus zusammenfallen. Der Name ist Programm; er leitete sich von der Bezeichnung für Arbeiter*innen, die in sowjetischen Zeiten als ehrenamtliche Journalist*innen, „Arbeiterkorrespondenten“ wirkten, ab: RABotschie KORrespondenty. International war und ist er gut vernetzt, was sich auch in den vielen Reaktionen auf seine Festnahme aus den unterschiedlichen internationalen linken Bewegungen zeigt.

Diese Breite seiner Interessen und Aktivitäten erklären sicher, warum seine Verhaftung eine derartige Aufmerksamkeit erregt hat. Auch für Gruppierungen, die seine marxistisch geprägten Ansatz nicht teilen, ist er in seiner durch Analysen fundierten Opposition zu den herrschenden Verhältnissen ein wichtiger Bezugspunkt. Das Vorgehen gegen Boris Kagarlickij wird damit als ein weiterer Schlag gegen die letzten Möglichkeiten, in Russland gesellschaftliche Probleme selbst „nur“ zu benennen und zu analysieren, zu werten sein. Die Aktion hat schlaglichtartig das Maß an alltäglicher Repression deutlich gemacht, der Kriegsgegner*innen, Feminist*innen, LGBT und Oppositionelle verschiedener politischer Richtungen heute in Russland ausgesetzt sind. Solidarität mit Kagarlickij sollte daher die mit den vielen politischen Gefangenen und Flüchtlingen in bzw. aus Russland einschließen, die nicht das Privileg eines bekannten Namens haben.

11.09.2023

Wahlen und politisches System

Die Jahre seit den letzten Duma-Wahlen 2021 wurden von der herrschenden Gruppierung in Russland intensiv genutzt, um die diesjährigen Regionalwahlen gründlich vorzubereiten. Die Wahlen fanden wieder an drei Tagen, vom 08. bis 10. September, statt. Es sollten Wahlen ohne Überraschungen werden, die den Auftakt zu den Präsidentschaftswahlen im kommenden März 2024 gestalten sollten. Zudem ging es darum, ein Bild der Geschlossenheit „des Volkes“ gegenüber dem äußeren Feind zu vermitteln. Nicht zuletzt sollte sicher auch gezeigt werden, dass die Prigozhin-Affäre das politische System nicht in Frage gestellt hat. Die Ergebnisse scheinen diesen Zielen zu entsprechen. Die Präsidentenpartei Einiges Russland kann sich als stärkste parlamentarische Kraft in den meisten Regionen betrachten. Bei den Gouverneurswahlen setzten sich die Kandidaten durch, deren Kandidatur durch den Präsidenten unterstützt oder wenigstens befürwortet wurde. Die Wahlbeteiligung lag im Durchschnitt bei 43,5 Prozent. Dahinter stehen allerdings starke regionale Unterschiede; bei den Gouverneurswahlen lag sie im Gebiet Kemerovsk (Südsibirien, zwischen Novosibirsk und Krasnojarsk) bei 80,73 Prozent, im Altai bei 31,06 Prozent.
https://www.kommersant.ru/doc/6186834
Freilich bleibt es ein Sieg ohne Glanz. Während bei früheren Wahlen die Ergebnisse vor alle durch Wahlfälschungen beeinflusst wurden, wurde bei diesen Wahlen durch den administrativ

durchgesetzten Ausschluss oppositioneller Kandidat*innen, die Bereinigung des politischen Feldes durch die Diffamierung Oppositioneller als „ausländische Agent*innen“, ihre Verurteilung wegen Unterstützung des Terrorismus oder Verleumdung der Armee, faktisch erzwungene Emigration und die anhaltende ideologische Offensive zur Verteidigung des Krieges in der Ukraine mit allen dazugehörigen Bedrohungserzählungen schon im Vorfeld das Ergebnis gesichert. So habe nicht die Frage danach gestanden, ob die von der Zentralgewalt bestimmten Kandidaten gewinnen, sondern nur, mit wieviel Prozent (ein Rennen um Prozente, wie Vedomosti schreibt https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2023/09/11/994378-chem-zakonchilas-poslednyaya-kampaniya-pered-prezidentskimi-viborami) Man spricht davon, dass die Wahlen durch Polittechnologie entschieden wurden, nicht durch Inhalte. In der Opposition von KPRF bis Navalny geht man zudem unverändert davon aus, dass die Stimmabgabe über das Internet ohnehin eines der wichtigsten Mittel der Fälschung des Wahlergebnisses ist. https://t.me/evstupin/3989
Die Kontrolle der Abstimmungen durch Wahlbeobachter*innen war fast unmöglich. Die wenigen wurden in ihrer Arbeit stark eingeschränkt, bis hin zu Verhaftungen oder Vorladungen zur Einberufung https://t.me/horizontal_russia/27502 Trotzdem wurden Wahlfälschungen aufdeckt. https://t.me/kom_mir/4622 So sollen vorbereitete Wahlzettel gefunden, bis zuletzt Druck auf Kandidat*innen ausgeübt und Wahlzettel weggeworfen worden sein. https://t.me/rabkor/12727
Beobachter*innen gehen davon aus, dass in einigen Regionen Investitionen und Sozialleistungen die Loyalität zur Präsidentenpartei gestärkt haben. Dies treffe z.B. auf die Regionen des Fernen Ostens zu, die von den im Rahmen der neuen Wirtschaftsstrategie getroffenen Standortentscheidungen profitiert hätten. Damit habe sich ihr politischer Charakter verändert und sie hätten den von Protestregionen verloren. https://t.me/kremlin_sekret/12185
Medienwirksam waren vor allem Versuche, die KPRF im Wahlkampf zu behindern. Man verweigerte teilweise den Kandidat*innen unter verschiedenen Vorwänden die Registrierung https://t.me/rusbrief/149864 oder behinderte Wahlveranstaltungen mit dem Verweis auf das kriegsbedingte Verbot der Durchführung von Kundgebungen an bestimmten öffentlichen Orten. In einigen Fällen zogen Kandidat*innen anderer Parteien sich zurück, um den von Einiges Russland aufgestellten Bewerber zu unterstützen. Die härtesten Auseinandersetzungen gab es in Chakasien (im Süden Zentralsibiriens), wo die KPRF bisher den Gouverneur stellte. https://t.me/russica2/53397
Allerdings zog sich der Bewerber von Einiges Russland schließlich, wie er sagte aus gesundheitlichen Gründen, von der Wahl zurück. So gewann der Amtsinhaber Valentin Konovalov https://de.cultureoeuvre.com/10765512-valentin-konovalov-biography-creativity-career-personal-life sicher. Inwieweit dahinter eine politische Bekundung der Wähler*innen steht, ist kaum zu sagen. Interessanter sind in dieser Hinsicht die kleinen Erfolge regionaler Strukturen der Partei Jabloko, die ihre Kampagne unter die Losung „Für Frieden“ gestellt hatte. https://www.yabloko.ru/cat-news/2023/09/11 Wegen dieser Haltung waren regionale Gliederungen der Partei (so etwa in St. Petersburg) auch unter politischen Druck geraten. Im März d.J. ging von Gerechtes Russland eine Initiative zum Verbot der Partei aus. https://t.me/rian_ru/196192 Jabloko spielte in den neunziger Jahren eine wichtige Rolle bei der Installierung des russländischen Kapitalismus, stand allerdings für einen weniger harten Kurs. Die Partei wird heute als (neo-)liberal mit sozialliberalen Elementen betrachtet, spielt aber nur eine geringe Rolle im Parteiensystem. Sie tritt gegen die Abkopplung von Westeuropa auf und für eine Stärkung rechtsstaatlicher Institutionen. Das unternehmer*innenfreundliche Lager wird aber in viel stärkerem Maße von der dem Präsidenten nahestehenden Partei „Novye Ljudi“ (Neue Leute) repräsentiert. Die ebenfalls unternehmer*innenorientierte „Partija Rosta“ (Partei des Wachstums), die vor einigen Jahren noch eine größere Rolle spielte und sozialdemokratischen Auffassungen nahesteht, scheint an Bedeutung verloren zu haben. Neben der KPRF bleiben die Liberaldemokratische Partei und die Partei Gerechtes Russland trotz der Präsenz von Jabloko und Novye Ljudi die entscheidenden Elemente der sog. systemischen Opposition. Daneben haben die Partei der Rentner, die Kommunisten Russlands, die Partei „Rodina“ (Heimat), die Partei für Freiheit und Gerechtigkeit und die Bürgerplattform noch nennenswerte Ergebnisse erreicht. Die Grünen haben lediglich in Krasnojarsk ein mit fast 10 Prozent allerdings bemerkenswertes Ergebnis einfahren können.

Soweit zu beurteilen ist es der der Staatsmacht gelungen, Proteste gegen die Regierungspolitik im Umfeld der Wahlen auszuschließen. Trotzdem fanden Aufrufe, wenigstens als stiller Widerstand die Wahlzettel mit Antikriegslosungen zu versehen, eine gewisse Resonanz.
https://t.me/zelenayalenta/5142
Freilich wirft die Wahl auch die Frage nach der Zukunft der Antikriegsbewegung, der Bürger*innenrechtsbewegung und der Linken auf, nach den zukünftig möglichen Formen von Widerstand. In einer Bilanz zur Rolle der Wahlen 2023 schreibt die Russländische sozialistische Bewegung, die in der Vergangenheit progressive Kandidat*innen in den Wahlkämpfen unterstützt hatte:

„Obwohl Wahlkampagnen immer noch eine gute Schule für Aktivistinnen und Aktivisten darstellen, die ihnen erlaubt, organisatorische und soziale Fähigkeiten zu entwickeln, entschlossen wir uns in diesem Jahr nicht an den Wahlen teilzunehmen. Die Wahlen 2023 können nichts auf der Makroebene verändern. Wahlbeteiligung ist heute keine politische Aktion und kann nicht zu einem Bruch der gegebenen politischen Realität beitragen. Aber gleichzeitig ist es notwendig, Genossinnen und Genossen mit antiimperialistischen Positionen, die gewählt wurden, zu unterstützen, und noch besser, mit ihnen persönlich bekannt zu werden. Das zerstört nicht den Imperialismus. Aber ihr macht euch so mit Gleichgesinnten bekannt. Die Wahlen sind vorbei, der Kampf geht weiter. Kämpfen soll man besser gemeinsam.“ https://t.me/rsd_tg/5532

Freilich bleibt offen, wie man zu dieser Gemeinsamkeit kommt. Die Linksfront, Partner der KPRF und auf Kriegskurs, fordert ein Bündnis „aller linken und national-patriotischen Kräfte“ https://t.me/leftfront_org/11236 Mit der Unterstützung des Krieges wäre aber dieses Lager kaum von den um Einiges Russland gruppierten Kräften zu unterscheiden. Warum sollte man also diese Kräfte wählen? So lange das KPRF-Lager seine Unterstützung des Krieges nicht aufgibt, bleibt es eine „Simulation einer politischen Kraft“. https://t.me/rusbrief/153632

Die Entpolitisierung der Wahlen durch den völligen Ausschluss der konsequenten politischen Opposition dürfte der größte Erfolg des herrschenden Kreises sein. Faktisch ist damit jede Opposition von vornherein in den Untergrund gedrängt, da das entstandene Geflecht gesetzlicher Regelungen (betreffend „ausländischer Agenten“, Diskreditierung der Armee und Verbreitung von Gerüchten, LGBT-Propaganda, Einschränkung zu öffentlichen Versammlungen), die ideologische Offensive zur besonderen Rolle Russlands, die Erweiterung der Grenzen des „nicht-mehr-sagbaren“ bis in den linken analytischen Raum (Verhaftung Kagarlickijs) und nun die Trockenlegung des Wahlkampfes schlichtweg jede offene Kommunikation (und erst recht Aktion) unmöglich macht. Zudem ist es damit gelungen, die Repression zu individualisieren. Das scheint als Voraussetzung für erfolgreiche Präsidentschaftswahlen im März 2024 betrachtet zu werden. Indirekt bestätigt das eine Untersuchung der Haushaltspolitik in den Regionen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Ausgaben für „die nationale Sicherheit“ der am schnellsten wachsende Posten in den Regionalhaushalten ist.
https://www.iep.ru/ru/monitoring/regionalnye-byudzhety-v-pervom-polugodii-2023-goda.html

Strategiediskussionen

Ein ausgebautes und in seiner Logik stimmiges System der Repression ist aber für sich genommen noch keine Strategie, da es keine grundlegenden Probleme, vor allem wirtschaftliche und soziale, löst. Zu den Ergebnissen der erwähnten Studie zur Haushaltspolitik zählt auch, dass der ohnehin kriselnde Gesundheitssektor ein Absinken der Finanzierung um 3,4 Prozent hinnehmen muss. Das wird mit den auslaufenden Sondermaßnahmen im Zusammenhang mit COVID erklärt. Aber da dieser Sektor ohnehin unterfinanziert ist, dürften sich hier soziale Konflikte andeuten. Zwar steigen die Ausgaben für die Wohnungswirtschaft, gleichzeitig aber führen die (offensichtlich entgegen den

offiziellen Verlautbarungen) stagnierenden Realeinkommen dazu, dass neugebauten Wohnungen für die Einkommen gerade jüngerer Familien zu teuer sind. Nicht zuletzt zeigte die Entwertung des Rubel gegenüber Euro und Dollar, dass die Maßnahmen zur Regulierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen in wesentlichen Teilen unwirksam sind und keinesfalls im eigentlich erforderlichen Maße zur Stärkung der inneren Akkumulation beitragen. Hinter den Turbulenzen steht (auch) ein anhaltender Abfluss von Kapital ins Ausland, den es eigentlich angesichts der Sanktionen und der Kapitalverkehrskontrollen der Zentralbank nicht geben dürfte. Aber die Kontrolle funktioniert nicht. https://t.me/russica2/53179 Der Widerspruch zwischen wirtschaftspolitischem Wollen und wirtschaftlicher Realität besteht fort. So sind die Wahlen auch unter dem Gesichtspunkt eines noch nicht abgeschlossenen Suchprozesses zu sehen, der letztlich alle Bereiche der Gesellschaftspolitik erfasst.

Valerij Garbuzov, Direktor des Instituts für die USA und Kanada, bezeichnete in diesem Sinne unlängst das globalpolitische Programm des Landes als „ziemlich unsicher, instabil und eklektisch. Urteilen Sie selbst: das Programm (eher eine Zusammenstellung von Positionen) beruht auf der Mischung von Ideen zu Eurasien und zur „russischen Welt“, auf einem aggressiven Antiamerikanismus, auf dem Kampf gegen eine monopolare Welt und einen „verfallenden“ Westen überhaupt. Außerdem beinhaltet es auch die Idee der „souveränen Demokratie“, des „wahren Volkes“, die Melancholie traditioneller Werte und russisch-orthodoxen Glaubens. Diese heterogenen Komponenten werden von einem konservativen Leim zusammengehalten. Das alles erinnert an eine vor 200 Jahren gemachte antiwestliche ideologische Erfindung – die „Theorie der offiziellen Narodnost‘…“ (oft als Volkstümlichkeit übersetzt, richtiger wäre Volkstümelei) Mit dieser Figur sei versucht worden, dem Volk beizubringen, dass die Unterstützung der Selbstherrschaft des Zaren die beste Garantie für die Existenz und Größe Russlands ist. Es sei allerdings fraglich, ob diese Art des Konservatismus heute noch zeitgemäß sei. https://www.ng.ru/ideas/2023-08-29/7_8812_illusions.html Garbuzov läßt dabei nicht erkennen, dass er etwa gegen das gegebene russländische System ist, vielmehr fordert er Realismus bezüglich der eigenen Möglichkeiten und der Gegebenheiten der heutigen Welt. Dieser Ende August veröffentlichte Artikel löste heftige Reaktionen aus, so dass der Chefredakteur der Nezavisimaja Gazeta in einer Erklärung dessen Veröffentlichung rechtfertigen musste: Er sehe sich dem Titel der Zeitung (Unabhängige Zeitung) verpflichtet und sehe keinen Grund, den Artikel eines Direktors eines Instituts der Akademie der Wissenschaften zu zensieren… https://www.ng.ru/politics/2023-09-10/100_133910092023.html
Auf jeden Fall macht dieser Artikel deutlich, dass trotz der oben skizzierten Komplexität des Repressionssystems, der bedingt konsistenten wirtschaftspolitischen Strategien sowie der ebenfalls ausformulierten Instrumente ideologischer Formierung (dazu die vergangenen updates) eine tragfähige Strategie noch nicht gefunden wurde.
Auch auf der Gegenseite (rechte, liberale und linke Kriegsgegner*innen, Linke, Konservative) geht die Suche nach realistischen strategischen Vorstellungen, die sowohl die inneren als auch die globalen Bedingungen in Rechnung stellen, weiter. Dazu gehört auch ein gerade erschienener Brief von A. Navalny, in dem er eine bittere Bilanz des Wirkens der von ihm vertretenen Strömung in den neunziger Jahren zieht. https://navalny.com/p/6651/ (englisch: https://meduza.io/en/feature/2023/08/11/i-can-t-stand-the-goat-but-i-hate-those-who-let-it-get-the-cabbage) Im Kern ist es eine grundsätzliche Kritik an der von Elzin und seinem Umfeld verfolgten Politik, die zu Putin und dem heutigen politischen System geführt habe. Auch ein großer Teil der heutigen liberalen Opposition habe zu dieser Entwicklung beigetragen. Er schließt seinen Text so: „Nur dann, wenn die überwiegende Mehrheit der Opposition in Russland aus denen besteht, die unter keinen Umständen gefälschte Wahlen, falsche Gerichte und Korruption akzeptieren, können wir die Chance nutzen, die sich unweigerlich wieder auftun wird.“
Diese Generalkritik stieß auf ein geteiltes Echo. https://meduza.io/feature/2023/08/14/navalnyy-obvinil-eltsina-i-ego-sovremennikov-v-tom-chto-rossiya-poluchila-putina-mnogie-prinyali-eto-na-svoy-schet-i-vydvinuli-vstrechnye-pretenzii Allerdings lassen sich aus diesen keine weitergehenden strategischen Überlegungen ableiten. Sie reichen von der Auffassung, dass nur ein Sieg der Ukraine

im Krieg Russland neue Perspektiven eröffnen wird (so Alfred Koch, als stellvertretender Ministerpräsident in den 90ern führend an den Privatisierungen in Russland beteiligt, seit 2013 in Deutschland und heute deutscher Staatsbürger), bis hin zu zustimmenden Beiträgen. AltLeft bezeichnet den Text als eine „Bombe auf die Liberalen“ https://t.me/altleft_org/784 , offensichtlich, weil er deren generelle Mitverantwortung an den heutigen Verhältnissen darstellt. Eine derartige Sichtweise ist in der bürgerlichen Opposition nicht oder kaum vorhanden. Damit begibt sich Navalny auf ein Feld, von dem er sich bisher fern hielt – die Frage der sozialen und wirtschaftlichen Hintergründe des nichtdemokratischen Weges Russlands. Kirill Medvedev (Rabkor) sieht Navalny auf den Spuren der linken Kritik an Privatisierung und Tschetschenienkrieg in den 1990ern. https://rabkor.ru/columns/editorial-columns/2023/08/28/peace_fighters_in_the_90s_and_today/ Der von Medvedev zustimmend zitierte Michail Berg betont, dass der von Navalny formulierte Hass auf die politischen Entwicklungen der 1990er Jahre auch auf die sozialen Verheerungen dieser Zeit erweitert werden muss. Nur dann könnte der Nationalismus der Anhänger*innen Putins in Ablehnung seines Regimes verwandelt werden. https://www.facebook.com/michael.berg.965/posts/pfbid02vVD5Yz9H22wzrTfxamECZAvroaxJuJD98Sff66h4GaeVihN48U63WTsqViymEsdrl Ob die Anhänger Navalnys ihm auf dem von Linken vermuteten Weg folgen oder nicht, ist nicht zu sagen. Die Reaktionen der bürgerlichen Opposition jedenfalls lassen eher vermuten, dass sie zu einem solchen selbstkritischen Schritt unfähig sind.

Russland ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu schwach, um die Richtung der Entwicklung des Weltsystems zu dominieren, aber stark genug, sie zu modifizieren. Mit dem Ukraine-Krieg hat Russland global bestehende Polarisierungstendenzen verstärkt, ohne sie derzeit mitgestalten zu können. Ob das so bleibt, wird sich vor allem im Zusammenhang mit den Wahlen 2024 entscheiden. Die verschiedenen Oppositionen werden deren Ausgang kaum beeinflussen. Derzeit bedeutet die russländische Entwicklung eine Bereicherung des Arsenals neoliberal-konservativer Tendenzen, wie sie auch in den USA und in Westeuropa (auch der BRD) zu beobachten sind. Das russländische Modell führt den „atlantischen“ Neoliberalismus zu seiner Konsequenz. Wenn sich die Linken der Illusion verpflichten, den russländischen mit dem „atlantischen“ Neoliberalismus (und sei er grün) bekämpfen zu können, werden sie auf beiden Seiten scheitern.

25.09.2023

Wie reflektiert Russland die Entwicklung der BRICS?

Auch wenn die von Garbuzov gegebene Charakteristik der russländischen Politik richtig ist, erfasst sie tatsächlich nur eine Seite der von ihm konstatierten Widersprüchlichkeit. Gleichzeitig zeichnet sich die Außenpolitik auch durch ein hohes Maß an Pragmatismus aus. In der am 31.03.2023 veröffentlichten außenpolitischen Strategie Russlands werden die BRICS als eines der Projekte dargestellt, die dabei helfen, „die Weltordnung an die Realitäten einer multipolaren Welt anzupassen“ (Pkt. 19,4). Des Weiteren werden die BRICS als ein Instrument verstanden, um Prozesse regionaler und interregionaler ökonomischer Integration zu befördern, die den Interessen Russlands entsprechen. Damit sollen Ziele, wie die Sicherung der ökonomischen Souveränität, eines nachhaltigen ökonomischen Wachstums, der strukturellen und technologischen Erneuerung, der Erhöhung der eigenen Konkurrenzfähigkeit, die Minderung der Risiken und die Nutzung der Möglichkeiten angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der globalen Ökonomie und den internationalen Beziehungen sowie in Verbindung mit dem „unfreundlichen Handeln ausländischer Staaten“, erreicht werden. (Pkt. 39,7) Die BRICS sind ein Instrument, um ökonomisch-technischer Souveränität und eine neue Stellung in der Weltwirtschaft zu erreichen, aber nicht das einzige. Die Diskussionen in Russland beziehen sich gleichermaßen auf die Entwicklung eigener bzw. anderer

Integrationsprojekte, wie der Eurasischen Wirtschaftsunion oder dem Shanghaier Forum, auf den Ausbau der bilateralen Beziehungen zu China und anderen „freundlichen“ Staaten sowie auf eigene regionale Projekte, wie etwa mit Bezug auf Afrika (auch wenn der Ertrag des jüngsten Afrika-Gipfels in Russland selbst als gering bewertet wird[3]). Dieses pragmatische und realistische Verhältnis zu den BRICS erklärt auch die Bewertungen des jüngsten Gipfeltreffens dieser Gemeinschaft in Russland.[4] Natürlich war dieses Ereignis ein Anlass, um in propagandistischer Weise die wachsende Multipolarität, den Niedergang des Westens und das wachsende Bestreben der Lösung von westlicher Kultur und westlichen Werten im Interesse eigener Kultur und Tradition zu beschwören. Der Hervorhebung der Rolle Lavrovs bei der Einbeziehung Äthiopiens in diesen Kreis[5] fällt sicher auch in dieses Feld der Propaganda, womit nach innen die Bedeutung Russlands in der Welt, nach außen die Verbundenheit Russlands mit Afrika dargestellt werden sollte. Der Tonfall der Berichterstattung blieb dabei allerdings eher farblos und in gewisser Weise distanziert – auf keinen Fall euphorisch. Viel wichtiger als der propagandistische ist ein anderer Aspekt, der diese Zurückhaltung vielleicht verständlich macht.

Die Interessenlage bezüglich der BRICS ist vor allem von den wirtschaftspolitischen Strategien und den damit verbundenen wirtschaftspolitischen Zwängen bestimmt. Beides kann, muss aber nicht zusammenfallen. Die Frage ist, ob die BRICS in der entstandenen Konstellation helfen, die eigene wirtschaftspolitische Strategie zu realisieren und dabei ein Gegengewicht zu den Versuchen der Isolierung des Landes von den Weltmärkten zu durchbrechen.

Die sich in Russland herausbildende wirtschaftspolitische Strategie orientiert auf die Schaffung einer modernen innovationsorientierten und international konkurrenzfähigen Wirtschaft, die sich aus dieser starken Position heraus in die Weltwirtschaft einordnet. Das hatte Putin zuletzt in seiner Rede auf dem Wirtschaftsforum in St. Peterburg ausführlich entwickelt. Es geht um technologische Souveränität und Importablösung ohne wirtschaftliche Autarkie. Die Wirtschaft Russlands solle zudem eine Wirtschaft mit hohen Löhnen werden, mit neuen Anforderungen an das System der beruflichen Bildung, einer hohen Arbeitsproduktivität, auch auf Grundlage der Automatisierung und neuer Leitungssysteme, mit modernen Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen hoher Qualität.[6] Daneben geht es natürlich um neue Absatzmärkte und Kooperation in Forschung und Produktion. Das wird propagandistisch als „Wendung hin zum Osten“ umschrieben. Und diese Umorientierung vollzieht sich langsam – und das kann auch nicht anders sein.

Die wirtschaftspolitischen Zwänge werden vor allem durch die vielfältigen Sanktionen bestimmt. Insbesondere die Kombination des Boykotts des Warenverkehrs und mit dem der Finanzströme stellen Russland vor enorme Probleme. Russland kann internationale Zahlungssysteme nur in begrenztem Maße nutzen, weil diese entweder durch westliche Konzerne beherrscht werden oder weil formal unabhängigen anderen Anbietern ggf. sekundäre Sanktionen drohen.

Unter russländischem Blickwinkel ist vor diesem Hintergrund die Frage einer Erweiterung der Vereinigung sicher interessant, wichtiger aber das Maß ihrer Handlungsfähigkeit und die Richtung ihres Handelns als Alternative zu den westlich dominierten internationalen Institutionen. Das betrifft in erheblichem Maße die Frage nach einer gemeinsamen Währung bzw. eines gemeinsamen Zahlungssystems, Aufwertung der Rolle der nationalen Währungen und die Abkopplung des Finanzsektors von den Begrenzungen durch die Dominanz westlicher Akteure in diesem Sektor. So ist verständlich, dass die Weiterentwicklung der Entwicklungsbank ein wichtiges Thema in der

3 Гуревич, Михаил (2023). «Судя по итоговой декларации, получилось не очень», in: Коммерсантъ, abrufbar unter: https://www.kommersant.ru/doc/6135715 (letzter Zugriff: 20.9.2023)

4 Президент России (2023). Указ об утверждении Концепции внешней политики Российской Федерации, in: Президент России, abrufbar unter: http://kremlin.ru/events/president/news/70811 (letzter Zugriff: 21.9.2023)

5 Kommersant’ (2023). Захарова: Лавров сыграл колоссальную роль в принятии Эфиопии в БРИКС, in: Коммерсантъ, abrufbar unter: https://www.kommersant.ru/doc/6185108 (letzter Zugriff: 30.8.2023)

6 Президент России (2023). Пленарное заседание Петербургского международного экономического форума, in: Президент России, abrufbar unter: http://kremlin.ru/events/president/news/71445 (letzter Zugriff: 20.6.2023)

Berichterstattung war[7], auch wenn Russland davon im Moment kaum profitiert. Die Bank muss ihre Operationen in Russland einstellen, um nicht unter das westliche Sanktionsregime zu fallen.[8] Außenminister Lavrov meinte, dass jetzt die ganze Aufmerksamkeit auf die Suche nach Wegen der Absicherung des gegenseitigen Handels, gemeinsamer wirtschaftlicher Projekte und von Investitionen unabhängig von Systemen, die von den USA und ihren westlichen Verbündeten kontrolliert werden, gerichtet sei.[9]

Bereits im **Juli 2022** wurden mit Blick auf den Johannesburg-Gipfel in der offiziösen Rossijskja Gazeta drei Szenarien der Erweiterung diskutiert. Das erste bestand in der Erweiterung des Kerns, also im Beitritt weiterer Staaten, das zweite in der Entwicklung der Zusammenarbeit mit anderen regionalen Integrationsprojekten im Sinne einer „Integration der Integration". Das dritte und von den Autoren des Beitrages als wahrscheinlich betrachtete ging von einer kombinierten Erweiterung aus. Hier wurde von einer schrittweisen Erweiterung des Kerns an Mitgliedstaaten bei gleichzeitiger Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen Integrationsprojekten (genannt werden die Eurasische Wirtschaftsunion und Merkosur) unter Vermittlung der in diesen involvierten Mitgliedstaaten (in den genannten Fällen also Russland und Brasilien) ausgegangen.[10]

Nach dem Gipfel heißt es in der einflussreichen Zeitschrift *Russland in der globalen Politik*, dass die Entscheidung zur Erweiterung radikal und übereilt erscheine. Diese Besorgnis würde nicht bestehen, wenn neben der Erweiterung auch Schritte zur inneren Konsolidierung der Gemeinschaft gegangen worden wären. So bleibt es bei einem „informellen, nicht formalisierten Kreis von Staaten", einer „informellen Allianz", einem „Klub aufstrebender Staaten des nichtwestlichen Teils der Welt", einer „Plattform von Partnerschaft und Kooperation". Die Hoffnung auf einen akzentuierteren und politisierteren Widerstand gegen die Dominanz des Westens könne man wohl beiseitelegen.[11] Fjodor Luk'janov, Chefredakteur dieser Zeitschrift, meint, dass die Transformation der BRICS in eine antiwestliche Allianz nun nicht möglich sei, und sich Russland daher auf eine etappenweise Erweiterung mit dem Ziel ihrer Verwandlung in eine Gemeinschaft, die möglichst viele Staaten vertritt und die trotz oder unter Umgehung des westlichen Drucks zusammenarbeitet, zu orientieren habe. Das müsse für die nächste Zeit reichen.[12] So scheint es die offizielle Politik (die vom Umfeld dieser Zeitschrift und dem Valdai-Klub ja maßgeblich beraten wird) auch zu sehen. Es bleibt bei einem pragmatischen Kurs, der flexibel auf die Interessenlagen und ihre Veränderungen bei den potentiellen Partnern reagieren kann. Die quantitative Erweiterung wird so auch als Chance gesehen. Russland muss und will auf eine schrittweise Veränderung der BRICS hinwirken. Dabei kann es auf das Streben nach Eigenständigkeit gegenüber den alten Metropolen setzen. Mit Blick auf den nächsten BRICS-Gipfel im russländischen Kasan verwies Lavrov ganz in diesem Sinne darauf, dass die Finanzminister eine Arbeitsgruppe, die sich mit der Frage eines gemeinsamen Zahlungssystem beschäftigen soll, bilden werden.[13] Im kommenden Jahr wird Russland den Vorsitz der BRICS-Gruppe übernehmen. Putin kündigte als Schwerpunkte die Themen Innovation und Sicherheit an.[14] Man wird die Wertschätzung der Partnerländer demonstrieren, indem z.B. in mehr als 200 Städten des Landes

---

7 Худякова, Л.С. (2023). Саммит БРИКС в Йоханнесбурге: валютно-финансовое сотрудничество, in: ИМЭМО РАН | Официальный сайт, abrufbar unter: https://www.imemo.ru/publications/policy-briefs/text/brics-summit-in-johannesburg-monetary-and-financial-cooperation (letzter Zugriff: 1.9.2023)

8 Кеффер, Лаура (2023). Глава Банка БРИКС объяснила приостановку операций в России, in: Коммерсантъ, abrufbar unter: https://www.kommersant.ru/doc/6173001 (letzter Zugriff: 30.8.2023)

9 Баласян, Лусине (2023). Лавров: о единой валюте БРИКС сейчас никто не говорит, in: Коммерсантъ, abrufbar unter: https://www.kommersant.ru/doc/6174619 (letzter Zugriff: 30.8.2023)

10 Лисоволик, Ярослав (2022). Эксперт Ярослав Лисоволик - о том, что стоит за расширением БРИКС, in: Российская газета, abrufbar unter: https://rg.ru/2022/07/14/ekspert-iaroslav-lisovolik-o-tom-chto-stoit-za-rasshireniem-briks.html (letzter Zugriff: 14.9.2023)

11 Лавров, Сергей (2023). Не упустить главное: о плюсах и минусах расширения БРИКС, in: Мир перемен, abrufbar unter: http://mirperemen.net/2023/08/ne-upustit-glavnoe-o-plyusax-i-minusax-rasshireniya-briks/ (letzter Zugriff: 30.8.2023)

12 Лукьянов, Фёдор (2023). Лучше меньше? Нет, больше!, in: Россия в глобальной политике, abrufbar unter: https://globalaffairs.ru/articles/luchshe-menshe-net-bolshe/ (letzter Zugriff: 30.8.2023)

13 Rossijskaja gazeta (2023). [Lavrov zu BRICS], in: Rossijskaja gazeta, abrufbar unter: https://t.me/rgrunews/84574 (letzter Zugriff: 29.8.2023)

zu den Themen des Gipfels Veranstaltungen stattfinden sollen. Wie die anderen Staaten auch wird Russland weiter einen pragmatischen Kurs in Bezug auf BRICS verfolgen, auch wenn die Maximalvorstellungen einer geschlossenen antiwestlichen Allianz sich nicht erfüllen. Man spielt auf Zeit.

14 Гончарук, Дмитрий (2023). Путин назвал безопасность и инновации приоритетами председательства РФ в БРИКС, in: Российская газета, abrufbar unter: https://rg.ru/2023/08/23/idei-na-piaterku.html (letzter Zugriff: 29.8.2023) bzw. Putin, Vladimir (2023). BRICS leaders' extended format meeting, in: President of Russia, abrufbar unter: http://en.kremlin.ru/events/president/news/72089 (letzter Zugriff: 25.9.2023)